

Presseschau

Aktuelles aus unserem Land



Die Landtagsfraktion

CDU

vom 08.07.2016



Pressespiegel

Inhaltsverzeichnis

Top-Themen

"Sie kriegen es nicht hin"	1
Wie umgehen mit Radikalen?	2
CDU: Namen extremer Salafisten veröffentlichen	3
Streit um Sicherheit in NRW	3
Ein Gefängnis wird evakuiert	4
Hier zieht ein ganzer Knast um	5
Kapitel in der Skandal-Chronik	6
Nur 48 Stunden	7
Streit um eilige Räumung der JVA Münster	8
513 Häftlinge müssen umziehen	9
Streit um eilige Gefängnis-Räumung	10
Gefängnis geräumt - und nun?	11
Nur 48 Stunden	12
Auszug aus der Haftanstalt	13
Wer spricht mit wem?	14
Schnell packen: Zehn Kilo pro Häftling erlaubt	15

CDU-Landtagsfraktion / CDU NRW

Gladbecker Dr. Martin Lange wird CDU -Landtagskandidat	17
--	----

Landtag

LANDESPOLITIK Sprecher der Regierung geht	18
NRW: Silversterausschuss stößt an Grenzen	19
NRW will Eidesformel ändern	21

Wirtschaft /Industrie / Energie

RWE streicht deutlich mehr Jobs	22
RWE verschärft seinen Sparkurs im Rheinischen Revier	23
CDU kritisiert Tagebau-Verkleinerung	24
RWE baut 2300 Stellen bis 2020 ab	25
Grüne: Zu Garzweiler II nicht NRW-CDU- Haltung weglassen	26
Frauenquote betrifft mehr Unternehmen als angekündigt	27
Tengelmann droht Kaiser's zu zerschlagen	28
Tengelmann-Chef Haub macht Druck	29
"Die Verluste sind bitter"	30
"Ich rate zur Besonnenheit"	31
Wirtschaft fürchtet Brexit-Krise	32
Landesregierung legt geförderte Digitalzentren fest	33
BEZAHLDIENST Apple Pay startet in der Schweiz	33

Pressespiegel

Inhaltsverzeichnis

Arbeit/Gesundheit/Soziales

Deutsche fürchten sich vor Altersarmut	34
Steuerzahler müssen höhere Renten fürchten	35
Rentenansprüche verdoppeln das Vermögen	36
Linke Hasardeure	37
VdK warnt: Die soziale Kluft wächst	38
39.000 nahmen bisher Pflege-Auszeit	39
DEMENZ Und jetzt die Debatte	39
Tödliche Keime in der Klinik	40
Nicht schutzlos	40
Das Job-Wunder geht zu Ende	41

Haushalt / Finanzen

Erbschaftsteuer droht Untergang	43
Firmenerben: Finanzminister will strengere Regeln	44

Schule / Hochschule /Kultur / Medien

Elternvertreter in NRW fordern G 9 ab 2017	45
Schule schwänzen ist kein Kavaliersdelikt	46
Ein Abschied in Trauer, Wut und Zorn	47
Zeugnisse stressen jeden dritten Schüler Schulpsychologe fl immer gefragter	48
Lehrer: Attestpflicht vor Ferienbeginn	49
Ein Schuljahr in den letzten Zügen	50
Wer schwänzt, fliegt billiger	51
Eltern: Neuer Schulform fehlt die Akzeptanz	52
Unterrichtsausfall wird dauerhaft erhoben	53
Von 2,67 auf 2,1: Notenschnitt der Abiturienten immer besser	54
Universitäten als Reparaturbetriebe?	55
Wechsel im Präsidium der Zeitungsverleger	57

Innere Sicherheit / Justiz

Das erste Urteil	58
Sex Täter lacht seine Freiheit an	59
Nafri	60
Erstes Urteil wegen Sexualtat	61
Prozess in Düsseldorf	61
Silvester-Sextäter verurteilt	62
Silvesternacht: Bewährungsstrafe nach Übergriffen	63
"Girls oder tot"	64
Nein ist endlich Nein	65

Pressespiegel

Inhaltsverzeichnis

Mutmaßlicher Mörder weiter auf der Flucht	65
Bild Kommentar	66
"Eine Problemgruppe wie Rocker und Hooligans	67
Ja zum Schuldprinzip	69
Endlich Klarheit	69
Vom Dschihad ins Gefängnis	70
Lösegeld für den Fernseher	71
Gut 1000 Polizisten bei "Kölner Lichtern"	72
Nicht nur ein juristisches Problem	73
Überfälliges Gesetz	73
Gesetz auf Bewährung	74
Wertloses Recht	75
Verfassungsschutzchef Maaßen erhält letzte Chance	76
NRW bekämpft Freibeuter im Internet	77
Familie / Frauen / Integration	
Von Migranten wird erwartet, dass sie sich anpassen	78
Streit ums Integrationspaket	80
Programm: Fördern und fordern	81
Kitas in NRW bekommen ab August mehr Geld	82
Respekt ist nötig	82
Schäuble ärgert die Länder	83
Die Kosten schlechter Integration	83
Gefahr im geschützten Raum	84
Integrationskosten	85
Missionare der türkischen Staatstheologie	86
Länder bekommen sieben Milliarden mehr	87
Land erhöht Pauschalen für Kitas	88
Verkehr / Bauen	
Stoppen solche Schilder die Brücken-Idioten?	89
Rheinbrücke: Sorge vor Totalausfall	90
Schranken und harte Kontrollen	91
Diagnose: Schwere Schäden an einer der Seilkammern	92
Bahn geht an Rhein und Ruhr leer aus	93
Harter Schlag	94
Deutsche Bahn verliert S-Bahn-Ausschreibung in NRW	94
Umwelt /Landwirtschaft / Verbraucher	
Union: Hendricks betreibt "Klima-Planwirtschaft"	95

Pressespiegel

Inhaltsverzeichnis

Kommunales / Sport

Städte erwarten mehr Flüchtlinge und mehr Schulden	96
Monheim legt Moscheeplan auf Eis	97
Das Ende der Dauerbaustelle im Nationalpark	98
"Wir weichen nicht zurück!"	99
WETTBEWERB Nümbrechtund Ruppichterothin der Endrunde	101

Bundespolitik

Wer solche Freunde hat	102
Schwarzfahrer Schäuble	103

Internationales

Zurück auf Los	104
"Populismus bis in höchste Regierungskreise hinein"	105

Umfragen

Nicht mehr so willkommen	106
Ziemlich erwachsen	107

Sonstiges

Flughafen Hahn	107
Alternative für Baden-Württemberg	108
Dreyer: Bitter, dass dieser schlimme Fehler passiert ist	109
Die verspätete Partei	110
Die große Blamage am Flughafen Hahn	111
Luftnummer	112
HINWEIS	113

Aachener Nachrichten vom 08.07.2016, S. 10

„Sie kriegen es nicht hin“

Bericht des NRW-Verfassungsschutzes: Opposition greift Innenminister an

VON JOHANNES NITSCHMANN

Düsseldorf. Die Düsseldorfer Landtagsopposition hat die Debatte über wachsenden Extremismus in Nordrhein-Westfalen zu einer politischen Generalabrechnung mit Innenminister Ralf Jäger (SPD) genutzt. Nach etlichen Sicherheits-Affären habe Jäger das Vertrauen seiner eigenen Polizei „bis zum letzten verspielt“, sagte der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Joachim Stamp im Landtag. Damit habe der Innenminister dem Erstarken der Populisten Vorschub geleistet.

Anstatt selbstkritisch über eigene Fehler nachzudenken, habe Jäger das Phänomen einer „anonymen Turbo-Radikalisierung“ von Jugendlichen im Internet dafür verantwortlich gemacht. Die Turbo-Radikalisierung sei aber längst nicht neu, sondern habe es bereits in den 70er Jahren in der linken Szene bei den Hungerstreiks von RAF-Gefangenen gegeben.

In dem jüngsten Verfassungsschutzbericht war ein Anstieg der politisch motivierten Straftaten in NRW um 28 Prozent registriert worden, davon über 4000 Delikte im linksextremistischen und über 3000 Delikte im rechtsextremistischen Bereich.

CDU-Fraktionsvize Peter Biesenbach warf der Landesregierung vor, sie habe den Verfassungsschutz personell nicht ausreichend ausgerüstet, um der Radikalisierung Jugendlicher im Internet wirkungsvoll begegnen zu können. Es fehlten die Stellen für entsprechende Spezialisten. Bei der Salafismus-Bekämpfung agiere die Regierung viel zu

„träge und bräsig“, beklagte Biesenbach und machte dafür vor allem den Innenminister verantwortlich: „Sie kriegen es nicht hin.“ Der

CDU-Rechtsexperte trat dafür ein, Radikalisierer und „selbst ernannte Hinterhof-Imame“ konsequent ans Tageslicht zu zerren. Wenn diese Hassprediger namentlich bekannt seien, wüssten die Eltern endlich Bescheid, wer versuche, ihre Kinder für die salafistische Szene anzuwerben.

Innenminister Jäger wies die Vorwürfe der Opposition zurück: „Der Extremismus wächst, und die Bedrohungslage hat sich verschärft.“ Dennoch sei es den Sicherheitsbehörden bisher durch eine exzellente Zusammenarbeit unter den 16 Bundesländern gelungen, die meisten geplanten Terror-Anschläge von Islamisten frühzeitig aufzudecken und zu vereiteln.

Der Kampf gegen den Extremismus dürfe nicht alleine den Sicherheitsbehörden überlassen werden, appellierte der Minister: „Die Radikalisierung an den Rändern zerrt an der Mitte der Gesellschaft.“ Deshalb seien gesamtgesellschaftliche Aktivitäten nötig, um Salafismus und Extremismus den Nährboden zu entziehen.



In der Kritik: der nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger (SPD). Foto: dpa

Aachener Zeitung vom 08.07.2016, S. 10

Wie umgehen mit Radikalen?

Bericht des NRW-Verfassungsschutzes spaltet die Gemüter im Landtag

VON DETLEV HÜWEL

Düsseldorf. Im Landtag ist es zu einer heftigen Auseinandersetzung über den jüngsten Bericht des NRW-Verfassungsschutzes gekommen. Im Mittelpunkt des Streits zwischen Regierung und Opposition stand die Frage, welche Konsequenzen aus der wachsenden Bedrohung durch Extremisten von Rechts, Links und Islamisten zu ziehen sind.

CDU und FDP warfen der rot-grünen Landesregierung Untätigkeit vor und griffen vor allem Innenminister Ralf Jäger an. Wenn der Minister keinen Ausweg mehr wisse, schiebe er die Schuld entweder auf andere – nach den Kölner Silvesterübergriffen sei es die Polizei gewesen –, oder er verschanze sich hinter angeblich neuartigen Phänomenen. Jetzt, dass es um die politisch motivierte Gewalt gehe, spreche der Minister von „Turbo-Radikalisierung“.

Tatsächlich hatte Jäger bei Vor-

stellung des Verfassungsschutz-Berichtes für 2015 erklärt, zwei Drittel der Tatverdächtigen seien zuvor noch nicht als rechte Gewalttäter aufgefallen. Dieser neue Tätertyp radikalisiere sich schnell und überspringe die Schwelle von Ideologie zum Anschlag (etwa auf Flüchtlingsheime) ohne Zwischenschritte. Es sei sehr schwer, diese „Turbo-Radikalisierung“ beizeiten zu erkennen, hatte der SPD-Politiker betont.

Joachim Stamp (FDP) mochte ihm das nicht durchgehen lassen. Jäger wolle mit diesem Begriff nur von eigenen Versäumnissen ablenken, sagte er. Solche „Turbo-Radikalisierung“ sei keineswegs neu, sondern sie habe es beispielsweise auch zu Zeiten des linksextremistischen RAF-Terrors gegeben. Stamp verlangte von der Landesregierung ein klares Konzept, wie sie die politische Gewalt einzudämmen gedenke. Auch

der CDU-Innenpolitiker Peter Biesenbach vermisste ein schlüssiges Handlungskonzept der Landesregierung. Außerdem mahnte er an, die Namen von „Gefährdern, selbst ernannten Imamen und Radikalisierern“ zu veröffentlichen. Man müsse sie „ans Tageslicht zeren“ um deutlich zu machen, von wem eine Bedrohung von Sicherheit und Ordnung in unserer Gesellschaft ausgehe.

Vertreter von SPD und Grünen wiesen die Vorwürfe der Opposition zurück. Das Land habe in den letzten Jahren den Verfassungsschutz um 85 Kräfte verstärkt und tausende Polizisten eingestellt. Die

Landesregierung versuche, mit einer Doppelstrategie extremistische Gewalttaten zu verhindern – mit Vorbeugung (Prävention) und Bestrafung (Repression). Auch wenn es bei der Prävention einzelne Rückschläge gebe, so spreche dies nicht gegen langfristig angelegte Projekte wie „Wegweiser“.

Spricht von „Turbo-Radikalisierung“: Nordrhein-Westfalens Innenminister Ralf Jäger (SPD). Foto: dpa



Rheinische Post vom 08.07.2016, S.

3

CDU: Namen extremer Salafisten veröffentlichen

DÜSSELDORF (hüw) Angesichts der drastisch gestiegenen politisch motivierten Gewalt in NRW hat die CDU Innenminister Ralf Jäger (SPD) aufgefordert, die Namen von extremen Salafisten zu veröffentlichen. Es gehe um „Gefährder und selbsternannte Imame, die junge Menschen radikalisieren“, sagte der Unionsabgeordnete Peter Biesenbach. Schulen, Jugendämter und Eltern müssten wissen, mit wem ihre Kinder keinen Kontakt haben sollten. Jäger wies den Vorwurf der Opposition zurück, das Land stehe der extremen Gewalt von Rechts, Links und Salafisten nahezu tatenlos gegenüber. NRW setze auf Vorbeugung und Bestrafung. Trotz Personalverstärkung bei Polizei und Verfassungsschutz könne es keine absolute Sicherheit geben. Die Zahl der politisch motivierten Gewalttaten ist 2015 gegenüber 2014 um 28 Prozent auf 7500 Delikte gestiegen.

Streit um Sicherheit in NRW

Von Florian Pfitzner

■ **Düsseldorf.** Ob die Übergriffe in der Silvesternacht, der Aufmarsch der „Hooligans gegen Salafisten“ oder der Anschlag auf den Sikh-Tempel in Essen – bei seinen Analysen zur Gewalt spricht NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) von einem „neuen gesellschaftlichen Phänomen“. Die oppositionellen Landtagsfraktionen in Düsseldorf wollen ihm das nicht länger durchgehen lassen.

Es hatte sich bereits einige Zeit vor der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts zu Wochenbeginn abgezeichnet: Die Sicherheitslage im bevölkerungsreichsten Bundesland ist angespannt, Extremisten aller Farben gefährden die Gesellschaft zunehmend. Insgesamt tauchen in der Statistik für das zurückliegende Jahr 7.532 politisch motivierte Straftaten auf – ein Anstieg um 28 Prozent. Darunter zählte der Verfassungsschutz mit 772 Gewalttaten 55 mehr als im Vorjahr.

Im Landtag ging es auf Initiative der FDP-Fraktion im Kern um drei Fragen: Welche der Gruppen – Links- oder Rechtsextremisten, gewaltbereite Ausländer oder Salafisten – bildet die größte Gefahr? Wann stehen Prävention und Repression in einem ausgewogenen Verhältnis? Und welche Einflussmöglichkeiten hat die regionale Politik angesichts von Gewaltercheinungen, die weit über NRW hinaus die freiheitlich-

demokratische Grundordnung angreifen?

Im Landtag erklärt Jäger das Ausmaß der Straftaten mit sozialen „Fliehkräften“. Derzeit schlage „die Stunde der Populisten“, sagte der Innenminister.

Ob der Globalisierung und ihrer Auswirkungen bekämen viele Menschen, gerade mit Blick auf die Flüchtlingssituation, „Sorgen und Angst“. Einige griffen schnell und hemmungslos zur Gewalt. Die Zunahme der Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte ist laut Bericht „Ausfluss rechtsextremistischer Hetze“.

Wer die Gefahrenlage NRW verengt, zieht am Ende die falschen Schlüsse – darin war man sich im Plenum einig. Der Landesregierung allein die Schuld an der Gewaltentwicklung zu geben, „das wäre billig und unredlich“, sagte FDP-Fraktionsvize Joachim Stamp. Trotzdem: Statt ständig in „alte Muster“ zu verfallen sollte der Minister Konzepte vorstellen.

Peter Biesenbach, Fraktionsvize der CDU im NRW-Landtag, kritisierte Jäger fundamental. Er verwies auf erhöhte Gewaltkriminalität linksextremistischer Gruppen. Überdies habe sich die Zahl der Salafisten seit Jägers Amtsantritt mehr als verfünffacht. Es gebe „überall Baustellen“ und nirgendwo einen erfolgreichen Abschluss der „bräsigem und behäbigen Landesregierung“, polterte Biesenbach.

Aachener Nachrichten vom 08.07.2016, S. 6

Ein Gefängnis wird evakuiert

Einsturzgefahr: Innerhalb von 48 Stunden bringen Busse fast 500 Gefangene der Justizvollzugsanstalt Münster in andere Standorte in Nordrhein-Westfalen. Der Chef der JVA bleibt gelassen.

VON CARSTEN LINNHOFF

Münster. In ihrer Kiste dürfen die „Knackis“ in Münsters Gefängnis zehn Kilo einpacken. Mehr ist nicht erlaubt. Es muss schnell gehen. Seit Donnerstag weiß die Gefängnisleitung, dass das denkmalgeschützte Gebäude mitten in der Innenstadt von Münster geräumt werden muss. Ein neues Gutachten hat akute Einsturzgefahr festgestellt. Die Insassen haben nicht viel Zeit, ihnen bleiben nur 48 Stunden. Dann müssen alle raus sein. Zumindest die, die im über 160 Jahre alten Gebäudeteil ihre Zellen haben.

„Für den einen ist Tabak sehr wichtig, für den anderen sein DVD-Player“, sagt der Leiter der Justizvollzugsanstalt, Carsten Heim. Da fällt die Auswahl nicht leicht, zehn Kilo sind nicht viel. Das weiß jeder Flugreisende, der seinen Koffer vor dem Abflug auf die Waage stellt. Was nicht in die Kiste passt, wird nachgeliefert. „Unser Magazin, in dem die privaten Sachen der Häftlinge lagern, ist nicht vom möglichen Einsturz betroffen. Das organisieren wir dann später“, sagt Heim.

Der Leiter ist seit Anfang des Jahres in Münster. Die Aufregung um sein Gefängnis kann er nicht nachvollziehen. Seit Jahren wird über einen neuen Standort gestritten. Das alte sternförmige Gebäude steht unter Denkmalschutz. Als Knast lässt es sich nicht mehr sinnvoll betreiben. Die Suche nach einem Grundstück blieb bislang erfolglos. Den Bauexperten macht die Statik der JVA längst große Sorge. Sensoren messen, ob es in den Decken zu Verschiebungen kommt. „An diesen Messdaten hat sich in letzter Zeit aber nichts geändert“, sagt Heim.

Ein neues Gutachten, vom Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW in Auftrag gegeben, hatte aber noch größere Bedenken. Bei Erschütterungen von außen wie Schwertransporten drohe eine Einsturzgefahr. Wenn es so dringend ist, fragt sich Heim, warum haben wir dann 48 Stunden Zeit bekommen?

Sieben Busse pendeln für rund 20 Touren am Donnerstag und am heutigen Freitag, sie bringen die Gefangenen in andere der 36 Gefängnisse in NRW. Kranke werden per Einzeltransport verlegt. „Die



Abtransport: In Bussen müssen knapp 500 Häftlinge die JVA Münster verlassen. Das Gefängnis ist einsturzgefährdet und wird evakuiert. Foto: dpa

Gefangenen finden das natürlich nicht besonders toll. Ihnen ergeht es wie uns, wenn wir von einem auf den anderen Moment unser Zuhause verlassen müssen.“ Sorgen macht sich Heim besonders

„Die Gefangenen finden das natürlich nicht besonders toll. Ihnen ergeht es wie uns, wenn wir von einem auf den anderen Moment unser Zuhause verlassen müssen.“

CARSTEN HEIM, LEITER DER JUSTIZVOLLZUGSANSTALT MÜNSTER

um die, die in Münster in speziellen Drogenprogrammen sind oder zur Schule gehen. „Wir müssen schnell sicherstellen, dass diese Angebote in den Ersatz-Orten auch gewährleistet werden.“

Während gegen 10.30 Uhr der erste Bus mit 25 von insgesamt 485 Gefangenen nach draußen rollt, gibt es drinnen im Gefängnis laute Rufe. Einige der Zurückgebliebenen johlen. Der Kraftakt kann beginnen. Bis heute Mittag sollen weitere Busse und Einzeltransporte folgen. 34 Gefangene bleiben aber in Münster. Ihre Zellen in neueren Gebäudeteilen sind von der Einsturzgefahr nicht betroffen.

Wie es mit Heim und seinen 270 Beschäftigten der Justizvollzugsanstalt Münster weitergeht? Das ist noch völlig offen. „Darüber können wir uns am Wochenende Gedanken machen, wenn wir den Umzug geschafft haben“, sagt der Leiter.

Heim hat bereits Erfahrung mit besonderen Situationen im Gefängnis. Im Jahr 2014, am Tag des spektakulären Halbfinalspiels Brasiliens gegen Deutschland bei der Weltmeisterschaft, brach in Gelsenkirchen ein Häftling aus. Er war

dort damals der Chef. Zwei Jahre später steht Deutschland wieder im Halbfinale eines großen Fußball-Turniers. Ausgerechnet an diesem Tag muss Heim als neuer Leiter sein Gefängnis räumen – für ihn mindestens ein Aufreger zu viel.

Wie funktioniert der Gefängnis-Umzug?

Die Gefangenen werden in speziellen Bussen in andere Gefängnisse gebracht. „Das sind richtige Reisebusse mit Kabinen, die von einem Gang abgehen“, sagte ein Sprecher des nordrhein-westfälischen Justizministeriums.

Im Einsatz seien insgesamt sieben Busse, die mehrmals hin- und herführen. Mit dem Transport und der Logistik seien Hunderte von Mitarbeitern des allgemeinen Vollzugsdiensts beschäftigt.



Bild vom 08.07.2016 , S. 6

Hier zieht ein ganzer Knast um

Von TOBIAS KINDEL

Münster – Alle Mann raus aus dem Bröckel-Knast!

Weil die 160 Jahre alte JVA in Münster als akut einsturzgefährdet gilt, müssen bis heute Mittag alle 515 Insassen das Gefängnis verlassen und in andere NRW-Haftanstalten (u.a. Coesfeld und Krefeld) gebracht werden.

Gestern um 10.30 Uhr begann der große Knast-Umzug, bis zum Nachmittag waren bereits über 200 Häftlinge in Gefängnis-Bussen weggebracht worden.

Warum passierte das alles so plötzlich? Immerhin gilt die JVA Münster schon länger als ein Sanierungsfall.

Dr. Marcus Strunk, Sprecher des NRW-Justizministeriums: „Die Probleme mit der Statik waren länger bekannt. Das ist aber überwacht worden, von daher sind wir davon ausgegangen, dass die JVA weiter betrieben werden kann.“

Doch der Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW zog die Notbremse: Ein neues Gutachten spricht von einem „spontanen Versagen der Statik“ – möglicherweise schon bei einem schweren Unwetter oder durch einen vorbeifahrenden Schwertransporter.

JVA-Leiter Carsten Heim ist entsetzt: „Seit Jahren wird versucht, einen Platz für einen Neubau zu finden. Das ist sehr zähfließend und frustrierend. Jetzt müssen wir das ausbaden.“ Aus dem Justizministerium hieß es, dass jetzt auch notfalls außerhalb von Münster nach Alternativen für eine neue Haftanstalt gesucht werden muss.

Barsche Kritik am Justizminister kommt von der NRW-CDU. Deren rechtspolitischer Sprecher Jens Kamieth: „Minister Kutschaty schaut dem Verfall seit Jahren tatenlos zu. Der Justizvollzug in NRW ist eine Großbaustelle der Landesregierung!“

Kölner Stadtanzeiger vom 08.07.2016, S. 4

Räumung der Justizvollzugsanstalt Münster

Kapitel in der Skandal-Chronik

VON DETLEF SCHMALENBERG

Ob beim Neubau des Justiz-zentrums in Bochum, des Landesarchivs in Duisburg oder bei der Fachhochschule Bielefeld: Immer wieder hat der nordrhein-westfälische Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB) mit Fehlkalkulationen für Kopfschütteln gesorgt. Dabei wurde wohl Steuergeld in dreistelliger Millionenhöhe verpulvert – was derzeit auch im Korruptionsprozess vor dem Landgericht Düsseldorf aufgearbeitet werden soll.

Die Geschichte um die Not-Verlegung der Häftlinge aus der JVA Münster ist ein weiteres Kapitel in der Skandal-Chronik des Landesbetriebes. Die marode Bausubstanz im Bröckel-Knast war schon lange bekannt. Seit Mai überwa-

chen sogar Sensoren die Gebäude. Und jetzt wollen die Verantwortlichen beim Staatsunternehmen und im Justizministerium allen Ernstes davon überrascht sein, dass Einsturzgefahr besteht?

Da fragt man sich, welche „Experten“ denn in den vergangenen Monaten mit dem Thema befasst waren? „Die hohe Wahrscheinlichkeit für ein spontanes Versagen der Statik“ kann doch nicht über Nacht entstanden sein. So plötzlich, dass ein geordneter Abzug nicht mehr möglich ist.

Sogar die Uralt-Anstalten in Krefeld und Coesfeld, die Ende vergangenen Jahres geschlossen wurden, müssen jetzt hektisch reaktiviert werden. Seriöse Planung jedenfalls sieht anders aus.

Kölner Stadtanzeiger vom 08.07.2016, S. 28

Nur 48 Stunden

JUSTIZVOLLZUG Umzug von 500 Häftlingen aus einsturzgefährdetem Gefängnis hat begonnen

VON JENNIFER STÖTZEL

Münster/Düsseldorf. Es liest sich wie ein Krimi: Binnen 48 Stunden müssen etwa 500 Häftlinge der Justizvollzugsanstalt (JVA) Münster verlegt werden. Das denkmalgeschützte Gefängnis mitten in der Innenstadt sei akut einsturzgefährdet, heißt es in einem neuen Gutachten. Nur 34 Gefangene können bleiben – sie haben ihre Zellen nicht in dem mehr als 160 Jahre alten Gebäudeteil.

Am Mittwoch hatte der Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB) NRW deshalb das Mietverhältnis mit dem Justizministerium fristlos gekündigt. „Ein aktuelles Gutachten sieht eine hohe Wahrscheinlichkeit für ein spontanes Versagen der Statik“, begründete ein BLB-Sprecher den Schritt. Die kuriose Folge: Eines der ältesten Gefängnisse Deutschlands muss geräumt werden. „Eine logistische Meisterleistung“, nennt das Marcus Strunk, Sprecher des nordrhein-westfälischen Justizministeriums. Am Donnerstag wurden etwa 300 Häftlinge verlegt, die meisten Kleinkriminelle und Drogenabhängige, wie JVA-Leiter Carsten Heim mitteilte. Der Rest folge am Freitag. 44 Gefangene werden zunächst in Coesfeld untergebracht, 62 in Krefeld und 123 in Mönchengladbach. Wie viele Häftlinge noch in Gefängnisse in anderen Städten kommen, wollte das Jus-

tizministerium aus Sicherheitsgründen nicht mitteilen. Die Anstalten in Coesfeld und Krefeld wurden erst Ende vergangenen Jahres geschlossen, jetzt müssen sie wieder hergerichtet werden.

Seit Mai ist bereits bekannt, dass die JVA Münster baufällig ist. Sogar ein Notfallplan wurde deshalb ausgearbeitet – und dieser Gefängnisnotfall ist nun eingetreten. Trotzdem war das Justizministerium über die fristlose Kündigung des Mietverhältnisses überrascht: Zwar werde das Gebäude wegen der Baufälligkeit mit Sensoren überwacht, noch in der vergangenen Woche habe jedoch kein akuter Handlungsbedarf bestanden, sagte Sprecher Strunk. „Wir haben aber genügend Kapazitäten“, versicherte er. „Man muss allerdings etwas zusammenrücken.“

Für die Opposition ist hingegen klar, dass Justizminister Thomas



Kutschaty (SPD) von seiner „Tatenlosigkeit“ eingeholt werde, wie es der rechtspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Jens Kamieth, ausdrückte. Kutschaty habe bereits vor Monaten gesagt, ein Neubau sei unabweisbar. Für Dirk Wedel, rechtspolitischer Sprecher der FDP, ist der Fall „der

bisherige Höhepunkt einer ganzen Reihe Fehlabreden“ zwischen dem BLB und dem Ministerium. Für ihn sei unverständlich, „warum der BLB und der Justizminister nicht viel früher eine zeitlich gestreckte und geordnete Räumung der JVA Münster in Betracht gezogen und vorbereitet haben.“

Die politischen Diskussionen interessieren JVA-Leiter Heim wohl wenig. Er muss erst einmal dafür sorgen, dass der Häftlingstransport reibungslos verläuft. Spezielle Busse bringen die Gefangenen in andere Haftanstalten – 36 hat NRW insgesamt. „Das ist für die Häftlinge auch ein Einschnitt“, sagte Heim. „Sie haben hier in Münster eine Arbeit, sind hier zur Schule gegangen. Das ist sehr unglücklich, aber das können wir leider nicht ändern.“ Die Jobs der JVA-Mitarbeiter seien allerdings nicht gefährdet, wie Minister Kutschaty in einem Interview sagte.

Der BLB sucht seit Jahren nach einem Gelände für einen Neubau in Münster. Einen Beschluss für einen Neubau gibt es seit 2012. „Der BLB muss uns jetzt Vorschläge nennen, wo wir die Gefangenen unterbringen können. Das ist seine vertragliche Verpflichtung“, sagte Minister Kutschaty. „Wir können auf einen Standort dieser Größenordnung nicht dauerhaft verzichten.“ (mit hir, dpa)

• Kommentar Seite 4



Der Leiter des Gefängnisses in Münster, Carsten Heim Fotos: dpa



Denkmalgeschützt, aber einsturzgefährdet: JVA-Münster

**Neue Rhein
Zeitung vom
08.07.2016, S. 3**

Streit um eilige Räumung der JVA Münster

500 Häftlinge werden
binnen Stunden verteilt

Düsseldorf. So viele Verurteilte außerhalb der Gefängnismauern hat Peter Brock in 36 Jahren Strafvollzug noch nicht erlebt. Der Landesvorsitzende des Bundes der Strafvollzugsbediensteten reagiert am Donnerstag entsetzt, als das Land den wohl größten Gefangenen-Transport in der jüngeren Geschichte der NRW-Justiz startet. Die Justizvollzugsanstalt (JVA) Münster, ein maroder Bau aus dem Jahr 1853, muss bis zum heutigen Freitag wegen akuter Einsturzgefahr geräumt werden. Busse verteilen binnen 48 Stunden mehr als 500 Häftlinge auf andere Gefängnisse.

„Das ist eine Katastrophe mit Ansage und eine Extremsituation für unsere Bediensteten“, schimpfte Peter Brock. Gutachter hatten die Statik überprüft. Ein Pendelverkehr mit 20 Bustouren brachte bereits am Donnerstag mehrere Hundert Gefangene in die ehemaligen Zweiganstalten Coesfeld und Krefeld. Beide waren ebenso wie die JVA Mönchengladbach eigentlich 2015 zur Schließung vorgesehen.

Eine unvermittelte Evakuierung wie in Münster war für Justizminister Thomas Kutschaty (SPD) ein unrealistisches Szenario. Der Umzug von 500 Häftlingen sei eine „logistische Meisterleistung“ der Bediensteten, sagte Kutschaty. Die Häftlinge mussten in Windeseile ihre Sachen in Kisten packen – nicht mehr als zehn Kilogramm pro Person. *tobi*

Rheinische Post vom 08.07.2016, S. 6

513 Häftlinge müssen umziehen

Weil Gebäudeteile der JVA Münster einzustürzen drohen, müssen bis heute Nachmittag 513 Häftlinge verlegt werden. Viele kommen nach Krefeld und Mönchengladbach. Doch dort fehlt es an Personal. Der Justizminister steht in der Kritik.

VON CHRISTIAN SCHWERDTFEGER

MÜNSTER Es ist 10.32 Uhr, als sich gestern Morgen die Pforte der Justizvollzugsanstalt (JVA) Münster öffnet und der erste Bus mit Häftlingen an Bord vom Gelände rollt. Bis heute Nachmittag 14 Uhr werden mindestens 20 solcher Busfahrten gefolgt sein. Bis auf wenige Ausnahmen müssen bis dahin alle 513 Gefangenen das einsturzgefährdete Gebäude verlassen haben. Die Insassen werden in andere Gefängnisse im Land verlegt – ein logistischer Kraftakt. „Das muss gehen – und das wird gehen“, betont Münsters JVA-Leiter Carsten Heim. Nur 34 Häftlinge können wohl vorerst in der JVA bleiben, weil ihre Zellen in einem sicheren Gebäudeteil liegen.

Sowohl Gefängnisleitung als auch Justizministerium waren am frühen Mittwochnachmittag von der Nachricht überrascht worden, dass die JVA Münster binnen 48 Stunden aus Sicherheitsgründen geräumt werden müsse. Der Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB), dem das Gebäude gehört, hatte das Mietverhältnis mit dem Justizministerium fristlos gekündigt. Ein aktuelles Gutachten habe eine hohe Wahrscheinlichkeit für ein spontanes Versagen der Statik ergeben, erklärte ein BLB-Sprecher.

Der Expertise zufolge wurden bei Untersuchungen massive Risse in den alten Gewölbedecken festgestellt, die bei einem schweren Unwetter oder durch Vibrationen von vorbeifahrenden Schwertransportern zu einem Einsturz des Gebäudes führen könnten. Diese Einschätzung soll bei Beteiligten im Ministerium für Irritationen gesorgt

haben. „Dass der BLB ein eigenes Gutachten eingeholt hat, wussten viele nicht. Auch Justizminister Thomas Kutschaty wurde offenbar kalt erwischt“, hieß es aus gut informierten Kreisen. Denn Kutschatys Ministerium lässt seinerseits das Gebäude wegen Bauauffälligkeit seit Monaten mit Decken-Detektoren überwachen, die jede Bewegung im Mauerwerk messen und aufzeichnen. Im Notfall schlagen diese Messgeräte sofort Alarm. In den vergangenen Tagen und Wochen habe diesbezüglich aber kein Handlungsbedarf bestanden. Und auch akute Einsturzgefahr habe den Messergebnissen zufolge nicht bestanden. „Warum der BLB jetzt so plötzlich zu einem anderen Ergebnis kommt, ist zumindest fragwürdig“, hieß es.

Dabei hatte unsere Zeitung bereits im April exklusiv berichtet, dass die JVA Münster massiv einsturzgefährdet sei. Die CDU im Düsseldorfer Landtag hatte das Thema daraufhin auf die Tagesordnung des Rechtsausschusses gesetzt – doch Kutschaty spielte den Sachverhalt damals herunter. „Der Minister holt nun seine Tatenlosigkeit ein“, kritisierte der rechtspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Jens Kamieth. Die kurzfristige Räumung einer Justizvollzugsanstalt wegen akuter baulicher Mängel dürfte ein in der Justizgeschichte des Landes einmaliger Vorgang sein, betonte Kamieth.

Ein Großteil der Gefangenen aus Münster wird in die Haftanstalten in Mönchengladbach (123), Coesfeld (44) und Krefeld (52) verlegt. Dabei hatte das Justizministerium

diese erst im vergangenen Jahr geschlossen. Aus Mangel an Haftplätzen wurden die Gefängnisse im Frühjahr aber wieder in Betrieb genommen – aber nur im Stand-by-Modus und mit deutlich weniger Personal. „Diese müssen jetzt hochgefahren werden. Es fehlen dort Kräfte, um die neuen Gefangenen zu beaufsichtigen“, sagt Peter Brock, Landesvorsitzender des Bundes der Strafvollzugsbediensteten (BSBD). „Das führt dazu, dass Bedienstete aus Münster nun wohl täglich den langen Weg ins Rheinland fahren müssen, was ein unhaltbarer Zustand ist“, so Brock weiter.

Pläne für einen Neubau der JVA Münster gibt es seit Jahren. Nur konnte das Justizministerium bislang noch keinen passenden Standort finden, gegen den es keine Einwände gab. Entweder waren es Anwohner, die protestierten, oder Naturschützer, die dem Vorhaben ein Ende setzten. Kutschaty wollte eigentlich im Frühjahr eine Lösung präsentieren – tat es aber nicht. Doch selbst wenn bald ein Standort gefunden werden sollte, werden noch viele Jahre vergehen, bis eine neue JVA steht.

JVA Münster steht unter Denkmalschutz

Baujahr 1848, Fertigstellung 1853.

In der Zeit zwischen 1860 und 1895 wurde der Gebäudekomplex mehrfach umgebaut und erweitert. Im Krieg wurde die JVA zerstört und anschließend wieder aufgebaut. Nur das ehemalige Wärterwohnhaus ist heute noch im ursprünglichen Zustand erhalten.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 08.07.2016, S. 4

Streit um eilige Gefängnis-Räumung

Die Justizvollzugsanstalt Münster muss wegen Einsturzgefahr binnen 48 Stunden evakuiert werden. Verlegung von 500 Häftlingen wird Problem für Justizminister

Von Tobias Blasius

Düsseldorf. So viele Verurteilte außerhalb der Gefängnismauern hat Peter Brock in 36 Jahren Strafvollzug noch nicht erlebt. Der Landesvorsitzende des Bundes der Strafvollzugsbediensteten reagiert am Donnerstag entsetzt, als das Land den wohl größten Gefangenentransport in der jüngeren Geschichte der NRW-Justiz startet. Die Justizvollzugsanstalt (JVA) Münster, ein maroder Bau von 1853, muss bis zum heutigen Freitag wegen akuter Einsturzgefahr geräumt werden. Busse verteilen binnen 48 Stunden mehr als 500 Häftlinge auf andere Gefängnisse.

„Das ist eine Katastrophe mit Ansage und eine Extremsituation für unsere Bediensteten“, schimpfte Brock. Das Münsteraner Gefängnis gilt schon lange als baufällig. Der landeseigene Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB) sucht seit drei Jahren vergeblich ein Grundstück für ein komplett neues Hafthaus. „Ich sehe ein massives Versagen des BLB“, kritisierte Brock.

„Das ist eine Katastrophe mit Ansage.“

Peter Brock, Vorsitzender des Bundes der Strafvollzugsbediensteten

Der Liegenschaftsbetrieb hatte dem Justizministerium offenbar signalisiert, dass der Weiterbetrieb der ältesten Anstalt des Landes vorerst nicht gefährdet sei. Gutachter hatten die Statik überprüft, in den Gewölbedecken waren Sensoren installiert worden, um eine mögli-

che Einsturzgefahr frühzeitig per Computer erkennen zu können. Umso überraschter war man in Düsseldorf, als der BLB am Mittwoch doch die fristlose Kündigung aussprach und die Räumung innerhalb von zwei Tagen anordnete. Ein neues Gutachten hatte die Gefahren jetzt anders bewertet.

Ein Pendelverkehr mit 20 Bustouren brachte bereits am Donnerstag mehrere Hundert Gefangene in die ehemaligen Zweiganstalten Coesfeld und Krefeld. Beide waren ebenso wie die JVA Mönchengladbach eigentlich 2015 zur Schließung vorgesehen. Als Reserve für Engpässe hatte der BLB sie jedoch Anfang des Jahres wieder betriebsbereit gemacht.

Eine unvermittelte Evakuierung wie in Münster war für Justizminister Thomas Kutschaty (SPD) lange jedoch ein völlig unrealistisches Szenario. Der Umzug von 500 Häftlingen sei eine „logistische Meisterleistung“ der Bediensteten, sagte Kutschaty. Die Häftlinge mussten in Windeseile ihre persönlichen Sachen in Kisten packen – nicht mehr als zehn Kilogramm pro Person waren erlaubt.

CDU und FDP warfen dem Justizminister Planungsversagen und mangelhafte Absprachen mit dem BLB vor. Seit Jahren sei bekannt, dass der Uralt-Knast in Münster ersetzt werden müsse. „Die Notfall-Räumung des Gefängnisses ist eine Farce“, rügte FDP-Rechtsexperte Dirk Wedel.

Kutschaty wollte das nicht auf sich sitzen lassen und schob die

Verantwortung für das Debakel weiter: „Ich erwarte vom BLB und der Stadt Münster, dass nun endlich mit Nachdruck ein geeignetes Grundstück, notfalls auch außerhalb Münsters, für den Neubau der JVA gefunden wird.“

Die Haftanstalten Münster, Köln, Iserlohn, Willich und Wuppertal-Vohwinkel sollen neugebaut werden. Doch die Suche nach Grundstücken und die systematische Verlegung von Gefangenen bei einem Teilabriss bedeuten eine Bauphase von bis zu 15 Jahren. Der Bund der Strafvollzugsbediensteten verweist auf Sanierungsbedarf auch in weiteren der insgesamt 36 NRW-Haftanstalten mit gut 18000 Plätzen. „Es reicht einfach nicht“, sagte Brock.

Zahl der Inhaftierten sinkt

„Wir haben in den anderen NRW-Haftanstalten ausreichend Plätze, um die Gefangenen dort unterbringen zu können“, erklärt Kutschaty zur Großverlegung. Überhaupt macht er seit Wochen eine andere Rechnung auf. Die Zahl der Inhaftierten sei in den vergangenen zehn Jahren um 2000 auf nun etwa 15 500 zurückgegangen, die Zahl der Haftplätze sei jedoch stabil geblieben. Nicht die Quantität sei in NRW das Problem, sondern die Qualität der zumeist älteren Einrichtungen. „Jeder, der einen Haftplatz benötigt, bekommt ihn auch“, lautet das Credo des Justizministers. 34 Gefangene bleiben noch in Münster. Ihre Zellen in neueren Gebäudeteilen sind von der Einsturzgefahr nicht betroffen.

Westfälische Nachrichten vom 08.07.2016, S. 1

Gefängnis geräumt – und nun?

Standortsuche für JVA Münster beginnt von vorn / Kutschaty: Neubau an alter Stelle

-hir/er/kb- MÜNSTER/DÜSSELDORF. Nach der kurzfristig angeordneten Zwangsräumung des offenbar akut einsturzgefährdeten Gefängnisses in Münster will Justizminister Thomas Kutschaty die Standortsuche für den lange geplanten Neubau nun selbst in die Hand nehmen. „Das nehme ich jetzt zum Anlass, ganz offensiv auch außerhalb der Stadt nach einem passenden Standort zu suchen“, sagte er am Donnerstag unserer Zeitung.

In diesen Überlegungen spielt auch der alte Standort in Münster wieder eine Rolle: Wenn das Gebäude akut einsturzgefährdet sei, müsse es trotz des Denkmalschutzes abgerissen werden. „Wir könnten an dem bestehenden Standort, wo wir ja Bau- und Planungsrecht haben, eine kleine Anstalt speziell



Der erste Bus mit Gefangenen verließ am Morgen das münsterische Gefängnis.. Foto: Matthias Ahlke

für Untersuchungsgefangene errichten“, erklärte Kutschaty. Dort könne man bis zu 300 Insassen unterbringen, der Bau ließe sich relativ kurzfristig angehen. Für die übrigen 300 Plätze könne man an anderer Stelle eine weitere Anstalt bauen.

Unterdessen lief die Evaluierung der in die Jahre ge-

kommenen Haftanstalt nach Plan. 48 Stunden Zeit hatte der Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB) des Landes der Gefängnisleitung gewährt. Die Frist endet heute Mittag. Gestern Vormittag verließ der erste Bus mit 25 von insgesamt 509 Häftlingen die JVA. 44 von ihnen werden in der auf die Schnelle reakti-

vierten Haftanstalt in Coesfeld unterkommen. Die ehemalige Zweigstelle des Gefängnisses in Münster war erst im vergangenen Herbst geschlossen worden. 52 weitere Insassen werden nach Krefeld verlegt, die übrigen werden auf die anderen Einrichtungen im Land verteilt. 34 Häftlinge bleiben in Münster, ihre Zellen liegen in neueren Gebäudeteilen.

Carsten Heim, seit Jahresbeginn Leiter in dem denkmalgeschützten JVA-Gebäude, gab sich zuversichtlich, die Räumung in der vorgegebenen Zeit über die Bühne zu bringen. Gleichzeitig übte er aber auch deutliche Kritik an der BLB-Entscheidung: „Wenn die Einsturzgefahr derart akut ist, warum haben wir dann 48 Stunden Zeit für die Räumung?“, fragt er. | **Kommentar, Westfalen**

KOMMENTAR

Räumung der Justizvollzugsanstalt Münster

Peinlich

Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende. So sieht es der Volksmund, so kann man sich die Zwangsräumung des einsturzgefährdeten Gefängnisses schönreden. Doch Münster bekommt beides: Denn der Schrecken alias Standortsuche für einen Neubau ist noch lange nicht zu Ende. Dieser Fall ist peinlich.

Dass Münsters Haftanstalt nach mehr als 160 Jahren baufällig ist, wissen die Verantwortlichen in Justizministerium und beim Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB) schon lange. Es ist schlicht nicht nachvollziehbar, warum man zusehen hat, wie der marode Bau langsam verfällt. Auf den von Skandalen

und Misswirtschaft belasteten BLB wirft dieses selbst verschuldete Desaster – das ist die Not-Räumung – ein übles Licht. Falsche Entscheidungen bei der Immobilienpflege, ebenso bei der Standortsuche: Trotz reformierter Strukturen ist er offensichtlich bei elementaren Aufgaben überfordert.

Justizminister Kutschaty trifft der Vorwurf, dass er die Dinge viel zu lange laufen ließ. Auch wenn gerade ein Gefängnisneubau sensibles Vorgehen erfordert: Mehr Druck, weniger Rücksicht hätten ihn vermutlich schneller ans Ziel gebracht. Das Heft des Handelns nimmt er zu spät in die Hand. Immerhin kann er politische Instrumente einsetzen, die dem BLB definitiv fehlen: Daumenschrauben. Mal sehen, ob sie wirken.

Hilmar Riemenschneider



Westfälische Nachrichten vom 08.07.2016, S. 3

Nur 48 Stunden

JVA in Münster zwangsgeräumt / 475 Häftlinge werden in anderen Gefängnissen untergebracht



In Bussen verlassen die meisten Gefangenen das münsterische Gefängnis. 20 Fahrten werden nötig sein. Die Frist endet heute Mittag.

Foto: Jürgen Peperhowe

Von Elmar Ries und Hilmar Riemenschneider

MÜNSTER. Wie räumt man einen Knast im Hauruckverfahren? Carsten Heim, der Leiter der JVA in Münster, weiß das auch nicht so genau. Sein Problem ist: Er muss es umsetzen. Und hat dafür nur zwei Tage Zeit.

Wie berichtet, hatte der Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB) des Landes

dem altersschwachen Knast am Mittwoch die Rote Karte gezeigt, indem es das Mietverhältnis mit dem NRW-Justizministerium Knall auf Fall kündigte. Der Grund: Ein Sicherheitsproblem: „Ein aktuelles Gutachten sieht eine hohe Wahrscheinlichkeit für ein spontanes Versagen der Statik“, begründete ein BLB-Sprecher den Schritt.

Das reicht, um eine bislang einmalige Aktion anzuleiern: Die Evakuierung eines Gefängnisses mit 509 Häftlingen innerhalb von 48 Stunden.

Während Heim gestern Morgen vor dem Nebeneingang des roten Backsteinbaus steht und zu erklären versucht, was nur schwer zu erklären ist, rollt hinter ihm immer mal wieder ein weiß-blauer Gefängnis-Bus durch die Sicherheitsschleuse.

„20 Fahrten werden wir benötigen, um alle Häftlinge in andere Gefängnisse zu bringen“, sagt der Chef, da fährt gerade Bus Nummer 5 durch das graue Tor. 34 Häftlinge bleiben in Münster, alle anderen müssen auf die

Schnelle packen: Jeder Gefangene darf zehn Kilo Gepäck mitnehmen.

Bis heute müssen die 475 Insassen in anderen Anstalten unterkommen sein. Wer wohin kommt, regelt das Justizministerium in Düsseldorf. Fest steht: 40 Häftlinge

»Wenn die Einsturzgefahr derart akut ist, warum haben wir dann 48 Stunden Zeit für die Räumung.«

Carsten Heim, JVA-Chef

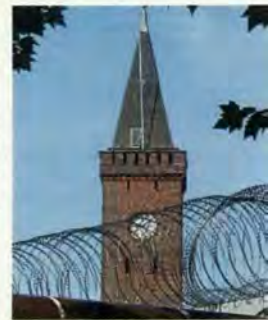
werden in die im Oktober geschlossene Außenstelle der JVA Münster in Coesfeld gebracht. Auch in Mönchengladbach wird ein bereits geräumter Knast kurzfristig reaktiviert.

Sicher ist: Platz für die Gefangenen aus Münster ist in den anderen JVAs des Landes vorhanden. Ohne das geräumte Gefängnis in Münster stehen in NRW rund 16 000 Plätze zur Verfügung, von denen derzeit rund 15 000 belegt sind. Justiz-

minister Thomas Kutschat betont: Auf Haftverschonung wegen Platzmangels müsse niemand hoffen.

Wer aber trägt eigentlich die Verantwortung für dieses Holterdiepolter in Münster? Den Schwarzen Peter hat das BLB. Dessen Argument: Ein frisches Gutachten habe nachgewiesen, dass bei Erschütterungen durch Unwetter oder Schwerlast-Transporte die Statik des Uraltknastes gefährdet sei. Aber wusste das die Behörde erst seit Mittwoch? Und wenn die Einsturzgefahr derart akut ist – „Warum haben wir dann 48 Stunden Zeit für die Räumung?“, fragt Heim.

Vonseiten der Opposition hagelte es harsche Vorwürfe gegen Justizminister Thomas Kutschat: Er habe dem Verfall des münsterischen Gefängnisses seit Jahren tatenlos zugehört, kritisierte der CDU-Rechtsexperte Jens Kamieth. Trotz früher Ankündigung eines Neubaus trete die Planung auf der Stelle. „Kutschat betrachtet den bevorstehenden Zusammenbruch des JVA-Gebäu-



Markant steht der Kirchturm in der Mitte des sternförmigen Gebäudes. Foto: Matthias Ahlke



Mit Nato-Draht gesichert sind die Mauern. Foto: Matthias Ahlke

des in Münster offensichtlich als eine Naturkatastrophe.“ Die CDU forderte vom Minister eine Erklärung in der nächsten Sitzung des Rechtsausschusses: Der tagt allerdings erst nach der Sommerpause am 7. September.

Der Landesvorsitzende des Bundes der Vollzugsbeamten, Peter Brock, sieht die Schuld beim BLB. Der habe nicht nur bei der erfolglosen Standortsuche „eine unrühmliche Rolle gespielt“.

Westfälische Nachrichten vom 08.07.2016, S. 9

Auszug aus der Haftanstalt

An der Gartenstraße 26 ist über Nacht alles anders geworden

Von Klaus Baumeister

MÜNSTER. Gewiss, es gibt größere Probleme an diesem Tag. Aber für den Coerder Rechtsanwalt Miguel Lück ist es ein echtes Problem: Drei seiner Mandanten sitzen in Untersuchungshaft in der JVA Münster. Jetzt steht er bei strahlendem Sonnenschein vor der verschlossenen Gefängnistür an der Gartenstraße und weiß nicht, wo er seine Mandanten künftig antreffen kann.

„Zwei bis drei Mandantenbesuche im Monat sind üblich“, so der Rechtsanwalt. „Vielleicht muss ich dafür künftig nach Bielefeld oder Dortmund fahren.“ Mit ernster Mine schickt er hinterher: „Ich kenne Kollegen, die betreuen 20 Mandanten in der JVA Münster.“

In der Tat: An dem Tag, an dem das münsterische Gefängnis geräumt werden muss und praktisch im Stundentakt Busladungen mit Häftlingen Münster verlassen, erscheint Lücks Pro-

blem wie eine Petitesse.

Und doch zeigt sich hier exemplarisch, welche grundlegenden Umwälzungen auf die Betroffenen zukommen.

Dazu gehört auch die junge Frau aus Rheine, die an diesem Morgen ihren Mann besuchen möchte – und es nicht darf. Überall auf dem Vorplatz weisen Plakate darauf hin, dass Gefangenensuche wegen der Räu-

mung nicht mehr möglich sind. „Ich habe davon nichts gewusst“, sagt sie sichtlich schockiert. Eine Justizbeamtin, die sie anspricht, kann ihr auch nicht weiterhelfen. „Es kommt uns vor wie ein Aprilscherz“, sagt die Frau in Uniform. Auch sie ist spürbar verunsichert. Die Angst der einen um ihren Mann und die Angst der anderen um ihren Arbeitsplatz verbinden sich.

Unterdessen gibt der JVA-Direktor Carsten Heim auf der anderen Seite des Gebäudekomplexes ein Interview nach dem anderen. Dort am Stühmerweg fahren die Busse ein und aus, dort stehen die Journalisten und Kameraleute, die sich diesen historischen Moment nicht entgehen lassen möchten: Ein ganzer Knast wird innerhalb von 48 Stunden geräumt. Heim ist seit 5.30 Uhr

im Dauereinsatz. Seinen Äußerungen ist anzumerken, wie surreal das Ganze auf ihn wirkt.

Dazu passt auch der Paketbote, der vorn am Tor vorfährt und gar nicht weiß, dass sein Paket möglicherweise das letzte ist, das an die Adresse Gartenstraße 26 zugestellt wird. Dazu passt auch das dunkle Auto mit Düsseldorfer Kennzeichen, aus dem ein Mann steigt, der beim ersten Anblick eines Journalisten ruft: „Ich sage nichts! Wenden sie sich an unsere Pressestelle.“

Der Friseur nebenan in Sammy's Hair Beauty Salon ist unterdessen so sehr beschäftigt, dass er noch gar nichts mitbekommen hat: „Wie – das Gefängnis wird geräumt?“ Viele Angehörige von Gefangenen kommen bei ihm vorbei, „meist zum Geldwechsell“. Und viele JVA-Bedienstete lassen sich bei ihm die Haare schneiden. Er wird sich umstellen müssen... | Titelseite / Westfalen | Kommentar / 5. Lokalseite

270 JVA-Bedienstete wissen nicht, wie es weitergeht

Die JVA beschäftigt aktuell 270 Mitarbeiter. Welche Auswirkungen die Räumung des baufälligen Gefängnisses auf sie hat, ist nach Auskunft des Gefängnisdirektors Carsten Heim „derzeit nur schwer abschätzbar“. Natürlich geht es innerhalb der Belegschaft die Sorge, dass man auf andere Gefängnisse verteilt werde. „Aber nichts ist bislang klar.“ Unklar ist auch, wie es mit

den Zulieferern weitergeht. Ein Gefängnis ohne Gefangene mit Lebensmitteln und Verbrauchsgütern zu versorgen, erbege keinen Sinn, so Heim. Die landesweite Verteilung der münsterischen Häftlinge hat unmittelbare Auswirkungen auf münsterische Strafverteidiger, deren Mandanten an der Gartenstraße einsitzen. Das Gefängnis nimmt laut Heim darüber hinaus die

Dienste externer Drogenberater und Psychotherapeuten in Anspruch. Auch für sie ergibt sich mit der Einstellung des Gefängnisbetriebs in Münster eine komplett neue Situation. Zu den aktuell drängendsten Aufgaben der JVA gehört es, die Angehörigen der über 500 Inhaftierten darüber zu informieren, dass sich die Adresse Gartenstraße 26 bis auf Weiteres erledigt hat. -kb-

Westdeutsche Zeitung vom
08.07.2016, S. 2

Wer spricht mit wem?

Von Olaf Kupfer

Schon seit 2010 stand die gemeinsame Entscheidung von Justizministerium und Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW so gut wie fest: Die unter Denkmalschutz stehende 160 Jahre alte Justizvollzugsanstalt in Münster wird nicht erneut saniert. Stattdessen war ein neuer Standort in der Universitätsstadt für eine hochmoderne JVA geplant. Seit 2012 wissen das auch die Münsteraner. In den mindestens vier Jahren seither ist zwar einiges passiert, zum Ziel hat aber nichts geführt. Vor allem, weil das Bundesverteidigungsministerium einen geplanten Neubau in Münster-Handorf nach dreijähriger Planung verhindert hat – ein Teil des Übungsplatzes war offenbar dann doch nicht abzugeben.

Schon darüber musste man sich wundern, weil die Verhandlungen weit fortgeschritten waren. Im Bau- und Liegenschaftsbetrieb ärgert man sich noch heute über die späte und seltsam begründete Absage. Mehr Kommunikation auf ministerialer Ebene hätte die Dinge wohl effizienter vorantreiben können. Man wusste ja, dass die Zeit drängt. Jetzt stehen alle Beteiligten dumm da:

Vor allem Justizminister Kutschaty, der zwar rechtzeitig einen Notfallplan für die schnelle Räumung konstruiert hatte, gestern aber über seinen Sprecher eingestand, von der fristlosen Kündigung und den Sofortmaßnahmen an der Gartenstraße in Münster überrascht worden zu sein.

Dabei hat der landeseigene Bau- und Liegenschaftsbetrieb das zweite und nun entscheidende Gutachten, in dem von „spontanem Statikversagen“ die Rede ist, bereits Ende Juni erhalten. Spricht da der eine mit dem anderen nicht?

Die Räumung eines 500-Insassen-Gefängnisses ist kein Pappenstiel. Nicht für die Insassen, auch nicht für die JVA-Angestellten. Und sicher nicht für die Bevölkerung und mit ihr den Steuerzahler. Es wird das ein oder andere Gebet aus Düsseldorf gen Himmel gehen, dass der hinlänglich überstürzte Gefangenentransport gestern und heute ohne Zwischenfall verläuft. Ein Minimalanspruch wäre so erfüllt.



olaf.kupfer@wz-plus.de

Westdeutsche Zeitung vom 08.07.2016 , S. 3

Schnell packen: Zehn Kilo pro Häftling erlaubt

In Münster wird ein ganzes Gefängnis evakuiert. Innerhalb von 48 Stunden bringen Busse fast 500 Gefangene in andere Standorte in Nordrhein-Westfalen.

Von Carsten Linnhoff

Münster. In ihre Kiste dürfen die „Knackis“ in Münsters Gefängnis zehn Kilo einpacken. Mehr ist nicht erlaubt. Es muss schnell gehen. Seit gestern weiß die Gefängnisleitung, dass das denkmalgeschützte Gebäude mitten in der Innenstadt von Münster geräumt werden muss. Akute Einsturzgefahr, das hat ein neues Gutachten festgestellt. Die Insassen haben nicht viel Zeit, nur 48 Stunden. Dann müssen alle raus sein. Zumindest die, die im über 160 Jahre alten Gebäudeteil ihre Zellen haben.

„Die Gefangenen finden das natürlich nicht besonders toll. Ihnen ergeht es wie uns, wenn wir von einem auf den anderen Moment unser Zuhause verlassen müssen.“

Carsten Heim, Leiter der Justizvollzugsanstalt Münster

„Für den einen ist Tabak sehr wichtig, für den anderen sein DVD-Player“, sagt der Leiter der Justizvollzugsanstalt, Carsten Heim. Da fällt die Auswahl

nicht leicht, zehn Kilo sind nicht viel. Das weiß jeder Flugreisende, der seinen Koffer vor dem Abflug auf die Waage stellt. Was nicht in die Kiste passt, wird nachgeliefert. „Unser Magazin, in dem die privaten Sachen der Häftlinge lagern, ist nicht vom möglichen Einsturz betroffen. Das organisieren wir dann später“, sagt Heim.

Der Leiter ist seit Anfang des Jahres in Münster. Die Aufregung um sein Gefängnis kann er nicht nachvollziehen. Seit Jahren wird über einen neuen

Standort gestritten. Das alte sternförmige Gebäude steht unter Denkmalschutz. Als Knast lässt es sich nicht mehr sinnvoll betreiben. Die Suche nach einem Grundstück blieb bislang erfolglos. Den Bauexperten macht die Statik der JVA längst große Sorge. Sensoren messen, ob es in den Decken zu Verschiebungen kommt. „An diesen Messdaten hat sich in letzter Zeit aber nichts geändert“, sagt Heim.

Ein neues Gutachten, vom Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW in Auftrag gegeben, hatte aber noch größere Bedenken.

Bei Erschütterungen von außen wie Schwertransporten drohe eine akute Einsturzgefahr. Wenn es so dringend ist, fragt sich Heim, warum haben wir dann 48 Stunden Zeit bekommen?

Sieben Busse pendeln für rund 20 Touren gestern und heute, sie bringen die Gefangenen in andere der 36 Gefängnisse in NRW. Kranke werden per Einzeltransport verlegt. „Die Gefangenen finden das natürlich nicht besonders toll. Ihnen ergeht es wie uns, wenn wir von einem auf den anderen Moment unser Zuhause verlassen müssen.“ Sorgen macht sich Heim besonders um die, die in Münster in speziellen Drogenprogrammen sind oder zur Schule gehen. „Wir müssen schnell sicherstellen, dass diese Angebote in den Ersatz-Orten auch gewährleistet werden.“

34 Gefangene bleiben im neuen Gebäudeteil in Münster

Während gegen 10.30 Uhr der erste Bus mit 25 von 485 Gefangenen nach draußen rollt, gibt es drinnen laute Rufe. Einige Zurückgebliebene johlen. Der Kraftakt kann beginnen. Bis

gestern Abend werden 380 Gefangene in andere Justizvollzugsanstalten des Landes verlegt. 34 Gefangene bleiben in Münster. Ihre Zellen in neueren Gebäudeteilen sind von der Einsturzgefahr nicht betroffen.

Wie es mit Heim und seinen 270 Beschäftigten der JVA Münster weitergeht? Das ist noch völlig offen. „Darüber können wir uns am Wochenende Gedanken machen, wenn wir den Umzug geschafft haben“, sagt der Leiter.

Heim hat Erfahrung mit besonderen Situationen im Gefängnis. 2014, am Tag des spektakulären Halbfinalspiels Brasiliens gegen Deutschland bei der Weltmeisterschaft, brach in Gelsenkirchen ein Häftling aus. Heim war damals Chef der Anstalt. Zwei Jahre später steht Deutschland wieder im Halbfinale eines großen Fußball-Turniers. Ausgerechnet an diesem Tag muss Heim als neuer Leiter sein Gefängnis räumen – für ihn mindestens ein Aufreger zuviel.

So funktioniert der Umzug der Gefangenen

Der logistische Aufwand für das Adhoc-Unternehmen ist riesengroß

Münster. Das einsturzgefährdete Gefängnis in Münster soll bis heute Mittag geräumt sein. Knapp 500 Gefangene müssen in andere Haftanstalten gebracht werden – ein großer logistischer Aufwand.

Wie werden die Häftlinge transportiert?

Die Gefangenen werden in speziellen Bussen in andere Gefängnisse gebracht. „Das sind richtige Reisebusse mit Kabinen, die von einem Gang abgehen“, sagte ein Sprecher des NRW-Justizministeriums. Im Einsatz seien insgesamt sieben Busse, die mehrmals hin und her führen. Mit dem Transport und der Logistik seien Hunderte von Mitarbeitern des allge-

meinen Vollzugsdiensts beschäftigt.

Müssen Gerichtsprozesse wegen fehlender Busse jetzt ausfallen?

„Nein“, sagt der Sprecher des Justizministeriums. Für die Häftlinge, die zu Prozessen gefahren werden, stünden andere Fahrzeuge bereit. „Das sind häufig kleinere Transportfahrzeuge, wo vier oder fünf Leute reinpassen“, erklärt er.

Welche Haftanstalten nehmen Gefangene auf?

Die Häftlinge werden auf verschiedene Gefängnisse in NRW verteilt – Krefeld (52) und Coesfeld (44) nehmen zunächst besonders viele auf. Auch in der stillgelegten Justizvoll-

zugsanstalt von Mönchengladbach werden demnächst Kapazitäten reaktiviert. Hinzu kommen weitere Haftanstalten. Welche das genau sind, will das Justizministerium aus Sicherheitsgründen nicht verraten.

Was bedeutet der Umzug für die Gefangenen?

Carsten Heim, der Leiter des Gefängnisses in Münster, sprach von einem „Einschnitt“ für die Häftlinge. Schließlich hätten sie in Münster gearbeitet oder eine Schule besucht. Da die Verlegung möglichst schnell ablaufen soll, dürfen die Gefangenen zunächst nur wenig Gepäck mitnehmen. Der restliche Besitz wird nachgeschickt.

Der Westen online vom 08.07.2016, S. 1

Gladbecker Dr. Martin Lange wird CDU-Landtagskandidat

Die Wahl der Stadtverbände Gladbeck und Dorsten fiel einstimmig aus. Als einziger Kandidat war Lange einmütig von beiden Gremien nominiert worden.

Einstimmig wählte die Mitgliederversammlung der CDU-Stadtverbände Gladbeck und Dorsten den Gladbecker Dr. Martin Lange (44) zum Kandidaten im Landtagswahlkreis 71 Recklinghausen III (Gladbeck und südlicher Teil von Dorsten). Als einziger Kandidat war Dr. Lange zuvor einmütig von beiden Stadtverbänden nominiert worden.

Der Gladbecker ist verheiratet, hat zwei Kinder und ist seit 2014 Ratmitglied. Der promovierte Chemiker arbeitet im Wirtschaftsministerium des Landes NRW.

In seiner Bewerbungsrede warb Dr. Lange für den Spitzenkandidaten Armin Laschet und erläuterte das Motto der Landes-CDU „NRW geht vor“. Wie schon bei seiner Vorstellung vor dem CDU-Stadtverband kritisiert er, dass das Land unter der momentanen rot-grünen Regierung mittlerweile Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum und bei der Aufklärung von Straftaten sei, aber Spitzenreiter bei den Wohnungseinbrüchen.

Als einen Schwerpunkt seiner künftigen Politik sieht der CDU-Politiker die schwierige Finanz- und Verschuldungssituation der Gemeinden seines Wahlkreises, die er verbessern will. Dies könne zum Beispiel gelingen, wenn Kommunen für die Aufgaben, die sie im Auftrag des Landes und des Bundes erfüllen müssen, eine vollständige Kostenerstattung erhalten. Dies sei bei der rot-grünen Landesregierung bei weitem nicht immer der Fall.

Besonders am Herzen liegt dem Kandidaten die wirtschaftliche Situation der Emscher-Lippe-Region. Hier könne nur durch gemeinsames Handeln aller Städte das Ruder herumgerissen werden. „Das Kirchturmdenken muss endlich ein Ende haben. Aber die Region braucht auch einen starken Fürsprecher in Düsseldorf.“ Dafür will er kämpfen und blickt positiv auf den Ausgang der Landtagswahl 2017. Dr. Lange: „Die CDU hat gute Aussichten, wieder stärkste Partei im Land zu werden, und den Ministerpräsidenten zu stellen.“

07.07.2016 | 20:00 Uhr



Der Landtagskandidat Dr. Martin Lange hier gemeinsam mit dem CDU Stadtverbansvorsitzenden Dietmar Drosdzo.

Foto: Lutz von Staegmann

**Kölner
Stadtanzeiger
vom 08.07.2016,
S. 28**

LANDESPOLITIK

**Sprecher der
Regierung geht**

Düsseldorf. Rudolf Schumacher, der stellvertretende Regierungssprecher der NRW-Landesregierung, hat sein Amt abgegeben. Er habe „schwere gesundheitliche Probleme“, teilte die Staatskanzlei mit. Der Grünen-Politiker war auch als Zeuge vor den Untersuchungsausschuss zu den Kölner Silvester-Ausschreitungen geladen worden. Schumacher hatte an Neujahr die Rufbereitschaft in der Staatskanzlei. Einen Zusammenhang zwischen der Ablösung und der geplanten Zeugenvernehmung gebe es aber nicht, hieß es im Landtag. Nachfolger von Schumacher soll der rheinland-pfälzische Grünen-Politiker Nils Wiechmann werden. (det)

Post von Horn online vom 08.07.2016 , S. 1

NRW: Silversterausschuss

stößt an Grenzen

Freitag, 8. Juli 2016

Politik

Der NRW-Landtag stößt mit seinem Drang, Aufschluss über die weltweit beachteten Vorgänge um die Kölner Silvesternacht zu gewinnen, an Grenzen. Die Landesregierung teilte am Dienstag mit, der Stellvertretende Regierungssprecher Rudolf Schumacher (Grüne) werde sein Amt „aufgrund schwerer gesundheitlicher Probleme“ aufgeben. Tags zuvor hatte die CDU angekündigt, ihn als Zeugen vor den Untersuchungsausschuss des Landtages zu laden.

Nicht mehr zur Verfügung

Schumacher, der wie sein Vorgesetzter, Regierungssprecher Breustedt (SPD), in Köln lebt, war zu Neujahr diensthabender Sprecher der Regierung und für deren Kommunikation zuständig. Die CDU erhoffte sich von Schumacher Auskunft darüber, wie die Landesregierung von den Ereignissen in der Silvesternacht erfuhr und welche Wege die Informationen nahmen.

Diese Erwartungen werden wohl nicht erfüllt. In Düsseldorf rechnet man damit, dass Schumacher dem Untersuchungsausschuss, der seine Arbeit spätestens im Frühjahr 2017 abschließen muss, bis dahin nicht mehr zur Verfügung stehen wird.

Nach seiner Genesung werde Schumacher „auf eigenen Wunsch eine Aufgabe im Ministerium für Schule und Weiterbildung übernehmen“, erklärte die Landesregierung. Er gilt als Vertrauter der grünen Schulministerin Löhrmann. Welche Aufgabe er im Schulministerium übernehmen könnte, teilte die Regierung nicht mit.

Nicht informiert worden

Schumacher war in den vergangenen Wochen Thema im Untersuchungsausschuss geworden. Die Aufklärungsbemühungen des Ausschusses drehen sich um die Frage, warum die Landesregierung erst am 4. Januar auf die Verbrechen reagierte, während in den Tagen zuvor allein über die Onlineberichte der Kölner Zeitungen mehr als 1,6 Millionen Menschen von den Vorgängen in der Silvesternacht Kenntnis nahmen.

Ministerpräsidentin Krafts engste Mitarbeiter in der Staatskanzlei offenbarten vor dem Ausschuss ein eher betuliches Kommunikationsverhalten.

Büroleiter Schulik und Amtsleiterin Surmann gaben an, sie seien von der Pressestelle der Staatskanzlei über die Berichterstattung, die es in den ersten Tagen des Jahres gegeben hatte, nicht informiert worden. Verantwortlicher Diensthabender in der Pressestelle sei Schumacher gewesen. Auch dessen Chef, Regierungssprecher Breustedt, hatte vor dem Ausschuss darauf hingewiesen, dass Schumacher am Neujahrstag für die Pressearbeit verantwortlich gewesen sei. Aufgabe einer solchen Rufbereitschaft sei es nicht nur, auf Anrufe zu reagieren, sondern bei besonderen Ereignissen auch von sich aus aktiv zu werden. Solche Äußerungen nähren die in Düsseldorf kursierenden Vermutungen, dass es in der Pressestelle der Staatskanzlei erhebliche Spannungen gegeben habe.

Nicht im Verteiler

Etliche Mitarbeiter Krafts in der Staatskanzlei hatten durch eine sogenannte WE-Meldung, eine Polizeimeldung über besondere Ereignisse, schon am Neujahrstag gegen Mittag erste Kenntnis von den Silvesterverbrechen erhalten, ihr aber keine größere Bedeutung beigemessen.

Unter den Empfängern dieser WE-Meldung befand sich auch Regierungssprecher Breustedt. Er betonte, sie sei nicht aus dem Rahmen dessen gefallen, was an Silvester üblich sei. Er verwies darauf, dass Schumacher diese WE-Meldung nicht erhalten habe, weil er dem Verteiler von WE-Meldungen nicht angehöre.

Welche Auswirkungen dieses Handicap auf Schumachers Arbeit über Neujahr hatte, wird der Untersuchungsausschuss nach Schumachers schwerer Erkrankung zumindest in absehbarer Zeit nicht in Erfahrung bringen können.

Nicht in den Landtag

Die NRW-Grünen nutzen Schumachers Ausstieg aus der Staatskanzlei, um Personalprobleme der rheinland-pfälzischen Grünen zu beheben. Zeitgleich mit der überraschenden Meldung über Schumachers Erkrankung und Ausscheiden aus der Staatskanzlei teilte die Landesregierung mit, dass sie einen Nachfolger für ihn gefunden und bestellt habe.

Es handelt sich um den ehemaligen grünen Landtagsabgeordneten aus Rheinland-Pfalz, Nils Wiechmann. Er war zuletzt Parlamentarischer Geschäftsführer der grünen Landtagsfraktion in Mainz. Bei der Landtagswahl im März 2016 verpasste er die Rückkehr in den Mainzer Landtag, weil ihn die Grünen auf einen aussichtslosen Platz der Reserveliste gesetzt hatten. Sie wollten ihn wohl nicht mehr im neuen Landtag sehen.

Die Berufung des landesfremden grünen Politikers Wiechmann sorgt in Düsseldorf für Erstaunen. Dass ein führender grüner Politiker, der in seinem Landesverband gescheitert ist, in der Regierungsadministration eines anderen Bundeslandes auf einem exponierten Posten untergebracht und versorgt wird, kommt nicht alle Tage vor. – *Ulrich Horn*

Westfalenblatt vom 08.07.2016, S. 4

NRW will Eidesformel ändern

»Wohl des deutschen Volkes« soll ersetzt werden

■ Von Andreas Schnadwinkel

Düsseldorf (WB). Die nächste NRW-Landesregierung soll nicht mehr auf das »Wohl des deutschen Volkes« schwören. Die Verfassungskommission des Landtags hat mit Zweidrittel-Mehrheit beschlossen, diese Formulierung aus der Eidesformel zu streichen.

Künftig sollen Ministerpräsident, Minister und Staatssekretäre auf das »Wohl des Landes Nordrhein-Westfalen« vereidigt werden. Im Laufe dieses Jahres soll der Landtag abschließend entscheiden. Auch im Parlament ist eine Zweidrittel-Mehrheit für die Verfassungsänderung nötig.

Ziemlich geräuschlos und von der Öffentlichkeit weitgehend unbeobachtet entschied die Verfassungskommission am 27. Juni über die Eidesformel. Es war die einzige Entscheidung in dieser Sitzung. In anderen zentralen Fragen wie der Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre und die Verankerung der Schuldenbremse in der Verfassung gab es keine Einigung.

Nur in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein schwören die Landesregierungen noch auf das »Wohl des deutschen Volkes«. In 14 Bundesländern sehen die Verfassungen andere Eidesformeln vor. »Ich schwöre Treue der Verfassung des Freistaates Bayern« heißt es in Bayern. In Baden-Württemberg steht der Begriff »Volk« ohne »deutsch« im Amts-

eid: »Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des Volkes widmen werde.«

Der CDU-Landtagsabgeordnete André Kuper aus Rietberg (Kreis Gütersloh) hält die Änderung für angebracht. »Die neue Eidesformel bezieht sich endlich auf unser Heimatbundesland Nordrhein-Westfalen – so, wie es etwa in der bayerischen und vielen anderen Landesverfassungen längst der Fall ist«, sagte der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende dem WESTFALEN-BLATT.

Dass die Streichung des »deutschen Volkes« aus der Eidesformel zehn Monate vor der Landtagswahl Wahlkampfmunition für die AfD liefern könnte, befürchtet Kuper nicht: »Die Änderung fokussiert nur den Bezug von der Bundes- auf die Landesebene und

bleibt ansonsten im Kern unverändert.« Der CDU-Landtagsabgeordnete Daniel Sieveke aus Paderborn sieht die Entscheidung der Verfassungskommission nicht ganz so positiv. »Ich kann zwar damit leben und finde den stärkeren Bezug zu NRW gut, aber ich hätte den Bezug zu Deutschland nicht gestrichen«, sagte Sieveke. In seinem Büro seien in der Sache schon mehrere kritische Zuschriften von Bürgern eingegangen.

In Düsseldorf geht man davon aus, dass die CDU-Fraktion im Landtag nicht geschlossen für die Änderung stimmen wird. Einige Parlamentarier werfen dem CDU-Fraktions- und Landesvorsitzenden Armin Laschet vor, aus taktischen Gründen einen Wert geopfert zu haben, der den Stammwählern der CDU wichtig ist.



So steht es am Reichstag, und darauf leistet die Bundesregierung ihren Eid.
Foto: Deutscher Bundestag/Julia Nowak-Katz

Aachener Nachrichten vom 08.07.2016, S. 1

RWE streicht deutlich mehr Jobs

Die Krise des Energiekonzerns verschärft sich: Bis 2020 sollen alleine im Rheinischen Revier 1600 Stellen gestrichen werden. Die Belegschaft muss zudem mit Gehaltseinbußen rechnen. Gespräche laufen.

VON PATRICK NOWICKI

Aachen/Köln. Die Braunkohlesparte im RWE-Konzern baut in den kommenden Jahren deutlich mehr Personal ab als noch vor wenigen Monaten verkündet. Bis zum Jahr 2020 soll die Zahl der Festangestellten in Deutschland auf 11 900 Menschen sinken. Allein 1600 Arbeitsplätze fallen im Rheinischen Revier weg – noch vor einem Jahr war von 1000 Jobs die Rede. Hintergrund sei die nach wie vor angespannte Lage auf dem Strommarkt und die sinkenden Erlöse, teilte der Vorstandsvorsitzende der RWE Generation, Matthias Hartung, in Schloss Paffendorf mit.

Im ersten Quartal des Jahres fiel der Stromhandelspreis auf ein historisches Tief. „Für nur zwei Cent pro Kilowattstunde können wir keinen Strom produzieren“, sagte Hartung. Inzwischen sei der

Stromhandelspreis zwar leicht gestiegen, von einer Erholung könne aber keine Rede sein. RWE Generation setzt den sinkenden Erlösen ein drastisches Sparprogramm unter dem Namen NEO entgegen, in dessen Rahmen die Tagebaue und Kraftwerke organisatorisch neu strukturiert werden. Bis zum Jahr 2018 soll das Maßnahmenpaket eine jährliche Einsparung in Höhe von 1,5 Milliarden Euro im Vergleich zu 2013 erzielen.

Ob dies reicht, hängt auch von den Gesprächen zwischen den Gewerkschaften, der Belegschaft und RWE ab. Die IG BCE-Aussage, der Essener Konzern fordere Gehaltseinbußen in Höhe von 25 Prozent, kommentierte der RWE-Generation-Personalvorstand Erwin Winkel gestern so: „Dies ist eine Aussage, die wir so nicht machen würden.“ Im zweiten Halbjahr des Jahres will man eine Lösung präsentieren. Winkel betonte, dass man

den Personalabbau sozialverträglich erledigen wolle, dabei komme ihm das hohe Durchschnittsalter der RWE-Belegschaft von 49 Jahren entgegen.

Nach der Leitentscheidung

Einen Tag nach der Leitentscheidung zu Garzweiler II unterstrich Hartung, dass man zu den getroffenen Verträgen stehe und die Zusagen an die Stadt Erkelenz einhalten werde. Die Landesregierung hatte am Mittwoch die lange zuvor angekündigte Verkleinerung des Tagebaus Garzweiler II beschlossen. Holzweiler kommt demnach nicht unter die Schaufelräder. Zudem bleibe es bei der geplanten Verlegung der Autobahn 61.

Nur als Randaspekt wurde gestern der Börsengang des neuen RWE-Betriebs Innogy erwähnt. Der Essener Konzern plant bekanntlich, die Sparte Netze, Ver-

trieb und regenerative Energien in eine neue Aktiengesellschaft zu packen. Diese soll, so wurde gestern bestätigt, spätestens Ende des Jahres an die Börse gehen – „in Abhängigkeit vom Börsenumfeld“, wie Hartung einschränkte. 90 Prozent der neuen RWE-Tochter sollen in den Händen der RWE bleiben. Der mit etwa 25 Milliarden Euro Schulden belastete Konzern hofft, auf diesem Weg neues Geld für Investitionen in die Kasse zu spülen.

Das betriebliche Ergebnis in der konventionellen Stromerzeugung sank im ersten Quartal um etwa 20 Prozent. Lag es im vorigen Jahr bei 441 Millionen Euro, so verbuchte der Konzern in diesem Jahr 354 Millionen Euro bei leicht gestiegener Stromproduktion im gleichen Zeitraum. In den ersten drei Monaten produzierten die Kraftwerke 52 Milliarden Kilowattstunden Strom (2015: 51 Milliarden). ▶ Seite 2

Prinzip Hoffnung

RWE-Konzern lässt jetzt auch die Mitarbeiter bluten

► PATRICK NOWICKI

Vieles ist Hoffnung, auf die der RWE-Konzern setzt. Der immer noch größte Arbeitgeber zwischen Köln und Aachen beschwört steigende Strompreise auf dem Großhandelsmarkt. Zugleich sieht man in der Essener und Kölner Zentrale ein, dass der Markt alleine nicht helfen kann. Es soll ein Kapazitätsmarkt her, der Konzerne vergütet, wenn sie einen Kraftwerks-park für den Fall der Fälle bereithalten. Dieses Mantra beten die Verantwortlichen der Braunkohlesparte schon seit Jahren herunter – und wurden bisher immer enttäuscht.

Der in Berlin nun zu beschließende Energiemarkt 2.0 sieht eine solchen Markt in jedem Fall nicht vor, spricht aber von einer Sicherheitsbereitschaft. Gestern verband der Chef der RWE-Braunkohlesparte, Matthias Hartung, den Wunsch nach einem Kapazitätsmarkt mit den Bundestagswahlen. Diese Idee konnte sich schon in einer großen Koalition nicht durchsetzen, welche Konstellation soll denn die Chancen in Berlin verbessern?

Der große Retter des Energieriesen könnte in der Tat die RWE

Innogy sein, die neue Aktiengesellschaft, die noch in diesem Jahr aufs Börsenparkett kommt und vor allem Geld bringen soll. Mit Netz, Vertrieb und regenerativen Energieformen lässt sich noch Profit machen, dies weckt Fantasien von Investoren. Allerdings könnte der Zeitpunkt ein falscher sein: Das aktuelle wirtschaftliche Klima nach dem Brexit schreckt Geldgeber eher ab. Ein enttäuschender Börsenstart wäre nicht überraschend.

Doch welche Alternative bleibt RWE? Der Konzern muss jede Karte spielen, die ihm Zeit bringt. Dies werden auch die immer noch mehr als 8500 Beschäftigten im Rheinischen Revier zu spüren bekommen. Die Gewerkschaften sprechen von deutlichen Einbußen, die RWE Generation angekündigt hat. Mitte Juni haben die Verhandlungen begonnen, sie sollen in diesem Jahr abgeschlossen werden. Man muss in dem Zusammenhang den Verantwortlichen zugutehalten, dass der Konzern nicht zerschlagen wird. Dies wird die RWE-Beschäftigten aber alleine kaum zufriedenstellen.

► p.nowicki@zeitungsverlag-aachen.de

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 08.07.2016, S. 22

RWE verschärft seinen Sparkurs im Rheinischen Revier

Im Kraftwerksgeschäft brechen die Erträge weg / Der Tagebau Garzweiler II wird verkleinert / Von Christine Scharrenbroch

Unter dem Druck der stark gesunkenen Strompreise sieht sich der Essener Energiekonzern RWE zu einem verschärften Sparkurs in seinem Kraftwerksgeschäft gezwungen. Betroffen ist vor allem das Rheinische Braunkohlerevier: Bis 2020 sollen im Städtedreieck Köln/Aachen/Mönchengladbach weitere 1600 von derzeit 8650 Vollzeitstellen wegfallen, wie Matthias Hartung, der Vorstandsvorsitzende der Kraftwerkssparte RWE Generation, in Bergheim bei Köln ankündigte. Im vergangenen Jahr war die Zahl der Beschäftigten hier schon um 580 gesunken. Der Abbau soll den Angaben zufolge möglichst sozialverträglich erfolgen.

Die Essener planen im Kraftwerksgeschäft insgesamt den Abbau von 2300 der knapp 14 000 Arbeitsplätze. Vor drei Jahren zählte die Sparte noch 17 750 Mitarbeiter. Nicht kommentieren wollte Hartung jüngste Berichte, denen zufolge den Beschäftigten angeblich Einkommenseinbußen von bis zu einem Viertel drohen könnten. Derzeit laufen Gespräche mit den Gewerkschaften.

Als Grund für die über bisherige Pläne hinausgehenden Personalkürzungen nannte Hartung neben dem Strompreisverfall infolge der Energiewende auch die bevorstehende Abschaltung von fünf Kraftwerksblöcken im Rheinischen Revier zwischen 2017 und 2019. Nach dem Willen der Bundesregierung müssen die Blöcke zunächst in eine Reserve überführt – für den Fall von Engpässen in der Stromversorgung – und später stillgelegt werden. In der Folge werde die Verstromung von Braunkohle bei RWE bis 2020 um 15 Prozent zurückgehen, sagte Hartung.

In der konventionellen Stromerzeugung, die nach der Ausgliederung der erneuerbaren Energien in die Tochtergesellschaft Innogy beim Mutterkonzern verbleibt, steht RWE stark unter Druck. Bei einer leicht gestiegenen Stromerzeugung von 52 Milliarden Kilowattstunden ver-

schlechterte sich das Betriebsergebnis der Sparte im ersten Quartal um ein Fünftel auf 354 Millionen Euro. Der seit Jahren sinkende Stromgroßhandelspreis habe im Februar mit rund 20 Euro je Megawattstunde einen historischen Tiefstand erreicht, berichtete Hartung. Seitdem habe er sich zwar auf derzeit 27 Euro erholt, Grund zur Entspannung biete dies aber keinesfalls. Der Preis liege weiter unter dem ohnehin schwachen Niveau des vergangenen Sommers. „Effizienzsteigerung

und Kostensenkungen bleiben das Gebot der Stunde.“ Dank des vor drei Jahren gestarteten und mehrfach ausgeweiteten Sparprogramms namens Neo soll bis 2018 eine jährliche Kosteneinsparung in Höhe von 1,5 Milliarden Euro erreicht werden.

Erst am Mittwoch hatte die rot-grüne Landesregierung die Verkleinerung des Tagebaus Garzweiler II beschlossen: Von

den zur Verfügung stehenden 1,2 Milliarden Tonnen Braunkohle darf RWE nur noch 800 Millionen Tonnen abbaggern. Das Abbaufeld wird verkleinert, mehreren Ortschaften bleibt die Umsiedlung erspart. Hartung bedauerte die „signifikante Begrenzung“ der ursprünglich schon genehmigten Abbaumenge, begrüßte aber, dass die Landesregierung in ihrer Leitentscheidung kein konkretes Ausstiegsdatum vorgegeben hat. RWE will die Tagebaue Garzweiler und Hambach grob bis Mitte des Jahrhunderts fortführen. Der Tagebau Inden soll etwa im Jahr 2030 auslaufen. Positiv wertete Hartung zudem die nun geschaffene Planungssicherheit für die Region. Die immer wieder in die Diskussion gebrachten Kohleausstiegsszenarien kritisierte er als „perfide“.

In diesem Jahr wird RWE rund 200 Millionen Euro in seine Kraftwerke im Rheinischen Revier investieren, um die Anfahrzeiten und -kosten zu verbessern. Künftig sollen viele Blöcke bei Bedarf in weniger als vier Stunden am Netz sein

können. Um die hohe Volatilität im Stromnetz flexibel auszugleichen, kann zudem die Mindestlast der Flotte bei einer Kapazität von 10 000 Megawatt auf 4800 Megawatt gesenkt werden.

Einschnitte im Revier

Von Christine Scharrenbroch

Schon seit dem 18. Jahrhundert wird im Rheinischen Revier zwischen Köln und Aachen Braunkohle gefördert. Rund die Hälfte der in Deutschland verstromten Braunkohle stammt aus dem größten geschlossenen Braunkohlevorkommen Europas. In seinen drei Tagebauen fördert RWE hier jährlich knapp 100 Millionen Tonnen des Rohstoffs, beschäftigt gut 10 000 Mitarbeiter. Doch mit der rheinischen Braunkohle lässt sich immer weniger Geld verdienen. Im Zuge der Energiewende wird die Stromerzeugung für die Essener immer unprofitabler. Durch den Ausbau der erneuerbaren Energien und die Überkapazitäten im Kraftwerkspark sind die Stromgroßhandelspreise immer weiter gesunken. Der Konzern muss den in seinen deutschen und niederländischen Kraftwerken erzeugten Strom immer billiger am Markt absetzen: Nur noch 2 Cent je Kilowattstunde waren es im Tief. Mit einem harten Sparprogramm will der Vorstand gegen den Verfall der Preise ankämpfen. Die jetzt beschlossene Verschärfung der Einschnitte zeigt, welchem Druck sich der Energieriese ausgesetzt sieht. Das schwierige Umfeld für das Geschäft mit der Braunkohle macht auch die jüngste Entscheidung der nordrhein-westfälischen Landesregierung deutlich: Wohl zum ersten Mal wird in Deutschland ein bereits genehmigtes Abbauvorhaben beschnitten.

Neuss Grevenbroicher Zeitung vom 08.07.2016, S. D1

CDU kritisiert Tagebau-Verkleinerung

GREVENBROICH (NGZ) Die CDU kritisiert die Leitentscheidung zu Garzeiler II. Die rot-grüne Landesregierung hatte am Dienstag endgültig die Verkleinerung des Tagebaus beschlossen und den Weg für Planungsänderungen freigemacht. Demnach darf RWE ein Drittel – rund 400 Millionen Tonnen – weniger Braunkohle fördern als zunächst genehmigt. Die neue Leitentscheidung sei offenbar der grünen Stimmungsmache gegen die Braunkohle geschuldet und ein falsches Signal, sagt Dieter Welsink, Chef der CDU-Fraktion im Kreistag. „Sind wir bislang davon ausgegangen, dass der Tagebau noch bis mindestens 2045 fortgesetzt wird, gibt uns Rot-Grün nun lediglich Garantien bis mindes-

tens 2030. Anstatt endlich für Klarheit zu sorgen, schafft die Landesregierung mit ihrer neuen Leitentscheidung lediglich neue Unsicherheiten für unsere Region.“ Rot-Grün, sagt Welsink, sei nun in der Verantwortung, endlich tragfähige Konzepte für zukünftige Wertschöpfung und Arbeitsplätze in der Region zu entwickeln.

Derweil hat die Kreismitgliederversammlung der Grünen beschlossen, den Strukturwandel im Rhein-Kreis „aktiv grün zu gestalten“. Der Kreisvorstand, heißt es, solle sich im Zusammenspiel mit den örtlichen Landtagsabgeordneten und -kandidaten im Programmprozess für die Landtagswahl 2017 für eine Strategie einsetzen, die den Strukturwan-

del unter Einbeziehung der Industrie, von Umweltverbänden und des Landes nachhaltig anpackt. Man wolle – ähnlich wie beim Beispiel Ibbenbüren – eine aktive Rolle des Landes bei der Gestaltung des Strukturwandels. Konkret, sagen die Grünen, heiße das, dass am Standort Frimmersdorf ein Pilotprojekt zur Schaffung von zukunftsfähigem und wirtschaftlich nachhaltigem Gewerbe geschaffen werden soll. Dort wollten die Grüne Impulsgeber sein. RWE dürfe nicht aus der Verantwortung entlassen werden. Noch ausstehende Investitionszusagen müssten unter anderem in die Aufbereitung von Gewerbeflächen und die Schaffung zukunftsfähiger Infrastruktur fließen..

Rheinische Post vom 08.07.2016, S. B10

RWE baut 2300 Stellen bis 2020 ab

Die Kraftwerks-Sparte muss stärker sparen. Konzern bietet Mini-Lohnerhöhung. Innogy startet mit schlechtem Rating.

VON ANTJE HÖNING

BERGHEIM Der angeschlagene Energiekonzern RWE verschärft seinen Sparkurs. Bis zum Jahr 2020 sollen bei der Kraftwerks-Tochter RWE Generation 2300 der aktuell 14.200 Stellen wegfallen. Das kündigte Erwin Winkel, Personalchef von RWE Generation, gestern an. Bislang war RWE von 2000 zu streichenden Stellen ausgegangen. Der Abbau entfällt zu einem Großteil auf die deutschen Kraftwerke. Allein 1600 Stellen davon sollen demnach im rheinischen Revier wegfallen sowie 500 Stellen durch allgemeine Sparmaßnahmen und in den Atomkraftwerken in Deutschland. „Den Abbau wollen wir sozialverträglich gestalten und ohne betriebsbedingte Kündigungen auskommen“, betonte Winkel.

In den Zahlen sind die 800 bis 1000 Stellen enthalten, die RWE abbauen will, weil fünf Braunkohleblöcke zwischen 2017 und 2019 in die Kraftwerksreserve gehen.

Derzeit befindet sich RWE Generation mit den Gewerkschaften Verdi und IG BCE in Gesprächen über einen Notlagen-Tarifvertrag, über den das Unternehmen laut IG BCE die Gehälter um 25 Prozent senken will. Das stößt auf Widerstand. „Leider bleiben nach dem jüngsten Sondierungsgespräch alle wesentlichen von uns aufgeworfenen Fragen unbeantwortet“, kritisierte Peter Lafos, der für Verdi die Verhandlung mit RWE führt. Er machte klar, dass es mit Verdi keinen Notlagen-Tarifver-

trag geben werde: „Eine besondere Ausnahmesituation für RWE, die über die missliche Lage der gesamten Branche hinausgeht, können die Arbeitgeber nicht darstellen.“

Zugleich hat das Unternehmen ein erstes Lohn-Angebot für den gesamten Konzern gemacht: „Der Vergütungstarifvertrag soll sich an den aktuellen Inflationsraten orientieren (0,1 Prozent)“, sagt Lafos. Personalchef Winkel betonte, dass nicht nur die RWE Generation spare: „Die Personalvorstände der anderen Unternehmen sind bereit, mit uns nach einer gemeinsamen Lösung zu suchen.“ Klar ist, dass es weiter einen gemeinsamen Lohntarif für den ganzen Konzern geben solle.

Matthias Hartung, Chef der RWE Generation, betonte, dass man durch die Einsparung von Personal- und Sachkosten die Kosten in der Erzeugung bis 2018 um 1,5 Milliarden Euro dauerhaft senken werde. Derzeit liege die Einsparung bei gut einer Milliarde Euro im Jahr im Vergleich zu 2013. .

Zwar habe sich der Strompreis von seinem historischen Tiefstand von 20 Euro je Megawattstunde im Februar inzwischen auf 27 Euro erholt. „Ob und wie stabil das ist, lässt sich nur schwer einschätzen“, so Hartung. „Es gibt keinen Grund zur Entspannung.“ Vor wenigen Jahren lag der Strompreis noch bei 60 Euro. Dieser Absturz hat viele Kraftwerke in die roten Zahlen rutschen lassen. Im ersten Quartal sank der Gewinn

in der konventionellen Stromerzeugung um knapp 100 auf 354 Millionen Euro. Es ist ein einfacher Dreisatz: Geht die Talfahrt in diesem Tempo weiter, schreibt die RWE Generation im nächsten Jahr roten Zahlen.

Hartung kann mit der Leitentscheidung der rot-grünen Landesregierung zur Verkleinerung von Garzweiler II leben. Zwar bedeute sie für RWE den Verlust mehrerer Hundert Millionen Tonnen Braunkohle. „Es ist aber auch hervorzuheben, dass die Region, unser Unternehmen und seine Beschäftigten jetzt Klarheit und eine langfristige Perspektive haben.“ RWE werde zu allen Zusagen in der Region stehen.

Derweil treibt der Konzern die Vorbereitung für den Börsengang der Ökostrom-Tochter Innogy voran. Zu einem Problem könnte noch werden, dass Innogy kein eigenes Rating bekommt, sondern das schlechte Rating von RWE übernimmt. „Innogy hat kein eigenes Rating, da zunächst nur geringe Anteile an die Börse gehen, dass kann sich zu einem späteren Zeitpunkt aber ändern“, bestätigte eine Konzernsprecherin. RWE hat nur noch „BBB-“. Das ist gerade noch eine Note der Güte „Investment Grade“. Bei einer weiteren Senkung wird die Aktie des Konzerns zu einem Ramsch-Papier – und Innogy damit auch. Das würden vielen Fonds den Einstieg verbieten.

Rheinische Post vom 08.07.2016 , S. 7

Grüne: Zu Garzweiler II nicht NRW-CDU-Haltung weglassen

Nicht unkommentiert stehen lassen wollen die Erkelenzer Grünen den Artikel "Vor Ort endlich Planungssicherheit" zur final von der Landesregierung getroffenen Leitentscheidung, welche den Tagebau Garzweiler II verkleinert und Holzweiler erhält. Kritik erntet eine Aussage des CDU-Landtagsabgeordneten Dr. Gerd Hachen. Die Grünen sehen die Leitentscheidung als Erfolg für Erkelenz und "als Erfolg aller Kräfte vor Ort und in Düsseldorf an, die sich für eine nachhaltige Energiepolitik und für eine zukunftsfähige Entwicklung des Tagebaurands eingesetzt haben", erklärte gestern schriftlich Hans Josef Dederichs als stellvertretender Fraktionssprecher der Grünen im Stadtrat. Auch Hachen habe, "insbesondere in seiner Zeit als Vorsitzender der Vereinten Initiativen gegen den Tagebau Garzweiler II einen wichtigen Beitrag zu diesem Ziel geleistet". Mit "einigem Augenreiben" hätten die Grünen aber gelesen, "dass Dr. Hachen diesen Erfolg ganz allein sich und der CDU auf die Fahne schreiben möchte". Geheißes hatte es: "Zufrieden bilanziert Hachen, der seit 30 Jahren mit Garzweiler II befasst ist, dass die CDU es geschafft habe, „mit hartnäckigem, aber rechtskonformem Widerstand den Braunkohlentagebau zu verkleinern'." Dies stimmt laut Dederichs nicht: "Hierbei wird die Position der NRW-CDU komplett ausgeblendet. Noch kürzlich hatte deren Vorsitzender Armin Laschet in seinem neuen Grundsatzprogramm verkündet, seine Partei halte die Förderung der Braunkohle noch 40 bis 50 Jahre für unverzichtbar. Braunkohle Sorge für Energiesicherheit und schaffe Tausende Arbeitsplätze. Deshalb sei die Entscheidung der Landesregierung falsch, Garzweiler II zu verkleinern." Zu sagen, die CDU habe die Verkleinerung vorangetrieben, verdrehe Tatsachen. Jedoch: "Das Engagement von Dr. Hachen für die Belange der vom Braunkohle-Tagebau betroffenen Menschen soll hier keineswegs geschmälert werden, aber zur vollen Wahrheit gehört auch, dass seine CDU im Land politisch ganz anders aufgestellt ist."

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom
08.07.2016, S. 19

Frauenquote betrifft mehr Unternehmen als angekündigt

Frauenanteil in Aufsichtsräten bei knapp 30 Prozent

hw. BERLIN, 7. Juli. Von der neuen gesetzlichen Frauenquote für Aufsichtsräte sind weit mehr Unternehmen betroffen, als die Bundesregierung selbst ursprünglich angegeben hatte. Das zeigt eine Zwischenbilanz zur Quote, die Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig und der Bundesjustizminister Heiko Maas (beide SPD) am Donnerstag vorgelegt haben. Die Ministerien sehen durch das im Mai 2015 in Kraft getretene Gesetz nun etwa ein Drittel mehr Unternehmen in der Pflicht als ursprünglich gedacht.

Die starre Quote von 30 Prozent ist eine von drei „Säulen“ der Regelung. Sie greift seit Januar 2016 für börsennotierte Unternehmen, die der paritätischen Mitbestimmung unterliegen. Hatte es anfangs geheißt, die Quote träfe „rund hundert“ Unternehmen, so bezifferten die Minister jetzt die Zahl der betroffenen Unternehmen auf 151. Damit müssen deutlich mehr Aktiengesellschaften bei der Neubesetzung der Aufsichtsräte das Geschlecht genau im Blick behalten. Die feste Quote bestimmt, dass bei Neubesetzung von Aufsichtsräten mindestens jeweils 30 Prozent mit Frauen und Männern besetzt sein müssen.

Der Grund für die deutliche Ausweitung: Es wurden schlicht ausländische Mitarbeiter mitgezählt, wie Schwesig einräumte. Dies liegt dem Vernehmen nach an der Methodik des von den Ministerien beauftragten Bundesanzeigers – wobei Schwesig deutlich machte, ein weiter Geltungsbereich der Quote sei ihr durchaus recht. Sie kann sich dabei auf jüngere Tendenzen in der Rechtsprechung stützen. So hatte das Landgericht Frankfurt in Bezug auf Schwellenwerte bei der Mitbestimmung im vergangenen Jahr zum Fall der Deutschen Börse AG entschieden, dass auch ausländische Mitarbeiter mitzuzählen seien. Nach dem seit Jahrzehnten geltenden „Territorialitätsprinzip“ zählen nur Arbeitnehmer deutscher Konzernunternehmen für die Schwellenberechnung – nur sie dürfen wählen und gewählt werden. Die Frankfurter Richter entschieden jedoch anders, für sie zählten auch Mitarbeiter im Ausland mit (Az.: 3-16 O 1/14).

Doch diese Maßgabe wäre für die Bundesregierung nicht verpflichtend gewesen, im Gegenteil: Die Entscheidung

aus Frankfurt ist noch nicht rechtskräftig, sondern liegt beim Oberlandesgericht. Dieses hat das Verfahren nach Informationen dieser Zeitung ausgesetzt und wartet auf Klärung des Europäischen Gerichtshofs. Dort ist die Frage nämlich gleichfalls anhängig, ob das deutsche Territorialitätsprinzip womöglich gegen Europarecht verstößt. „Insofern ist gerade nicht gerichtlich geklärt, ob bei der Unternehmensmitbestimmung Arbeitnehmer in ausländischen Betrieben oder Tochtergesellschaften zu berücksichtigen sind“, sagt Stephan Vielmeier aus der Kanzlei Noerr im Gespräch mit dieser Zeitung.

Beide Ressorts lobten die Bemühungen der untersuchten Unternehmen. „Die Quote wirkt“, sagte Schwesig, aber es sei noch „Luft nach oben“. Geprüft werden konnte nur ein Teil der Unternehmen, da nur 50 Unternehmen ihre Aufsichtsräte im ersten Halbjahr 2016 neu besetzen mussten. Der Frauenanteil sei hier um 7,3 Prozentpunkte gestiegen auf knapp 30 Prozent im Vergleich zu 21,97 Prozent im Zeitraum vor Inkrafttreten der Quote. Bezogen auf alle 151 betroffenen Unternehmen habe sich der rechnerische Frauenanteil in den Aufsichtsräten um 4 Prozentpunkte auf 25,83 Prozent erhöht.

Daneben hat das Gesetz weitere Unternehmen verpflichtet, sich bis Ende September 2015 für die kommenden Jahre eigene Ziele zur Steigerung des Frauenanteils in Vorständen und Aufsichtsräten zu setzen. Hier zeigt die Bilanz, dass der Frauenanteil in einer Gruppe von 363 erfassten Unternehmen Ende 2015 bei 18,6 Prozent lag. Die Präsidentin der Vereinigung „Frauen in die Aufsichtsräte“, (FidAR), Monika Schulz-Strelow, sieht die Konzerne in der Verantwortung, Gleichberechtigung auf allen Ebenen umzusetzen: „Die Zahlen sprechen für sich, doch Zahlen allein bringen nicht den notwendigen Kulturwandel.“

Der Rechtswissenschaftler Volker Rieble von der Ludwig-Maximilians-Universität München, der gegen die Deutsche Börse vor dem Landgericht Frankfurt geklagt hatte, kommentierte die Entwicklung süffisant. „Die Quote wirkt“, meint er. „Immer mehr Mittelständler haben sie zum Anlass für die Flucht aus der Mitbestimmung genommen.“

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 08.07.2016 , S. 21

Tengelmann droht Kaiser's zu zerschlagen

Seit 21 Monaten läuft der Verkaufsprozess von Kaiser's Tengelmänn. Er hängt an Verhandlungen zwischen Verdi und Edeka. Mit jedem Tag einer Nichteinigung steigen die Verluste der Supermarktkette.

B.K. DÜSSELDORF, 7. Juli. Karl-Erivan Haub wirkt inzwischen dünnhäutig. Anders als sonst mag der geschäftsführende Gesellschafter der Mülheimer Tengelmänn-Gruppe zur diesjährigen Bilanzvorlage auch keine ausschweifenden Kommentare zur aktuellen Politik geben. Der sich seit inzwischen 21 Monaten hinziehende Abgabeprozess des Supermarktgeschäfts Kaiser's Tengelmänn an den Marktführer Edeka nervt. Sollten sich bis Ende Juli keine konkreten Ergebnisse in den laufenden Verhandlungen zwischen Edeka und der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi abzeichnen, will er offenbar die Notbremse ziehen. „Es kann keine unendliche Geschichte geben. Die Beschäftigten wollen endlich Taten sehen“, machte er am Donnerstag in Mülheim deutlich. Denn das Supermarktgeschäft mit seinen noch 431 Filialen schrumpfte täglich weiter, man verliere Mitarbeiter und mache bittere Verluste. Indirekt drohte er erneut mit der Zerschlagung des langjährigen Sorgenkinds der verzweigten Handels- und Investmentgruppe. „Es gibt verschie-

dene Möglichkeiten, aber keine sympathischen für mich“, sagte er. Die Frage, ob er die angedrohte Einzelverwertung womöglich einem Insolvenzverwalter überlassen werde, ließ er indes unbeantwortet.

Noch hat Haub die Hoffnung aber nicht aufgegeben, dass sich die Parteien bis Ende des Monats einig werden. Nach seinen Informationen werde immerhin mit hoher Intensität verhandelt, und es sei das gemeinsame Grundverständnis erarbeitet, sagte er. Haub persönlich sitzt als Verkäufer nicht mit am Verhandlungstisch, lässt sich aber zeitnah von seinen Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat informieren. Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel hatte im Frühjahr das Veto des Bundeskartellamts für einen Zusammenschluss von Edeka und Kaiser's Tengelmänn durch eine Ministererlaubnis ausgehebelt. Zu seinen Auflagen gehören unter anderem der Abschluss rechtssicherer Tarifverträge und ein Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen über fünf Jahre. Erst wenn diese erfüllt sind, wird endgültig entschieden. In den Verhandlungen mit Verdi hakt es derzeit vor allem in Nordrhein-Westfalen, wo beispielsweise 300 Mitarbeiter in der Mülheimer Zentrale betroffen sind.

Das Familienunternehmen will den hochdefizitären Lebensmittelhandel loswerden und sich im Einzelhandel auf die Tochtergesellschaften Obi, Kik und Tedi konzentrieren, die zugleich die klare Nummer eins ihrer jeweiligen Branche sind.

Daneben ist die Eigentümerfamilie Haub mit ihren beiden deutschen und amerikanischen Venture-Capital-Unternehmen Tengelmänn Ventures und Emil Capital Partners ein großer Investor bei Unternehmensgründungen. Insgesamt gehören derzeit 68 Start-ups mit zusammen rund 4,9 Milliarden Euro Umsatz zum Portfolio, darunter auch eine nach Haubs Worten sehr kleine Beteiligung an dem Fahrdienstleister Uber. Mit weniger als 5 Prozent ist Tengelmänn zudem an dem Online-Händler Zalando beteiligt. Ein weiteres Standbein der Gruppe bildet das Immobiliengeschäft mit rund 470 Handels- und Wohnobjekten in sieben Ländern.

Ohne die „Agonie“ und „maximale Verunsicherung bei Kaiser's Tengelmänn“

wäre 2015 für Tengelmänn ein sehr erfolgreiches Geschäftsjahr gewesen, wie Haub zurückblickte. Getragen von dem Wachstum der Handelsketten Obi, Kik und Tedi, legte der in 20 Ländern erwirtschaftete Umsatz währungsbereinigt um 4,5 Prozent auf 8,24 Milliarden Euro zu. Das operative Ergebnis (Ebitda) hat nach Haubs Worten um zehn Prozent zugelegt. Die Eigenmittelquote liege bei 38 Prozent. Mit dem Verlauf des ersten Halbjahres zeigte sich Haub zufrieden. Beflügelt von der niedrigen Arbeitslosigkeit und dem Nullzinsniveau, liege der Umsatz bisher über Vorjahr. Negative Auswirkungen aus dem Brexit erwartet er nicht. „Ich glaube nicht, dass der Konsum leidet“, meinte er.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 08.07.2016, S. 7

Tengelmann-Chef Haub macht Druck

Er schließt eine Insolvenz nicht aus, um sich vom defizitären Supermarktgeschäft trennen zu können. „Keine unendliche Geschichte“ durch Fusion mit Edeka

Von Frank Meßing

Mülheim. Vor der mächtigen Mülheimer Unternehmenszentrale wünscht ein Plakat der deutschen Fußballnationalmannschaft viel Glück bei der EM. Konzernchef Karl-Erivan Haub kommt mit einer Deutschlandfahne in der Hand zur Bilanzpressekonferenz. Doch das Fußballfieber vermag die Anspannung in der Führungsetage von Tengelmänn nicht zu kaschieren.

Seit 21 Monaten versucht Haub inzwischen, sein hoch defizitäres Supermarktgeschäft an den Branchenprimus Edeka abzugeben. Allmählich verliert der Milliardär die Geduld. „Das darf keine unendliche Geschichte werden“, sagt er. Den 150. Geburtstag des Familien-

Haub doch noch aus dem Verkaufsvertrag mit Edeka aussteigt und die Supermarktsparte mit ihren 431 Filialen, der Zentrale in Mülheim mit 400 Mitarbeitern, den Logistikzentren und Fleischwerken zerschlägt.

„Die Einzelverwertung wird jemand anderer für uns machen“, deutet der Tengelmänn-Chef an und schließt auf Nachfrage ein Insolvenzverfahren nicht aus. An den Rivalen Rewe, betont er noch einmal, werde nicht verkauft: „Das ist ein unseriöses Angebot.“

Doch noch ist Haub optimistisch, dass er das Supermarktgeschäft mit den rund 16 000 Beschäftigten als Paket an Edeka abgeben kann, so wie er es sich von Anfang an wünschte. Für den 13. Juli hat er eine außerordentliche Aufsichtsratssitzung einberufen lassen, weil er von seinen Betriebsräten und Verdi-Vertretern im Kreise der Kaiser's Tengelmänn-Aufseher das Signal erhalten habe, dass die Tarifverträge mit Edeka Ende Juli fertig sein könnten. Als Frist will Haub diesen Termin nicht verstanden wissen. „Ich will aber wissen, ob es voran geht oder nicht“, so der Unternehmer. Gleichwohl erhöht er damit den Druck auf Edeka und Verdi und macht kein Hehl da-

raus, dass er die Betriebsteile in NRW als Knackpunkt in den Tarifgesprächen sieht. „Es ging immer um die schwierige Region Nordrhein“, sagt Haub über die 129 Filialen an Rhein und Ruhr, die besonders rote Zahlen schreiben. Er verschweigt auch nicht die schwierige Zukunft der Mülheimer Supermarkt-Verwaltung. Haub: „Das neue Unternehmen braucht keine Zentrale. Die Fortführung macht keinen Sinn.“ Wirtschaftsminister Gabriel hat aber zur Bedingung gemacht, dass 98 Prozent der Arbeitsplätze bei Kaiser's Tengelmänn und der Betrieb als Ganzes erhalten bleiben müssen. Gelingt das nicht, könnte Gabriel seine Fusionserlaubnis zurückziehen.

Die Unsicherheit über die Zukunft von Kaiser's Tengelmänn wird also weiter anhalten. Dabei geht es der Mülheimer Unternehmensgruppe Tengelmänn mit Ausnahme des Supermarktgeschäfts glänzend. Mit der Baumarktkette Obi, dem Textildiscounter Kik, dem Haushaltswarenanbieter Tedi, E-Commerce, Immobilien und Beteiligungen steigerte der Familienkonzern im vergangenen Jahr das Nettoergebnis um zehn Prozent und erhöhte die Investitionen um 30 Prozent auf 390 Millionen Euro.

„Ich will wissen, ob es voran geht oder nicht.“

Karl-Erivan Haub, Chef der Unternehmensgruppe Tengelmänn unternehmens im kommenden Jahr, unterstreicht Haub, werde er ohne die Kaiser's Tengelmänn-Supermärkte feiern. Sei es, dass sich Edeka und die Gewerkschaft Verdi alsbald auf Tarifverträge einigen, die die Fusionsauflagen von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel erfüllen. Oder sei es, dass

Kölner Stadtanzeiger vom 08.07.2016, S. 11

„Die Verluste sind bitter“

KAISER'S-VERKAUF Tengelmann-Chef hofft auf Tarifvertrag bis Ende Juli – Zerschlagung droht

VON EVELYN BINDER

Mülheim/Ruhr. Tengelmann-Chef Karl-Erivan Haub verliert in der Hängepartie um die Übernahme seiner Supermarkt-Sparte durch Edeka langsam die Geduld. Bis Ende Juli könnten nach seinen Informationen die vom Wirtschaftsminister geforderten Tarifverträge mit den Gewerkschaften ausgehandelt sein. Doch in NRW stocken die Gespräche zwischen Edeka und Verdi derzeit. Die Gespräche dürften nicht zur „unendlichen Geschichte“ werden, so Haub. „Wir können jederzeit die Notbremse ziehen.“ Sollte er bis Ende Juli keine Fortschritte sehen, gebe es für Kaiser's Tengelmann „verschiedene Möglichkeiten, aber keine sympathischen für mich“. Bei einer drohenden Zerschlagung oder Insolvenz „würden wir die

■ Kräftig wachsen will die Gruppe künftig im Immobilienbereich – unter anderem werden Studentenwohnungen in Köln gebaut

Einzelverwertung nicht mehr machen“, betonte Haub, wollte aber nicht konkreter werden.

Vor fast zwei Jahren hatten Edeka und Tengelmann die Kaufverträge unterzeichnet. Das Kartellamt untersagte nach eingehender

der Prüfung den Deal, dann erteilte Sigmar Gabriel jedoch eine Ministererlaubnis mit Auflagen. Unter anderem sollen die Jobs für fünf Jahre sicher sein. Über einen entsprechenden Tarifvertrag wird derzeit verhandelt. Es hakt derzeit vor allem in NRW, insbesondere geht es dabei um die Zukunft der 300 Jobs der Kaiser-Tengelmann-Zentrale in Mülheim an der Ruhr.

Haub kommt die Verzögerung teuer zu stehen. Die Verluste, die die Supermarktsparte einfahre, seien „bitter“ und höher als in den Vorjahren. Konkreter wurde er nicht. Die Gruppe könne das verkraften, weil die anderen Geschäfte gut liefen – etwa die Baumarktsparte Obi und die Kik-Märkte.

Derzeit gibt es noch 431 Kaiser's-Tengelmann-Filialen, 20 wurden nach Haubs Angaben auch wegen auslaufender Mietverträge geschlossen

Was auch immer passiert – Fusion oder doch Zerschlagung: Im kommenden Jahr, wenn die Gruppe ihr 150-jähriges Bestehen feiert, werde die Lebensmittelsparte nicht mehr zur Gruppe gehören, sagte Haub. Dass bei einem möglichen Scheitern der Fusion der Kölner Wettbewerber Rewe zum Zug käme, scheint jedoch ausgeschlossen. Er halte das Angebot der Kölner, die gesamte Kette zu überneh-

men, für „unserjös“: Das Kartellamt würde dem Rewe-Konzern eine vollständige Übernahme ebenso untersagen wie Edeka, so Haub.

Das Gezerre um die Supermärkte habe das Geschäftsjahr 2015 getrübt, sagt Haub. Ohne den „Abga-

beprozess“ wäre 2015 für Tengelmann ein sehr gutes Jahr gewesen. Der Umsatz kletterte währungsbereinigt um 4,5 Prozent auf 8,2 Milliarden Euro. Das operative Ergebnis stieg um zehn Prozent. Neben Kaiser's belasteten die Gruppe vor allem der Nachfragerückgang in Russland im Baumarktgeschäft sowie der Rubelverfall. Zulegen konnte Obi nur in Deutschland. In Ausland ging der Umsatz zurück.

Gut entwickelten sich die 3360 Kik-Filialen im In- und Ausland mit einem Umsatzplus von 8,2 Prozent auf 1,8 Milliarden Euro, ebenso die Tedi-Shops mit einem Umsatzplus von rund sieben Prozent.

Kräftig wachsen will die Gruppe künftig auch im Immobilienbereich: 470 Objekte betreut die Sparte Trei Real Estate derzeit. Während sich die Sparte im Inland auf Wohnimmobilien konzentriert – in Köln-Ehrenfeld werden etwa gerade Studentenwohnungen gebaut – entstehen im Ausland auch Fachmarktzentren unter der Marke Vendo-Park.

Neue Rhein Zeitung vom 08.07.2016, S. 7

„Ich rate zur Besonnenheit“

RWI-Präsident Schmidt über Brexit und das NRW-Werben um britische Unternehmen

Von Manfred Lachniet

An Rhein und Ruhr. Nach dem „Brexit“-Votum der Briten rücken auch die wirtschaftlichen Beziehungen zur Insel in den Blick. Politisch erleben wir gerade einen Schlagabtausch, die Lage ist verworren. Die NRZ sprach mit Prof. Christoph M. Schmidt, der als RWI-Präsident in Essen sitzt und zu den führenden Wirtschaftsköpfen des Landes zählt.

NRZ: Die britische Regierung will zum Steuer-Paradies werden, um eigene Unternehmen zu halten und neue anzulocken? Kann das so einfach gelingen?

Prof. Schmidt: Ich halte das für schwierig und denke nicht, dass man damit die Nachteile eines EU-Austritts wird kompensieren können. Zumal Großbritannien ja auch schon vor dem Referendum mit geringer Regelungsdichte aufwartete. Es ist von daher bereits ein relativ attraktiver Wirtschaftsstandort und hat gar nicht so viele Möglichkeiten, sich noch attraktiver zu machen.

Droht dann bald die Abwanderung bundesdeutscher Unternehmen nach Großbritannien?

Darüber lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt nur spekulieren. Es wird vor allem darauf ankommen, wie die weiteren Verhandlungen zwischen Großbritannien und der EU ablaufen. Damit deutsche Unternehmen in großer Schar dorthin abwandern, müsste Großbritan-



Prof. Dr. Christoph M. Schmidt.

Ministerpräsidentin Kraft warb unlängst darum, dass sich britische Unternehmen nach dem Brexit in NRW ansiedeln. Eine gute Idee?

Es ist immer richtig, wenn die Ministerpräsidentin eines wichtigen Wirtschaftsstandorts in Europa für diesen wirbt. Den Ausschlag für die Entscheidung von Unternehmen gibt dann aber vor allem die tatsächliche Attraktivität des Standorts, nicht so sehr das mündliche Werben. Auch hier sind wir meiner Einschätzung nach derzeit außerhalb des Bereichs seriöser Prognosen. Denn ob britische Unternehmen tatsächlich abwandern, wird ebenfalls maßgeblich vom Ergebnis der weiteren Verhandlungen zwischen Großbritannien und der EU abhängen.

Ihr Rat an die deutsche Regierung in der Brexit-Frage?

Ich rate vor allem zur Besonnenheit. Wichtig wird sein, eine gute neue Balance zwischen Großbritannien und der EU zu finden. Auf der einen Seite sollte der mögliche

Wirtschaftsstandort noch viel attraktiver werden als zur Zeit seiner EU-Mitgliedschaft. Das halte ich aus heutiger Sicht für wenig wahrscheinlich.

Austritt hart verhandelt werden, um zu verhindern, dass Großbritannien im Sinne eines „Rosinenpickens“ weiter die Privilegien einer EU-Mitgliedschaft genießt, ohne die damit verbundenen Verpflichtungen einzugehen. Andererseits sollte die EU in ihrem eigenen Interesse aber auch keine überzogen

strenge Haltung zeigen und sich stattdessen um ein partnerschaftliches Verhältnis bemühen. Letztlich ist dies der gleiche Rat, den man Ehepartnern bei einer Scheidung mitgeben würde: Unter einer Trennung im Zorn leiden alle Beteiligten.

Auf europäischer Ebene sollte jetzt nicht blind vertieft, sondern vielmehr das Prinzip der Subsidiarität verfolgt werden. Das bedeutet, dass nur jene Dinge europäisch geregelt werden sollten, für die eine gemeinschaftliche Herangehensweise vernünftig ist, beispielsweise die Frage der Asylpolitik. Entsprechend sollten jene Themen auf Ebene der Mitgliedstaaten verbleiben, bei denen die nationalen Regierungen in der Verantwortung stehen, etwa Strukturreformen auf dem Arbeitsmarkt.

Die Bundesregierung sollte vor allem weiter ihren Kurs verfolgen, in Europa für Konsolidierung und wettbewerbsfördernde Strukturreformen zu werben – und letztgenannten Aspekt selbst mehr vorleben.

NRZ

Neue Rhein Zeitung vom 08.07.2016 , S. 7

Wirtschaft fürchtet Brexit-Krise

Investoren ziehen massiv Geld aus Großbritannien ab

Von Stefan Wolff

Frankfurt/M. Wer wissen will, was Investoren von einem Ausstieg Großbritanniens aus der Europäischen Union halten, muss nur auf das britische Pfund schauen. Am vergangenen Mittwoch ist das Pfund Sterling erstmals seit 1985 unter die Marke von 1,28 US-Dollar gefallen. Damit liegt die Währung gut 15 Prozent unter dem Kurs am Tag vor dem Brexit-Votum.

Das schwache Pfund spricht eine deutliche Sprache. Investoren sind dazu übergegangen, massiv Geld von der Insel abzuziehen. Und dieser Trend wird anhalten. Beobachter gehen davon aus, dass gerade ausländische Firmen Investitionen in Großbritannien erst ein-

mal auf Eis legen, bis Planungssicherheit herrscht. Für den Scheidungsprozess sind insgesamt zwei Jahre vorgesehen. „Mit dem Entcheid gegen die EU hat in Großbritannien eine Phase enormer wirtschaftlicher Unsicherheit begonnen“, urteilt Christian Apelt, Analyst bei der Landesbank Hessen-Thüringen. Die Gefahr einer Rezession sei vorhanden. Die wirtschaftlichen Stimmungsbarometer knicken bereits ein.

Auch an den Immobilienmärkten ist die Nervosität deutlich zu spüren. Das bekommen vor allem offene Immobilienfonds zu spüren. Jahrelang kannten die Häuserpreise – vor allem in London – nur eine

Richtung: sie gingen durch die Decke. Doch nun befürchten Beobachter, dass vor allem Banken, Versicherer und Fondsgesellschaften viele Arbeitsplätze auf den Kontinent verlagern könnten. Dem Wohnungsmarkt würden also solvente Mieter und Käufer abhandkommen.

Beobachter sehen die EZB in der Verantwortung. Als diese 2014 die Aufsicht über die Banken der Eurozone übernahm, hatte sie eine umfassende Bankenprüfung vorgeplant, um die Altlasten der Banken eben nicht mit in das neue Aufsichtsregime zu übernehmen. Dieses Ziel scheint verfehlt, meint Isabel Schnabel, Bonner Professorin für Finanzmarktökonomie. *NRZ*

Rheinische Post
vom 08.07.2016,
S. B10

Landesregierung legt geförderte Digitalzentren fest

DÜSSELDORF (rky) Die Landesregierung NRW wird heute bekannt geben, in welchen fünf Städten sie den Austausch zwischen traditioneller Wirtschaft und jungen Gründerunternehmen mit jeweils 1,5 Millionen Euro besonders unterstützen will. Nach Informationen unserer Redaktion hat eine Expertenjury empfohlen, sich für Düsseldorf, Aachen, Bonn, Münster sowie eine gemeinsame Bewerbung des Ruhrgebiets zu entscheiden. Damit hätte ausgerechnet Köln als wichtigste Startup-Stadt von NRW bei dem Wettbewerb um Fördergelder verloren. Allerdings hatte die Jury bei ihrer Sitzung am Dienstag auch festgelegt, dass einige der eingegangenen Bewerbungen noch nachgebessert werden könnten oder sollten – dies könnte dazu führen, dass die größte Stadt von NRW am Ende bei dem Wettbewerb doch noch zum Erfolg kommt. Ziel aller Zentren soll sein, dass Mittelständler mehr von Ideen aus der Digitalzene profitieren. Es geht also nicht darum, isoliert kleine Online-Firmen zu fördern, sondern um Kooperationsprojekte mit dem Mittelstand.

Kölner Stadtanzeiger vom
08.07.2016, S. 9

BEZAHLDIENST

Apple Pay startet in der Schweiz

Zürich. Apple baut die Reichweite seines iPhone-Bezahldienstes in Europa aus. Der Service Apple Pay startete am Donnerstag in der Schweiz. Damit kann per iPhone oder Apples Computer-Uhr in Läden an Kassen bezahlt werden, die kontaktlose Kreditkarten unterstützen. Aktuell seien es rund 100 000 Terminals landesweit, erklärte der Chef von Mastercard in der Schweiz, Guido Müller. Die Industrie rüstet schrittweise alle Kassen-Terminals entsprechend um. Apple Pay war in Europa bisher nur in Großbritannien verfügbar. Offen ist, wann weitere Länder folgen. (dpa)

Neue Gefahren des Missbrauchs

KSTA-WIRTSCHAFT@DUMONT.DE

Apple Pay kommt. Nicht in diesem Jahr. Vielleicht auch noch nicht im nächsten Jahr. Aber den Smartphone-Bezahldienst des Hightech-Giganten wird es auch in Deutschland geben. Und er ist nur ein Anfang. Die nächste disruptive Entwicklung unserer Lebenswelt durch die Digitalisierung steht bevor: Die Finanzbranche wird umgekrempelt. Es fängt mit dem Bezahlen per Handy an. Doch längst wird an weiteren Produkten gebastelt. Am Ende wird das Privatkundengeschäft der Banken und Sparkassen, so wie wir es kennen, nicht mehr existieren. Filialen und Bankberater werden überflüssig.



VON FRANK-
THOMAS WENZEL

Wie das geht? Ganz einfach mit immer intelligenteren Algorithmen,

die nicht nur unsere Kontobewegungen analysieren, sondern auch unsere Gewohnheiten, unseren Lebensstil. Und so können diese Programme perfekt Offerten unterbreiten. Sei es ein Kredit, da man sich für einen schicken neuen Wagen interessiert, seien es Geldanlage-Produkte, da sich auf dem Girokonto einiges angesammelt hat.

Das alles wird das Leben leichter und einfacher machen. Doch wir müssen für die Bequemlichkeit einen hohen Preis zahlen – mit der Preisgabe unseren Daten. Hier entstehen ganz neue Gefahren des Missbrauchs durch gigantische Unternehmen wie Apple, Google oder Amazon. Die Politik muss deshalb jetzt handeln und scharfe Restriktionen durchsetzen. Das Wichtigste dabei: Wer sich weigert, Daten preiszugeben, darf nicht diskriminiert werden. Auch wenn es nur um günstige Kontoführungsgebühren geht.

Bild vom
08.07.2016, S.
2

Deutsche fürchten sich vor Altersarmut

Berlin – Die Mehrheit der Deutschen (55 %) hat Angst, dass ihre Alters Einkünfte nicht ausreichen.

Nur 28,5 Prozent machen sich keine Sorgen (17 % ohne Angaben). Das ergab eine INSA-Umfrage für BILD. Demnach fürchten sich Frauen (60 %) stärker vor Altersarmut als Männer (49 %).

Erstaunlich: Nur 41 % der über 65-Jährigen fürchten, mit der Rente nicht auszukommen. Besonders groß ist die Angst vor Altersarmut bei Wählern der Linken (63,7 %) und der AfD (71,4 %). Insgesamt 80 Prozent der Befragten fürchten, dass ohne private Altersvorsorge ihre künftige Rente nicht reichen wird. Aber nur 52 % zahlen in eine private Vorsorge ein.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 08.07.2016, S. 17

Steuerzahler müssen höhere Renten fürchten

Die Arbeitsministerin geht an die Angleichung des Rentenrechts in Ost und West. Da drohen Milliardenkosten und Verlierer im Osten.

enn. BERLIN, 7. Juli. Die Renten in Ost und West könnten bald nach einer einheitlichen Formel berechnet werden. Union und SPD hatten im Koalitionsvertrag vereinbart, im Sommer 2016 zu prüfen, wie weit die Angleichung der Altersbezüge in Deutschland vorangekommen ist. Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) wird deshalb in Kürze einen Bericht vorlegen – und ihn voraussichtlich mit Empfehlungen verknüpfen.

Dem Vernehmen nach ist im Ministerium aber noch keine Entscheidung über Einzelheiten gefallen. Das liegt auch daran, dass alle Modelle viel Geld kosten – je nach Ausgestaltung zwischen 3,5 und 6 Milliarden Euro. Nach Überzeugung der Rentenversicherung dürfen dafür nicht die Beitragszahler herangezogen werden. „Sofern die Angleichung der Renten im Osten rascher erfolgen soll als die Angleichung des Lohnniveaus, sind die dadurch entstehenden Mehrausgaben aus Steuermitteln zu finanzieren“, sagte der Präsident der Deutschen Rentenversicherung Bund, Axel Reimann, dieser Zeitung.

Kanzlerin Angela Merkel (CDU) hat in der Vergangenheit das Jahr 2020 als Wunschtermin für die „Renteneinheit“ genannt. Politiker in den neuen Ländern dringen immer wieder auf eine Angleichung – verbunden mit dem Hinweis auf eine Benachteiligung der Ostdeutschen. Sie argumentieren mit dem Rentenwert, der im Osten niedriger liegt als im Westen. Das ist der Betrag, aus dem sich nach der Multiplikation mit den Entgeltpunkten (errechnet aus Beitragshöhe und Arbeitsjahren) die Höhe der Rente ergibt.

Da die Löhne im Osten im Schnitt nach wie vor geringer sind, ist dort auch der Rentenwert niedriger. Doch daraus eine Diskriminierung abzuleiten, wäre voreilig. Denn seit der Vereinigung werden die Ost-Renten mit einem Rechenfaktor hochgewertet, um den Lohnnachteil auszugleichen. In diesem Jahr beträgt der Faktor 1,15: Jeder im Osten bezahlte Euro Rentenbeitrag wird also bei der Berechnung der individuellen Rente wie ein Beitrag von 1,15 Euro gewertet. Im Ergebnis stehen dadurch die ostdeutschen Rentner sogar besser da als die westdeutschen. Nahles begibt sich mit dem Versuch einer Angleichung also auf glattes Eis. Ein einheitliches Rentenrecht müsste bedeuten, den

Rentenwert – derzeit 30,45 Euro im Westen und 28,66 Euro im Osten – sowie die

Beitragsbemessungsgrenze zu vereinheitlichen, aber zugleich die Höherwertung abzuschaffen. Diese Umstellung könnte zu einem Stichtag erfolgen, wie dies der Sachverständigenrat vorgeschlagen hat. Möglich wäre aber auch eine Anpassung des Rentenwerts und die Abschmelzung des Faktors in zwei großen Schritten oder in mehreren kleinen Schritten.

Nach dem Vorschlag von Wirtschaftsprofessor Eckart Bomsdorf soll beispielsweise der Ost-Rentenwert nach einem festen Fahrplan angehoben werden, unabhängig von der Lohnentwicklung. Auf Basis derzeitiger Prognosen hieße dies, dass die Renten im Westen von 2017 bis 2021 um 13 Prozent stiegen und im Osten um 20 Prozent. Dem steht die Senkung jenes Rechenfaktors gegenüber. Die Stufenlösung stößt aber auf Bedenken: „Eine Stufenlösung bedeutet über viele Jahre deutlich höhere Kosten für die Rentenversicherung, weil sich der entlastend wirkende Wegfall der Höherwertung erst sehr langfristig auswirkt“, sagte Alexander Gunkel, Vorstandsvorsitzender der Rentenversicherung. „Die bislang noch verständnisvollen Westrentner könnten sich benachteiligt fühlen, wenn die Ostrenten systematisch über mehrere Jahre hinweg deutlich stärker angehoben werden.“

Hinzu kommt das politische Problem, dass die „Renteneinheit“ auch auf längere Sicht Gewinner und Verlierer hervorbringt. Heutige Rentner im Osten kämen gut weg, westdeutsche würden wohl vorübergehend schlechter gestellt. Ostdeutsche Arbeitnehmer aber wären die Verlierer, weil ihre Anwartschaften geringer ausfielen. Nahles wird daher in ihrem Bericht vor allem aufzeigen, wie weit die Renteneinheit schon vorangeschritten ist. In den letzten Jahren konnten sich die Rentner im Osten über höhere Anpassungen freuen, zuletzt über 5,95 Prozent zum 1. Juli (im Westen 4,25 Prozent). Dadurch erreichen die Ostrenten inzwischen 94,1 Prozent des Westniveaus.

Der linke Flügel der SPD setzt Nahles derweil mit dem Vorschlag unter Druck, das Rentenniveau in Deutschland wieder zu erhöhen. In einem Positionspapier fordert die Parlamentarische Linke eine „mittelfristige Anhebung auf 50 Prozent“. „Die gesetzliche Rente muss den Lebensstandard sichern“, sagte der Sprecher der Parlamentarischen Linken in der SPD, Matthias Miersch. „Wer in Rente geht, darf keine Angst haben, sozial abzustiegen.“ Andere Formen der Altersvorsorge – betrieblich oder privat – seien ergänzend sinnvoll, müssten aber hinter diesem Ziel zurückstehen. Derzeit liegt das Rentenniveau bei 47,7 Prozent des Durchschnittseinkommens der Arbeitnehmer; bei 50 Prozent lag es zuletzt im Jahr 2009. Nach Berechnungen der Rentenversicherung wird es bis 2030 schrittweise auf 44,2 Prozent sin-

ken. Eine Anhebung des Rentenniveaus auf 50 Prozent würde nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft bis 2029 jährlich 52 Milliarden Euro kosten.

Angesichts der Debatte über neue Rentenleistungen schlugen Regierungsberater Alarm. Der Wissenschaftliche Beirat des Wirtschaftsministeriums warnt in einem Brief an Sigmar Gabriel (SPD) davor, „die Leistungsversprechen der gesetzlichen Rentenversicherung auszuweiten, insbesondere vor einem Versprechen, die Rentenleistungen für alle Rentenempfänger auf einem höheren Niveau festzuschreiben, als es im Sozialgesetzbuch festgelegt ist, da dies unweigerlich bereits in absehbarer Zeit zu einer Erhöhung der Steuer- und Abgabenlast führen muss“.

Bereits jetzt seien gravierende Finanzierungsschwierigkeiten des Rentensystems nach 2030 erkennbar, schreibt der Beiratsvorsitzende, der Münchner Wirtschaftsprofessor Axel Börsch-Supan. Er sitzt auch in der Runde aus Tarifpartnern, Wissenschaftlern und Politikern, die an diesem Freitag zur ersten Sitzung des „Rentendialogs“ im Arbeitsministerium zusammenkommt.

Renten-Hochseilakt

Von Kerstin Schwenn

Mindestlohn abgehakt, Zeitarbeit und Werkverträge abgehakt: SPD-Arbeitsministerin Andrea Nahles hat jetzt Zeit für die Rente. Dabei begibt sie sich sofort auf das Hochseil. Sie muss im Auftrag der Koalition den Stand der Angleichung der Renten in Ost und West beschreiben – und daraus Konsequenzen ziehen. Das ist eine undankbare Aufgabe. Denn die Herstellung der Renteneinheit ist nicht nur viele Milliarden teuer, sondern auch politisch heikel. Denn anders als ostdeutsche Politiker behaupten, wird eine Angleichung die Ostdeutschen nicht durchweg zu Gewinnern machen. Deshalb schleppen Bundesregierungen die Zusage schon seit Jahren im Gepäck, ohne eine Lösung zu finden. Ein Konflikt zwischen Nahles und den Ost-Regierungschefs ist programmiert – und der mit dem Bundesfinanzminister auch. Von dieser Höhe kommt die Ministerin nur heil herunter, wenn sie die anderen gleich mit ins Boot nimmt. Dass die Ostrenten inzwischen 94,1 Prozent des Westniveaus erreichen, nimmt der Sache etwas die Brisanz. Die liegt vielmehr in der Debatte über das künftige Rentenniveau in Ost und West. Passiert Nahles hier ein Fehltritt, braucht das ganze Rentensystem ein neues Netz.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 08.07.2016, S. 17

Rentenansprüche verdoppeln das Vermögen

DIW-Studie: Die Ungleichheit in Deutschland schrumpft, wenn Rentenanwartschaften einbezogen werden

FRANKFURT, 7. Juli. Die Deutschen sind womöglich wohlhabender als gedacht. Ihr Durchschnittsvermögen ist doppelt so hoch, wenn die Rentenansprüche in die Vermögenskalkulation eingerechnet werden. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin (DIW), die unter Beteiligung von Wissenschaftlern der FU Berlin und der New York University entstanden ist und über welche die „Frankfurter Allgemeine Woche“ an diesem Freitag berichtet. Frühere Vermögensstatistiken hatten sich zumeist auf Sach-, Geld- und Anlagevermögen beschränkt. Mit Daten des Sozio-ökonomischen Panels (2012/2013) konnten die Forscher nun ermitteln, welche Ansprüche die Deutschen im Alter aus gesetzlicher Rente, Betriebsrente und Beamtenpension haben werden.

Durch die Rentenanwartschaften steigt das Durchschnittsvermögen der Deutschen demnach von 85 348 Euro auf 176 789 Euro. Das mittlere Vermögen

(Netto-Medianvermögen) versechsfacht sich gar von 18 000 Euro auf 107 392 Euro, errechnete ein Forscherteam um Markus Grabka (DIW) und Timm Bönke (FU Berlin). Weil die Rentenanwartschaften gleichmäßiger in der Bevölkerung verteilt sind als die Nettovermögen, sinkt das Maß für die Vermögensungleichheit (Gini-Koeffizient) um ein Viertel von 0,79 auf 0,59. Die Forscher betonen, dass es sinnvoll sei, Rentenanwartschaften in die Vermögensbetrachtung einzubeziehen, diese aber nicht mit anderen Vermögenswerten gleichgesetzt werden können – unter anderem, weil sie nicht gehandelt oder als Sicherheit genutzt werden können. „Wir sind uns einig, dass Rentenanwartschaften keine klassischen Vermögen sind, sie werden in der Studie auch nicht als solche betrachtet. Sie können aber als Ersatz für eigenen Vermögensaufbau angesehen werden“, sagte DIW-Präsident Marcel Fratzscher der F.A.Z. Woche.

Die Ergebnisse dürften die Debatte um Vermögen und Ungleichheit weiter befeuern. Eine Studie der EZB hatte vor drei

Jahren ans Licht gebracht, dass deutsche Haushalte über das geringste Median-Vermögen im gesamten Euroraum verfügen. Die Vermögensungleichheit ist in Deutschland im internationalen Vergleich relativ groß, was DIW-Präsident

Fratzscher in seinem Buch „Verteilungskampf“ anprangert. Durch die neue Studie sieht sich Fratzscher aber trotz der errechneten geringeren Ungleichheit nicht widerlegt. „Die Studie ändert an diesem Bild nichts, aber sie trägt dazu bei, den Diskurs zu vertiefen“, sagte er. Vielfach werde angenommen, die Rentenanwartschaften hätten in Deutschland stärkere Umverteilungswirkungen als in anderen Ländern. Um das zu überprüfen, müsse man sich die Wirkungen anschauen. „Das leistet die Studie und zeigt, dass die Anwartschaften zwar weniger ungleich verteilt sind als Geld- und Sachvermögen, die Ungleichheit aber auch hier sehr hoch ist“, sagt Fratzscher. Die Untersuchung bestätige, dass die Ungleichheit hierzulande „besorgniserregend hoch ist“.

Handelsblatt vom 08.07.2016, S. 14

Linke Hasardeure

Seit Monaten wird zu Recht beklagt, dass die Riester'sche Rentenreform die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt hat. Erwartet worden war, dass die seit 2002 aus demografischen Gründen durchgeführte schrittweise Senkung des Niveaus der gesetzlichen Rente von den Versicherten locker dadurch ausgeglichen werden würde, dass jeder Versicherte eine staatlich stark geförderte Riester-Rente abschließt. Leider haben das nur 40 Prozent der Berechtigten getan. Viele davon riestern zu wenig, um die Lücke zu stopfen. Auch die damals erwartete Durchschnittsrendite von vier Prozent wird von vielen Riester-Produkten inzwischen nicht erreicht.

So weit, so schlecht. Doch die Schlussfolgerung, die daraus nun die parlamentarische Linke in der SPD zieht, ist verantwortungslos. Weil Riester nicht funktioniert hat, fordert sie, die steuerliche Förderung der Privatvorsorge ganz abzuschaffen. Im Gegenzug soll das seit 2002 von 52,9 auf 47,7 Prozent gesunkene Nettorentenniveau vor Steuern mittelfristig wieder auf mindestens 50 Prozent erhöht wer-

den. Und das Ganze soll die SPD auch noch in ihr Bundestagswahlprogramm schreiben.

Davon kann man der Partei nur abraten. Auch ohne solche abenteuerlichen Eingriffe ins Rentenrecht werden die Sozialbeiträge bereits 2017 die magische 40-Prozent-Schwelle durchstoßen. Sie würden sehr schnell weitersteigen, würden diese Pläne Wirklichkeit. Denn was die SPD-Linke verschweigt, ist, dass auch ohne teure Rentenerhöhungen der Finanzdruck auf die Rentenkasse ab 2020 dramatisch steigen wird, wenn die geburtenstarken Jahrgänge in die Rente gehen. Die richtige Konsequenz aus dem halben Scheitern der Riester-Reform sind daher Korrekturen bei der ergänzenden Vorsorge.

Genau darüber will Arbeitsministerin Andrea Nahles im Rentendialog mit Sozialpartnern und Experten verhandeln. Mit ihrem Vorstoß macht die SPD-Linke der Genossin nur die Arbeit schwer. War etwa das der Zweck der Übung?

Der Autor ist Korrespondent in Berlin.

Sie erreichen ihn unter:
thelen@handelsblatt.com

Neue Rhein Zeitung vom 08.07.2016, S. 4

VdK warnt: Die soziale Kluft wächst

Sozialverband: Der neue Landesvorsitzende Horst Vöge fordert Maßnahmen der Politik, um Armutsrisiken zu vermeiden. Eine Idee: die Einführung einer „Maschinensteuer“

Von Jan Jessen

An Rhein und Ruhr. Horst Vöge hätte eigentlich allen Grund, guter Stimmung zu sein. Der 68-jährige Dinslakener ist am Mittwoch zum neuen Landesvorsitzenden des Sozialverbandes VdK gewählt worden. Mit über 310 000 Mitgliedern allein in NRW eine durchaus wort- und wirkmächtige Organisation. Gute Stimmung passt aber nicht zu der vom VdK diagnostizierten sozialen Lage im Land, weswegen Vöge beim Festakt des Landesverbandstages in Düsseldorf vor allem als Mahner auftrat: Die Kluft zwischen Arm und Reich in Nordrhein-Westfalen werde größer, das Risiko der Altersarmut steige enorm. „Allein in NRW ist mittlerweile rund jeder sechste Einwohner von Armut bedroht.“

Der in der vergangenen Woche veröffentlichte Sozialbericht NRW belegt den Trend: Die Ungleichheit der Vermögensverteilung ist in den vergangenen Jahren ebenso gewachsen wie das Armutsrisiko. Die reichsten 20 Prozent der Nordrhein-Westfalen besaßen im Jahr 2013 satte 70 Prozent des Vermögens, 19 Prozent der Bevölkerung hatten gar nichts. Die Armutsrisikoquote liegt aktuell bei 16 Prozent. Als von Armut bedroht gilt, wer über weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens verfügt.

VdK SPRICHT SICH FÜR TEILHABEGESETZ AUS

■ **VdK-Präsidentin Ulrike Mascher** sprach sich in Düsseldorf ausdrücklich für das neue Bundesteilhabegesetz aus. Werde es jetzt nicht umgesetzt, „werden wir in den nächsten Jahren kein besseres Gesetz bekommen“, so Mascher. Zudem seien frühere Entwürfe nachgebessert worden. Behindertenverbände hatten das Gesetz kritisiert.

Der VdK fordert von der Politik, der Entwicklung entgegen zu steuern. Das Rentenniveau müsse angehoben, zumindest aber auf dem aktuellen Stand eingefroren werden; die Rentenabschläge für Erwerbsminderungsrentner gehören abgeschafft; und in der Grundversicherung müsse ein Freibetrag von 100 Euro eingeführt werden. Vöge plädierte in Düsseldorf zudem für die massive Förderung des sozialen Wohnungsbaus.

Der neue VdK-Landesvorsitzende hat allerdings auch eigene Ideen entwickelt: Etwa die Einführung einer „Maschinensteuer“. Die Idee: Unternehmen, die Arbeitsplätze weg rationalisieren und sie durch Computer, Roboter oder Maschinen ersetzen, zahlen einen zusätzlichen Beitragsanteil zur Rentenversicherung, um Lohnsummenverluste auszugleichen. „Wir haben immer mehr Rationalisierung, die den Unternehmen wirtschaftliche Erfolge bringt. Die Verluste tragen Staat und Beitragszahler. Da wäre ein Ausgleich gut“, sagte Vöge der NRZ.

„Ein sozialer Arbeitsmarkt ist zwingend nötig“

Außerdem forderte Vöge eine Ausweitung der Landesinitiative „Öffentlich geförderte Beschäftigung“; dass Vöge die Arbeit der Landesregierung im Kern als positiv bewertet, ist nicht verwunderlich, er saß selbst einst als SPD-Abgeordneter im Landtag. Arbeits- und Sozialminister Rainer Schmelzer (SPD) nahm den Ball dankbar auf und betonte: „Ein sozialer Arbeitsmarkt ist zwingend nötig.“ Zudem wandte sich Schmelzer in Düsseldorf erneut gegen Versuche, den Mindestlohn aufzuweichen: „Der Mindestlohn ist eine Erfolgsgeschichte“, so Schmelzer. In NRW profitierten bereits 800 000 Menschen, rund zehn Prozent der Beschäftigten, davon. „Anständiger Lohn ist der Hauptansatz, wenn wir Armut zurückdrängen wollen.“ NRZ

Rheinische Post vom 08.07.2016, S. 1

39.000 nahmen bisher Pflege-Auszeit

Ministerin Schwesig spricht von einem Erfolg, Grüne und Experten üben Kritik.

VON JAN DREBES

BERLIN Berufstätige können eine Auszeit nehmen, wenn sie einen Angehörigen pflegen müssen. Bisher haben 39.000 Menschen von diesem Angebot Gebrauch gemacht, das ein Gesetz von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) seit Anfang 2015 regelt. Aus Sicht der Ministerin bedeutet das einen Erfolg. „Die Neuregelungen zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf greifen“, sagte sie den Zeitungen der Funke-Mediengruppe. Die Auszeiten würden erfreulicherweise mehr und mehr in Anspruch genommen. Grüne und Pflegeverbände werten die Zahlen hingegen als Flop.

Die Pflege-Auszeit sieht vor, dass man für sechs Monate aus dem Beruf aussteigen oder bis zu 24 Monate verkürzt arbeiten kann, um sich

um pflegebedürftige Angehörige zu kümmern.

Die pflegepolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion, Elisabeth Scharfenberg, nannte die Familienpflegezeit jedoch lebensfern. „Die Pflegezeiten passen nicht

„Die Familienpflegezeit ist ein Flop mit Ansage“

Eugen Brysch

Vorstand der Deutschen Stiftung für Patientenschutz

in die Lebenswirklichkeit pflegender Angehöriger“, sagte Scharfenberg unserer Redaktion. „39.000 Personen sind nicht viele – bei mindestens einer Million berufstätiger pflegender Angehöriger“, sagte die Grünen-Politikerin. Statt einfach nur Zahlen zu verkünden, solle Mi-

nisterin Schwesig herausfinden, warum so viele die Pflegezeiten nicht in Anspruch nahmen. „Nur wer auf Einkommen verzichten kann, nahe bei dem pflegebedürftigen Menschen lebt, in einem Betrieb mit über 25 Mitarbeitern angestellt ist, kann Familienpflegezeit in Anspruch nehmen“, sagte Scharfenberg. Und dann sei fraglich, ob der Pflegebedürftige so funktionieren würde, dass er immer nur in den arbeitsfreien Zeiten Zuwendung brauche.

Auch Eugen Brysch von der Deutschen Stiftung Patientenschutz sieht „keinen Grund für Jubelmeldungen“. Das derzeitige Modell bleibe unattraktiv, solange nicht auch für mehrmonatige Auszeiten ein steuerfinanziertes Pflegezeitgeld ähnlich dem Elterngeld gezahlt werde, sagte Brysch. Die Familienpflegezeit sei „ein Flop mit Ansage“.

Süddeutsche Zeitung vom 08.07.2016, S. 4

DEMENTZ

Und jetzt die Debatte

VON KIM BJÖRN BECKER

Falls alles nach Plan gelaufen wäre, dann hätte Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe von diesem Freitag an eine Aufgabe weniger auf dem Zettel. Der Bundestag sollte sein Gesetz verabschieden, dass Demenzkranke auch an Arzneimitteltests beteiligt werden können, die ihnen selbst nichts mehr bringen. Doch dann kam alles anders – zum Glück.

In dieser Woche haben die Fraktionen die kluge Entscheidung getroffen, doch noch einmal gründlich über alles nachzudenken. Ursprünglich sollte das Gesetz, wie viele andere auch, mit der Routine der großen Koalition in Kraft treten. Nun soll es jedem Abgeordneten und seinem Ge-

wissen überlassen werden, wie er (oder sie) abstimmt; die Fraktionsdisziplin ist aufgehoben. Derzeit liegen drei fraktionsübergreifende Anträge vor. Damit ziehen die Parlamentarier die Konsequenz daraus, dass offenbar viele die Brisanz dieser Gesetzesmaterie zunächst verkannt hatten. Da wäre es unverantwortlich gewesen, die Schlussabstimmung kurz vor der Sommerpause noch durchzudrücken.

Wie auch immer Arzneimitteltests in Zukunft geregelt sind: Diese Regeln werden das Ergebnis einer langwierigen inhaltlichen Auseinandersetzung sein, und nicht das Resultat irgendwelcher Zeit- und Sachzwänge oder Deals. Es gibt also noch echte Debatten in der Politik; jedenfalls bei den großen, grundsätzlichen Themen des Lebens.

Westfalenblatt vom 08.07.2016, S. 2

Tödliche Keime in der Klinik

Sieben Patienten in Minden infiziert – Mitarbeiter werden untersucht

von Christian Busse

Minden (WB). Sieben Patienten einer Intensivstation des Johannes-Wesling-Klinikums in Minden haben sich mit einem MRSA-Keim angesteckt. Der als Krankenhauskeim bekannte Erreger ist gegen viele Antibiotika resistent. Drei Patienten sind bereits gestorben.

Ob die Todesfälle ursächlich mit der Infektion zu tun haben, vermag die Klinik nicht zu sagen. Ein Kliniksprecher wies bei einer Pressekonferenz darauf hin, dass es sich um schwerkranke Personen gehandelt hat. Vier weitere Patienten werden derzeit noch behandelt. Einer konnte die Intensivstation verlassen, ein anderer befindet sich in einer Reha. Zwei Personen werden noch auf der Intensivstation betreut.

Wie sich die sieben Personen auf der Station anstecken konnten, will die Klinik jetzt aufwendig untersuchen. Dazu werden 200 Mitarbeiter – vom Arzt bis zur Reinigungskraft – die innerhalb

von sechs Wochen auf der Station waren, untersucht. Die Mitarbeiter müssen dazu beim Personalarzt einen Abstrich aus dem Mund und der Nase machen lassen. Die Untersuchungen laufen seit Mittwoch. Derzeit liegen 60 vorläufige Ergebnisse vor. Schon jetzt gibt es zwei Verdachtsfälle. »Die betreffenden Mitarbeiter werden bis auf weiteres nicht in den Kontakt mit

Patienten kommen«, sagt Kliniksprecher Steffen Ellerhoff.

Dass Klinikmitarbeiter Träger des MRSA-Keims sind, ist nicht ungewöhnlich. Etwa vier Prozent der Bevölkerung trägt den Keim in sich. Einem gesunden Körper kann er kaum etwas anhaben. Für ein geschwächtes Immunsystem ist das Bakterium allerdings tödlich. »Deshalb gibt es strikte Hygi-

enevorschriften. Je nach Tätigkeit muss ein Mitarbeiter bei der Behandlung eines einzelnen Patienten bis zu fünfmal seine Hände desinfizieren«, sagt Wolfgang Söfker, Koordinator für Hygiene im Johannes-Wesling-Klinikum.

Dass es trotzdem zu der Ausbreitung des Keims auf der Intensivstation gekommen ist, lässt auf mangelnde Hygiene einzelner Mitarbeiter schließen. Diese These wird dadurch untermauert, dass es sich bei vier der sieben Infektionen um den gleichen Erregerstamm handelt. Die übrigen Proben sind noch nicht bestimmt.

Mit der Information der Öffentlichkeit will die Klinik Gerüchten vorbeugen. Professor Franz-Josef Schmitz, Direktor des Instituts für Laboratoriumsmedizin am Klinikum, macht die Häufung Sorge. »Medizinisch ist der Fall nicht so gravierend, weil der gefundene Keimtyp verhältnismäßig gut auf Antibiotika reagiert«, so Schmitz. Dass die Fälle überhaupt entdeckt wurden, führt die Klinik auf die »intensiven, über die gesetzlichen Vorschriften hinausgehenden routinemäßigen Untersuchungen« zurück.



Professor Franz-Josef Schmitz, Direktor des Instituts für Laboratoriumsmedizin in Minden untersucht die Petrischalen in dem sich eine positive Probe eines MRSA-Keims befindet. Foto: Busse

Westfalenblatt vom
08.07.2016, S. 4

Nicht schutzlos

Resistente Keime sind eine Folge der modernen Medizin. Durch einen allzu sorglosen Umgang mit Antibiotika in der Medizin und vor allem in der Viehzucht haben sich immer mehr Keime gebildet, die resistent gegen Antibiotika sind. Doch wir sind der Entwicklung nicht schutzlos ausgeliefert. Länder wie die Niederlande machen es vor. Dort beträgt die Infektionsrate bei MRSA in Krankenhäusern weniger als ein Prozent. In Deutschland sind es nach Expertenangaben aus dem Jahr 2008 bis zu 25 Prozent. Die Niederländer haben seit den 90er Jahren

die strengsten Hygienevorschriften der Welt. Darin ist sogar geregelt, dass Arztkittel nur kurzärmelig sein dürfen, weil lange Ärmel beim Händedesinfizieren stören können. Auch in Deutschland hat es seit einigen Jahren ein Umdenken gegeben. Es gibt klare Hygienevorschriften. Schmuck wie Ringe oder Armreifen sind tabu, lange Fingernägel verboten. Dennoch ist noch viel Luft nach oben – beispielsweise bei der zwangsweisen, regelmäßigen Untersuchung aller Klinikmitarbeiter auf resistente Keime. Hier ist der Gesetzgeber gefragt.

Christian Busse

Die Welt vom 08.07.2016, S. 9

Das Job-Wunder geht zu Ende

Der deutsche Arbeitsmarkt schneidet im internationalen Vergleich hervorragend ab.

Doch die OECD sieht ein Flüchtlingsproblem

Für internationale Arbeitsmarktexperten ist Deutschland eine Insel der Seligen. Seit Jahren nimmt hier die Zahl der Erwerbslosen ab, wie der Beschäftigungsausblick der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zeigt. In kaum einem anderen Industrie- oder Schwellenland fällt überdies Jugendlichen der Einstieg in den Arbeitsmarkt leichter.

VON DOROTHEA SIEMS

Und auch die Löhne sind seit 2007 hierzulande weitaus stärker geklettert, als dies in den meisten anderen Staaten der Fall war. Doch die OECD schüttet mit ihrem Bericht auch Wasser in den Wein: Besser als heute wird es am deutschen Arbeitsmarkt wohl für lange Zeit nicht mehr. Im Gegenteil: In den nächsten Monaten wird eine große Zahl von Flüchtlingen auf den Arbeitsmarkt kommen – die meisten von ihnen aber werden zunächst ohne Job sein.

In Deutschland ist die Arbeitslosenquote mit 4,3 Prozent deutlich niedriger als im OECD-Durchschnitt, der bei rund sechs Prozent liegt. 2007 war es noch umgekehrt: Damals hatten acht Prozent der hiesigen Arbeitskräfte keinen Job, während der Mittelwert aller großen Industrie- und Schwellenländer damals mit fast sechs Prozent klar darunter lag.

Doch das deutsche Job-Wunder wird nun, so die Prognose der Ökonomen, eine Pause einlegen. Die OECD geht davon aus, dass sich der kontinuierliche Rückgang der Arbeitslosenquote in Deutschland in diesem und im kommenden Jahr nicht mehr fortsetze, heißt es in der Analyse. „Der Arbeitsmarkteintritt von Flüchtlingen, die über das vergangene Jahr nach Deutschland gekommen sind, ist dafür der wesentliche Faktor“, sagte die OECD-Arbeitsmarktexpertin Kristine Langenbacher. Insgesamt werde die Flüchtlingsmigration aber erst langsam auf dem

Arbeitsmarkt sichtbar und viel hänge davon ab, wie schnell Asylanträge bearbeitet und in welchem Maße sie positiv entschieden würden.

In Deutschland dürfen Asylbewerber, wenn sie eine Aufenthaltsgenehmigung haben, nach drei Monaten arbeiten. Voraussetzung ist allerdings, dass das Arbeitsamt der Beschäftigung zustimmt. Dafür bedarf es im Regelfall der Prüfung, ob es für die konkrete Stelle keinen geeigneten Bewerber aus Deutschland oder der EU gibt. Diese Vorrangprüfung halten viele Ökonomen für eine unnötige Beschäftigungsbarriere. Die OECD prophezeit, dass Flüchtlingen nur in den seltensten Fällen gleich eine Stelle finden werden. „Wie schnell die Integration in den Arbeitsmarkt gelingt, hängt von Sprachförderung, Ausbildung und Anerkennung von bestehenden Qualifikationen ab“, mahnen die Experten. Vor allem die Verkürzung der Dauer der Asylverfahren und die bessere Sprachförderung hat die Bundesregierung inzwischen als vordringliche Aufgaben erkannt und in Angriff genommen.

Deutlich verbessert hat sich in Deutschland die Lage der Langzeitarbeitslosen. Wie der Bericht zeigt, sank der Anteil der Arbeitskräfte, die mindestens ein Jahr ohne Beschäftigung sind, seit 2007 von 4,6 Prozent auf unter zwei Prozent. Damit steht Deutschland damit unter dem OECD-Durchschnitt von 2,2 Prozent. „Der gesunkene Anteil von Langzeitarbeitslosen zeigt, dass auch der konjunkturelle Aufschwung auch den Benachteiligten zugute kommt“, stellt die Organisation fest.

Die positive Entwicklung lässt sich auf bei den Jugendlichen beobachten. So registriert die OECD einen deutlichen Rückgang des Anteils von jungen Menschen im Alter zwischen 15 und 29 Jahren, die über keinen Berufsabschluss verfügen und weder in Lohn und Brot noch in einer Ausbildung

sind. Gab es 2007 unter den jungen Erwachsenen noch rund zwölf Prozent, die in diese Kategorie fielen, so trifft das mittlerweile nur noch acht Prozent zu. OECD-weit liegt die Quote bei fast 15 Prozent. Wobei Frankreich, Spanien und Italien sogar noch zum Teil deutlich über dem OECD-Durchschnitt liegen.

Dass es in Deutschland immer mehr Menschen gelingt, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, macht auch die Beschäftigungsquote deutlich: Von allen hier lebenden Personen im Alter zwischen 15 und 74 Jahren arbeiten fast zwei Drittel. Die Arbeitsmarktforscher nehmen bewusst auch die Älteren in den Blick. „Denn in vielen Ländern arbeiten die Menschen heute deutlich länger, als dies noch vor ein paar Jahren der Fall war“, sagt OECD-Expertin Langenbacher. Auch hierzulande ist der Anteil der älteren Erwerbstätigen im Alter zwischen 55 und 65 Jahren in den vergangenen Jahren stark angestiegen. Noch allerdings arbeitet in Deutschland aber nur eine kleine Minderheit jenseits der gesetzlichen Altersgrenze, die mittlerweile bei 65 Jahren und fünf Monaten liegt. Die von der großen Koalition eingeführte abschlagsfreie Rente mit 63 hat den Trend zum längeren Arbeiten überdies einen Dämpfer versetzt. Zumal rund eine halbe Million Menschen von der Regelung schon Gebrauch gemacht haben. Bei der befristeten Beschäftigung befindet sich Deutschland im internationalen Vergleich im Mittelfeld. Rund zwölf Prozent der Erwerbstätigen haben hierzulande keinen dauerhaften Job. Allerdings zeigt auch in diesem Punkt die Statistik einen Rückgang an, denn 2007 lag die Quote noch bei fast 15 Prozent. „Auch dieser positive Trend macht deutlich, dass der Aufschwung die Chancen auf eine gute Beschäftigung verbessert hat“, unterstreicht Arbeitsmarktforscherin Langenbacher.

In dem krisengeschüttelten Spanien

arbeitet jeder vierte auf einer befristeten Stelle. In Schweden und Finnland tun dies rund 17 Prozent aller Beschäftigten. Sehr deutlich hebt sich Deutschland bei der Lohnentwicklung vom globalen Trend ab. So legten die realen Stundenlöhne hierzulande seit 2007 um fast 15 Prozent zu. OECD-weit ist der Anstieg mit sieben Prozent nur halb so stark.

Während die globale Finanzkrise dem deutschen Arbeitsmarkt kaum etwas anhaben konnte, spüren andere Länder die Folgen des Einbruchs bis heute. Zwar stellen die Ökonomen fest, dass fast zehn Jahre danach die Beschäftigungsquote im OECD-Raum nach einem deutlichen Einbruch jetzt wieder auf das Niveau vor der Krise zurückkeh-

ren. Bei den Reallöhnen jedoch ist das Vorkrisenniveau in vielen Ländern noch immer nicht wieder erreicht. Insbesondere der Euro-Raum schneidet mit wenigen Ausnahmen schwach ab. Insgesamt registrieren die Forscher für drei Viertel aller OECD-Mitglieder entweder niedrigere Beschäftigungsquoten oder niedrigere Löhne als vor der Finanzkrise. Es sei deshalb dringend nötig, wachstumsfördernde Maßnahmen und Strukturreformen durchzuführen. Das Problem sei aber, dass mitunter nötige Reformen kurzfristig die Arbeitslosigkeit sogar erhöhten. Denn mahnt die Organisation – gerade auch mit Blick auf Frankreich – die meist unpopulären Arbeitsmarktreformen fortzusetzen.

Die Experten nehmen in ihrem Be-

schäftigungsausblick auch die Qualität der Arbeitsplätze in den Blick. Dabei geht es um die Einkommen, um die Arbeitsplatzsicherheit sowie um die Qualität des Arbeitsumfeldes. Während Deutschland bei den Löhnen und der Jobsicherheit auch infolge des langen Aufschwungs zuletzt deutlich Boden gut gemacht hat, gilt dies für die Qualität des Arbeitsumfeldes nur bedingt, wie die Studie anmerkt. Die Forscher sehen bei den hiesigen Unternehmen Nachholbedarf bei der Arbeitsorganisation. So seien Länder wie Finnland oder Schweden vielfach moderner aufgestellt. Dort gebe es mehr Teamarbeit, Arbeitnehmer würden zudem gezielt mit Mentoring-Programmen unterstützt.

Berliner Zeitung vom 08.07.2016, S. 6

Erbschaftsteuer droht Untergang

Schwarz-rote Reform könnte im Bundesrat scheitern. Damit reißt die Politik die Frist des Verfassungsgerichts

VON STEFAN SAUER UND MARKUS SIEVERS

Gebannt schauen deutsche Familienunternehmer auf die Sitzung des Bundesrates an diesem Freitag. Sie hoffen auf Rechtsklarheit über die künftige Erbschaftsteuer. Doch sie werden wohl weiter warten müssen. Anders als zunächst geplant, wird die Länderkammer auf ihrer letzten Sitzung vor der Sommerpause die Reform der betrieblichen Erbschaftsteuer wohl doch nicht verabschieden, auf die sich die Große Koalition nach langem Hickhack endlich geeinigt hat.

Denn in einer Sondersitzung vergangene Woche haben die Finanzminister der Länder mit den Stimmen von SPD und Grünen die Reform abgelehnt. Sie begünstigt aus ihrer Sicht die Wirtschaft zu stark.

Damit ist der weitere Verlauf ungewiss. Die Finanzminister empfehlen, im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat den nächsten Anlauf zu einem Konsens zu starten. Aber selbst im günstigsten Fall könnte die Reform dann frühestens im Herbst in Kraft treten. Damit aber ist klar, dass die Politik das vom Bundesverfassungsgericht gesetzte Frist nicht einhalten kann. Karlsruhe hatte bis zum 30. Juni 2016 eine neue Erbschaftsteuer für Betriebe verlangt. Damit stellt sich die Frage: Was nun? Erbschaftsteuer verfassungswidrig, Steuer gestorben?

Vermögenssteuer nach Urteil „tot“

Dieses Schicksal ereilte vor fast 20 Jahren die Vermögenssteuer, die 1995 von Karlsruhe in Teilen für verfassungswidrig erklärt, dann aber

nicht reformiert worden war: Seit 1997 wird die Steuer nicht mehr erhoben. Ähnliches droht dem BKA-Gesetz zur Terrorabwehr, das der erste Senat im April für nachbesserungsbedürftig befunden hat. Das Gesetz habe in derzeitiger Form „bis längstens zum 30. Juni 2018“ Bestand. Das bedeutet: Sollten die Vorgaben aus Karlsruhe bis dahin nicht umgesetzt sein, ist das Gesetz passé.

Für die Erbschaftsteuer gilt das allerdings nicht. Der in Karlsruhe zuständige Berichterstatter, Verfassungsrichter Michael Eichberger, hatte bereits kurz nach der Urteilsverkündung im Januar 2015 auf einem Symposium deutlich gemacht, dass im Falle der Fristüberschreitung die bisherige Besteuerungspraxis zunächst weiterhin angewandt werden könne. Allerdings habe das Bundesverfassungsgericht die Möglichkeit, im Wege eines Vollstreckungsschlusses verbindliche Übergangsregelungen zu schaffen.

Dies fürchtet Hessens Finanzminister Thomas Schäfer (CDU). Er hält es für denkbar, dass dann nicht die gesamte Erbschaftsteuer „für nicht mehr erhebungsfähig“ erklärt werde, sondern nur Verschonungsregeln für Firmen. „Da entsteht ein solches Höchstmaß an Rechtsunsicherheit. Das kann man eigentlich Betroffenen nicht zumuten“, sagt Schäfer.

Länder haben Klagemöglichkeit

Doch nicht nur das Gericht, auch einzelne Bundesländer könnten tätig werden, um rasch eine verfassungskonforme Erbschaftsbesteue-

rung zu erzwingen. Ihnen steht es frei, eine sogenannte abstrakte Normenkontrolle in Karlsruhe zu beantragen: Dabei prüft das Gericht unabhängig von einem konkreten Rechtsverfahren (und daher abstrakt) die Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes. Da dies im Falle des Erbschaftsteuerrechts bereits geschehen ist, könnte das Gericht ohne nochmals eingehende Beratung sehr schnell zu einem Urteil gelangen und in diesem dann erneut eine Frist setzen – diesmal mit der Drohung, bei Überschreitung die Steuer auszusetzen. Eine abstrakte Normenkontrolle kann auch vom Bund sowie mindestens einem Viertel der Bundestagsabgeordneten angestrengt werden.

Privatpersonen können klagen, sofern sie selbst von der Erbschaftsteuer betroffen sind. Sofern der Gegenstand der Verhandlung der Gleiche ist wie der in Karlsruhe bereits Entschiedene, kann das Gericht den Fall direkt dem Bundesverfassungsgericht vorlegen. So oder so ist das Verfallsdatum der bisherigen Erbschaftsbesteuerung absehbar.

Die Reform soll auf Druck des Bundesverfassungsgerichts für Firmenerben die Hürden für eine Verschonung von der Erbschaftsteuer erhöhen. Vor allem für große Unternehmen steigen mit dem vom Bundestag verabschiedeten Gesetz die Anforderungen. Allerdings kritisieren die Grünen, dass die Ausnahmen noch immer zu großzügig gefasst seien. Daher warnen sie davor, dass auch dieses Gesetz ohne Änderung in Karlsruhe scheitern werde.

Westdeutsche Zeitung vom 08.07.2016, S. 2

Firmenerben: Finanzminister will strengere Regeln

ANALYSE Norbert Walter-Borjans (SPD) und der grüne Koalitionspartner setzen auf Veränderungen des Gesetzes im Bundesrat.

Von Peter Kurz

Düsseldorf. Das ganz große Besteck packt Marcus Optendrenk gestern im Landtag gegen NRW-Finanzminister Norbert Walter-Borjans aus. In der Debatte um die Erbschaftsteuer für Firmenerben nennt der finanzpolitische Sprecher der CDU den SPD-Politiker den „obersten deutschen Steuerpopulisten“.

Dass das Bundesthema Erbschaftsteuerreform überhaupt im Landtag debattiert wird, liegt daran, dass sich Walter-Borjans an die Spitze derjenigen gestellt hat, die die kürzlich vom Bundestag verabschiedete Reform noch einmal über den Bundesrat verändern wollen. Dabei hat der Finanzminister die Rückendeckung der Grünen und – das ist im Landtag ungewöhnlich – auch die der Piraten. Die Bedenken an dem auf Bundesebene mit SPD-Stimmen verabschiedeten Gesetz: es werde nicht den Vorgaben der Karlsruher Richter gerecht, die in einem Urteil die bisherige starke Privilegierung von Firmenerben gegenüber sonstigen Erben als verfassungswidrig kassiert hatten.

Optendrenk kritisiert, dass eine Blockadehaltung Familienunternehmen und damit viele Arbeitsplätze in NRW gefährde. Die Landesregierung setze mit ihrer Blockadepoli-

tik auf Heuschrecken-Investoren statt auf Familienunternehmen.

Bevor Walter-Borjans auf Optendrenk und Ralf Witzel (FDP), der schon den aktuellen Gesetzesplan als zu belastend für Unternehmen ansieht, antwortet, bedankt er sich zunächst für die unerwartete Schützenhilfe von Dietmar Schulz (Piraten). Der hatte zuvor vorgerechnet: „Wenn jemand hier im Saal von seiner Tante 50 000 Euro erbt, so zahlt er mehr Erbschaftsteuer, als wenn er einen reichen Onkel hätte mit einem Unternehmen im Wert von 25 Millionen Euro.“

Kritik: Auch Millionenerben können steuerfrei bleiben

Plastisch wird auch Walter-Borjans, als er die Auswirkungen der geplanten Erbschaftsteuerreform darstellt. Das Gesetz, so erklärt er, lasse sich in knappen drei Paragraphen zusammenfassen. „Paragraf 1: Unternehmenserben, die bis zu 26 Millionen Euro inklusive privatem Vermögen wie etwa einer Oldtimersammlung erben, sind, wenn sie einen guten Steuerberater haben, erbschaftsteuerfrei. Paragraf 2: Alle die, die zwischen 26 und 90 Millionen Euro erben, können sich mit einem kleinen Obolus davonmachen. Paragraf 3: Alle die, die mehr als 90 Millionen pro Erben bekom-



Hat im Landtag die Rückendeckung von den Grünen und von den Piraten: NRW-Finanzminister Norbert Walter-Borjans. Foto: dpa

men, müssen noch ein bisschen mehr belegen, dass sie nicht in der Lage sind, Erbschaftsteuer zu zahlen – dann sind sie auch erbschaftsteuerfrei.“

Das, so schließt Walter Borjans, sei nicht im Sinne dessen, was das Verfassungsgericht vorgegeben hat. Und dann äußert er einen Verdacht: Dass diejenigen, die das Gesetz durchgesetzt haben (er meint die CSU), über den Weg eines erneut verfassungswidrigen Gesetzes dies im Schilde führten: dass dann nämlich mangels Rechtsgrundlage für eine Erbschaftsteuer auch Nicht-Unternehmenserben steuerfrei gestellt werden sollen. Dann solle man aber auch Farbe bekennen, wie die ausfallenden sechs Milliarden Euro aufgebracht werden sollen. „Mit uns Sozialdemokraten und Grünen ist das nicht zu machen.“

ERBSCHAFTSTEUER

VORGESCHICHTE Bisher müssen Unternehmensnachfolger generell kaum Steuern zahlen, wenn sie den Betrieb lange genug weiterführen und die Beschäftigung halten. Das Bundesverfassungsgericht hatte Ende 2014 eine Begünstigung von Firmenerben im Vergleich zu sonstigen Erben zwar für zulässig erklärt, den Gesetzgeber aber zu strengeren Vorgaben verpflichtet.

GESETZ Nach den Plänen der großen Koalition in Berlin sollen bei größeren Unternehmen Firmenerben nur dann verschont werden, wenn sie nachweisen, dass sie die Steuer nicht verkraften. Erst ab einem Betriebsvermögen von rund 26 Millionen Euro je Erbfall greift eine Bedürfnisprüfung.

Aachener Nachrichten vom 08.07.2016, S. 9

Elternvertreter in NRW fordern G 9 ab 2017

Düsseldorf. Die Landeselternschaft hat ihre Forderung nach einer Rückkehr zum längeren Abitur G 9 konkretisiert. Nach einem Treffen mit NRW-Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) teilte der Vorstand mit, man setze sich für die verbindliche Umstellung auf G9 an allen Gymnasien mit dem Schuljahr 2017/18 ab der fünften Klasse ein. Darüber hinaus gelte es, besonders begabten und guten Schülern die Möglichkeit einzuräumen, das Gymnasium auch wie bisher in kürzerer Zeit (G 8) zu durchlaufen. Damit fänden auch die Kinder Berücksichtigung, deren Eltern für ein Bestehen von G 8 votierten. Die Landeselternschaft der Gymnasien NRW zählt von den 625 Gymnasien in NRW mehr als 470 zu seinen Mitgliedern. (red)

Aachener Nachrichten vom 08.07.2016, S. 10

Schule schwänzen ist kein Kavaliersdelikt

Immer öfter erscheinen Schüler vor oder nach den Ferien nicht zum Unterricht. Dann ist ein Bußgeld fällig. Steigende Zahlen.

VON OLAF KUPFER

Düsseldorf. Man kennt das ja: Der Urlaub soll gebucht werden, der Blick geht freudvoll auf den Jahreskalender, die Sommerferien der schulpflichtigen Kinder werden analysiert. Und wenn dann alles nicht so recht zusammenpasst – eben das gerade entdeckte günstige Angebot und die letzten Tage, die die Kleinen noch in der Lehranstalt verbringen müssen – dann ist es mit der Moral nicht mehr so weit her: Immer mehr Eltern in Nordrhein-Westfalen nehmen ihre Kinder früher aus dem Schulbetrieb, als sie das dürften. Die Sommerferien reichen vom 11. Juli bis zum 23. August. Wessen Kinder vorher abwesend sind oder später zurückkommen in die Schule, der sollte sich eine gute Begründung überlegen. Denn die Behörden werden immer aufmerksamer,

wenn es um solche vermeintlichen Kavaliersdelikte geht. In Deutschland herrscht Schulpflicht. Und die reicht vom ersten bis zum letzten Schultag.

Steigende Bußgeldverfahren

Die Auswertungen der Bezirksregierung Düsseldorf über die weiterführenden Schulen sind alarmierend: Die Zahl der vom Schulamt eingeleiteten Verfahren, die im Zusammenhang mit den Schulferien eingeleitet wurden, steigt seit 2011 kontinuierlich: 194 Fälle waren es noch 2011 (Gesamtzahl der Schulbehörde-Verfahren 1091), 2015 sind es schon 284 (1430).

Die Bezirksregierung Köln erfasst die Bußgeldverfahren in Zusammenhang mit den Schulferien nicht separat, verweist aber ebenfalls auf kontinuierlich steigende

Zahlen von Verfahren: Wurden im Jahr 2008 insgesamt etwa 1000 Bußgeldverfahren registriert, lag die Zahl im Jahr 2009 bei rund 1030, 2010 bei rund 1070. Im Jahr 2011 wurden 1111 Anzeigen bearbeitet, im Jahr 2012 sank die Zahl auf 894. 2013 und 2014 waren es jeweils wieder etwa 1100 Bußgeldverfahren, im Jahr 2015 lag die Gesamtzahl bei rund 1200. Die Anzahl der „Ferienverlängerer“ unter den Bußgeldverfahren schätzt eine Sprecherin der Bezirksregierung Köln auf etwa 25 bis 30 Prozent.

Das mag nicht viel erscheinen. Aufgenommen sind hier aber nur die behördlich verfolgten Fälle. Die Dunkelziffer derer, die das Kind vom Arzt mutwillig krank schreiben lassen oder andere Ausflüchte herbeizubereiten, ist weitaus größer. Und immer ist es nicht legal.

„Auch gefühlt wird das immer mehr“, sagt Peter Silbernagel, Vorsitzender des Philologenverbandes in Nordrhein-Westfalen. „Pädagogisch ist das nicht zu verantworten.“ Die Eltern gäben das Signal an die Kinder, in den letzten Tagen vor den Ferien geschehe in der Schule nichts mehr von Wert. „Das ist das falsche Vorbild der Eltern für die Kinder“, ereifert sich Silbernagel.

Dass man beim Familienurlaub mit zwei, drei Tagen Versatz schon locker dreistellige Beträge einsparen kann, mag auf den ersten Blick verlockend klingen. Aber: Einen

Rechtsanspruch auf Unterrichtsbefreiung gibt es eben nicht. Und wer ohne guten Grund erwischt wird, riskiert auch in Nordrhein-Westfalen eine Geldstrafe für eine „Ordnungswidrigkeit“: Bis maximal 1000 Euro müssen Eltern zahlen, die beim „Schwänzen“ ihrer Kinder erwischt werden – wenn denn deren Fall von der Schule an das entsprechende Schulamt weitergegeben wurde.

Kritik vom Philologenverband

Es gilt: Die Schule überwacht die Schulpflicht und entscheidet über die Maßnahmen. Zu denen gehören pädagogisches Einwirken wie Ermahnungen oder Einträge ins Klassenbuch, aber auch Ordnungsmaßnahmen (Androhung eines Schulverweises), Zwangszuführung durch das Ordnungsamt oder die Polizei oder eben die Einleitung eines Ordnungswidrigkeitsverfahrens, das in einem Bußgeldverfahren endet.

Dabei richtet sich die Höhe des Bußgeldes nicht nach Einkommen der Eltern oder der Ersparnis durch die Urlaubsbuchung, weil Gehalt, Vermögen oder auch die Urlaubspapiere gar nicht eingesehen werden dürfen. Vielmehr ist entscheidend, ob das Kind zum ersten Mal oder schon häufiger unerlaubt gefehlt hat. Oder ob der „Gelbe Schein“ glaubwürdig nur vergessen wurde. Oder ob man eben doch mit viel Chuzpe wortlos ferngeblieben ist. „Wir hatten auch

einmal den Fall, dass ein Kind unerlaubt gefehlt hat, um in der entsprechenden Zeit einem Ehrenamt nachzugehen“, berichtet Svenja Eisenmann von der Bezirksregierung Düsseldorf. Man habe von einer Bußgeldzahlung abgesehen. „Das Kind hatte ja einen ehrenwerten Grund.“

Schon 2015 bemängelte der Philologenverband, die Zahl der Krankmeldungen rund um die Ferien habe sich etwa verdoppelt. Belastbare Zahlen dazu gibt es nicht, da die Krankmeldungen bei den Bezirksregierungen gar nicht erfasst werden. In der Regel werden nur dringende Gründe akzeptiert. In den letzten Jahren ist die Sensibilität für das Thema gewachsen.

Schulpflicht: Ausnahmefälle und Bußgelder

Ausnahmefälle von der Schulpflicht kann natürlich jede Schule gutheißen. Die Beerdigung der Großmutter oder die Hochzeit des großen Bruders wird kein Grund sein, die Erlaubnis zu verweigern. Auch ein Sportwettkampf außerhalb der Ferienzeit oder ein großes Familienfest dürfte der Lehrer gelten lassen. Nicht aber eine 100-Euro-Ersparnis bei der Urlaubsbuchung.

Wenn Kinder im schulpflichtigen

Alter außerhalb der Ferienzeit am Check-in stehen, schaut auch die Bundespolizei am Flughafen genauer hin. Kann die Familie keine Befreiung vorlegen, darf sie zwar den Flieger besteigen, bekommt nach dem Urlaub aber Post vom Schulamt.

Die Bußgelder sind in den Bundesländern unterschiedlich hoch. In Berlin wird bis zu 2500 Euro verlangt, in Rheinland-Pfalz 1500 Euro, in NRW 1000 Euro.

Zeugnistelefon der Bezirksregierung

Nicht für alle Schüler ist der Anblick des Zeugnisses vor den Ferien Grund zur Freude. Die Bezirksregierung Köln bietet deshalb auch in diesem Jahr wieder ein Zeugnistelefon für Schüler, Eltern und Lehrer an. Dort können Fragen zur Notegebung – etwa bei ungerecht empfundenen Noten – und zur Versetzung gestellt werden.

Erreichbar ist das Zeugnistelefon unter ☎ 0221/147-2000 heute und am Montag und Dienstag jeweils zwischen 10 und 12 Uhr und zwischen 13 und 15 Uhr.

Kölner Stadtanzeiger vom 08.07.2016, S. 23

Ein Abschied in Trauer, Wut und Zorn

HAUPTSCHULEN In Weiden schließt eine der renommiertesten Kölner Schulen – Engagierte Lehrer fühlen sich von der Politik im Stich gelassen
VON HELMUT FRANGENBERG

Die letzten Zeugnisse sind geschrieben, ein paar Geschenk Gutscheine als Dankeschön verpackt. Klassenbücher werden ins Lindenthaler Bezirksrathaus gebracht, Schülerakten kommen ins Schulamt – der Rest in den Aktenschredder. Es ist der letzte Akt eines traurigen Endes: Eine der bekanntesten Kölner Schulen, die Martin-Luther-King-Schule, räumt zum heutigen Schuljahresende das Gebäude im Weidener Schulzentrum.

„Der Abschied fällt schwer“, sagt die letzte Leiterin der Hauptschule, Helene Hoffmann-Issel, während sie mit Sekretärin Claudia Göbel Kisten packt. Die wenigen Lehrer, die hier im zu Ende gehenden Schuljahr die letzten Schüler unterrichteten, sind nicht nur traurig. Viele sind auch zornig und richtig wütend. „Hier war so viel Energie, so viel Engagement“, sagt Hoffmann-Issel. Alles sei verpufft, gescheitert an einer Politik, der der Praxisbezug fehle, meinen Kollegen. „Sie fühlen sich allein gelassen“, sagt die Chefin.

„Hier war so viel Energie, so viel Engagement. Alles ist verpufft.“

Helene Hoffmann-Issel

Das Ende der Martin-Luther-King-Schule, die in den vergangenen Jahren mit immer neuen Ideen und Konzepten wertvolle Beiträge zur bildungspolitischen Debatte leistete, hat für viele Symbolcharakter: Die Schließung steht dafür, dass die Hauptschule als Schulform keine Zukunft mehr hat, weil nur noch wenige ihre Kinder anmelden. Dass die frei werdenden Räume dem Weidener Gymnasium zugeschlagen und nicht für den Aufbau einer Gesamtschule genutzt werden, ist für Kritiker der Schulpolitik von Stadt und Land ein klares Indiz für die Bevorzugung der Schulform Gymnasium. Vor allem steht die Schließung aber dafür, dass praktisches Engagement für den Bildungserfolg von benachteiligten Kindern nicht von denen, die politische Entschei-

dungen treffen, belohnt wird. Vor fünf Jahren stand die Martin-Luther-King-Schule noch als vorbildliches Zukunftsmodell im Schulentwicklungsplan der Stadt: Schulleitung und Lehrer hatten ein Konzept für den Aufbau eines neuen Bildungsangebots entwickelt – eine öffentliche Schule vom ersten bis 13. Schuljahr für alle, eine Weiterentwicklung der Idee der Gesamtschule, die ganz auf individuelle Förderung setzen sollte. Die Kölner Hauptschule sorgte für Schlagzeilen, weil sie sich selber abschaffen wollte, um so den Weg für etwas Neues frei zu machen. Die engagierten Lehrer um den ehemaligen Schulleiter Heinz Klein hofften darauf, als Schulprojekt des Landes anerkannt zu werden. Man wollte wachsen. Die städtische Schulverwaltung sagte Unterstützung zu.

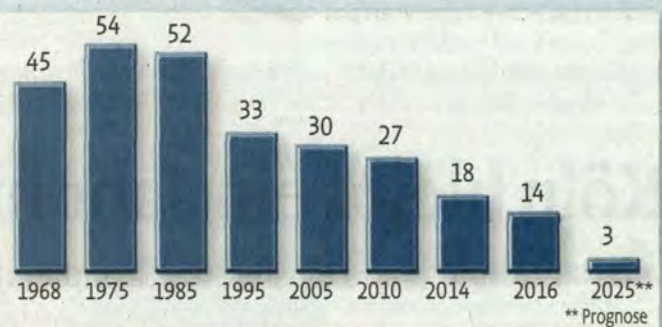
Das Projekt scheiterte an einer starren Haltung der Landesregierung und ihrer Schulministerin. Dass sich Schulen selbst in eine neue umwandeln können, ist nicht vorgesehen. Da halfen auch alle Verweise auf die vielen Erfolge der Hauptschule wenig: Vorbildliche Berufsvorbereitung, Abschaffung des Sitzenbleibens und zu frühen Aussortierens, ein Sprachförderprojekt mit der Uni oder die intensive Kooperation mit vielen Partnern aus Wirtschaft und Stadtleben. „Wo sollen die Schüler, für die wir gearbeitet haben, in Zukunft hin?“, fragt die dienstälteste Kollegin verzweifelt. Die letzten Tage der Schule, die über 40 Jahre lang wie „ein zweites Zuhause“ war, nehmen sie so sehr mit, dass sie nicht mit Namen und Bild in der Zeitung erscheinen will. Sie fühle sich „einfach nur schlecht“.

Es gibt tatsächlich weit und breit keine Alternative. Im gesamten Stadtbezirk Lindenthal gibt es nun weder eine Haupt- noch eine Gesamtschule. Schulleiterin Hoffmann-Issel sagt, sie sei erstaunt über das „Lindenthaler Elternklientel“ und ihre Interessenvertreter. „die nicht so weitsichtig sind zu sehen, dass nicht alle Kin-

der aufs Gymnasium können.“ Die verbliebenen Neuntklässler der Martin-Luther-King-Schule müssen nun nach Bilderstöckchen fahren, wo es noch eine Hauptschule gibt. Doch auch ihre Schließung ist bereits in Vorbereitung.

In den vergangenen Monaten haben sich noch einmal Politiker im Bezirk dafür ins Zeug gelegt, die Räume der Weidener Hauptschule für den Aufbau einer Gesamtschule zu nutzen, die später in einen Neubau ziehen könnte. „Ein Kampf gegen Windmühlen“ sei das gewesen, sagt die kommissarische Schulleiterin. Er kam zu spät, dem Gymnasium waren die Räume längst versprochen worden, es fehlte ein Konzept für eine alternative Nutzung. „Es ist ganz schlimm, das die Schule ersatzlos wegfällt“, sagt die dienstälteste Kollegin. „Irgendwie können wir uns das alle noch nicht so richtig vorstellen“, meint Hoffmann-Issel. Sie wird an einer Hauptschule in Bedburg weiter arbeiten.

Entwicklung Kölner Hauptschulen
Anzahl der Schulen die Eingangsklassen eröffnen



Fast alle Hauptschulen vor der Schließung

Mit 122 Einzelmaßnahmen im aktualisierten Schulentwicklungsplan will die Stadt auf die Herausforderungen reagieren, die sich aus dem Bevölkerungswachstum, aber auch aus dem veränderten Wahlverhalten der Wähler ergeben. Die Zahl der Hauptschüler ist in den vergangenen Jahren immer weiter zurückgegangen. Im kommenden Schuljahr werden aller Voraussicht

nach deutlich unter 500 Fünftklässler eine Hauptschule besuchen. Zum Vergleich: In den 1970er Jahren waren es 5000. Als Konsequenz schlägt die Verwaltung vor, nach und nach fast alle Hauptschulen zu schließen. Würden alle Vorschläge umgesetzt, gäbe es spätestens 2025 nur noch drei Hauptschulen in den Stadtbezirken Innenstadt, Ehrenfeld und Mülheim. (fra)

**Neue Rhein
Zeitung vom
08.07.2016, S. 5**

Zeugnisse stressen jeden dritten Schüler

Lernstandserhebung:
Ruhrgebiet schwächelt

An Rhein und Ruhr. Zum morgigen Ferienstart erwartet sie viel Sonne, heute aber wird es für rund 2,5 Millionen Schüler in NRW noch einmal ernst: Sie bekommen ihre Zeugnisse. „Ich empfehle eine besonnene Betrachtung“, sagte NRW-Schulministerin Sylvia Löhrmann vor allem mit Blick auf die Eltern.

Die gestern von ihr veröffentlichten Lernstandserhebungen, mit denen jährlich rund 200 000 Achtklässler in NRW überprüft werden, zeigen allerdings, dass Schüler im Ruhrgebiet beim Leistungsniveau in Kernfächern erneut hinter dem Landesschnitt zurück bleiben. So verfügen in Mathematik 14 Prozent über keine oder nur rudimentäre Fähigkeiten, landesweit elf Prozent. In Deutsch sind es 16 Prozent, landesweit 14 Prozent.

Schulpsychologen immer gefragter

Zwei Drittel der Sechs- bis Achtjährigen freuen sich auf ihr Zeugnis, fast jeder dritte 14-Jährige fühlt sich gestresst, jeder achte in dieser Altersklasse berichtet sogar von Angst: Das zeigt eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Fact. Laut einer DAK-Studie hat die Stressbelastung der Kinder seit 2006 stark zugenommen, Auslöser sind aus Lehrersicht die mediale Reizüberflutung, die Digitalisierung, aber auch der Erwartungsdruck.

Die Zahl der Anfragen an Schulpsychologen nimmt zu, bestätigt die Leiterin der Beratungsstelle in Duisburg, Insa Wessendorf. Viele Kinder bekämen schon in der Grundschule Nachhilfe, Eltern hätten Angst, Fehler zu machen, Lehrer fühlten sich überfordert. „Der Druck auf alle wächst“, so Wessendorf, „aber das Kind ist immer das schwächste Glied.“

tobi/AFi/kai

Rheinische Post vom 08.07.2016, S. 1

Lehrer: Attestpflicht vor Ferienbeginn

Erneut fahren dieses Jahr viele Eltern in NRW schon vor Unterrichtsende mit ihren Kindern in Urlaub. Das Ministerium droht mit Bußgeldern. Der Philologenverband fordert eine härtere Gangart.

VON TANJA KARRASCH
UND REINHARD KOWALEWSKY

DÜSSELDORF Die Schulferien in Nordrhein-Westfalen beginnen erst heute nach Zeugnisausgabe – zumindest für die meisten Schüler im Land. Bei einer wachsenden Minderheit hat allerdings ein günstiger Flug oder eine staufreie Reise Vorrang – immer mehr Eltern nehmen ihre Kinder schon vor dem letzten Schultag aus dem Unterricht. 284 Mal ist 2015 nach Angaben der Bezirksregierung Düsseldorf deshalb ein Bußgeld verhängt worden – das sind so viele Fälle wie in keinem Jahr seit 2009 und 32 mehr als 2014.

„Ein Dauerärgernis“ nannte gestern Dorothea Schäfer, Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, das Phänomen der eigenmächtigen Ferienverlängerung. „Wir müssen die Schulpflicht konsequent durchsetzen“, ergänzte Gunter Fischer, Schulleiter eines Gymnasiums in Viersen und Vorstandsmitglied der Rheinischen Direktorenvereinigung. „Alle Schulen sind verpflichtet, dem Schulabsentismus entgegenzuwirken“, sagte eine Sprecherin der Bezirksregierung. Die Strafen könnten bis zu 1000 Euro betragen. Ihre Höhe hänge auch davon ab, wie viel Geld eine Familie durch einen Flug vor Ferienbeginn gespart hat.

Der nordrhein-westfälische Philologenverband hält eine konsequentere Gangart für notwendig. „Wir brauchen eine Attestpflicht zum Ferienstart“, forderte der Vorsitzende Peter Silbernagel. Es dürfe nicht mehr vorkommen, dass manche Eltern ihre Kinder einfach zum Schuljahresende krankmelden, um der Schulpflicht mit einer nachträglich schwer überprüfbaren Ausrede zu entgehen. Das Schulministerium hält es dagegen für ausreichend, dass jeder Schulleiter einzeln fest-

gen kann, ob er oder sie Atteste zum Schuljahresende verlangt. Im Gegensatz dazu befürwortet auch die Katholische Elternschaft NRW die Attestpflicht zum Schuljahresende. „Wenn Schüler beim Abitur fehlen, gibt es diese klare Vorgabe ja auch“, sagte Landesvorsitzender Herbert Heermann.

Bei Flughäfen und Airlines schlägt sich die wachsende Reiselust in den Büchern nieder. „Die ganze Woche läuft der Betrieb in Düsseldorf und Köln schon hervorragend“, sagte ein Sprecher von Germanwings. Ein Sprecher des Flughafens Düsseldorf nannte Zahlen: 78.000 Passagiere flogen gestern ab, rund 6000 Personen mehr als noch am Dienstag. Heute, am letzten Schultag, werden 82.000 Passagiere erwartet.

Am Flughafen Düsseldorf waren offenbar bereits gestern viele Familien mit schulpflichtigen Kindern unterwegs: Sie reisten Richtung Mallorca, Istanbul oder Sizilien. Eine Duisburger Familie mit vier Kindern erzählte unserer Redaktion sogar von einer Sondergenehmigung für die Reise. Im Schulministerium ist man darüber erstaunt: „Eine Beurlaubung, um die Schulferien zu verlängern oder um günstigere Reisetermine wahrzunehmen, ist nicht erlaubt.“

Viele Schulen begegnen der Schulflucht mit Pädagogik: So berichtet Gewerkschaftschefin Schäfer, dass zunehmend Klassenfahrten in die letzte Schulwoche gelegt würden – damit niemand ohne Weiteres früher in Ferien gehen könne. Schulleiter Fischer hat eine Projektwoche rund um Naturwissenschaften mit vielen Experimenten organisiert: „Das fanden viele Schüler interessanter als Urlaub.“

Fünf Bundesländer haben schon Ferien

Frühstarter Heute beginnen in

Nordrhein-Westfalen die Sommerferien. Der erste Schultag des neuen Schuljahrs 2016/17 ist der 24. August. Vor NRW sind bereits Bremen, Niedersachsen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen in die großen Ferien gestartet.

Ausblick In den kommenden Jahren ist NRW etwas später dran: 2017 starten die Ferien am 14. Juli, 2018 am 13. Juli, 2019 am 12. Juli.

Guter Unterricht bis kurz vor Ferienstart

VON REINHARD KOWALEWSKY

Der Vorschlag einer Attestpflicht für Schüler, wenn sie sich unmittelbar vor den Ferien krank melden, sollte ernsthaft geprüft werden: Es schadet den Schulen und den Kindern, wenn Tausende Schüler dem Unterricht schon vor Ferienbeginn fernbleiben, nur weil die Eltern noch einen günstigen Flug ergattern wollen. Und es ist ungerecht, wenn es faktisch die freie Wahl einer Schulleitung ist, ob sie die Durchsetzung der Schulpflicht nun wirklich ernst nimmt – oder ob sie sich mit fadenscheinigen Entschuldigungen bei Fehlstunden zum Ende des Schuljahres abspesen lässt.

Gleichzeitig muss man das Problem auch relativieren: Wenn ein Kind einmalig in seiner ganzen Schullaufbahn fehlt, weil die Familie früh in die Ferien fährt, ist das zwar ärgerlich – aber wichtig ist nur, dass sich der Vorfall nicht wiederholt.

Die Pädagogen müssen sich aber auch bemühen, das Schulleben gerade in den letzten Tagen vor den Ferien attraktiv zu gestalten: Wenn die Noten schon festgelegt sind, ist eine gute Zeit für Klassenfahrten. Projektwochen mit viel eigenständiger Arbeit sind auch eine tolle Idee. Unakzeptabel ist dagegen, wenn viele Klassen kurz vor Ferien fast nichts mehr tun.

Rheinische Post vom 08.07.2016 , S. 3

Ein Schuljahr in den letzten Zügen

Heute gibt es Zeugnisse - endlich Ferien! Besonders weil kurz vor den Sommerferien nicht mehr viel passiert: Schüler essen Eis, gucken Filme oder machen einen Ausflug. Der Notendruck fehlt. Wie nutzt man die Zeit sinnvoll?

VON FRANZISKA HEIN
UND HENNING RASCHE

DÜSSELDORF Schon seit gut zwei Wochen hat Annalena keine Schulbücher mehr. Sie musste sie abgeben und zurück in die Schulbibliothek bringen. Das 13 Jahre alte Mädchen besucht die sechste Klasse der Heinrich-Heine-Gesamtschule in Düsseldorf-Grafenberg. Gerade die Zeit unmittelbar vor den Sommerferien verbringt sie kaum noch mit regulärem Unterricht. Statt Mathe und Englisch stehen ein Wandertag mit Kino und Spielen im Freien auf Annalenas Stundenplan. Ihr Vater Detlef Weigand hat dafür kein Verständnis. „Wenn die Schule nach den Ferien wieder losgeht, dann herrscht Druck. Weil den Lehrern die Herbstferien im Nacken sitzen, machen sie Tempo“, ärgert er sich. Selbst wenn die Bücher abgegeben

werden müssten, könnte man doch Themen wiederholen.

Ein Eis, ein Film, ein Ausflug. Kurz vor den Sommerferien zieht gern mal ein wenig Freizeitprogramm in die Klassenzimmer ein. Wo vor wenigen Wochen noch viel gelernt und um Zeugnisnoten gerungen wurde, geht es mit der Aussicht auf sechs-einhalb freie Wochen entspannt zu. Die Zensuren stehen seit den Zeugnis-konferenzen fest, der Druck ist von den Schülern abgefallen. Doch wie viel Freizeit ist mit geltendem Schulrecht vereinbar? Und gibt es entsprechende Vorschriften?

Eine Sprecherin im nordrhein-westfälischen Schulministerium weist darauf hin, dass es „keine landesweite Anweisung“ gebe. Jede Schule müsse für sich selbst entscheiden, wie die Zeit vor den Feri-

en am besten genutzt werden kann. Es gelte auch keine Sonderregelung, die etwa Wandertage begünstige. „Die Lehrer handeln eigenverantwortlich pädagogisch sinnvoll“, betont die Sprecherin. Sie nennt außerdem das Recht von Eltern, sich in der Schulkonferenz entsprechend zu beschweren. Sie sei ein gutes Instrument, um zu viel Freizeit in den letzten Unterrichtswochen vor Lehrern und Schulleitung zu thematisieren.

Annalena jedenfalls ist in dieser Woche häufig früher nach Hause gekommen, weil die Hausaufgabenbetreuung zweimal ausgefallen ist. Und heute, am letzten Schultag, findet die erste Stunde nicht statt – weil die Klassenlehrerin etwas mit einer anderen Klasse unternimmt.

Rheinische Post vom 08.07.2016 , S. 3

Wer schwänzt, fliegt billiger

Am Flughafen Düsseldorf starten manche Familien schon etwas eher in den Urlaub.

VON TANJA KARRASCH

DÜSSELDORF Am Düsseldorfer Flughafen ist es ruhig. Keine langen Schlangen an den Check-In-Schaltern, die Sicherheitskontrollen gehen zügig voran. Und die Flüge kosten sogar weniger als zu Hochzeiten, denn es ist der Tag vor Ferienbeginn. Heute Nachmittag wird es am Flughafen vermutlich deutlich anders aussehen.

Durch die günstigen Flugpreise und die Aussicht auf einen entspannten Start in den Urlaub ist die Verlockung groß, die Kinder früher aus der Schule zu nehmen. Und tatsächlich sind schon viele Familien mit gepackten Koffern und Kindern im schulpflichtigen Alter unterwegs. Wenn der letzte Schul-Gong heute läutet, könnten sie bereits irgendwo am Strand liegen.

Am frühen Nachmittag zieht eine vierköpfige Familie aus Bottrop ihre schweren Koffer in die Abflughalle. Nach Bulgarien soll es gehen, man freue sich besonders auf die Sonne, das Meer. Zwei Töchter sind dabei, eine im Kindergarten-, eine im Schulalter. Ob denn schon Ferien seien? „Naja, die beginnen morgen erst – eigentlich“, sagt die Mutter und geht schnell weiter. Ähnliche Szene, einige Meter weiter: Eine

vierwöchige Rundreise durch die USA steht bevor. 5000 Kilometer zu viert von New York aus bis nach Arizona. „Die Nationalparks werden die Höhepunkte sein“, schwärmt der Vater. Auf die Frage nach dem Ferienbeginn winkt er hingegen eher wortkarg ab.

Für Samantha (7), Celina (10), David (4) und Hakan (13) gehen die Ferien offenbar offiziell schon früher los. Die drei Jüngeren essen noch ein Butterbrot, bevor sie nach Istanbul fliegen. „Wir haben eine Sondergenehmigung“, sagt ihr Onkel. Beurlaubungen vom Unterricht bedürfen laut der Bezirksregierung Düsseldorf aber eines wichtigen Grundes. Eine Verlängerung der Ferien, günstigere Tarife oder das Vermeiden von Staus gehören ausdrücklich nicht dazu. Ob entsprechende Anträge der Eltern letztendlich genehmigt werden, entscheiden die Schulleiter eigenständig.

Direktor Alfons Musolf vom Comenius-Gymnasium in Düsseldorf fährt an seiner Schule eine klare Linie: „Anträge zur Befreiung aus dem Unterricht beantworten wir mit Nein. Die Schulpflicht gilt auch an den Tagen vor den Ferien.“ Silke

Ackermann vom Leibniz-Montessori-Gymnasium Düsseldorf sagt hingegen: „Der Schulleiter entscheidet individuell über jeden Einzelfall, auch in Absprache mit dem Klassenlehrer.“ Es müsse aber ein „triftiger Grund“ vorliegen. In diesem Jahr seien beispielsweise mehrere Schüler freigestellt worden, die zu einem Sportwettbewerb ins Ausland fliegen. „Da liegen auch die Bescheinigungen von dem Sportverein vor“, sagt Ackermann.

Doch was droht Eltern, die ihre Kinder schwänzen lassen? Ein Sprecher der Stadt Düsseldorf sagt: „Jedes Jahr hält sich hartnäckig das Gerücht, dass das Ordnungsamt am Flughafen nach Schulschwänzern Ausschau hält. Das ist aber nicht der Fall.“ Jedoch könne ein Anhörungsverfahren wegen Schulpflichtverletzung eingeleitet werden, wenn man tatsächlich erwischt würde, sagt Jessica Eisenmann von der Bezirksregierung Düsseldorf.

In anderen Bundesländern sind die Ferien bereits gestartet. Familie Meineke aus Sachsen-Anhalt ist froh, noch vor dem großen Andrang von Düsseldorf aus in den Urlaub fliegen zu können. „Die Kinder haben schon seit zwei Wochen Ferien, jetzt fliegen wir nach Kreta“, sagt Mutter Daniela.

**Westdeutsche
Allgemeine
Zeitung vom
08.07.2016, S. 4**

Eltern: Neuer Schulform fehlt die Akzeptanz

Sekundarschule sei oft
nur zweite Wahl

Düsseldorf. Elternvertreter befürchten, dass die neuen Sekundarschulen in der Öffentlichkeit immer mehr als „Resteschulen“ wahrgenommen werden. Viele Eltern und Schüler bevorzugten jene Schulen, die ihnen die besten Bildungsabschlüsse ermöglichen, also Gymnasien und Gesamtschulen. Die Sekundarschule könnte also die Hauptschule als vermeintliche „Resteschule“ ablösen, sagten gestern Vertreter der Landeselternschaft der integrierten Schulen in NRW (Leis).

„Gerade in ländlichen Gebieten sinkt die Akzeptanz der Sekundarschulen“, sagte Leis-Vorsitzender Ralf Radke. Er nannte als Beispiel eine Sekundarschule in Kleve, deren Anmeldezahlen innerhalb von vier Jahren von 140 auf 80 Schüler sanken. Die Schulform führt als Ganztagschule nur bis zur 10. Klasse, bietet aber auch den Übergang zur Oberstufe über die Zusammenarbeit mit einem Gymnasium.

Leis NRW wurde im April 2016 gegründet und versteht sich als Interessenvertretung für Eltern, deren Kinder Gesamt-, Gemeinschafts- und Sekundarschulen besuchen. Die von der Landesregierung vorgeschlagene einheitliche Elternvertretung, die für sämtliche Schulformen sprechen soll, lehnt Leis NRW ab. „Es gibt eklatante Unterschiede bei den Interessen der Schulformen“, erklärte Leis-Vorstandsmitglied Rainer Dahlhaus. Er befürchte dann eine Dominanz des Gymnasiums. *mk*

Westfälische Nachrichten vom 08.07.2016 , S. 4

Unterrichtsausfall wird dauerhaft erhoben

Von Hilmar Riemenschneider

Jede der rund 6000 Schulen künftig an Stichprobe beteiligt

DÜSSELDORF. Der Unterrichtsausfall an den Schulen in Nordrhein-Westfalen soll künftig permanent erhoben werden. Jede der rund 6000 Schulen soll für jeweils zwei Wochen erfassen, welche Stunden ausfallen sind und für welche es Vertretungsunterricht gibt. Dieses Mo-

dell, bei dem das Schuljahr in 20 zweiwöchige Erhebungsphasen aufgeteilt wird, hat eine Arbeitsgruppe der Bildungskonferenz vorge-

schlagen. An der bisher einmaligen Stichprobe mit nur 770 Schulen hatte es massive Kritik gegeben. Das damit

zuletzt im September 2014 gemessene Ergebnis, wonach nur 1,7 Prozent aller Stunden ersatzlos ausfielen, war auf große Skepsis bei Elternvertretern, ebenso der Opposition im Landtag gestoßen. Die Landeselternschaft der Gymnasien etwa kam in einer eigenen Stich-

probe auf 6,4 Prozent Ausfall.

Den Dauerstreit wollte Schulministerin Sylvia Löhrmann los werden - und bat die Bildungskonferenz um einen Vorschlag. Die wechselnde Stichprobe über alle Schulen hinweg würde die Ministerin unterstützen, wie

eine Sprecherin erklärte. Allerdings kann die Bildungskonferenz das Modell erst bei ihrer Sitzung im Dezember beschließen. Selbst wenn der Landtag danach schnell zustimmt, würde die neue Stichprobe frühestens im Schuljahr 2017/18 umgesetzt. Vorher wird Löhrmann eine kürzlich erhobene Stichprobe präsentieren.

Westdeutsche Zeitung vom 08.07.2016, S. 15

Von 2,67 auf 2,1: Notenschnitt der Abiturienten immer besser

Am Theodor-Fliedner-Gymnasium haben aktuell sogar 63 von 139 Abiturienten eine Eins. Experten warnen vor Bestnoten-Flut.

Von Nele Dohmen

Ist das Abitur mit einer Eins vor dem Komma immer leichter zu erlangen? Begriffe wie „Inflation der Einsen-Abis“ und die Angst vor der Entwertung des Abiturs befeuern derzeit die Debatte. In Düsseldorf hat das Theodor-Fliedner-Gymnasium gerade 63 von 139 Abiturienten mit einem Einserschnitt entlassen. Und auch ein Blick auf die Notendurchschnitte der vergangenen Jahre zeigt: Die Düsseldorfer Schüler werden immer besser.

Neben den vielen Einserkandidaten konnte das Fliedner-Gymnasium 59 Schülern eine Zwei vor dem Komma geben, 17 hatten eine Drei. Und sechs Abiturienten erreichten die Glanznote 1,0. Der Schulleiter des Evangelischen Gymnasiums Michael Jacobs sieht als Gründe: „Anstrengungsbereitschaft, guter Unterricht, lernförderliches Schulklima, Kultur der Anerkennung von Leistung, unterstützende Familien“. Und der Mädchenanteil von 60 Prozent spiele ebenfalls eine Rolle.

Der Deutsche Philologenverband (DPHV) befürchtet schon lange eine Abwertung des Abiturs, mehr noch: „Diese Noteninflation ist nicht zufällig, sie hat Methode“, sagte der

DPHV-Vorsitzende Heinz-Peter Meidinger bereits im Juli 2014 bei einer Pressekonferenz in Berlin. Hinter der Aussage steckt der Vorwurf, dass durch „softere“ Beurteilungsmaßstäbe die Akzeptanz für die auf acht Jahre verkürzte Schulzeit an Gymnasien (G8) erhöht werden soll. Die Verlierer seien dann die wirklich herausragend guten Schüler, aber auch das Abitur an sich, „weil die Bestnoten-Zertifikatsflut Hochschulen und Wirtschaft zu eigenen Auswahlverfahren zwingen wird.“

„Wenn die Noten nicht mehr aussagekräftig genug sind, werden die Firmen sich neue Auswahlverfahren einfallen lassen müssen.“

Petra Pigerl-Radtke, Bereich Aus- und Weiterbildung der IHK

Das hätte Konsequenzen: „Es würde sich durch häufiger durchgeführte Auswahlmethoden wie Assessment-Center zeigen, wenn die Noten nicht mehr aussagekräftig genug wären“, vermutet Petra Pigerl-Radtke, Geschäftsführerin für den Bereich Aus- und Weiter-

bildung bei der IHK Mittlerer Niederrhein.

In Düsseldorf zeigt sich: Lag der Notendurchschnitt der Abiturienten an Gymnasien 2003 noch bei 2,67, so lag er 2008 – ein Jahr nach der Einführung des Zentralabiturs – bei 2,57. Im Jahr 2013 lag der Durchschnitt bei 2,42, 2014 bei 2,45 und 2015 gar bei 2,34.

Auch das Gymnasium Korschbroich im Kreis Neuss bekam mit seinen überragenden Zahlen jüngst viel Aufmerksamkeit. 35 von 85 Abiturienten hatten die Eins vor dem Komma. Schulleiter Uwe Roschek lobt zum einen den großen Einsatz und Zusammenhalt der Schüler, die intensiv gemeinsam gebüffelt hätten. „Andererseits ist es seit der Zusammenlegung des Abiturs von Gesamtschule und Gymnasium seit 2008 für Gymnasialisten nicht gerade schwerer geworden, das Abitur zu erlangen.“ Die bildungsorientierte Gesellschaft in der Kleinstadt und die Tatsache, dass sein Gymnasium das einzige in Korschbroich ist, führten aber auch dazu, dass die Schüler besonders gut seien.

„Es kann ja sein, dass die Schüler durch leistungsorientierte Eltern besser werden“, so Petra Pigerl-Radtke. „Viel beunruhigender finde ich aber den Akademisierungswahn. Dass eine Berufsausbildung oft die gleichen Berufschancen auf praktischerem Wege bietet, wissen viele gar nicht.“

ZAHLEN

DÜSSELDORF Der Abi-Schnitt lag 2003 bei 2,67, 2008 (ein Jahr nach dem Zentralabitur) bei 2,57, 2013 bei 2,42, 2014 bei 2,45 und 2015 bei 2,34. Das Fliedner-Gymnasium hatte 2015 einen Abi-Durchschnitt von 2,1. NRW lag bei 2,47.

MEINUNG

Akademiker oder nicht

Von Nele Dohmen

Die Argumentation des Deutschen Philologenverbandes klingt spannend: Um G8 zu legitimieren, wird bei der Notenvergabe das eine oder andere Auge zugedrückt. Hört man sich aber etwa bei Sportvereinen um, klagen diese über einen massiven Nachwuchsmangel – und große Schuld trage daran die mehr und mehr leistungsorientierte Schulzeit. Ganztäg, Nachhilfe und allzu ehrgeizige Eltern treiben sicherlich auch zu besseren Noten an. Da ist es nicht falsch, Petra Pigerl-Radtkes Standpunkt einmal zu überdenken: Der akademische Weg ist nicht der einzige Weg zum Erfolg.



nele.dohmen@wz.de

Westdeutsche Zeitung vom 08.07.2016, S. 4

Universitäten als Reparaturbetriebe?

GASTBEITRAG Fast 96 000 Schülerinnen und Schüler sind in diesem Jahr zu den Abiturprüfungen in NRW angetreten – eine Vielzahl von ihnen wird im Herbst an die Universitäten drängen. Lambert T. Koch, Rektor der Universität Wuppertal, über Bildungsgerechtigkeit, Qualitätsstandards und eine Kultur des Scheiterns.

Von Lambert T. Koch

Wuppertal. Über 21 000 Studierende gibt es zurzeit an der Bergischen Universität Wuppertal – mit steigender Tendenz. 2008 waren es noch 13 500. Seit einer Reihe von Jahren werden die Hochschulen in Deutschland von Studienanfängern förmlich überannt. Die Aussetzung der Wehrpflicht, doppelte Abiturjahrgänge, die Erhöhung von Abituriertenquoten und nicht zuletzt erweiterte Formen des Hochschulzugangs sorgen jedes Jahr für Rekorde bei den Studierendenzahlen. Eine Entwicklung, die Bildungspolitiker frohlocken lässt. Doch gibt es eine gefährliche Kehrseite der Medaille. Sie allerdings offen zu thematisieren, macht Verantwortliche an den Hochschulen, wie Rektoren, Präsidenten und Dekane, verdächtig. Rasch steht der Vorwurf im Raum, man sei nicht auf der Seite der Kämpfer für Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit.

Um von Beginn an keine Zweifel aufkommen zu lassen: Chancengleichheit ist in einem demokratisch verfassten Land ein enorm hoher Wert. Das gilt natürlich insbesondere im Bildungszusammenhang. Doch ist gerade dort heute eine Tendenz festzustellen, das sprichwörtliche Kind mit dem „Bildungsbade“ auszuschütten, weil man die Zwillingsideen der „Zugangsgerechtigkeit“ und „Leistungsgerechtigkeit“ entkoppelt. Hier liegt die eigentliche Gefahr. Indem – unabhängig von ihren Leistungen – immer mehr jungen Menschen der Zugang zu Universitäten und Fachhochschulen gewährt wird, nehmen wir die Erosion zentraler Qualitätsstandards billigend in Kauf.

Eine so verstandene Bildungsgerechtigkeit ist von den Folgen her für keine Seite gerecht: nicht für die Gesellschaft, der ein falsches Bild vom Leistungsstand ihrer nachwachsenden Generation vorgegaukelt wird; nicht für die jungen Menschen selbst, die nicht individuell genug gefordert und gefördert werden; nicht für die Hochschulen, die entweder still halten oder als Spielverderber dastehen, weil sie mit steigenden Abbruchquoten und höheren NCs reagieren.

Eine Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung hat erst jüngst auf alarmierende Fehlentwicklungen in diesem Zusammenhang hingewiesen. Einerseits überschwemmen heute Heerscharen von Abiturienten mit Traumabschlussnoten die Hochschulen. Andererseits verfehlen immer mehr Schulabsolventen das universitäre Einstiegsniveau schon mit Blick auf grundlegende Anforderungen wie Ausdruck, Rechtschreibung, Textverständnis oder einfache Mathematik. Bund und Länder sahen sich bereits genötigt, milliardenschwere Sonderprogramme mit schönfärberischen Namen wie „Qualitätspakt Lehre“ oder „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ aufzulegen. Um auch hier Missverständnissen vorzubeugen: Die Universität Wuppertal und viele andere deutsche Universitäten sind für diese Programme dankbar, helfen sie doch Angriffen auf die Qualitätsstandards entgegenzuwirken. Dennoch bleibt die Kritik, dass es sich um Maßnahmen handelt, die letztlich nur die Folgen, nicht aber die Ursachen der skizzierten Fehlentwicklungen bekämpfen.

„Wie lässt sich die vielfach nur durch die Noteninflation kaschierte Qualitätsspirale nach unten aufhalten?“

Besonders tragisch ist, dass dies alles in einer Zeit passiert, da man die sog. Bologna-Reform an den Hochschulen gerade mal so eben verdaut hat. Doch auch wenn sich das System inzwischen eingeschwungen zu haben scheint, bleibt festzuhalten, dass durch die Einrichtung eines nur sechssemestrigen Erststudiums wesentliche Bildungsideale bereits verloren gegangen sind. Umso schwerer wiegt, was nun hinzukommt: Einerseits wollen und sollen unsere Hochschulen in Studium und Lehre, wie auch in der Forschung, international konkurrenzfähig sein. Auf der anderen Seite wird von ihnen erwartet, in den viel zu kurzen sechs Semestern – neben Praktika und Auslandsaufenthalten – auch noch das unterzubringen, was in der aktuellen Debatte mit „nachholendem Schulunterricht“ bereits einen eigenen Namen hat. Zur Quadratur des Kreises wird das Ganze, wenn die politische Seite dann auch noch fordert, die Abbruchquoten möglichst gen Null zu reduzieren.

Doch was lässt sich gegen diese Misere machen, die dazu angetan ist, den Erfolg des Standorts Deutschland auf breiter Front und nachhaltig zu gefährden? Wie lässt sich die vielfach nur durch die Noteninflation kaschierte Qualitätsspirale nach unten aufhalten? Zunächst einmal täten vor allem mehr partei- und länder-

übergreifende Ehrlichkeit und ein erhöhtes Problembewusstsein Not. Klar ist, dass Lebenschancen bereits ab dem Zeitpunkt der Geburt zwischen den Angehörigen verschiedener sozialer Milieus auseinanderdriften. Inwieweit sich die Öffnung dieser Schere im Heranwachsen beschleunigt, hängt zu allererst vom Ausmaß

an Versäumnissen im Bereich der frühkindlichen und nachfolgenden schulischen Bildung ab. Solange an dieser Stelle in Deutschland weiterhin viel zu wenig investiert wird, verlagert sich die Anpassungslast in voller Höhe auf die Hochschulen. Die immer großzügigere Öffnung des Hochschulzugangs für junge Menschen die (noch) nicht die eigentlich notwendigen Voraussetzungen erfüllen, potenziert die Problematik des „nachholenden Schulunterrichts“. Dabei sind auch die Schulen zumeist nur Sklaven des Systems.

Die bildungspolitischen Versäumnisse setzen sich von unten nach oben fort. Hinzu kommen die bedenklichen Folgen von Schulzeitverkürzungen („G8“), zu großen Klassen, Lehrermangel, Unterrichtsausfall, Bewertungsexperimenten und Inklusionsproblemen. Auf der Ebene der Hochschulen folgt aus all dem der fast schon verzweifelte Versuch, mit geringen Budgets die immer diversere Studierendenschaft unter einen Hut zu bringen. Dabei muss man wissen, dass die Mittel der Bundesländer den Hochschulen vielerorts danach zugeteilt werden, wie viele ihrer Studierenden sie in möglichst kurzer Zeit zum Abschluss bringen. Mit anderen Worten, es ist für

diese Hochschulen sogar anreizwidrig, sich möglichst lange mit „Überbrückungsmaßnahmen“ für diejenigen aufzuhalten, die aufgrund ihrer Vorgeschichte unverschuldet mehr Zuwendung benötigen, um in den akademischen Kontext hineinzufinden.

„Jeder, der sich bereits näher mit Fragen von Kreativitätsförderung befasst hat, weiß, wie gefährlich namentlich die vielerorts übliche Massenabfertigung im schulischen wie im hochschulischen Kontext sein kann.“

Angesichts solcher Anreizsetzungen muss es früher oder später dazu kommen, dass Universitäten und Fachhochschulen dem Beispiel der Schulen folgen. Das heißt: Um Studienabbrüche zu vermeiden, die von der Politik durch Mittelabzug sanktioniert werden, droht auch hier eine Inflationierung und damit Entwertung von Leistungsbewertungen und Bildungsabschlüssen. Das gilt es zu verhindern, denn damit ist Kindern und Jugendlichen langfristig nicht geholfen.

Farbe bekennen hieße, die Budgets der Einrichtungen endlich so zu erhöhen, dass die Lerngruppen gemäß internationaler Standards deutlich verkleinert und die Betreuungsintensität verbessert werden könnten. Vor allem ließe sich dann die dringend benötigte individuellere Entwicklungsbegleitung realisieren. Eine Unterstützung, die davor bewahrt, ein böses Erwachen

der jungen Menschen infolge fehlgeleiteter Selbsteinschätzung bis zum Berufsstart hinauszuzögern – mit allen psychosozialen Folgen.

Zu denken ist dabei nicht zuletzt an diejenigen, die von einem wohlmeinenden Umfeld in Ausbildungsgänge gedrängt wurden, die ihnen schlichtweg nicht liegen. Ehrlichkeit hieße hier, auch eine Kultur des Scheiterns zu ermöglichen. Dazu gehörte, den Betroffenen frühzeitig reinen Wein einzuschmecken, ihnen zugleich aber konstruktive Alternativen aufzuzeigen und ein Umsatteln derart zu ermöglichen, dass das nicht nur für die Arbeitswelt so nötige Selbstbewusstsein gestärkt und nicht zerstört wird.

Außerdem sind schließlich jene zu berücksichtigen, die als besonders Begabte im derzeitigen System untergehen. Unterfordert und gelangweilt gehören sie nicht selten zu den individuellen Verlierern. Hinzu kommt der gesellschaftliche Schaden, da ihre Potenziale nicht voll zur Entfaltung gelangen. Auch diesen Menschen wird ein inklusive Lehren und Lernen dann nicht schaden, wenn die Rahmenbedingungen im obigen Sinne gezielt verbessert werden. Jeder, der sich bereits näher mit Fragen von Kreativitätsförderung befasst hat, weiß, wie gefährlich namentlich die vielerorts übliche Massenabfertigung im schulischen wie im hochschulischen Kontext sein kann. Insgesamt gilt, Hochschulen dürfen nicht zu Reparaturbetrieben einer Bildungspolitik verkommen, die verkennt, wie entscheidend die Ermöglichung nachhaltig angelegter Bildungsbiografien ist.

Leider wird – durchaus par-

tei- und länderübergreifend – noch lange nicht ausreichend berücksichtigt, dass Sensibilisierung und Motivation für eine persönlich erfüllende Bildungskarriere schon im Vorschulalter beginnen und in der Grundschule zunehmend intensiviert werden müssen. Hier können übrigens auch regionale Kooperationen mit privaten Initiativen, wie beispielsweise der Wuppertaler Junior Uni als erster ganzjähriger Einrichtung dieser Art, durchaus unterstützend wirken. Auch Bildungspatenschaften und Netzwerkaktivitäten, wie im Rahmen der nordrhein-westfälischen Initiative „Kein Abschluss ohne Anschluss“ (KAOA), weisen in die richtige Richtung.

Wenn insbesondere an den Übergängen zwischen den Bildungsphasen von Beginn an mehr investiert wird, verteilt sich die Anpassungslast bis zur Hochschulschwelle. Ergänzend könnte dann auch an dieser Schwelle über eine weitere Flexibilisierung nachgedacht werden. Dazu sollte die Verlängerung des Bachelors um ein „nulltes“ bzw. siebtes Semester zur Etablierung einer initialen Orientierungsphase und eines Studium Generale gehören. Eine Option, über die an der Universität Wuppertal intensiv nachgedacht wurde, die aber infolge der sehr bürokratischen Umsetzung der Bologna-Beschlüsse derzeit technisch und finanziell nicht realisierbar ist.

Denkbar wäre weiterhin ein, in Wuppertal stattdessen geplantes, College Modell zur Überbrückung der Zeit zwischen Schule und Studium, das den Studienstart erleichtern soll. Und schließlich könnten „Y-Modelle“ eine Lösung sein,

in denen anfänglich Ausbildungs- und Studiengänge parallel laufen, um so noch zu einem fortgeschrittenen Zeitpunkt eine, dann fundiertere Entscheidung der Kandidaten in die eine oder andere Richtung zu ermöglichen.

Im Sinne dieser Überlegungen hat Bildungsgerechtigkeit ganz zentral mit nachhaltiger Bildungspolitik, Leistungsgerechtigkeit und Bildungsmündigkeit zu tun. Wer sich als junger Mensch ständig überfordert fühlt, weil er den Erwartungen seiner Umwelt nicht gerecht werden kann, wird für sein Leben demotiviert – mit der Gefahr eines dauerhaften Versagens auch auf dem Arbeitsmarkt.

Die zu Recht geforderte hohe Bildungsdurchlässigkeit muss insofern unabdingbar mit hoher individueller Zuwendung einhergehen. Und es muss bei einer als falsch erkannten Entscheidung einen Weg zurückgeben, den man erhobenen Hauptes beschreiben kann, um an anderer Stelle erfolgreich zu werden. Dann ist am Ende allen geholfen, dem notleidenden Berufsausbildungssystem, den in harter internationaler Konkurrenz stehenden Hochschulen und vor allem den uns Anvertrauten in der nachwachsenden Generation.

UNSER GASTAUTOR

Jahres Rektor der Universität Wuppertal und Mitglied im Sprecherkreis der nordrhein-westfälischen Rektorenkonferenz. Vom deutschen Hochschulverband wurde er zweimal als „Rektor des Jahres“ geehrt. Koch hat in Mainz und Würzburg Wirtschaftswissenschaften studiert. Nach seiner Promotion habilitierte er sich an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Kölner Stadtanzeiger vom 08.07.2016, S. 7

Wechsel im Präsidium der Zeitungsverleger

PRESSE Mathias Döpfner folgt auf Helmut Heinen

Der Vorstandsvorsitzende des Medienhauses Axel Springer, Mathias Döpfner, tritt die Nachfolge von Helmut Heinen als Präsident des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) an. Der Herausgeber der „Kölnischen Rundschau“ hatte nach 16 Jahren an der Verbandsspitze nicht mehr kandidiert. Döpfner (53) wurde von den Delegierten einstimmig für vier Jahre am Donnerstag in Berlin gewählt. Als seine Stellvertreter wählte der Verband Matthias Ditzen-Blanke („Nordsee-Zeitung“), Thomas Düffert (Mediengruppe Madsack), Richard Rebmann (Südwestdeutsche Medienholding) und Valdo Lehari jun. („Reutlinger Generalanzeiger“).

Heinen nannte die Wahl einen

„Glücksfall“ für den BDZV. Döpfner sei „durch und durch Zeitungsjournalist“ sowie „ein erfolgreicher Unternehmer, der immer auch publizistisch denkt und handelt“. Er werde dem Verband zu neuer Schlagkraft verhelfen.

Döpfner sagte nach der Wahl, die Digitalisierung stelle die Branche vor existenzielle Herausforderungen. „Ein starker und moderner Verlegerverband, der das Printgeschäft mit Leidenschaft pflegt und gleichzeitig das digitale Zukunftsgeschäft innovationsfreudig gestaltet, ist dabei wichtiger denn je.“ Döpfner setzt konsequent auf die Digitalisierung der Medienangebote. Nur so könne der Qualitätsjournalismus in Zukunft gesichert werden. Allerdings hat sich Springer von seinen Regionalzeitungen getrennt – eine Entscheidung, die in der mittelständisch geprägten Zeitungslandschaft in Deutsch-

land nicht überall mit Verständnis aufgenommen wurde.

Ob die aus Berlin und Brüssel immer wieder drohenden Werbeeinschränkungen, der Streit mit ARD und ZDF über die mit Gebühren finanzierten journalistischen Angebote im Internet oder ein neues Urheberrecht – Döpfner hat dazu stets Position bezogen. In der Auseinandersetzung mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan um das „Schmähgedicht“ des TV-Satirikers Jan Böhmermann machte sich Döpfner für die Pressefreiheit stark.

„Die Außendarstellung der Zeitungsverleger wird von Döpfners Prominenz zweifelsohne profitieren“ erklärte Frank Überall, Bundesvorsitzender des Deutschen Journalisten-Verbands (DJV). Dem BDZV gehören 279 Tageszeitungen mit einer Gesamtauflage von 13,9 Millionen verkaufter Exemplare an. Dazu kommen 13

Wochenzeitungen mit knapp einer Million verkaufter Auflage. Insgesamt haben die Blätter mehr als 50 Millionen Leser.

Mathias Döpfner studierte Musikwissenschaft, Germanistik und Theaterwissenschaften in Frankfurt und Boston. Seine Karriere begann er 1982 als Musikkritiker des Feuilletons der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Nachdem er als Korrespondent in Brüssel und als Geschäftsführer einer Tochterfirma der Konzertagentur Winderstein gearbeitet hatte, wechselte Döpfner 1992 zu Gruner + Jahr – zunächst als Mitarbeiter von Vorstandsmitglied Axel Ganz in Paris, später als Assistent des Vorstandschefs Gerd Schulte-Hillen.

1998 wechselte er als Chefredakteur zur Springer-Tageszeitung „Die Welt“. Seit Juli 2000 ist Döpfner Mitglied des Vorstands der Axel Springer SE. (dpa/ksta)

Aachener Nachrichten vom 08.07.2016,
S. 10

Das erste Urteil

Gericht sieht **Sexualdelikt** bei Kölner Silvesternacht

Köln. Ein halbes Jahr nach den massenhaften Übergriffen auf Frauen in der Kölner Silvesternacht ist erstmals ein Täter wegen eines Sexualdelikts verurteilt worden. Das Amtsgericht Köln sprach einen 21 Jahre alten Iraker wegen sexueller Nötigung schuldig und verhängte eine Freiheitsstrafe von einem Jahr auf Bewährung nach dem Jugendstrafrecht. Ein 26 Jahre alter Algerier wurde ebenfalls zu einem Jahr auf Bewährung verurteilt, weil er sich nach Überzeugung des Gerichts der Beihilfe zur sexuellen Nötigung und der versuchten Nötigung schuldig gemacht hatte.

Eine 27 Jahre alte Frau schilderte vor Gericht, dass sie gemeinsam mit ihrem Verlobten und einer Freundin zum Jahreswechsel nach Köln gekommen war. Erst hätten die beiden Angeklagten freundlich um ein Foto mit ihr und ihrer Freundin gebeten. Dann seien sie umringt und abgedrängt worden. Man habe ihr an den Po und in den Schritt gegriffen, erinnerte sich die Frau unter Tränen. Ihre 20 Jahre alte Freundin sagte, dass sie von dem jüngeren der beiden Ange-

klagten festgehalten und auf den Mund geküsst worden sei. Schließlich habe er ihr durch das Gesicht geleckt.

Der Verlobte sagte aus, dass der ältere Angeklagte ihm 5000 Euro geboten habe, um „mit meinen Begleiterinnen sexuell aktiv werden“ zu können. Zudem habe der Angeklagte gesagt: „Give me the girls oder tot“. Das wertete das Gericht als versuchte Nötigung. Der jüngere Angeklagte zeigte sogar Reue und sagte: „Ich entschuldige mich für die Sachen, die passiert sind.“

Beide Täter waren zuvor strafrechtlich nicht in Erscheinung getreten. „Ihnen soll die Chance zur Bewährung gewährt werden“, sagte der Vorsitzende Richter. Der Jüngere muss 80 Stunden soziale Arbeit ableisten.

An Silvester waren in Köln Frauen massenhaft drangsaliert, ausgeraubt oder sexuell belästigt worden. Rund 1200 Anzeigen liegen vor, davon rund 500 wegen Sexualstraftaten. Die Kölner Staatsanwaltschaft beziffert die Zahl der Beschuldigten aktuell mit mehr als 200. Die meisten kommen aus Algerien und Marokko.

Bild vom 08.07.2016, S. 11

Frauen in Silvesternacht bedrängt +++ Opfer sagten unter Tränen aus +++ Nur Bewährungsstrafe



▲ So berichtete BILD am 9. März. Oben rechts und links grinsen die Angeklagten



Grinsend und ausgelassen: Es scheint, als wolle Hassan T. die wiedergewonnene Freiheit umarmen. Die Vorwürfe hatte er bestritten

SEX-TÄTER LACHT SEINE FREIHEIT AN



Albern legt er sich ein gefaltetes Tuch auf den Kopf und posiert

Fotos: DOMINIK SOMMERFELD

Von **PETRA BRAUN**

Köln - Er grinste, riss die Hände hoch, machte Faxen. „Hab doch nix gemacht“, lachte Hassan T. (27) vor dem Kölner Gerichtsgebäude.

Vier Monate saß der Algerier in U-Haft. Weil er dabei war, als zwei junge Frauen in der Silvesternacht auf der Domplatte bedrängt und begrabscht wurden. Dreist hatten er und sein Komplize (21) sich sogar mit den Opfern fotografieren lassen, dabei fröhlich gegrinst. Mit den Fotos hatte die Polizei er-

folgreich gefahndet.

Doch gestern kam Hassan T. wieder frei. Wegen Beihilfe zur sexuellen Nötigung und versuchter Nötigung verurteilte ihn das Amtsgericht zu einem Jahr Haft - auf Bewährung.

Zwar lenkte er den Begleiter der Frauen ab, bot 5000 Euro für Sex mit ihnen: „Give me the girls, give me the girls. Sonst tot.“ Doch selber gegrabscht hatte er nicht.

Hussein A. (21/Iraker) bekam ein Jahr auf Bewährung als Jugendstrafe. Er hat laut Anklage ein Opfer geküsst,

ihm über das Gesicht geleckt. Eine sexuelle Nötigung, so das Gericht.

Was mögen die Opfer wohl bei der guten Stimmung von Hassan T. fühlen? Die jungen Frauen hatten unter Tränen ausgesagt, begleitet von einer Mitarbeiterin der Zeugenbetreuungsstelle.

Nora (27)*: „Mein Verlobter machte gerade Fotos von uns mit dem Dom im Hintergrund. Sie kamen dazu.“ Bei der Erinnerung kann sie kaum weiter sprechen. So hilflos und ausgeliefert haben sich die Frauen

gefühlt. Sie waren aus Siegen nach Köln gekommen, wollten hier nur Silvester feiern.

„Plötzlich waren da noch 15 bis 20 andere Männer. Die sind um uns zusammengerückt. Es wurde enger und enger. Einer hat mir an den Hintern gepackt.“ Auch im Schritt wurde sie angefasst: „Einer hat nach Sex gefragt. Ich habe auf meinen Verlobungsring gezeigt.“ Wer genau das war, weiß sie nicht.

Auch Marie (20)* weinte: „Er hat mich geküsst und über mein Gesicht geleckt.“ Festgehalten

habe Hussein A. sie, sie sei nicht weggekommen. Bis Nora kam, um sich schlug und trat und ihr half: „Wir sind weggelaufen.“

Richter Gerd Krämer: „Ein Dilemma. Dass eine Vielzahl junger Damen von Tätern mit Migrationshintergrund angegangen wurde, ist unsäglich und indiskutabel. Aber wir können nur die persönliche Schuld bestrafen.“

Der 21-Jährige macht jetzt einen Integrationskurs. Thema auch: Umgang zwischen Männern und Frauen...

*Namen geändert

Express vom 08.07.2016, S. 7

Feixend und mit Tuch auf dem Kopf verließ Silvester-Täter Hassan T. (26) das Amtsgericht als freier Mann. Foto links: Der zweite Sex-Grapscher Hussein A. (21) mit Anwältin im Gericht.
Fotos: Pusch/Fouad



Nafri lacht sich nach Urteil schlapp

Und seine Opfer (20/27) weinten zuvor im Gerichtssaal

VON HENDRIK PUSCH
hendrik.pusch@express.de
Zurück in der Freiheit zeigte er einen Stinkefinger, das Victoryzeichen und lachte sich einfach nur schlapp. Minuten nach einem milden Bewährungs Urteil verhöhnte Hassan T. (26) so den Richter und seine beiden Opfer. „Ich hab’ gar nix gemacht!“, rief er – dabei ist er der erste überführte Sex-Täter aus der Silvesternacht...

Bei der Verhandlung in Saal 10 des Kölner Justizge-

bäudes hatte Hassan T. über seine Verteidiger noch alles zugegeben. Es war ein sogenannter Deal mit dem Richter, um ein milderer Urteil zu erreichen. Reue und Einsicht beim Täter? Fehlangeige!

Der Algerier, seit Ende 2014 in Deutschland, war Silvester an den Grapsch-Attaken auf zwei junge Frauen beteiligt. Er lenkte einen Begleiter der Damen ab, gab vor, ihm die Frauen „abkauen“ zu wollen: „5000 Euro, ficki ficki drei Stunden, sonst tot“, hatte er diesem gesagt.

Mittäter Hussein A. (21) aus dem Irak nahm derweil eine Auszubildende (20) aus Siegen in eine Art Schwitzkasten, küsste ihr auf den Mund. Als die Frau sich wehrte, leckte der Sex-Täter ihr übers Gesicht. Als die 20-Jährige ihre schlimme Erfahrung schilderte, weinte sie.

Der Freundin (27) des Opfers wurde im Getümmel an Po und in den Schritt gefasst. „Plötzlich war da eine Menschentraube, als hätte jemand einen Schalter umgelegt“, sagte auch sie unter



Diese Auszubildende (20) wurde an Silvester bedrängt.

Tränen. Gefasst wurden die Sex-Täter, weil sie sich vorher mit ihren Opfern fotografieren ließen. Die Fotos nutzte die Polizei zur Fahndung.

„Sie haben die Werte die-

ser Gesellschaft, in der Sie Schutz suchen, mit Füßen getreten. Sie haben die Frauen behandelt, als wären sie Vieh auf dem Basar“, sagte Oberstaatsanwalt Bastian Blaut zu den Asylbewerbern.

Beide Täter erhielten ein Jahr Haft auf Bewährung wegen sexueller Nötigung bzw. Beihilfe dazu. Hassan T. hatte seit März in U-Haft gesessen. Der Richter meinte, das reiche, um ihn zur Besinnung zu bringen. Daher Bewährung und die Freilassung. Der Lachanfall nach dem Urteil zeigt aber, dass der Sex-Täter gar nichts kapiert hat.

Frankfurter
Allgemeine Zeitung
vom 08.07.2016, S.

4

Erstes Urteil
wegen Sexualtat

reb. KÖLN, 7. Juli. Ein halbes Jahr nach den massenhaften Übergriffen auf Frauen in der Kölner Silvesternacht sind erstmals zwei Täter wegen eines Sexualdelikts verurteilt worden. Das Amtsgericht Köln verurteilte am Donnerstag einen 21 Jahre alten Iraker wegen sexueller Nötigung zu einem Jahr Haft auf Bewährung nach Jugendstrafrecht. Gegen einen 26 Jahre alten Algerier verhängte die Kammer wegen Beihilfe zur sexuellen Nötigung ein Jahr Haft auf Bewährung nach Erwachsenenstrafrecht. Die beiden Männer hatten zunächst Fotos mit zwei Frauen gemacht. Anschließend waren die Frauen von einer Männergruppe umringt worden. Der Iraker küsste eine der beiden Frauen gegen deren Willen und leckte ihr das Gesicht ab. Der zweiten Frau war aus der Männergruppe heraus an den Hintern und in den Schritt gefasst worden. Bei dem Verfahren handelte es sich um den zweiten Prozess wegen eines Sexualdelikts in der Kölner Silvesternacht. Im ersten Verfahren Anfang Mai war es der Staatsanwaltschaft nicht gelungen, dem mutmaßlichen Täter einen Übergriff gerichtsfest nachzuweisen.

Die juristische Aufarbeitung der Exzesse um den Kölner Hauptbahnhof gelten wegen der schlechten Lichtverhältnisse und der verworrenen Situation als überaus schwierig. Gleichwohl sind bis zu dem Verfahren am Donnerstag bereits 14 Angeklagte unter anderem wegen Diebstahls, Hehlerei und Raubs verurteilt worden. Insgesamt führt die Kölner Staatsanwaltschaft wegen der Ereignisse aktuell 215 vorwiegend aus Marokko und Algerien stammende Männer als Beschuldigte. In den 21 Fällen, bei denen es um versuchte oder vollendete Vergewaltigung geht, wird derzeit allerdings gegen unbekannt ermittelt. Jedoch konnte in diesen Fällen DNA-Material der Täter gesichert werden. Ein Datenbankabgleich brachte zwar keinen Treffer. Doch Oberstaatsanwalt Ulrich Bremer sagt: „Sobald einer der Täter aus der Silvesternacht dort wegen einer anderen erheblichen Straftat erfasst wird, bekommen wir eine konkrete Spur.“

Bild vom 08.07.2016 , S. 11

Prozess in Düsseldorf

Freispruch für Polizist nach Prügel-Vorwurf?



Schlug er grundlos zu? Polizist Michael F.

Foto: MICHAEL GSTETTENBAUER

Düsseldorf - **Schwere Vorwürfe gegen einen Düsseldorfer Polizisten. Dennoch kann er auf Freispruch hoffen.**

Michael F. (55), seit 1977 Polizeibeamter und bislang unbescholten, steht seit gestern u.a. wegen Körperverletzung im Amt vor Gericht. Laut Anklage hat er als Motorrad-Polizist einer Frau (41) bei einer

Verkehrskontrolle grundlos mit der Faust ins Gesicht geschlagen, ihr die Nase gebrochen.

Der Motorradpolizist sagte gestern, er habe der Frau ein Knöllchen von 20 Euro verpassen wollen, weil sie gegen die Einbahnstraße gefahren sei. Die Frau sei hysterisch geworden, habe ihn mit beiden Händen

an der Schulter gepackt. Aus Angst, mit dem Motorrad umzukippen, habe er ihr einen „Schock-Schlag“ verpasst. Mit der flachen Hand. Ein Zeuge bestätigte seine Version.

Die Frau blieb vor Gericht dabei: Der Polizist habe sie „zu 100 000 Prozent“ mit der Faust geschlagen. Urteil am 19. Juli.

Kölner Stadtanzeiger vom 08.07.2016, S. 1

Silvester-Sextäter verurteilt

SCHULDSPRÜCHE Ein Iraker und ein Algerier erhalten Haftstrafen auf Bewährung

Köln. Erster Schuldspruch nach den Sexualdelikten in der Kölner Silvesternacht: Gut sechs Monate nach den massenhaften Übergriffen auf Frauen hat das Kölner Amtsgericht am Donnerstag einen zur Tatzeit 20-jährigen Iraker wegen sexueller Nötigung zu einem Jahr Jugendstrafe auf Bewährung verurteilt. Er soll am Kölner Dom eine junge Frau gegen deren Willen geküsst und ihr Gesicht abgeleckt haben. Ein mitangeklagter 26-jähriger Algerier erhielt wegen Beihilfe zur sexuellen Nötigung eine einjährige Bewährungsstrafe nach Erwachsenenstrafrecht. Der

26-jährige Algerier soll zudem den Begleiter zweier weiblicher Opfer mit den Worten bedroht haben: „Gib mir die Mädchen, gib mir die Mädchen – oder Tod.“ Das Gericht wertete dies als weitere Straftat – nämlich versuchte Nötigung.

Unterdessen hat der Bundestag das Sexualstrafrecht verschärft. Künftig gilt das Prinzip „Nein heißt Nein“: Der Bundestag beschloss einstimmig das neue Gesetz, mit dem eine sexuelle Handlung auch dann als Vergewaltigung gewertet wird, wenn sich das Opfer nicht aktiv wehrt. Familienministerin Manuela Schwesig (SPD)

bezeichnete die Reform als „überfällig“, Frauenrechtsgruppen sprachen von einem großen Erfolg. Die Straftat liegt künftig auch dann vor, wenn das Opfer durch Worte oder Gesten zum Ausdruck bringt, dass es mit den sexuellen Handlungen nicht einverstanden ist. Im Strafgesetzbuch heißt es künftig: „Wer gegen den erkennbaren Willen einer anderen Person sexuelle Handlungen an dieser Person vornimmt oder von ihr vornehmen lässt oder diese Person zur Vornahme oder Duldung sexueller Handlungen an oder von einem Dritten bestimmt, wird mit Freiheitsstrafe

von sechs Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.“ In der Vergangenheit habe es Fälle gegeben, in denen Frauen vergewaltigt worden seien, ohne dass die Täter hätten bestraft werden können, erklärte Schwesig. Im Zuge der Neuregelung wird auch der Straftatbestand „Sexuelle Belästigung“ eingeführt, der sich gegen Grapscher richtet. Speziell geahndet werden auch sexuelle Straftaten, die aus Gruppen heraus begangen werden. Damit reagiert der Bundestag auf die Übergriffe in Köln. (HD, dpa, afp)

Keine reine Lex Köln

VON CHRISTIAN RATH

Es ist ein Zufall. Am selben Tag, an dem im Deutschen Bundestag ein schärferes Sexualstrafrecht beschlossen wird, hat das Amtsgericht Köln erstmals zwei Migranten wegen Sexualdelikten in der Silvesternacht verurteilt.

Gegner des neuen Gesetzes werden sagen: „Es geht doch, die Verschärfung war unnötig.“ Aber das wäre zu kurz gegriffen. Niemand hat gesagt, dass das bisherige Sexualstrafrecht völlig zahnlos ist. Der Iraker, der eine Deutsche in

den Schwitzkasten nahm, um sie zu küssen und abzulecken, hat damit Gewalt angewandt, um sein Opfer zur Duldung sexueller Handlungen zu zwingen. Das galt schon bisher als „sexuelle Nötigung“ und war strafbar. Und auch schon bisher kam es nicht darauf an, dass sich das Opfer körperlich wehrt – das ist eine schwer aussrottbare Fehlvorstellung.

Das im Bundestag neu beschlossene Gesetz nach dem Prinzip „Nein heißt Nein“ zielt eher auf ganz andere Konstellationen, etwa

dieser Art: Der Mann verlangt von seiner Partnerin Sex, diese lehnt eindeutig ab, der Mann übergeht aber ihren Willen, sie hält still, um zum Beispiel die Kinder im Nachbarzimmer nicht zu wecken. Hier wäre der Mann bisher straflos ausgegangen, weil er weder Gewalt angewandt noch angedroht hat und auch keine schutzlose Lage ausnutzte.

Bemerkenswert ist das Kölner Urteil eher im Hinblick auf die erzwungene „sexuelle Handlung“. Dass ein Küssen und ein Abschle-

cken durch einen Fremden – so widerlich es sein kann – bereits als „erheblich“ genug fürs Strafrecht gilt, war bisher nicht selbstverständlich. Deshalb wurde nun auch der neue Grapsch-Paragraf eingeführt. Danach ist jede sexuell bestimmte Berührung strafbar, wenn der andere dadurch belästigt wird und der Täter dies in Kauf nimmt.

Das gestrige Urteil des Kölner Amtsgerichts zeigt, dass auch alte Recht streng ausgelegt werden konnte.

Die Welt vom 08.07.2016, S. 5

Silvesternacht: Bewährungsstrafe nach Übergriffen

Iraker und Algerier
belästigen Frauen in Köln

Lena S. stockt und sagt ganz leise: „Es war so, dass ich dann geküsst und abgeleckt wurde.“ Die 20-jährige Auszubildende aus dem Siegerland beginnt zu weinen und nimmt ein Taschentuch. Die schlanke junge Frau mit den langen blondierten Haaren sitzt im Zeugenstuhl in Saal 10 des Amtsgerichts Köln und erzählt von einem Augenblick größter Demütigung und Hilflosigkeit. Sie ist eines der viele Opfer, die in der Silvesternacht von Köln Opfer sexueller Übergriffe wurden.

VON KRISTIAN FRIGELJ
AUS KÖLN

Als der Vorsitzende Richter Gerd Krämer sie fragt, ob sie heute hier den Täter wiedererkenne, ist sie etwas unschlüssig, dann zeigt sie auf Hussein A. Sie sei sicher, sagt Lena S. – „aber nicht zu hundert Prozent“. Der 21-jährige Iraker sitzt rechts von dem Opfer auf der Anklagebank, zwei Stühle weiter der Mitangeklagte 26-jährige Hassan T. aus Algerien. Die beiden Asylbewerber sind 2014 und 2015 im Zuge der großen Flüchtlingsbewegung nach Deutschland gekommen. Bisher wurden Tatverdächtige der Silvesternacht in einigen Fällen als Angeklagte verurteilt, aber nicht wegen sexueller Übergriffe, sondern wegen anderer Delikte wie Diebstahl.

Im Mai hatte es in Köln ein Prozess wegen eines Sexualdelikts gegeben – damals ging um den Versuch einer sexuellen Nötigung, und der Angeklagte wurde freigesprochen, weil das Opfer ihn

nicht eindeutig erkannt hatte. Die Staatsanwaltschaft ermittelt mit großem Aufwand, doch die Ergebnisse sind entmutigend. Es gibt mittlerweile mehr als 1100 Anzeigen, davon etwa die Hälfte wegen sexueller Übergriffe, und mehr als 150 Tatverdächtige, die überwiegend ausländischer Herkunft sind.

In diesem Fall vor dem Amtsgericht Köln hier ist die Beweislage anders, denn es gibt sogar Fotos von den beiden Angeklagten mit den Opfern. Lena S. war am 30. Dezember 2015 mit ihrer 27-jährigen Freundin Jennifer W. und deren Verlobten Michael S. aus dem Siegerland angereist, um den Jahreswechsel zu erleben. Am Silvesterabend gegen 22 Uhr zogen sie von ihrem Hotel am Neumarkt in Richtung Dom los, um das neue Jahr am Rhein zu erleben.

Da sei es schon „chaotisch“ gewesen, erzählt Jennifer S., die ebenfalls als Zeugin im Prozess aussagt. Schon auf dem Weg wurden die jungen Frauen von Fremden angefasst.

Sie wollen noch gemeinsame Fotos vor dem Kölner Dom machen, als Hassan T. sie anspricht und fragt, ob er auch mit aufs Bild dürfe, zwischen Lena und Jennifer. Plötzlich sind 10 bis 15 Personen da – „als hätte einer einen Schalter umgelegt“, erinnert sich Jennifer W.

Von da an, so erzählen es die beiden Frauen und auch der Verlobte am Donnerstag im Gerichtssaal, seien sie auseinandergedrängt worden. Hassan T. verwickelt mit anderen Männern den Verlobten ins Gespräch, sie fragen, wie viel

Geld er habe wolle, damit sie Sex mit den beiden Frauen haben. Hassan T. bedrängt den Verlobten, will die beiden Frauen unbedingt haben, und droht auf Englisch und etwas Deutsch: „Give me the girls, give me the girls – oder Tod.“

Jennifer W. steht wenige Meter weiter weg von Männern umzingelt und versucht, Übergriffe abzuwehren. Sie wird am Po und in den Schritt gefasst, einer sagt immer wieder „Ficken“, sie sagt „No, no“, zeigt auf ihren Verlobungsring. Sie sieht, wie Freundin Lena, ebenfalls eingekreist, in großer Bedrängnis ist. Ein Mann hält sie „im Schwitzkasten“, dreht Lenas Gesicht zu sich, küsst sie und leckt ihr dann mit der Zunge durchs Gesicht. Jennifer reißt sich los, befreit ihre Freundin, indem sie den Peinigern auf die Füße tritt und auf den Brustkorb schlägt.

Am Ende des mehrstündigen Prozesses in Saal 10 ist auch die Verteidigung einsichtig, dass die beiden Angeklagten klar wiedererkannt wurden. Hussein A. wird wegen sexueller Nötigung zu einem Jahr Jugendstrafe auf Bewährung verurteilt. Zu seinen Gunsten hat das Gericht ausgelegt, dass sein Reifeprozess verzögert sei. Ihm wird ein Integrationskurs auferlegt, wegen seiner „Defizite bei der Gleichberechtigung von Mann und Frau“. Der andere Angeklagte Hassan T. wird wegen Beihilfe zu sexueller Nötigung der Frauen und wegen Nötigung des Verlobten zu einem Jahr Haft auf Bewährung verurteilt.

Süddeutsche Zeitung vom 08.07.2016 , S. 5

„Girls oder tot“

Nach den Angriffen auf Frauen in der Kölner Silvesternacht gibt es einen ersten Schuldspruch

Köln – Der ihn betreuende Sozialdienst hatte Hussein T. den Tipp gegeben, Silvester doch in Köln zu feiern, um die deutsche Gesellschaft kennenzulernen. Die Gesellschaft ist mittlerweile eine andere. Und Hussein T. ist daran nicht unschuldig.

Der 21-jährige Iraker wird am Donnerstag vom Amtsgericht Köln zu einem Jahr auf Bewährung verurteilt. Wegen sexueller Nötigung in der Silvesternacht. Ziemlich genau ein halbes Jahr nach den massenhaften Übergriffen ist es die erste Verurteilung wegen eines Sexualdelikts. Die Kölner Silvesternacht hat die gesellschaftliche Debatte über Flüchtlinge verändert, die Grenzen wurden geschlossen, die Willkommenskultur überdacht. Im Amtsgericht Köln ist die ganze Sache nun etwas zusammengeschumpft, auf eine Verhandlung von vier Stunden. Der große Mob sind plötzlich nur noch die Angeklagten Hussein T. und der Algerier Hassan T., 26, der wegen Beihilfe zur Nötigung ebenfalls zu einem Jahr auf Bewährung verurteilt wird. Der Rechtsstaat hat gesprochen. Ob das Urteil für die Gesellschaft und die Betroffenen eine befriedigende Antwort ist, ist eine andere Frage. Der Staat habe zu lange weggeschaut, wen er ins Land lasse, sagt Verteidigerin Siham Kaichouh. Der Staat müsse

deutlich machen, dass in diesem Land „Frauen nicht wie auf dem Basar gehandelt werden“, sagt Staatsanwalt Bastian Blaut. Die Angeklagten schweigen zu den Tatvorwürfen. Die Geschädigten sind be-

reits wieder auf dem Heimweg, als das Urteil fällt. „Das Dilemma ist offensichtlich geworden, es waren Geschehnisse zum Nachteil Hunderter Frauen, aber unsere Aufgabe ist es, persönliche Schuld nachweisen zu können“, sagt der Vorsitzende Richter Gerd Krämer in seiner Begründung.

Lena S., 20, Jennifer W., 27, und ihr Verlobter Michael S., 34, waren aus dem Siegerland nach Köln gekommen, um Silvester zu feiern. Auf dem Weg vom Rhein zum Dom wurden sie bereits angegrapscht, aber, sagt Jennifer W., nur so „wie man es heute als junge Frau in der Disco ertragen muss“. Also noch kein Grund zu gehen. Vor dem Dom macht das Trio Selfies. Die beiden Angeklagten kommen hinzu, wollen mit aufs Foto. Alles noch ganz harmlos. Plötzlich seien aber etwa 20 Männer gekommen, hätten die drei getrennt. Zum Verlobten habe der Angeklagte Hassan T. gesagt, er wolle seine Frauen. „Give me the girls oder tot“. Er habe 5000 Euro geboten, sagt Michael S. Ein paar Meter weiter

nimmt Hussein T. die hilflose Lena S. in den Schwitzkasten, versucht, sie zu küssen und leckt ihr über die Wange. Die beiden Mädchen können sich schließlich befreien, sie rennen ins Hotel und schauen sich dort noch einmal die Handy-Fotos an, auf denen sie die beiden späteren Angeklagten sehen. Die Polizei gibt die Fotos an die Öffentlichkeit, die beiden Täter melden sich. Sonst wäre es wohl nicht zu einem Verfahren gekommen. Aber auch so ist die Beweislage schwierig. Die beiden Frauen erkennen die Angeklagten im Gerichtssaal nicht zweifelsfrei wieder. Ihr Begleiter identifiziert zunächst den Dolmetscher als Täter. „Südländer sehen alle bisschen ähnlich aus, braune Haut, selbe Frisur“, sagt Verteidigerin Kaichouh. Der Fall zeige exemplarisch, wie schwer die Wiedererkennung der Täter sei, sagt der Staatsanwalt.

Die Opfer sind sich sicher, dass die Männer auf ihren Handyfotos die Täter sind. Und da die Täter zugeben, die Männer auf den Fotos zu sein, verurteilt das Gericht sie zu einem Jahr auf Bewährung. Hussein T. muss auch Sozialstunden ableisten. Er entschuldigte sich über einen Dolmetscher für das Geschehen, ohne konkret zu werden. Hassan T., 26, lässt über seinen Verteidiger ausrichten, er wolle nur nach Hause, wo auch immer das ist. **BERND DÖRRIES**

Aachener Nachrichten vom
08.07.2016, S. 2

Nein ist endlich Nein

Trauriger Hintergrund für Gesetzesänderung

► MADELEINE GULLERT

Nein heißt jetzt auch in Deutschland Nein. Endlich. Denn, was so logisch klingt, war wörtlich im Sexualstrafrecht so nicht niedergeschrieben. Bislang. Die Gesetzesänderung ist richtig, auch wenn es durchaus Juristen gibt, die Kritik üben. All das, was jetzt, mit dem „Nein heißt Nein“ strafbar ist, sei es vorher auch schon gewesen, monieren sie.

Doch die Verankerung des „Nein-heißt-Nein“-Prinzips stellt einen Paradigmenwechsel dar. Jahrelang haben Frauenrechtlerinnen dafür gekämpft. Auch zuletzt war es meist eine Debatte nicht Regierung gegen Opposition, sondern Frauen gegen Männer. Und es ist traurig, dass es erst zweier viel diskutierter Ereignisse bedurfte, um das Sexualstrafrecht zu verschärfen.

Ausgerechnet Gina-Lisa Lohfink wurde zur Symbolfigur für die „Nein-ist-Nein“-Bewegung. Die B- oder eher C-Prominente war beim Sex mit zwei Männern gefilmt worden. Sie spricht von Vergewaltigung, ihr wird nun aber selbst Falschverdächtigung vorgeworfen. Und dann die Vorfälle in der Kölner Silvesternacht,

bei der Frauen sexuell genötigt wurden. Beides hat die Gesellschaft seit Anfang des Jahres bewegt, eine wichtige, längst überfällige Debatte über die Rolle der Frau in Gang und die Bundesregierung unter Druck gesetzt.

Ohne die beiden Ereignisse hätte der Bundestag das Gesetz nicht so schnell geändert und womöglich auch nicht ändern können. Ohne die Silvesternacht gäbe es den umstrittenen Paragrafen nicht, der von einer Gruppe verübte Delikte unter Strafe stellt. Und ohne diesen hätte die Union dem „Nein heißt Nein“-Prinzip nicht zugestimmt. Es mag nachvollziehbar sein, dass manch einer das gestern Beschlossene als puren Aktionismus und auch als eine Antwort auf dumpfe AfD-Parolen wahrnimmt. Aber zumindest ist ein Anfang gemacht. So kann die Debatte über sexuelle Selbstbestimmung weitergeführt werden.

Es wird sich zeigen, ob es dann wirklich mehr Falschanschuldigungen gibt, weil es nun angeblich so leicht ist, zu behaupten, man habe beim Sex doch Nein gesagt oder den Kopf geschüttelt.

► m.gullert@zeitungsverlag-aachen.de

Aachener
Nachrichten vom
08.07.2016, S. 9

Mutmaßlicher Mörder
weiter auf der Flucht

Gelsenkirchen. Nach seiner misslungenen Festnahme in Gelsenkirchen ist ein entwischter mutmaßlicher Mörder weiter auf der Flucht. Dem Mann war es am Dienstagabend gelungen, bei einem Einsatz der Bundespolizei-Eliteeinheit GSG 9 in der Gelsenkirchener Innenstadt zu entkommen. Der 27-Jährige sollte beim Verlassen eines Wohnhauses festgenommen werden. Als Beifahrer konnte er zunächst in einem Auto, dann zu Fuß fliehen, obwohl Polizisten noch Schüsse auf den Wagen abgegeben hatten. Der Fahrer war festgenommen worden. Dem flüchtigen Mann aus Bosnien-Herzegowina wird unter anderem ein gemeinschaftlicher Mord vorgeworfen, den er im September 2012 in seinem Heimatland begangen haben soll. (dpa)

Bild vom 08.07.2016, S.
2



„Nein ist Nein!“: Dieses Wort muss genug sein, wenn eine Frau klare Grenzen setzen will.

Das sollte eigentlich schon lange selbstverständlich sein. Aber erst die Gewalt-Exzesse der Silvesternacht haben uns aufgerüttelt.

Wenn eine Frau sexuell belästigt wird, ist das kriminell. Und zwar überall.

Das neue Gesetz, das das klare „Nein“ der Frau verankert, ist ein Zeichen gegen diese Gewalt. Doch wo kein Zeuge ist, wird auch das „Nein“ vor Gericht kaum zu einem Urteil führen können.

Das ist schmerzlich und enttäuschend. Trotzdem ist dieses Gesetz ein gutes Gesetz. Es ist Appell an uns alle, sich jeder sexuellen Gewalt entgegenzustellen, wo immer sie sich in die Gesellschaft schleicht.

Prof. Ernst Elitz ist Gründungsintendant des Deutschlandradios

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 08.07.2016, S. 4

„Eine Problemgruppe wie Rocker und Hooligans“

In Karlsruhe ermittelt eine Spezialeinheit, wenn Einwanderer mehrfach straffällig werden. Die meisten Täter kommen aus Ländern des Maghrebs.

Von Karin Truscheit

KARLSRUHE, im Juli

Im März 2016 betreten N. B. und K. A., die erst seit ein paar Monaten in Deutschland sind, einen Drogeriemarkt in Pforzheim. Sie schirmen sich gegenseitig ab, prüfen durch Blicke nach links und rechts, ob sie jemand beobachtet. K. A. steckt zwei Parfums im Wert von insgesamt 139,20 Euro ein, N. B. drei Parfums im Wert von 309,35 Euro. Die Videoüberwachung zeichnet alles auf. Ebenfalls im März stehlen sie aus einem Auto einen Roller und eine Fahrradbeleuchtung im Wert von insgesamt 210,50 Euro. Eine Zeugin filmt die Täter mit ihrem Handy, beide werden eindeutig identifiziert. Die Polizei ermittelt, dass N. B. schon im Februar in seiner Unterkunft für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge einem Mitbewohner nachts das Mobiltelefon im Wert von 350 Euro gestohlen hatte. Sichergestellt wurde das Handy, als N. B. nach einem weiteren Ladendiebstahl im Februar durchsucht wurde. Zwei Wochen später wurde sein nächster Ladendiebstahl aktenkundig.

K. A. fällt der Polizei das erste Mal im Januar 2016 auf: Er stiehlt in einem Sportgeschäft in Heidelberg eine Jacke im Wert von 130 Euro. Als die Polizei K. A. danach durchsucht, findet sie ein zur Sachfahndung ausgeschriebenes Handy im Wert von 245 Euro und ein Handy im Wert von 800 Euro. Dieses Handy hatte er eine halbe Stunde zuvor in einem Elektromarkt einem Mann aus der Tasche gezogen, nachdem er ihn angerempelt hatte. Anfang Februar stiehlt er abermals ein Handy, rund drei Wochen später in einem Drogeriemarkt einen Parfum-Tester im Wert von 69,95 Euro. Als er den Laden verlassen will, hält ihn der Detektiv fest. Bei der ersten Erfassung hat N. B. angegeben, im Jahr 1999 in Marokko geboren zu sein. K. A. sagte, er sei 1994 in Algerien geboren. Später gaben beide an, jünger zu sein.

N. B. und K. A. sind für die Karlsruher Polizei sogenannte Zielpersonen: Zusammen mit 29 anderen Zuwanderern – unter ihnen zwei Frauen – stehen sie bei der eigens dafür eingerichteten Ermittlungsgruppe „Mehrfachtäter Zuwanderung“ (EG MTZ) unter besonderer Beobach-

tung. Die meisten dieser Zielpersonen kommen aus den Maghrebstaaten und aus Georgien. Besonders die Zahl der straffälligen Georgier nimmt rapide zu. In Deutschland sind viele dieser Mehrfachtäter erst seit 2015. Lange genug, um innerhalb von drei Monaten mindestens drei bis vier Straftaten zu begehen und so auf die „Liste“ der EG gesetzt zu werden – wenn auch die kriminelle Energie und eine negative Sozialprognose dafür sprechen. „Einige sind erst zehn Tage in

Deutschland und schon dabei“, sagt Jörg Grethe, Leiter des aus zwei Kriminalbeamten und zwei Schutzpolizisten bestehenden Teams. Nach drei Monaten ohne registrierte Straftat verschwinden die Zielpersonen wieder von der Liste. Gewalttätig würden die notorischen Diebe – im Gegensatz zu den Antänzern – bei den Festnahmen selten, im Gegenteil. „Manche sitzen ganz entspannt im Büro des Ladendetektivs, warten auf die Polizei und stehlen im Rausgehen noch die Zigaretten.“ Unrechtsbewusstsein hätten die Täter keines. „Sie räumen in aller Ruhe die Regale aus, Kamera hin oder her.“ Oft bestens ausgerüstet: mit eigens angefertigten Jacken, die 20 Innentaschen haben, oder T-Shirts mit einem Spezialbund als Stauraum.

Ihre Zielpersonen müssen Jörg Grethe und seine Ermittler genau kennen – vor allem wiedererkennen. Daher sollten nie mehr als 30 im Fokus sein, daher hängen die Fotos der Serientäter an der Wand ihres Büros. Jeden Tag durchforsten die Ermittler die polizeilichen Lagebilder, um zu schauen, ob ihre „Kundschaft“ dabei ist oder neue dazukommt: Dutzende Bilder zu Personen, die sich auf der Kirmes geprügel, Wodkaflaschen gestohlen oder Drogen verkauft haben. Deutsche mit, Deutsche ohne Migrationshintergrund, Ausländer, Asylbewerber. Jede neue Straftat einer Zielperson kommt zur Akte dazu. „Wir ziehen alle offenen Vorgänge zusammen und können dann die Person viel besser einschätzen“, sagt Grethe.

So konzentriert sich alles bei der EG, was sonst mal bei dieser, mal bei jener Dienststelle aufschlägt. Sind genügend strafrechtlich relevante Taten zusammengekommen, bereiten die Ermittler die Haftanträge vor, 24 waren es bis Ende Juni, damit so schnell wie möglich Anklage erhoben wird. Das ist eine weitere Besonderheit der EG MTZ, für die sich inzwischen viele Präsidien, nicht nur in Baden-Württemberg, interessieren: Verschiedene Verfahren werden von einer Staatsanwaltschaft geführt, um die Ermittlungen zu beschleunigen. So wie bei N. B. und K. A., die innerhalb weniger Wochen angeklagt und verurteilt wurden. Das zeige seine Wirkung, sagt Grethe. „Es spricht sich rum, was wir hier tun. Vor allem, wenn der Bekannte plötzlich nicht mehr in der

Unterkunft erscheint, weil er jetzt in Untersuchungshaft ist.“

Für die Polizei in Karlsruhe gälten die Zielpersonen als Problemgruppe – genau wie „Hooligans, Rocker oder jugendliche Intensivtäter“, sagt Polizeipräsident Günther Freisleben. Für die Einrichtung des speziellen Ermittlerteams im März dieses Jahres waren letztlich die Zahlen ausschlaggebend: 2015 wurde im Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums im Vergleich zu 2014 ein Anstieg der nichtdeutschen Tatverdächtigen um rund 25 Prozent verzeichnet. Allein für den Zeitraum von August 2015 bis Januar 2016 hatte man von 1660 straffälligen Asylsuchenden rund 139 Personen identifiziert, die für fünf oder mehr Straftaten verantwortlich waren. Die meisten kamen aus den Maghrebstaaten. Bestätigt hat diese Erkenntnisse zuletzt auch eine Statistik des Bundeskriminalamtes: Gemessen am geringen Anteil von rund drei Prozent an der Einwandererzahl insgesamt, sind „überproportional viele“ Tatverdächtige Alge-

rier, Marokkaner, Georgier, Serben und Tunesier. Syrer, Afghanen und Iraker, die den größten Anteil an Zuwanderern ausmachen, waren, was die Straffälligkeit anbelangt, „unterrepräsentiert“.

In Karlsruhe versuchte die Polizei zunächst mit mehr Streifen in der Innenstadt und Kontrollen von Asylbewerbern die Lage in den Griff zu bekommen. Das blieb ohne große Wirkung, so dass man sich für ein täterorientiertes Vorgehen mit speziellen Ermittlern entschied: nicht, um „Asylbewerber zu jagen“, wie eine Journalistin vor kurzem Jörg Grethe gefragt hat. „Es sind wenige Flüchtlinge, die den meisten Ärger verursachen. Die muss man klar benennen. Denn sie bringen die Mehrheit der Flüchtlinge in Verruf, die nach Deutschland kommen, um Schutz zu suchen, und sich an die Gesetze halten“, sagt Grethe.

„Schutz“, also Asyl, suchen viele der rund 31 Zielpersonen der EG MTZ erst dann, wenn es für sie brenzlich wird. Drohen wegen wiederholter Straffälligkeit „aufenthaltsbeendende Maßnahmen“, die auch zu den Zielen der Ermittler gehören, beantragt rund die Hälfte der Mehrfachtäter Asyl. Denn sobald ein Antrag gestellt wurde, ist der Aufenthalt weiterhin gestattet. Denn auch wenn Asylanträge von Marokkanern, Algeriern oder Tunesiern meist kaum Aussicht auf Erfolg haben, dauert es im Schnitt bis zu ein Jahr, bis die Entscheidung fällt. Hier hat zwar das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zugesagt, bei straffälligen Asylbewerbern ein „priorisiertes Verfahren“ einzuleiten. Doch ausschlaggebend hierfür sind wiederum vor allem Gewaltverbrechen oder ein Strafmaß von mindestens einem Jahr.

Die Ermittler in Karlsruhe leiten somit alle polizeilichen Erkenntnisse sofort an das Bundesamt weiter, damit aufenthaltsbeendende Schritte geprüft werden können. Bis jetzt, immerhin über einen Zeitraum von vier Monaten, hat das Team jedoch noch keine einzige Rückmeldung zu den entsprechenden Fällen erhalten.

Für die Abschiebung in die Heimatländer ist zudem die Identität der Täter von großer Bedeutung. Denn Länder wie Algerien oder Marokko sollen ihre Staatsangehörigen zurücknehmen. Doch selten ist der angegebene Name der richtige, und noch seltener haben junge, männliche Zuwanderer aus den Maghrebstaaten Ausweispapiere bei sich, wenn sie nach Deutschland kommen. Seit kurzem kann nun anhand von Fingerabdrücken geklärt werden, ob eine Person in diesen Ländern registriert ist, da auch Algerien, Tunesien und Marokko auf gespeicherte Fingerabdrücke zurückgreifen können, um die nötigen Passersatzpapiere auszustellen. Dieser „automatisierte“ Datenabgleich ist wiederum nach Angaben des Bundesinnenministeriums nur für die Staatsangehörigen möglich, die im Besitz eines biometrischen Reisepasses oder einer ID-Karte neueren Datums sind. Alle anderen Vergleiche müssen, zumindest nach den Angaben, „von Hand“ vorgenommen werden – mit Fingerabdrücken, die zum Teil noch „in Papierform“ vorliegen. Das kostet offenbar so viel Zeit, dass das Ministerium zu „durchschnittlichen Antwortzeiten“ der Herkunftsländer aufgrund des sehr „unterschiedlichen Niveaus“ bei der Registrierung biometrischer Daten keine Angaben machen kann. Immerhin sei mit Marokko eine Frist von 45 Tagen vereinbart worden, die jedoch „derzeit nicht durchgängig eingehalten wird“. Mangelnde Kooperation jenseits des Mittelmeeres ist dem Vernehmen nach ein mindestens ebenso großer Faktor wie die angeblichen Fingerabdrücke in Papierform.

Jede einzelne Zielperson des Ermittlerteams füllt mit der Bearbeitung der Delik-

te inzwischen dicke Aktenordner und beschäftigt Dutzende Beamte. Und das für ein Diebesgut, das oft nur ein paar hundert Euro beträgt. Aber es einfach so laufen lassen? „Dann hätten wir innerhalb kürzester Zeit einen massiven Anstieg der Alltagskriminalität“, meint Polizeipräsident Günther Freisleben. Die Geschäfte müssten verstärkt in Sicherheit investieren, dem Bürger würde signalisiert, dass es dem Staat gleichgültig sei, wenn er bestohlen werde. Die Polizei müsse ein Signal setzen. Für Karlsruhe heißt das: In Kürze soll das Ermittlerteam MTZ vergrößert werden.

Keine Entscheidung über Maghreb-Staaten

An diesem Freitag tagt der Bundesrat zum letzten Mal vor der parlamentarischen Sommerpause. Es ist die für Monate letzte Gelegenheit, die drei nordafrikanischen Staaten Marokko, Algerien und Tunesien per Gesetz als sichere Herkunftsstaaten einzustufen und somit die Verfahren für Asylbewerber aus diesen Staaten zu beschleunigen. So will es die Koalition. Aber so wird es nicht kommen, jedenfalls vorerst nicht. Denn das Vorhaben wird heute nicht in der Länderkammer behandelt. Das war aus Kreisen der Bundesregierung wie der Grünen zu erfah-

ren. Hatten die Grünen sich noch dazu durchgerungen, die sechs Staaten des westlichen Balkans zu sicheren Herkunftsländern zu erklären, so weigern sie sich im Fall der Maghreb-Staaten. Die grünen Stimmen werden aber gebraucht. Wäre das Gesetz trotzdem an diesem Freitag im Bundesrat behandelt worden, hätten die Grünen wohl abgelehnt. Die Sache hätte in den Vermittlungsausschuss überwiesen werden können. Die Kompromiss-suche wird weitergehen. Ob es im Herbst zur Verabschiedung des Gesetzes kommt, ist offen. (elo.)

**Frankfurter
Allgemeine Zeitung
vom 08.07.2016, S.
8**

Ja zum Schuldprinzip

Nein heißt nein – wer wollte das bestreiten!?! Es ist aber nicht so, dass das Nein einer sexuell bedrängten Frau bisher für ein Ja gehalten wurde. Große Schutzlücken, wie sie vor allem nach den beschämenden Vorfällen auf der Kölner Domplatte ausgemacht wurden, gibt es im Strafrecht nicht. Politik- und Polizeiversagen ist vielmehr der Grund für den Kölner Skandal. Auch das härteste Strafrecht kann nur zur Anwendung kommen, wenn ein Täter ermittelt wurde – dem dann eine konkrete Tat zur Überzeugung des Gerichts nachgewiesen werden muss. Das ist die Schwierigkeit im Fall Köln. Muss daraus sowie aus einigen fragwürdigen Urteilen, die in der Tat höchst strafwürdiges, einschüchterndes Verhalten straflos ließen, die Schaffung neuer Straftatbestände folgen? Ist eine Belästigung stets strafwürdig? In der Union hat man früh darauf hingewiesen, dass eine Neuregelung nicht dazu führen dürfe, „dass jede sexuelle Handlung der vorherigen schriftlichen Zustimmung bedarf“. Am Schuldprinzip darf nicht gerüttelt werden, und das heißt: Niemand muss seine Unschuld beweisen. Mü.

**Kölnische Rundschau vom
08.07.2016, S. 2**

Endlich Klarheit

KATJA BÄLTER, Berlin,
zum Sexualstrafrecht

In Europa erfährt jede zehnte Frau eine Form sexueller Gewalt. Jede zwanzigste berichtet, vergewaltigt worden zu sein. Die allermeisten Frauen kennen den Täter vorher. Um Missverständnissen vorzubeugen: Gemeint ist nicht die schlüpfrige Bemerkung, der unscheinbare Übergriff am Rande eines Empfangs. Seit Generationen lernen Frauen in der Folge dieser Erfahrung, was vernünftig ist: Niemals sorglos sein. Immer Verantwortung dafür übernehmen, nicht Opfer zu werden. Im Zweifel die Straßenseite wechseln, neuen Bekanntschaften nicht vorschnell vertrauen. So frei leben, wie sie es sich trauen und es die Gesellschaft ermöglicht, und sich zu schützen, so gut es geht.

Was sie noch lernen: den Mund zu halten, wenn doch etwas passiert ist, für das sie leider immer noch einen Teil der Schuld auf sich zurückführen, weil sie nicht nach den Regeln des vorausgesetzten gesellschaftlichem Konsens gespielt

haben. Oder, weil es bisher schlicht nicht strafbar war – wie zum Beispiel jede widerwärtige Hand, die im voll besetzten Bus ihren Weg an das Gesäß fand. All das ist nicht nur der Alltag von Opfern. Diese Realität wirkt auf eine ganze Gesellschaft, auf Eltern, die Kinder erziehen, auf Mädchen und Jungen, die einander und ihre Sexualität entdecken, auf Männer, die damit umgehen müssen, als potenzielle Täter wahrgenommen zu werden. Also setzt man doch

voraus, dass alle einig sein müssten: was getan werden kann, um all das zu ändern, tun wir bitte schleunigst.

Was könnte weniger umstritten sein als das Schlagwort „Nein heißt Nein“, unter dem die Sexualstrafrechtsreform subsumiert wurde? Es reicht, wenn ein Mensch Nein sagt, um klarzumachen, dass er allein über seinen Körper verfügt. Muss man das diskutieren? Aber die Debatte zur Verschärfung des Sexualstrafrechts war lang und quälend. Das liegt nicht nur an

der Silvesternacht von Köln, nach der in einer aufgeladenen Atmosphäre der Grapscherparagraf zunächst verhandelt wurde, als wäre ohne ihn von heute auf morgen kein freies, öffentliches Leben mehr möglich. Es liegt vor allem an dem Missverständnis, wonach ein Gesetz, einmal gemacht, die Realität grundlegend ändern würde. So übertrachteten Gegner und Befürworter die Diskussion mit übersteigerten Befürchtungen und Erwartungen.

Es sind nicht zuerst die Gesetze da, welche Gesellschaften ändern. Gesellschaften ändern sich und dann ihre Gesetze. Es ging darum, etwas in eine Norm zu gießen, was sich bisher allein als gesellschaftlicher Wandlungsprozess darstellte. Wenn Frauen und Männer sich jetzt mit einem harten Strafrechtsparagrafen auf diesen Wandel verständigen, dann ist das vor allem eines: Wohltuend klar.

Kölnische Rundschau vom 08.07.2016, S. 5

Vom Dschihad ins Gefängnis

Sechs Bonner Islamisten bezahlen für Einsatz bei der Terrormiliz Al-Shabaab mit Haftstrafen

VON FRANK VALLENDER

BONN/FRANKFURT. Steven

N. (27), blond, die langen Haare zum Zopf gebunden, wollte in Somalia seine Familie und sich mit der Herstellung von Ziegenkäse ernähren. Er träumte von einem Leben in einem Land, wo die Scharia gilt. Seine Schwäger, die somalischstämmigen Brüder Abdullah (29), Abdulsalam (25) und Abdiwahid W. (24) hatten Grundbesitz von der Mutter, auf dem sie mit ihr sowie ihren Frauen und Kindern das Leben gottesfürchtiger Muslime führen wollten – eine mögliche Zwangsrekrutierung durch die in Süd-Somalia für einen Gottesstaat kämpfende Dschihadistenmiliz Al-Shabaab nicht ausgeschlossen.

Der 5. Strafsenat des Oberlandesgerichts Frankfurt wollte den Bonner Angeklagten diese Version ihrer Ausreise in das gelobte Land nicht abkaufen und verurteilte die Männer, die mit ihren Kapuzenjacken, Sneakern und modischen Bärten so gar nicht

dem Klischee radikaler Salafisten entsprechen, am Donnerstag zu Haftstrafen zwischen drei Jahren und sechs Monaten sowie fünf Jahren. Sie hätten sich 2012 bewusst nach Somalia aufgemacht, um dort in den Reihen der „äußerst brutalen Al-Shabaab-Miliz“ zu kämpfen, sagte Richter Thomas Sagebiel.

Die Ernüchterung angesichts der Verbrechen von Al-Shabaab, die den somalischen Staat und seine Nachbarländer mit mörderischen Anschlägen bekämpft, kam nach Waffenausbildung und mehrmonatigem Fronteinsatz. Im Spätsommer 2014 setzten sich die Islamisten samt Familien nach Frankfurt ab, wo die Männer in Untersuchungshaft genommen wurden.

Die höchste Strafe von fünf Jahren erhielt Abdullah W. Sein Bruder Abdulsalam muss für vier Jahre und neun Monate, Abdiwahid für drei Jahre

und sechs Monate sowie ein weiterer Bonner, der Deutsches Mounir T., für drei Jahre und neun Monate in Haft. Steven N., anders als die Mitangeklagten ohne Migrationsgeschichte, erhielt vier Jahre und neun Monate.

Ein sechster Angeklagter, der Deutsch-Somalier Omar D. (31), wurde zu zwei Jahren auf Bewährung verurteilt, weil er versucht hatte, sich Al-Shabaab anzuschließen. Während die anderen militärische und ideologische Ausbildungen erhalten und bei Fronteinsätzen als Wachtposten der Terrormiliz gedient hatten, schaffte es D. nicht bis zur Front. Wie seine Freunde hatte auch er sich nach der Ankunft in Somalia in einem „Clearing-House“ der somalischen Gotteskrieger einer Gewis-

sensprüfung unterziehen müssen. Da die Al-Shabaab-Milizen ihn für einen Spion hielten, wurde er gefoltert und verlor stark an Gewicht. Omar

D. konnte schließlich entkommen und nach Kenia fliehen, wo er Mitte 2014 festgenommen wurde. Die Folter und die Haft in Kenia rechnete ihm der Strafsenat an, was unter anderem dazu führte, dass D.s Haftstrafe zur Bewährung ausgesetzt wurde.

Dabei ist der 31-Jährige ein alter Bekannter der Behörden. Schon 2008 wollte er mit dem Bonner Abdirazak B. in den Dschihad ausreisen. Auf dem Flughafen Köln/Bonn jedoch griff die Polizei zu. Verurteilt wurden die beiden nicht, da der Versuch der Ausreise in den Dschihad damals nicht unter Strafe stand. Omar D. könnte jetzt das Glück im Unglück zuteil werden, dass er mit Hilfe eines Bewährungshelfers wieder auf den rechten Pfad zurückkommt. Abdirazak B. wählte vor einem Jahr den ganz radikalen Weg, als er sich in der somalischen Hauptstadt Mogadischu in die Luft sprengte und 15 Unschuldige mit in den Tod riss.

Kölner Stadtanzeiger vom 08.07.2016 , S. 9

Lösegeld für den Fernseher

SMART-TV Cyberkriminelle sperren Empfang – Software zielt auch auf Firmen-Computer

VON THOMAS MAGENHEIM

München. Was Udo Schneider beschreibt, klingt wie ein schlechter Film. Das neue Smart-TV ist mit dem Internet verbunden und ruft die Wunschsendung ab. Da erscheint auf dem Bildschirm eine Schrift, die verkündet, dass das Gerät nun für jeden Empfang gesperrt ist, die Sperre aber wieder aufgehoben werden könne – durch ein Lösegeld von 200 Euro, zahlbar in iTunes-Geschenkkarten.

Das Szenario ist nicht erfunden. „Cyberkriminelle haben ein neues Geschäftsmodell entdeckt“, stellt Schneider, Experte des IT-Sicherheitsdienstleisters Trend Micro, nüchtern fest. Mit einer Schadsoftware infiziert worden sei das Gerät bei einem früheren Internetbesuch per getarnter App.

Smart-TV-Geräte seien auf den Fernsehempfang hin optimierte Computer. Als solche drohe ihnen nun ein Schicksal wie Smartphones oder PCs. Sie können infiziert werden. Technisch möglich ist das bei intelligenten Fernsehern mit Android-Betriebssystem schon seit 2013, wissen die Experten von Trend Micro. Bisher habe es aber zu wenig Smart-TVs gegeben, als dass sich Angriffe darauf lohnen hätten. Nun aber ist offenbar eine kritische Masse erreicht, die Cyber-Gangster aktiv werden lässt. Das Internet der Dinge erfordere

■ Cyber-Erpresser schicken einen

Entsperrschlüssel, wenn man einige hundert Euro zahlt

beim Verbraucher ein Umdenken und Vorsicht beim Navigieren im Internet auch per Smart-TV.

Das Sperren von Fernsehern per Schadprogramm ist eine spezielle Variante sogenannter Lösegeld-Software, die im angelsächsischen Branchenjargon Ransomware heißt. Befällt sie einen Computer, werden alle persönlichen Dateien von Fotos über Musik bis zu Schriftverkehr aller Art verschlüsselt. Der Besitzer hat darauf keinen Zugriff mehr, bis er den Schlüssel zum Entsperr der Dateien erhält. Den versprechen Cyber-Erpresser zuzusenden, wenn man einige hundert Euro zahlt. Als Währung werden oft Bitcoins genutzt, weil die Internetwährung anonym und nicht nachverfolgbar ist. Durch die Schadsoftware infiziert werden Rechner fast immer durch E-Mails, manchmal auch beim Besuch bestimmter Webseiten.

Bisher standen Privatpersonen im Zentrum von Ransomware. Aber auch in die angegriffenen Zielgruppen kommt Bewegung. Der Fokus verschiebe sich gerade rasant in Richtung Kleinunternehmen und Mittelständler, sagt Trend-Micro-Berater Richard Werner. „Je kleiner ein Unterneh-

men ist, desto größer die Wahrscheinlichkeit, dass es zahlt“, weiß er. Wenn Firmendaten illegal verschlüsselt und für Mitarbeiter unerschreibbar werden, geht es allerdings um andere Summen. Einige zehntausend Euro Lösegeld sind dann in der Regel fällig.

Auf den dunklen Seiten des Internets tummelt sich mittlerweile eine regelrechte Erpresser-Industrie, erklärt Werner. Schadsoftware werde dort für rund 20 000 Euro angeboten inklusive Updates für weitere 4000 bis 5000 Euro, die dann die jeweils neueste Version von Standard-Schutzprogrammen aushebelt. 100 000 Euro Lösegeld könne ein Cyberkrimineller, deren Zentren in Osteuropa oder Westafrika liegen, damit pro Woche einsammeln. Mittlerweile böten die kriminellen Hintermänner von Ransomware sogar Beratung per Chat oder Telefonhotline an zu Fragen, wie sich Lösegeld am schnellsten und einfachsten bezahlen lässt. „Marketing, Vertrieb und Support sind Standard“, beschreibt Trend Micro das Ausmaß der Kriminalität.

Kriminelle Cryptosoftware, die auf Unternehmen zielt, befällt nicht nur einen einzelnen Rechner. Sie hangelt sich entlang firmeninterner Netzwerkverbindungen zum Server, Datenzentrum und anderen Rechnern, erklärt Werner. „Viele Firmen zahlen und stellen

sogar eigens Mittel für solche Fälle zurück“, weiß er und rät davon zugleich dringend ab. Das signalisiere, dass man erpressbar ist. In rund 90 Prozent aller Fälle kämen Cyber-Erpresser dann wieder.

Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) hat vor kurzem eine Umfrage zur Betroffenheit der deutschen Wirtschaft durch Ransomware durchgeführt. Ergebnis: Fast ein Drittel

■ Die Angriffe erfolgen in Wellen und nach dem Gießkannen-Prinzip

aller Firmen hat es im vergangenen Halbjahr erwischt. Die Angriffe erfolgen in Wellen und nach dem Gießkannen-Prinzip. „Schon ungezielte Attacken wie die aktuellen Ransomware-Angriffe führen zu teils erheblichen Beeinträchtigungen der IT und gefährden den Geschäftserfolg“, stellt BSI-Chef Arne Schönbohm klar. Weil Zeit gleich Geld ist, zahlen Unternehmen oft, um ihre IT rasch wieder benutzen zu können, obwohl davon auch das BSI dringend abrät.

Für Verbraucher und Beschäftigte in Firmen gilt deshalb mehr denn je Vorsicht beim Öffnen von E-Mails oder beim Besuch unbekannter Webseiten. Pflicht sind auch regelmäßige Sicherheitskopien oder Schutzprogramme, die stets auf dem neuesten Stand gehalten werden müssen.

Kölner Stadtanzeiger vom 08.07.2016, S. 25

Gut 1000 Polizisten bei „Kölner Lichtern“

SICHERHEITSKONZEPT Wegen der Übergriffe in der Silvesternacht verstärken Ordnungskräfte massiv ihre Präsenz

VON CLEMENS SCHMINKE

Nächtliche Massenfeier mit Feuerwerk – sofort kommt einem die Silvesternacht mit ihren sexuellen Übergriffen in den Sinn. Daher war diese sehr präsent, als bei der Rhein-Energie, die als Hauptsponsor auftritt, der letzte Stand der Vorbereitung der „Kölner Lichter“ vorgestellt wurde. Sie finden am Samstag, 16. Juli, zwischen Hohenzollern- und Zoobrücke statt. Ausführlich ging es um das Sicherheitskonzept, das – ohnehin ausgefeilt seit dem Unglück bei der Loveparade 2010 in Duisburg – abgestimmt ist auf die Erfahrungen der Nacht zum 1. Januar.

Mehr als 1000 Polizisten seien im Einsatz, dreimal so viele wie im vorigen Jahr, sagte Thomas Zobel, Leiter der Polizeiinspektion 5. Allein die Kölner Polizei werde ihr Kontingent von 250 auf 670 Einsatzkräfte aufstocken. „Wir werden konsequent und schnell jeder Art von Straftat und Gewalt entgegenwirken“, so Zobel. Dafür sei es nötig, dass den an ihrer Kleidung leicht erkennbaren Beamten, die überall „in der Fläche“ unterwegs seien, verdächtige Auffälligkeiten gemeldet würden. „Wir sind stärker aufgestellt, mit mehr Komponenten“, ergänzte Helmut Langenbach, Chef der Bundespolizeiinspektion Köln.

Zusätzliche Leuchten aufgestellt

Zur Verminderung von Gefahren werden außerdem mehr Bereiche

ausgeleuchtet, sagte Veranstalter Werner Nolden, der mit „300 000 Besuchern bei schönem Wetter“ rechnet. Zum Beispiel würden vor dem Hauptbahnhof, aber auch an den Ausgängen zum Auenweg zusätzliche Leuchten aufgestellt. Engelbert Rummel, Leiter des Ordnungsamtes, wies darauf hin, dass der Sozialdienst katholischer Frauen ein Notruftelefon für den Fall sexueller Übergriffe einrichten werde; zu erreichen ist es unter 0221/16839260. Im Übrigen zeigte er sich zuversichtlich: „Die Menschen können nach Köln kommen, und die Menschen sind in Köln sicher.“

Das Sicherheitskonzept dient insgesamt dazu, den Massenandrang zu bewältigen, vor allem dann, wenn die Besucher nach dem Finale zum Bahnhof Deutz/Messe, zum Hauptbahnhof oder zum Ebertplatz strömen. Daher wird ihnen außer der Anreise bis spätestens 20 Uhr dringend empfohlen, nach dem Hauptfeuerwerk, das um Mitternacht endet, nicht gleich aufzubrechen, sondern sich Zeit zu lassen. Imbiss- und Getränkebuden an der Rheinpromenade werden noch geöffnet sein, und auf der Tanzbrunnen-Bühne gibt es weiter Programm.

Froh ist Nolden auch darüber, dass der Rheinpegel stetig sinkt. Noch vor kurzem sei der Wasserstand so hoch gewesen, dass große Teile des Ufers nicht für die Groß-

veranstaltung hätten genutzt werden können. Der Rheinboulevard mit seiner langen Freitreppe wird aus Sicherheitsgründen gesperrt sein. Die Besucherströme werden auch mit weiteren Absperrungen gelenkt; hinzu kommen Straßen- und Brückensperrungen zur Steuerung des Verkehrs.

Rund 70 Sonderzüge

Zur Entzerrung beitragen soll ebenso, dass zusätzliche Züge, Stadtbahnen und Busse fahren. „DB Regio NRW und National Express bringen rund 70 Sonderzüge auf die Schiene“, so Norbert Reinke, Geschäftsführer der Nahverkehr Rheinland GmbH. Die Züge fahren beispielsweise in Richtung Mönchengladbach, Düsseldorf, Wuppertal, Gummersbach und Koblenz. Die Stadtbahnen der KVB fahren auf allen Strecken nach Samstags-Fahrplan. Bei zehn Linien wird der 15-Minuten-Takt bis circa 2.45 Uhr ausgedehnt; auf der Strecke der Linie 17 fahren die Bahnen bis gegen 1.15 Uhr in diesem Takt. Auch im Busverkehr werden zusätzliche Fahrzeuge eingesetzt. Mit der Seilbahn kann man von 10 bis 22.45 Uhr sowie von 0 Uhr bis 1 Uhr (16./17. Juli) über den Rhein schweben; zwischen 22.45 Uhr und Mitternacht ist dies wegen einer geschlossenen Veranstaltung nicht möglich.

Konvoi und Feuerwerke

Noch Restkarten gibt es für

drei der 51 festlich beleuchteten Schiffe, die sich ab 21.50 Uhr von Porz aus im Konvoi in Richtung Innenstadt bewegen. Die Fahrt wird begleitet von Begrüßungsfeuerwerken, leuchtenden Heißluftballons und roten Bengalos im Rheinauhafen. Gegen 22.30 Uhr passiert der Konvoi die Altstadt. Zur Begrüßung der Schiffe wird das Tanzbrunnen-Feuerwerk vom Rhein aus geschossen, und die Besucher am Ufer zünden die kostenlos verteilten 500 000 Wunderkerzen an.

Um 23.30 Uhr beginnt das halbstündige, musiksynchrone Höhenfeuerwerk, gezündet von zwei 120 Meter langen Schiffen, die auf Höhe des Tanzbrunnens in der Mitte des Rheins liegen. Rund 40 Mitarbeiter der Fachfirma Weco bauen unter Leitung von Chefpyrotechniker Georg Alef 4,7 Tonnen Pyrotechnik für das Hauptfeuerwerk und 1,3 Tonnen für die Begrüßungsfeuerwerke auf, das entspricht mehr als 20 000 Schuss. Zum Motto „Kontraste – Der Feuerwerker öffnet die Werkzeugkiste“ gestalten Alef und seine Kollegen ein Spektakel, das wie die begleitende Musik mit Gegensätzen spielt. (cs)

**Neue Rhein Zeitung
vom 08.07.2016, S. 2**

Nicht nur ein juristisches Problem

Von Jan Jessen
(j.jessen@nrz.de)

Zum neuen Sexualstrafrecht

Nein heißt Nein. Was eine selbstverständliche Grundregel bei zwischenmenschlichen Kontakten sein sollte, ist jetzt in Gesetzesform gegossen. Die deutliche Verschärfung des Sexualstrafrechts, die der Bundestag jetzt beschlossen hat, ist ein richtiges und wichtiges Signal gegen sexuelle Gewalt, die eben nicht erst dann beginnt, wenn körperliche Gewalt und Zwang angewendet werden, sondern natürlich schon dort, wo das Selbstbestimmungsrecht nicht akzeptiert wird.

Im juristischen Alltag wird es allerdings schwer werden, diesen verschärften Strafrechtsparagrafen anzuwenden. Wie soll eine vergewaltigte Frau, wie soll ein vergewaltigter Mann ein „Nein“ beweisen können? Der Fall Gina-Lisa Lohfink hat deutlich gezeigt, wie wenig Überzeugungskraft selbst ein auf Video festgehaltenes „Nein“ sogar für die Anklagebehörde haben kann.

Das Problem sexualisierter Gewalt ist ohnedies keines, das mit juristischen Instrumenten allein bekämpft werden kann. Noch immer haben alte Rollenmuster Bestand, noch immer werden Übergriffigkeiten etwa beim Karneval oder beim Oktoberfest gesellschaftlich als eine Art Brauchtumpflege akzeptiert, noch immer ist Gewalt in deutschen Schlafzimmern an der Tagesordnung, noch immer betrachten manche Männer Frauen in freizügiger Kleidung als Freiwild. Wenn sich der Protest gegen Anzüglichkeiten, Antatschereien, Belästigungen und Missbrauch wie bisher erst dann auf breiter Front Bahn bricht, wenn Flüchtlinge und Zuwanderer die Täter sind, wird sich am Problem nichts ändern.

**Rheinische Post vom
08.07.2016, S. 2**

Überfälliges Gesetz

VON EVA QUADBECK

Es ist traurig, dass es der Kölner Silvesternacht bedurfte, bis sich im Bundestag eine politische Mehrheit fand, das Sexualstrafrecht zu verschärfen. Schließlich ist das Phänomen sexueller Übergriffe nicht singulär in der Silvesternacht aufgetaucht. Dies passiert auch bei Volksfesten, im Karneval, in Bussen und Bahnen sowie in Aufzügen. Die Reform war überfällig. Sie ist ein echter Fortschritt.

Viele Probleme bleiben dennoch: Die rechtlichen Neuregelungen werden die vielfältigen Taten gegen die sexuelle Selbstbestimmung selbstverständlich nicht verhindern können. Der oft schwierige und für die Opfer abermals peinigende Beweis einer Vergewaltigung wird auch durch die Neuregelung nicht leichter. Für die Frauen erhöhen sich mit dem Prinzip „Nein heißt Nein“ bei einer Vergewaltigung und dem neuen Straftatbestand Grapschen aber die Aussichten, dass die Täter belangt werden. Zudem kann von der Verschärfung auch eine Signalwirkung ausgehen. Verstöße gegen die sexuelle Selbstbestimmung erfahren eine stärkere gesellschaftliche Ächtung als bislang.

Süddeutsche Zeitung vom 08.07.2016, S. 4

SEXUALSTRAFRECHT

Gesetz auf Bewährung

VON TANJA REST

Nun hat der Bundestag die Verschärfung des Sexualstrafrechts also verabschiedet. Er setzt damit den Schlusspunkt hinter eine monatelange, zum Teil brüllend laute Debatte, die mal nicht nur in den Schwätzrunden des Fernsehens, den Denkstuben der Feuilletons oder auf dieser Seite hier geführt wurde, sondern tatsächlich auch in den Wohnzimmern. Wie Meinungsbildung im besten Fall ablaufen kann: Hier wurde es vor-exerziert. Alle Argumente kamen auf dem Tisch, die hysterischen, die akademischen, die chauvinistischen, die Hardcore-feministischen; man entkam ihnen nicht, man musste in diesem Geflecht den eigenen Standpunkt fast schon zwangsläufig verorten. Vielen anderen Gesetzen, die das Leben nicht weniger beeinflussen, in Berlin aber durchgewinkt werden, ohne dass ein Hahn danach kräht, hätte man eine solche Debatte gewünscht.

Die Alternative wäre gewesen: alles so zu lassen, wie es ist

Es besteht Grund zur Hoffnung, dass schon der Austausch von Argumenten etwas bewirkt hat. Dass mancher kapiert hat, dass ein Griff an den Hintern kein Kompliment ist und ein Nein kein Vielleicht. Die neuen Paragraphen 177 und 184i im Strafgesetzbuch geben hier lediglich ein Drohpotenzial hinzu: Wer jemanden gegen dessen „erkennbaren Willen“ zum Sex nötigt, ist übergriffig und wird bestraft. Wer jemanden begripscht, macht sich der sexuellen Belästigung schuldig und wird bestraft. Trotz aller Vorbehalte: Das war überfällig.

Die Gegner der Reform haben besonders drei Punkte ins Feld geführt, von denen einer Quatsch ist, einer unangenehm und der dritte ernst zu nehmend. Quatsch ist, dass der flirrend irrationale Bereich der Erotik hier quasi zu Tode definiert werde. Denn eine für beide Seiten befriedigende Sexualität setzt Einvernehmlichkeit und gegenseitiges Vertrauen schließlich zwingend voraus. Im Sadomasochismus ist es sogar üblich, zulässige wie verbotene sexuelle Handlungen vorab schriftlich zu fixieren, ohne dass den Beteiligten dabei die Lust vergeht.

Unangenehm ist das von Feministinnen ins Feld geführte Argument, hier werde das Klischee der schwachen Frau, die das Begehren des Mannes grundsätzlich als Bedrohung empfindet, endgültig festgeschrieben. Da ist leider was dran. Weibliche Lust wurde zuletzt immer häufiger

als etwas Aktives und Selbstbestimmtes wahrgenommen – nun stehen Frauen wieder als schützenswerte Wesen da, die ewig nicht wollen. Den Schutz des Gesetzgebers brauchen sie aber trotzdem. Es ist ein Dilemma wie bei der Quote: Frauen beanspruchen selbstbewusst Führungsaufgaben, doch manchmal brauchen sie eben Hilfe, um den Job zu bekommen. In beiden Fällen kann man eigentlich nur sagen: Augen zu und durch.

Der dritte Punkt ist der heikelste und auch der Grund dafür, dass Euphorie nicht wirklich aufkommen will. Ja sicher, man wird bei einer Vergewaltigung künftig nicht mehr auf den Täter einprügeln, davonlaufen oder um Hilfe schreien müssen, damit die Anklage vor einem Gericht Bestand hat. Wie aber soll ein Opfer beweisen, dass es „erkennbar“ keinen Sex wollte? Wie soll man einem Beschuldigten nachweisen, dass er das Nicht-Wollen erkannt und ignoriert hat? Im Fall Gina-Lisa Lohfink ist ein „Nein“ sogar in einem Video dokumentiert, und dennoch ist es höchst fraglich, ob da eine Vergewaltigung zu sehen ist oder nicht. Die Suche nach der Wahrheit bleibt genauso schwierig, wie sie immer war.

Absurd ist das vielfach heraufbeschworene Szenario, in dem ein Haufen intriganter Furien nun unschuldige Männer der Vergewaltigung bezichtigen und damit durchkommen werden. Das zeugt von einem jämmerlichen Vertrauen in die Justiz; das verkennet auch, dass die Beweislast nach wie vor beim Opfer liegt und ein Vergewaltigungsprozess eine Psycho-Tortur ist, der sich keiner gerne aussetzt. Richtig ist aber auch: Man kann nicht ausschließen, dass es zu falschen Anschuldigungen und vereinzelt auch zu Fehlurteilen kommen wird. Dies allerdings gilt nicht nur für Paragraph 177, sondern für das ganze Spektrum des Strafrechts.

Am Ende ist es eine Abwägungssache. Denn was wäre die Alternative: Dass ein Täter nur ist, wer eine Waffe in der Hand hält oder wer sein strampelndes Opfer in einer dunklen Gasse überwältigt? Dass Grapscher Intimsphären verletzen, nicht aber das Recht?

Das neue Sexualstrafrecht ist ein Gesetz auf Bewährung. Dass es den einen zu lasch und den anderen zu scharf geraten ist, spricht eigentlich dafür, dass es mit Vernunft und Augenmaß erstellt wurde – unter dem Eindruck der Silvesternacht von Köln und der heftigen öffentlichen Debatte, aber nicht korrumpiert davon. Die Alternative wäre der Status quo. Und den kann keiner ernsthaft wollen.

Die Welt vom 08.07.2016, S. 1

Wertloses

Recht

KATHRIN SPOERR

Der Bundestag hat die Verschärfung des Sexualstrafrechts beschlossen. Seit Monaten wird der Öffentlichkeit erklärt, dass diese Reform eine Lücke im Gesetz schließt. Das Schlagwort lautete: „Nein heißt Nein.“ Die Initiatoren behaupteten, dass Frauen künftig besser vor sexuellen Übergriffen durch triebtätige Männer geschützt werden. Die wenigen, die sich in der aufgeheizten Stimmung wagten, darauf hinzuweisen, dass es eines weiteren Schutzes nicht bedürfe, weil der bestehende Schutz ausreiche, standen da wie Verteidiger der ewig männlichen Gewalt.

Wahr ist dennoch, dass es eine Gesetzeslücke nicht gab. Sexuelle Handlungen gegen den Willen eines Beteiligten standen schon vorher unter Strafe. Das Problem war und wird immer bleiben, dass es für sexuelle Handlungen in aller Regel keine Zeugen gibt, dass Glaubhaftmachungen als Beweise genügen müssen. Das Problem ist ferner, dass bei der Vergewaltigung nicht die Handlung selbst eine Straftat ist, wie bei allen anderen Straftaten, sondern dass ein und dieselbe Handlung – Geschlechtsverkehr – durch die Umstände erst kriminalisiert wird. Die Deutung ist das Problem. Sie lag schon vor der Reform bei den Strafverfolgungsbehörden. Nun, da das Vergewaltigungsopfer sich nicht mehr gegen Gewalt weh-

ren, die Ablehnung nicht mehr verbalisieren muss, sondern es ausreicht, dass es durch Mimik zeigt, dass es nicht einverstanden ist – nun ist die Deutung sehr viel schwieriger geworden. Es wird vor allem für Männer schwerer werden, sich gegen einen zu Unrecht vorgetragenen Vergewaltigungsvorwurf zu wehren. Und leicht war es schon vorher nicht.

Allgemeiner Anerkennung erfreut sich auch die Einführung des Straftatbestands der „sexuellen Belästigung“. Die Notwendigkeit war angeblich durch die Übergriffe der Kölner Silvesternacht entstanden, in der Männer Frauen umringt und unsittlich berührt hatten. Das Wort „Grapschen“ fand Einzug in den politischen Diskurs. Es stimmt aber nicht, dass die Taten bisher nicht strafbar waren. Sie hatten nur keinen eigenen Paragraphen. Ob die Übergriffe als „Beleidigungen“ oder als „sexuelle Belästigung“ bestraft werden, ist den Opfern egal, solange sie tatsächlich verfolgt werden. Nun könnte man sagen: Die Parteien machen halt ein bisschen Populismus, überflüssige Gesetze richten keinen Schaden an. Aber das ist falsch. Denn Recht ist das Gewebe der Gesellschaft. Es ist dazu da, unbedingt durchgesetzt zu werden. Steht Recht nur auf dem Papier, damit das Volk sich besser fühlt, hat der Rechtsstaat kapituliert.

Die Welt vom 08.07.2016, S. 5

Verfassungsschutzchef Maaßen erhält letzte Chance

Zwei Untersuchungen zeigen haarsträubende Zustände im Kölner Bundesamt. Abgeordnete fühlen sich in der „Corelli-Affäre“ belogen

Eine wichtige Rolle in dieser Affäre spielt ein Panzerschrank, irgendwo im Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz. Er gehörte dem V-Mann-Führer der Quelle „Corelli“, die sehr viele Informationen aus der rechtsextremistischen Szene heranschaffte und im Verdacht steht, Verbindungen zum NSU gehabt zu haben. Der Panzerschrank allerdings ist zum Problem geworden, weil bei mehreren Durchsuchungen Dinge darin gefunden wurden, die zuvor nicht dringelegen hatten. Von einer ordentlichen Kontrolle kann also kaum die Rede sein.

VON MANUEL BEWARDER UND DIRK LAABS

Die Aufarbeitung der sogenannten Corelli-Affäre hat daher erhebliche Schwächen im Kölner Bundesamt offenbart. Zu diesem Ergebnis kommen sowohl ein vom Bundesinnenministerium veranlasster Bericht als auch ein Zwischenfazit des ehemaligen Grünen-Bundestagsabgeordneten Jerzy Montag. Aus Sicht des Bundesinnenministeriums bedeutet das: Die unmittelbaren Vorgesetzten des V-Mann-Führers haben versagt. Regeln müssen endlich eingehalten werden. Präsident Hans-Georg Maaßen bekommt eine letzte Chance. Aber ist das die ganze Geschichte?

Ende Mai hatte das Bundesamt dem NSU-Ausschuss des Bundestages bereits einen eigenen Bericht vorgelegt. Darin ging es ausführlich darum, wann bei wem im BfV die Handys des verstorbenen V-Manns Corelli gefunden worden sind. Die Analyse zeichnet das Bild einer völlig konfuse Behörde, in der die unteren Ebenen scheinbar machen können, was sie wollen. Die Kontrolle und Aufsicht funktionierte, folgt man dem Report, überhaupt nicht. Der Mitarbeiter soll über Jahre seine Vorgesetzten angelogen und mindestens ein Handy, das einst dem V-Mann Corelli

gehört hatte, in seinem Stahlschrank versteckt gehalten haben. Erst nach zweieinhalb Jahren sei das den Vorgesetzten aufgefallen, nachdem sie mehrfach den Schrank hatten durchsuchen lassen.

Der Bericht warf mehr Fragen auf, als er beantwortete. Das Bundesinnenministerium schickte daraufhin Reinhard Rupprecht, einen ehemaligen Abteilungsleiter, in das Amt – sein Untersuchungsergebnis wurde an diesem Mittwoch bekannt. Er bestätigt die Lesart des BfV: Im Amt habe es zumindest im Fall Corelli „individuelle Kontrollmängel“ und „Regelungslücken“ gegeben. Doch schon gestern tauchten Zweifel an dieser Interpretation auf.

Denn auch die Parlamentarier hatten einen Sachverständigen beauftragt, sich den Fall noch mal genau anzuschauen. Montag hatte schon Ende 2014 versucht, den Fall Corelli als Sonderermittler des Bundestages aufzuarbeiten. Das BfV enthielt ihm damals zentrale Informationen vor. Jetzt präsentierte er seine ersten Ergebnisse im geheim tagendend Parlamentarischen Kontrollgremium. Montag war dem Vernehmen nach äußerst erbost darüber, dass man ihn seitens des BfV getäuscht hat – vor allem, was die Handys von Corelli anbelangt. Mittlerweile sind nämlich 23 aufgetaucht, zwei für den privaten Gebrauch, eines mit Bezug zu den Niederlanden, der Rest teilte sich auf in Telefone für die V-Mann-Tätigkeit sowie für den Kontakt zum Beamten im BfV. Ihn konnte Montag befragen – den Mann, der über Jahre das BfV angelogen haben soll. Den Bericht des Amtes stützte er dabei offenbar nicht. Seinen Vorgesetzten sei bekannt gewesen, dass er die Handys von Corelli gehabt habe, berichtete er Montag. Das würde aber bedeuten, dass mindestens die mittlere Ebene des Bun-

desamt dem Bundestag in seinem Bericht nicht die Wahrheit erzählt hatte.

VÖLLIG KONFUSE
BEHÖRDE, IN DER
DIE UNTEREN
EBENEN SCHEINBAR
MACHEN KÖNNEN,
WAS SIE WOLLEN.

Die Affäre Corelli ist aber auch für den BfV-Präsidenten noch lange nicht ausgestanden. Obwohl er bereits vergangenes Jahr, wie Sicherheitskreise der „Welt“ bestätigten, gehandelt hatte und die Leiterin der Abteilung Rechtsextremismus, Dinchen Franziska Büddefeld, versetzen ließ.

Kurios ist: Dass Corelli zwar sehr gut vernetzt in der rechtsextremen Szene war, bislang aber noch immer keine direkte Verbindung zum NSU ausgemacht wurde, gerät zur Nebensache. Dabei sind noch viele neue Fragen offen. Mehrere Zeugen haben bereits bestätigt, dass der V-Mann Ralf Marschner aus Zwickau Beate Zschäpe und Uwe Mundlos zeitweise in seinen Geschäften beschäftigt haben soll. Die „Welt“ hatte erstmals über den Vorgang berichtet. Ob die V-Mann-Führer des Mannes wirklich nicht mitbekommen haben, dass er engen Kontakt zu Mundlos und Zschäpe gehabt zu haben scheint, ist offen. Die BfV-Leitung sagte bislang gegenüber dem NSU-Ausschuss, dass das Amt nicht wusste, dass der V-Mann die untergetauchten Neonazis beschäftigt haben könnte. Aufgrund des Verhaltens von Maaßen und seiner führenden Mitarbeiter im Fall Corelli haben jedoch mehrere Mitglieder des NSU-Ausschusses Zweifel, ob man dieser Aussage des BfV wirklich glauben kann.

Neue Westfälische vom 08.07.2016, S.

7

NRW bekämpft Freibeuter im Internet

Botnetze: Justizminister Thomas Kutschaty (SPD) legt einen Gesetzesantrag gegen „digitalen Hausfriedensbruch“ vor

von Florian Pfitzner

■ **Düsseldorf.** Sie ermöglichen es Kriminellen, Computer fernzusteuern und somit Krankenhäuser, Verkehrsberiebe oder Banken anzugreifen: mit Schadssoftware infizierte Computer, sogenannte Botnetze. Ihre Zahl ist bundesweit mit 38 Prozent potenziell erfasster Rechner weiterhin auf einem hohen Niveau. Das stellte das Anti-Botnet-Beratungszentrum des Internetverbandes Eco fest. Im vergangenen Jahr habe man mehr als 175.000 Rechner erkannt. Beliebteste Einfällstore für Schadssoftware sind nach Ecos Erkenntnissen veraltete Betriebssysteme.

Es ist zwar strafbar, andere Computer mit Schadssoftware zu infizieren. Ist ein solches Netz aber erst einmal installiert, bleibt der Erwerb nach Angaben des nordrhein-westfälischen Justizministeriums rechtlich folgenlos. Vor dem Hintergrund habe sich ein florierender Markt für Botnetze entwickelt. Gemeinsam mit Hessen hat sich NRW nun vorgenommen, diese Gesetzeslücke zu schließen. Beide

Bundesländer bringen heute im Bundesrat einen Gesetzesantrag ein, mit dem jede Form des digitalen Hausfriedensbruchs unter Strafe gestellt werden soll.

NRW-Justizminister Thomas Kutschaty (SPD) setzt mit seiner Initiative früh an. Gegenüber dieser Zeitung sagte Kutschaty, um den millionenfachen „digitalen Hausfriedensbruch“ zu verhindern, müssen wir Betreibern von Botnetzen den Stecker ziehen“. Schon der Verkauf und

die Vermietung eines Botnetzes gehöre unter Strafe gestellt, bevor es Schaden anrichte.

Wer ein Botnetz auswirft, handle schwer kriminell, so Kutschaty. Sein Gesetzesantrag wende sich gegen „skrupellose Freibeuter“, die tausende Computer von Unternehmen und privaten Internetnutzern „kapern, um ihnen anschließend mit einer Schadssoftware die Pistole auf die Brust zu setzen: Entweder man zahlt, oder die Daten werden „für immer und ewig verschlüsselt“. Der Einbruch in ein Smartphone oder Computer treffe die Menschen in ihrer Privatsphäre genauso hart wie der in ihr Eigenheim, sagte Kutschaty. „Steigt jemand millionenfach ein, muss ihm dafür Gefängnis drohen und das für lange Zeit.“

Eco mahnte indes zu einem höheren Sicherheitsbewusstsein im Internet. „Die Gefahren für sich und andere sollten hinlänglich bekannt sein“, hieß es vom Internetverband. Surfen ohne ausreichenden Schutz sei nicht nur leichtsinnig, sondern „schon fast grob fahrlässig“.



Schlägt Gesetz vor: Justizminister Thomas Kutschaty. foto: dpa

Aachener Nachrichten vom 08.07.2016, S. 3

Von Migranten wird erwartet, dass sie sich anpassen

Wissenschaftliche Studie der Uni Bielefeld stellt fest: Die meisten Deutschen sind aufnahmebereit, wollen aber die eigenen Werte und Regeln respektiert sehen

VON ANNE-B. CLASMANN

Berlin. Wer gibt den Ton an? Und wem steht wie viel zu? Eine aktuelle Studie zeigt: Die meisten „Alteingesessenen“ sind zwar für eine rechtliche Gleichbehandlung von Zuwanderern in Deutschland. Treten die „Neuen“ aber allzu fordernd auf, kann die Stimmung schnell kippen.

Was die Forscher um den Sozialpsychologen Andreas Zick (Universität Bielefeld) besonders interessant finden: Auch Deutsche mit ausländischen Wurzeln meinen, dass Zuwanderer in den ersten Jahren erst einmal kleine Brötchen backen sollten. Vielleicht spielen da auch ihre eigenen Erfahrungen eine Rolle – nach dem Motto: „Warum sollte es jemand anders leichter haben als ich?“

Die Forscher wollten mit ihrer Studie vor allem ausloten, wie es nach dem Zuzug von Hunderttausenden von Flüchtlingen um die sogenannte deutsche Willkommenskultur bestellt ist. Sie stellen dabei fest, dass die überwiegende Mehrheit immer noch hilfs- und aufnahmebereit ist. Gleichzeitig wächst bei den Deutschen der Wunsch nach kultureller Selbstbehauptung und gewissen „Vorrechten“ für die „Alteingesessenen“.

Bei einer Befragung Anfang dieses Jahres forderten knapp 41 Prozent der Deutschen ohne Migrationsgeschichte, wer neu dazugekommen sei, „sollte sich erst mal mit weniger zufrieden geben“. Unter den Deutschen mit ausländischen Wurzeln vertraten sogar 51,5 Prozent diese Ansicht. Etwa ein Drittel der Neubürger und der „Alteingesessenen“ sind zudem der Meinung, Neuankömmlinge sollten „auf keinen Fall Forderungen stellen oder Ansprüche erhe-

ben“.

Dass auch viele Menschen, die selbst einmal als Zuwanderer nach Deutschland kamen, diese Ansicht vertreten, hat vielleicht aber auch etwas mit Gerüchten und Falschmeldungen über die Lebensverhältnisse der Asylbewerber und Flüchtlinge zu tun. Besonders hartnäckig hält sich beispielsweise die Mär, jeder Flüchtling erhalte eine Art „Willkommensgeld“, weiß die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoğuz, zu berichten.

Was außerdem auffällt: Immer mehr Deutsche sind der Auffassung, Migranten müssten sich stärker anpassen. Waren es zur Jahreswende 2013/2014 rund 36 Prozent, die dies befürworteten, so verlangt inzwischen jeder Zweite (53,5 Prozent), Migranten hätten sich an Deutsche anzupassen.

Unter den Deutschen mit Migrationshintergrund sprechen sich sogar knapp 60 Prozent für eine solche Anpassung aus.

Dass Integration am besten funktioniert, wenn sich beide Seiten aufeinanderzubewegen, glaubt dagegen nur eine Minderheit. Nach Feststellung der Forscher hat die Mehrheit das Gefühl, eigene Traditionen und Werte seien in der jüngsten Vergangenheit vernachlässigt worden. Rund 60 Prozent der Deutschen ohne Migrationsgeschichte halten es demnach für wichtig, „dass wir unsere Identität, Werte und Eigenschaften wieder stärker in den Mittelpunkt rücken“.

Daraus eine ausgrenzende oder gar rassistische Grundhaltung abzuleiten, wäre jedoch falsch. Es scheint den meisten Menschen eher darum zu gehen, sich angesichts verstärkter Kontakte mit

Menschen aus anderen Kulturen darüber klarzuwerden, „was unsere eigene Gesellschaft eigentlich ausmacht“. Was die politisch Verantwortlichen vielleicht aufhorchen lassen sollte: Der Aussage „Wir sollten stärker darauf achten, nicht von den Migranten überrannt zu werden“ stimmen inzwischen rund 41 Prozent der Deutschen ohne Migrationsgeschichte zu. Vor zwei Jahren war die Zustimmung zu diesem Satz mit 28 Prozent noch deutlich geringer. Die Zahl derjenigen, die fordern, „wir sollten in der Öffentlichkeit wieder sehr viel selbstbewusster gegenüber Migranten auftreten“ stieg im gleichen Zeitraum von 34 auf 45 Prozent.

Weniger Zuspruch für Willkommenskultur

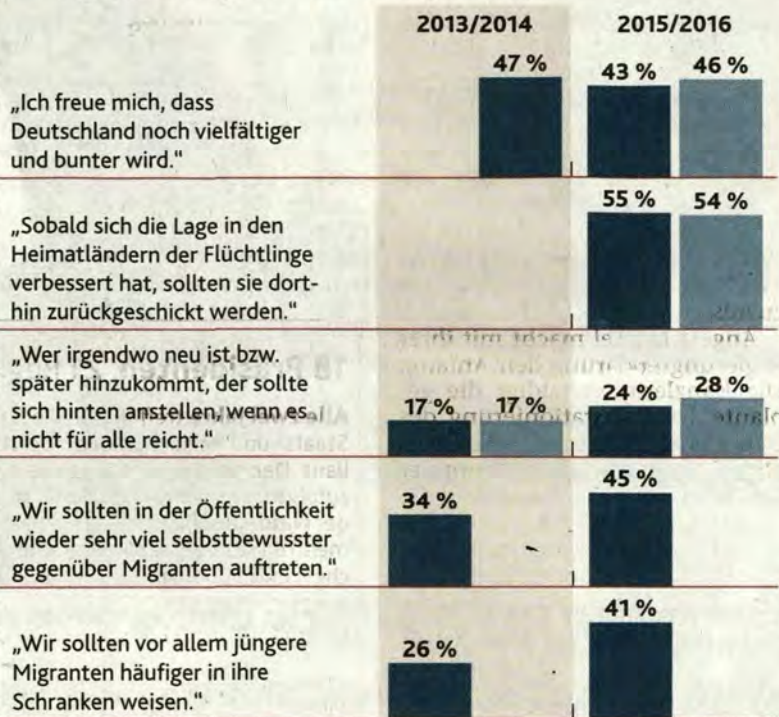
Nach der auf telefonischen Befragungen zum Jahreswechsel 2015/16 basierenden sozialpsychologischen Untersuchung im Auftrag der Mercator-Stiftung lag die durchschnittliche Zustimmung zu einer „Willkommenskultur und dem damit verbundenen offenen Heimatkonzept“ unter Deutschen ohne Migrationshintergrund bei 32,3 Prozent. Bei der Vorläuferstudie 2013/14 waren es noch 39,5 Prozent gewesen.

Nach der vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld konzipierten Untersuchung freuten sich 2013/14 noch 54,7 Prozent darüber, dass sich mehr Migranten in Deutschland zu Hause fühlen, 2015/16 waren es nur noch 43,3 Prozent. (afp)

Willkommenskultur?

So viel Prozent der Befragten in Deutschland stimmten diesen Aussagen zu

■ Deutsche ohne Migrationshintergrund ■ Deutsche mit Migrationshintergrund/Migranten



repräsentative Umfrage (1 300 Personen) vom Dezember 2015 bis Januar 2016 des sozialwissenschaftlichen Umfrageinstituts (SUZ) im Auftrag der Universität Bielefeld

Grafik: AN/dpa, Quelle: Universität Bielefeld/Stiftung Mercator

Aachener Nachrichten vom 08.07.2016, S. 3

Streit ums Integrationspaket

Bundestag verabschiedet Gesetz. EU sucht nach Auswegen aus Flüchtlingskrise.

Berlin/Bratislava. Als Reaktion auf den starken Zustrom von Flüchtlingen hat der Bundestag das umstrittene Integrationsgesetz der großen Koalition verabschiedet. Das gestern Abend beschlossene Maßnahmenpaket soll Flüchtlingen den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern. Gleichzeitig drohen aber auch verschärfte Sanktionen – etwa wenn Integrationskurse nicht wahrgenommen werden (siehe Beitrag rechts).

Besonders umstritten ist die Regelung, wonach der Staat den Betroffenen unter bestimmten Umständen für drei Jahre den Wohnort vorschreiben kann. Die Opposition stimmte deshalb geschlossen dagegen. Sabine Zimmermann von der Linken sprach von einem „Ausgrenzungsgesetz“ für Menschen, die Schutz vor Krieg und Verfolgung suchen. Die Grünen-Abgeordnete Brigitte Pothmer kritisierte, die Hälfte der Asylbewerber bleibe von Integrationsangeboten ausgeschlossen.

Die stellvertretende Unionsfraktionschefin Sabine Weiss (CDU) verteidigte das Gesetz: „Es fördert die Integration und fordert sie aber auch ein.“ Doch auch innerhalb

der Koalition regt sich Unmut. Im Vorfeld der Bundestagsdebatte hatte die Bundesintegrationsbeauftragte Aydan Özoguz (SPD) einzelne Regelungen kritisiert. Das Gesetz drohe Migranten von Integration auszuschließen, sagte sie dem Redaktionsnetzwerk Deutschland. Die CDU-Abgeordnete Cemile Giousouf warf Özoguz daraufhin schlechtes Timing vor. „Die Staatsministerin hätte die Details im Vorfeld angehen müssen.“

Der Bund verpflichtet sich mit dem Gesetz zur Schaffung von 100 000 gemeinnützigen „Arbeitsgelegenheiten“ nach dem Vorbild der Ein-Euro-Jobs.

Das Angebot an Integrationskursen wird ausgeweitet, gleichzeitig werden aber auch mehr Menschen zur Teilnahme verpflichtet. Bei einer Verweigerung drohen Leistungskürzungen. Diese Sanktionen stießen bei Linken und Grünen ebenso auf Kritik wie die geplanten „Arbeitsgelegenheiten“. Integration in den Arbeitsmarkt gelinge nicht über Ein-Euro-Jobs, klagte Zimmermann.

Die EU-Staaten suchen nach Gemeinsamkeiten im Umgang mit der Flüchtlingskrise. „Nationale

Lösungen sind die schlechtesten“, mahnte Bundesinnenminister Thomas de Maizière gestern beim Treffen mit seinen europäischen Amtskollegen in der slowakischen Hauptstadt Bratislava. Sein slowakischer Kollege und Gastgeber Robert Kalinak sprach lieber von „flexibler Solidarität“ im Umgang mit Flüchtlingen.

Die Reform der sogenannten Dublin-Asylregeln soll nach Auskunft Kalinaks bis Jahresende weitgehend stehen. Sein Land hat für die kommenden sechs Monate den Vorsitz der EU-Staaten und organi-

siert deren Beratungen. In dieser Zeit solle eine „grundlegende Einigung“ über wichtige Punkte erzielt werden, sagte er. Ziel sei eine Reform, die auch wirklich in die Tat umsetzbar sei. Die EU-Kommission hat im Mai vorgeschlagen, Flüchtlinge aus besonders belasteten Ländern wie Griechenland stärker in Europa zu verteilen. De Maizière erwartet, dass auch das neue EU-Vorsitzland Slowakei sich an der Flüchtlingsverteilung beteiligt: „Ich habe gerne gehört, dass die Slowakei sich in dieser Rolle als ehrlicher Makler sieht.“ (dpa)

Aachener Nachrichten vom 08.07.2016, S. 3

Programm: Fördern und fordern

Wie in Deutschland künftig die **Integration geregelt** sein wird

Berlin. Mit dem ersten Integrationsgesetz in der Geschichte der Bundesrepublik will die Bundesregierung die Eingliederung von Flüchtlingen voranbringen. „Fördern und Fordern“ lautet die Überschrift des Pakets, über das gestern vom Bundestag verabschiedet wurde. Manche Verbände sehen die im Gesetz vorgesehenen Pflichten und Sanktionen kritisch.

Arbeitsmarkt: Das Gesetz sieht „Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen“ mit 100 000 gemeinnützigen Jobs für Flüchtlinge vor. Ziel ist eine „niedrigschwellige Heranführung“ an den deutschen Arbeitsmarkt. Gleichzeitig soll die Bundesagentur für Arbeit Flüchtlinge zur Wahrnehmung zumutbarer Jobs verpflichten können. Es drohen Leistungskürzungen, wenn Maßnahmen ausgeschlagen werden. Gewährt würden dann nur noch Leistungen zur Deckung des unmittelbaren Bedarfs und nur als Sachleistungen. Für Kritik sorgte, dass Flüchtlinge nur 80 Cent statt der sonst üblichen 1,05 Euro pro Stunde erhalten sollen.

Vorrangprüfung: Die Regelung, wonach Flüchtlinge nur dann einen Job annehmen können, wenn kein geeigneter Bewerber aus Deutschland oder der EU zur Verfügung steht, soll in Regionen mit unterdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit für drei Jahre ausgesetzt werden.

Integrationskurse: Ähnlich wie beim Arbeitsmarktprogramm verspricht die Bundesregierung einen umfangreicheren und früheren Zugang zu Integrationskursen. Gleichzeitig sollen Flüchtlinge zur Teilnahme verpflichtet werden können. Bei einem Verstoß droht auch hier die Kürzung der Sozialleistungen.

Ausbildung: Flüchtlinge, die einen Ausbildungsplatz haben, sollen für die Dauer der Ausbildung einen sicheren Aufenthaltsstatus bekommen. Werden sie danach übernommen, bekommen sie für weitere zwei Jahre einen sicheren Aufenthalt. Schließt sich keine Beschäftigung an, gibt es einen sicheren Aufenthalt für ein halbes Jahr zur Arbeitsplatzsuche. Wird eine Ausbildung abgebrochen, soll es ebenfalls eine Duldung für sechs Monate zur Suche nach einem neuen Platz geben. Eine Duldung zur Ausbildung soll nicht erteilt werden, wenn die Abschiebung unmittelbar bevorsteht. Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive sollen künftig mehr Unterstützung bei der Ausbildung erhalten.

Daueraufenthalt: Anerkannte Flüchtlinge sollen nicht mehr wie bisher nach drei Jahren automatisch ein Bleiberecht erhalten. Die sogenannte Niederlassungserlaubnis soll es künftig erst nach fünf Jahren geben unter der Voraussetzung, dass hinreichende Sprach-

kenntnisse und die Sicherung des Lebensunterhalts nachgewiesen werden. Nach drei Jahren kann nur noch derjenige den Daueraufenthalt genehmigt bekommen, der das fortgeschrittene Sprachniveau erreicht und für seinen Unterhalt selbst sorgen kann.

Wohnsitz: Mit der sogenannten Wohnsitzauflage soll der massenhafte Zuzug in Ballungsgebiete verhindert werden. Das Gesetz erlaubt den Ländern, auch für anerkannte Flüchtlinge Regeln zur Wahl des Wohnsitzes zu erlassen, wie sie bislang nur für Asylsuchende im Verfahren gelten. Den Ländern soll dabei freigestellt werden, ob sie konkrete Wohnorte vorschreiben oder umgekehrt den Umzug in bestimmte Städte oder Regionen verbieten. Die Regelung soll auf drei Jahre befristet werden und nicht für Flüchtlinge gelten, die andernorts einen Job, Ausbildungs- oder Studienplatz haben.

Verpflichtungserklärung: Wenn Flüchtlinge legal zu Angehörigen nach Deutschland kommen wollen, müssen diese versichern, dass sie für Lebensunterhalt und Krankenversicherung der Verwandten aufkommen. Diese Verpflichtungserklärung wird künftig auf fünf Jahre begrenzt. Für Altfälle – beispielsweise aus Programmen zur Aufnahme syrischer Flüchtlinge – gibt es eine nachträgliche Befristung auf drei Jahre. (epd)

**Aachener
Nachrichten vom
08.07.2016, S. 10**

Kitas in NRW bekommen ab August mehr Geld

Düsseldorf. Die Kindertagesstätten in NRW bekommen ab August mehr Geld. Die Pauschalen für die betreuten Kinder steigen in den kommenden drei Kita-Jahren doppelt so stark wie bisher geplant. Der Landtag hat gestern mit den Stimmen von SPD und Grünen beschlossen, die jährliche Erhöhung der Pauschalen von 1,5 Prozent auf drei Prozent anzuheben. Zusammen mit den Kommunen sorgt das Land dafür, dass die Kitas entlastet und die Kostensteigerungen aufgefangen werden, sagte NRW-Familienministerin Christina Kampmann (SPD).

Die Opposition nannte die Änderung völlig unzureichend. Damit werde der „Kita-Kollaps“ nicht verhindert, kritisierte die CDU. Die FDP sprach von einem „Tropfen auf den heißen Stein“. Das große Finanzierungsproblem werde mit einem vorübergehenden Plus nicht gelöst, sondern nur um drei Jahre vertagt. Rot-Grün will ein neues Kita-Gesetz mit einem reformierten Finanzierungssystem vorlegen – allerdings erst in der nächsten Legislaturperiode, also nach der Landtagswahl im Mai 2017. (dpa)

**Aachener Zeitung
vom 08.07.2016, S.
4**

Respekt ist nötig

Fremdenangst gibt es auf beiden Seiten

► **PETER PAPPERT**

Flüchtlinge verlassen weder freiwillig noch gerne ihr Heimatland; sie tun es aus Angst um ihr Leben, aus blanker Not, wegen Krieg, Verfolgung, Misshandlung und alltäglichen Grauens, in dem ihre Kinder verelenden. Davon und von ihrer gefährlichen Flucht traumatisiert empfinden viele zudem Angst vor der Fremde und dem, was sie dort erwartet. Diese Geschundenen haben das Recht, mit offenen Armen empfangen zu werden.

Angst vor dem, was fremd ist, gibt es aber auch bei den Einheimischen. Sie mag übertrieben sein, darf aber nicht einfach übergangen werden. Beide Seiten müssen das Fremde kennenlernen und es sich vertraut machen. Man muss miteinander sprechen können.

Deshalb ist es richtig, dass Integrations- und Sprachkurse für Flüchtlinge verpflichtend vorgeschrieben werden und demjenigen spürbare Sanktionen drohen, der sich ihnen verweigert. Der Einwand, es gebe nicht genügend solcher Kurse, ist richtig, trifft aber hier daneben. Natürlich müssen es viel mehr werden. Doch niemand wird bestraft, wenn er einem Kurs fernbleibt, den es gar nicht gibt.

Integration setzt voraus, dass Menschenrechte und Grundregeln des Landes für alle gelten – ausnahmslos. Wenn religiöse oder patriarchalische Traditionen dem widersprechen, haben diese Traditionalisten Pech. Jeder hat dafür zu sorgen, dass sein Leben, auch wenn es vom Glauben bestimmt wird, nicht in Konflikt gerät mit den Werten von Freiheit und Selbstbestimmung.

So verständlich es ist, dass Flüchtlinge sich frei durch die Republik bewegen wollen und möglichst bei Freunden und Verwandten leben möchten, so richtig bleibt das Prinzip der Wohnsitzauflage. Wer Ghettos verhindern und einzelne Kommunen nicht überlasten will, muss Freizügigkeit regeln. Das Integrationsgesetz ist bei allen Defiziten eine notwendige Grundlage für Willkommenskultur.

Berliner Zeitung vom 08.07.2016, S. 4 Schäuble ärgert die Länder

Debatte um Milliarden für die Integration von Flüchtlingen

VON MARKUS DECKER

Der Streit zwischen dem Bund und den Ländern über die Finanzierung der Flüchtlingskosten ist eskaliert. Der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) warf Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) vor, die Einigung zu blockieren. „Ich fahre nicht ständig nach Berlin, damit da nichts rauskommt. Ich bin doch kein Reiseonkel“, sagte er laut einem Bericht von Zeit online bei einem CSU-Treffen. Am Donnerstagnachmittag haben sich die Länderchefs mit Bundeskanzlerin Angela Merkel getroffen, um über die Kostenverteilung zu verhandeln. Das Ergebnis stand bei Redaktionsschluss der Ausgabe noch nicht fest.

Seehofer sei „außerordentlich verärgert und zornig“ über Schäuble – und habe dies sehr deutlich gezeigt, berichteten CSU-Abgeordnete vor dem Treffen. Der CSU-Chef soll gesagt haben, dass Schäuble nicht nur die Aufteilung der Flüchtlingskosten blockiere, sondern generell die Einigung der Bund-Länder-Financen. „Ich trete nicht in Berlin als Bettler auf“, mahnte Seehofer. Hintergrund ist offenbar eine Vorbesprechung der Unionsspitze am Mittwochabend.

Aber auch andere Ministerpräsidenten sind verärgert. „Wir erleben eine schwer erträgliche Hängepartie“, sagte der Thüringer Regierungschef Bodo Ramelow (Linke) der Passauer Neuen Presse. Alle 16 Bundesländer hätten Merkel zugesagt, gemeinsam Verantwortung in der Flüchtlingskrise zu überneh-

men und nicht erst lange über Geld streiten zu wollen. „Jetzt will Herr Schäuble von unseren Ausgaben nichts wissen. Wir leisten viel für die Integration der Flüchtlinge. Der Bundesfinanzminister hat uns dabei bisher im Stich gelassen. Das ist unverantwortlich.“ Schäuble hatte am Mittwoch gesagt, dass er manche Berechnungen der Länder nicht nachvollziehen könne.

Der Vorsitzende der Ministerpräsidentenkonferenz, Bremens Bürgermeister Carsten Sieling (SPD), bekräftigte am Donnerstag im Südwestrundfunk hingegen die Position der Länder. Die Gesamtkosten für Bund, Länder und Gemeinden beliefen sich auf 21 Milliarden Euro pro Jahr, und deshalb müsse der Bund auch pro Jahr wenigstens acht Milliarden Euro zuschießen. „Wir haben uns das nicht ausgedacht, sondern unsere Finanzminister haben das sehr sorgfältig zusammengestellt“, sagte der SPD-Politiker.

Unterdessen mahnte der Deutsche Städtetag eine Einigung an. „Die Städte brauchen zügig die Unterstützung von Bund und Ländern, damit sie die Integrationsaufgaben bewältigen können“, erklärte Städtetags-Präsidentin Eva Lohse vor Beginn des Treffens.

Neben den Hilfen vom Bund erwarten die Städte demnach auch von den Ländern weitere Unterstützung, etwa beim Ausbau der Kinderbetreuung oder beim Wohnungsbau. Die Oberbürgermeisterin von Ludwigshafen warnte: „Die Kosten einer unterlassenen oder gescheiterten Integration wären um ein Vielfaches höher.“

„Der Bundesfinanzminister hat uns bisher im Stich gelassen.“

**Bodo Ramelow
(Linke)**

Berliner Zeitung vom 08.07.2016, S. 8

Die Kosten schlechter Integration

Tobias Peter

findet, dass skeptische Einstellungen zur Willkommenskultur nicht weiterhelfen.

Der sollte sich hinten anstellen, wenn es nicht für alle reicht.“ Oder aber: „Der sollte auf keinen Fall Forderungen stellen oder Ansprüche erheben.“ So denkt keinesfalls die Mehrheit der Deutschen über Flüchtlinge – aber eben doch eine zunehmende Zahl, wie nun eine Studie über Einstellungen zur sogenannten Willkommenskultur ermittelt hat. Diese Entwicklung ist nicht nur ernüchternd für die vielen in der Zivilgesellschaft, die sich zuletzt für Flüchtlinge engagiert haben. Nein, sie ist auch hochproblematisch. Denn eine solche ablehnende Haltung in großen Gruppen der Bevölkerung erschwert das wichtige Projekt der Integration.

Es ist populär, von denen, die ins Land kommen, den Willen zu fordern, sich einzugliedern. Das ist auch richtig so. Von jedem, der hier bleiben will, kann etwa verlangt werden, die deutsche Sprache so gut wie möglich zu lernen. Nur: Das Problem ist ja bei den Flüchtlingen in der Regel nicht fehlender Wille – es sind fehlende Sprachkurse. Allein daran wird deutlich, dass erfolgreiche Integration immer Anstrengungen und Offenheit auf beiden Seiten erfordert. Darüber zu sprechen, ist weniger populär. Aber es ist notwendig. Denn das Flüchtlingskind aus dem Kindergarten des eigenen Sohnes oder der eigenen Tochter hat bessere Chancen, ein Teil unserer Gesellschaft zu werden, wenn es auch mal zu Deutschen zum Spielen nach Hause eingeladen wird.

Für manch einen Flüchtling aus Afghanistan oder von anderswo, der womöglich noch Analphabet ist, ist der Integrationsprozess mit der Besteigung eines hohen Berges vergleichbar. Dazu braucht es viel eigenen Einsatz. Aber wenn ein Bergsteiger am Abhang hängt, dann nützt es ihm nichts, wenn ihm von oben jemand mit Desinteresse zuschaut. Oder schlimmer: ihn sogar beschimpft. Er braucht – so pathetisch das klingen mag – ganz real die helfende Hand.

Wer die Flüchtlinge dabei unterstützt, sich zurechtzufinden, hilft damit auch der gesamten Gesellschaft. Ganz egal, ob wir den Menschen mit einer Willkommenskultur begegnen oder nicht: Viele haben das Recht zu bleiben und werden dies auch tun. Die Erfahrungen der Vergangenheit hat gezeigt: Nichts kommt die Gesellschaft auf Dauer so teuer zu stehen wie schlechte Integration. Das sollten wir uns nicht leisten.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 08.07.2016, S. 4

Gefahr im geschützten Raum

Zu oft werden in Flüchtlingsunterkünften nicht die Mindeststandards zum Schutz vor sexueller Gewalt gegen Kinder gewahrt / Von Heike Schmoll

BERLIN, 7. Juli. „Wenn wir mit diesen Menschen Zukunft gestalten wollen, dann dürfen wir nicht so mit ihnen umgehen“, sagt ein Sozialarbeiter in einer der größten deutschen Flüchtlingsunterkünfte in den Hangars des ehemaligen Flughafens Tempelhof in Berlin. Viele Flüchtlinge wohnen hier schon zehn Monate und länger, und aus Studien mit Langzeitarbeitslosen ist bekannt, dass es nur mit höchstem Aufwand gelingt, Menschen nach so langem Nichtstun wieder zu aktivieren. Durch Unterlassen entstünden viel höhere Kosten als durch rechtzeitige Intervention, geben die Sozialarbeiter zu bedenken. Nach der Aufbruchstimmung der Flüchtlinge unmittelbar nach ihrer Ankunft hat sich in den Hallen ohnehin Niedergeschlagenheit ausgebreitet. Viele finden trotz einer Aufenthaltsgestattung keine Wohnung auf dem freien Markt, weil sie nicht mit einheimischen Familien konkurrieren können; das zermüht sie.

Derzeit leben 1162 Flüchtlinge in den Hangars, vereinzelt sind die Schlafkabinen mit zehn Plätzen und mehr nicht voll belegt, denn Familien leben allein in den Abteilen, die nur die nackten Stockwerkbetten beherbergen. Ihre private Habe können die Flüchtlinge in den Schließfächern im Eingangsbereich verwahren. 350 Flüchtlinge sind unter 18 Jahren. Die Sechs- bis Sechzehnjährigen sind auf Schulen in den Bezirken verteilt. Von den 16 bis 21 Jahre alten Jugendlichen haben nur 70 von 270 die Chance, ein Berliner Oberstufenzentrum, eine Art berufliches Gymnasium, zu besuchen. Zu den Absurditäten gehört, dass die Jugendlichen ihre Schulzeit im Oberstufenzentrum auch noch unterbrechen müssen, wenn ein Aufenthaltsbescheid durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) ergeht, um erst einmal einen Integrationskurs zu machen, der im Zweifel das Gegen-

teil von dem bewirken könnte, was eigentlich beabsichtigt ist: die Störung des Integrationsprozesses.

Für die Jüngsten unter den Flüchtlingen gibt es nicht etwa Kita-Plätze, die nicht einmal für alle Berliner Kinder reichen; sie werden in eigenen Kinderräumen in vier der sieben Hangars betreut. Zum Standard einer Flüchtlingsunterkunft gehören sie nicht, sie sind eigentlich gar nicht vorgesehen. Wenn die Tamaja GmbH als Betreiber der Notunterkunft im Flughafen Tempelhof die Zusammenarbeit mit der unabhängigen Kinderrechtsorganisation „Save the Children“ nicht gesucht und dafür Psychologen, Sozialarbeiter und Dolmetscher engagiert hätte, dann gäbe es diese Schutz- und Spielzonen nicht. Schon lange hat der Unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs Johannes-Wilhelm Rörig darauf gedrungen, dass in allen Flüchtlingsunterkünften Mindeststandards zum Schutz vor sexueller Gewalt gelten sollen. Bei seinem Besuch in Tempelhof kritisierte Rörig, dass es immer noch dem Zufall oder dem Engagement Einzelner überlassen ist, ob Mindeststandards zum Schutz vor sexueller Gewalt befolgt werden oder nicht. Innenminister Thomas de Maizière (CDU) und die Länder hätten wohl aus Angst vor administrativem Aufwand verhindert, dass die Mindeststandards gesetzlich verankert werden, vermutet Rörig. Trotz eines Prüfauftrags der Kabinettsklausur vom Juni in Meseberg sei noch keine Einigung erzielt worden. Ohne eine gesetzliche Regelung werde es auch in Zukunft keine bindenden Vorgaben geben, die Länder und Unterkünfte einhalten müssten, hieß es im Juni nach der Kabinettsklausur. Am Donnerstag haben die Ministerpräsidenten und die Kanzlerin darüber verhandelt.

Zu den Mindeststandards gehören ge-

schlechtergetrennte Duschen und Toiletten, eine separate Unterbringung von alleinstehenden Müttern mit ihren Kindern und ein Notfallplan sowie eine Beratungsstelle. In anderen Unterkünften gab es nicht nur sexuelle Übergriffe auf Frauen, sondern auch auf Kinder, in Tempelhof ist den Sozialarbeitern und der Psychologin, die mit dem Kinderschutz und der Gewaltprävention beauftragt ist, nichts davon bekannt. Möglicherweise hängt das mit den vielen Sicherheitsleuten zusammen, die in diesen Gebäuden für den Brandschutz sorgen sollen.

Dabei wäre der Kinderschutz genauso wichtig, der hier weitgehend realisiert ist. Denn die Eltern sind häufig zu erschöpft, um sich intensiv um ihre Kinder kümmern zu können, sie reagieren nicht selten aggressiv oder abweisend. Die meisten der Kinder und Jugendlichen hätten massive Bindungsstörungen, sagt die Psychologin. Sie äußern sich in einem gestörten Nähe- und Distanzverhalten, das die Kinder wiederum gefährdet. Sie verhalten sich dann Fremden und nicht Vertrauenswürdigem so gegenüber wie ihren eigenen Eltern und machen sich unweigerlich zum leichten Opfer für Pädophile oder gewalttätige Erwachsene. Die Jugendlichen hätten oft den Auftrag, Geld an ihre Verwandten im Herkunftsland zu schicken, was sie zur potentiellen Beute Krimineller macht. Ein Jugendlicher, der sich über Wochen auffällig aggressiv verhielt, entwickelte in Tempelhof eine Psychose und musste psychiatrisch versorgt werden. Da die Krankenkassen keine Dolmetscher finanzieren, ist selbst das mit großen Schwierigkeiten verbunden. Die Dolmetscher in der Notunterkunft selbst sind bei den wöchentlichen Sprechstunden eines Psychiaters dabei, was die Flüchtlinge unweigerlich an deren Vertraulichkeit zweifeln lässt, denn sie befragen den Dolmetschern auch sonst.

**Frankfurter
Allgemeine Zeitung
vom 08.07.2016, S.
8**

Integrationskosten

Das Integrationsgesetz, das der Bundestag am Donnerstag verabschiedet hat, widerlegt alle Skeptiker, die glauben, „konservative“ Ansichten könnten sich nicht durchsetzen. Vergleicht man das Gesetz mit Debatten, die noch vor zwanzig Jahren geführt wurden, kann man nur staunen. Die deutsche Sprachpflege wird Pflicht, und es werden Anreize dafür gesetzt, gesellschaftliche Mindestanpassung nicht als Zumutung, sondern als staatlich kontrollierte Leistung zu begreifen. Das Gesetz ist aber nur die Theorie. Wie es in der Praxis aussieht, lässt sich daran ermes sen, dass Bund und Länder weiter darüber streiten, wer das alles bezahlen soll. Denn was nützt die schönste Sprachpflege, wenn es an Lehrern und Sozialpädagogen fehlt? Was nützen die schönsten Hundert-Euro-Jobs, wenn die Arbeitsvermittlung ein bürokratischer Hürdenlauf ist? Was das schönste Geld, wenn es woanders gestrichen wird? Theorie und Praxis zeigen auf diese Weise, dass es sehr wohl Grenzen der Einwanderung gibt. Zumal niemand abschätzen kann, wie erfolgreich Integration wirklich ist. Das erleben eines Tages erst unsere Kinder. kum.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 08.07.2016, S. 9

Missionare der türkischen Staatstheologie

Kann der Islam im Westen Wurzeln schlagen? Für die Ausbildung deutschsprachiger Imame fehlt bislang ein Konzept

Die Forderung ist bekannt und wird in jeder Talkshow neu intoniert: Er könne sich mit dem Imam seiner Gemeinde nicht einmal unterhalten, klagt der Politiker, weil dieser nur Türkisch verstehe. In deutschen Moscheen predigende Imame sollten dies in deutscher Sprache tun und hierzulande ausgebildet werden, am besten an einem der neuen Zentren für Islamische Theologie, die mit dem ausdrücklichen Ziel gegründet wurden, radikale Laienprediger aus den Moscheen zu vertreiben. Das ist aber eine Legende. Die Universitäten legen zwar die theologischen Grundlagen, aber sie bilden keine Imame aus. Nach dem Grundgesetz dürfen das nur die Religionsgemeinschaften, also die Moscheeverbände, tun.

Ob die ersten Absolventen der Islamischen Theologie, die im kommenden Jahr die Universitäten verlassen, in den Moscheegemeinden willkommen sind, muss sich noch zeigen. Der Kontakt zwischen den Milieus ist bisher schwach. Eine andere Frage müssen sie selbst beantworten. Ist Imam überhaupt ein attraktiver Beruf? Finanziell ist das schnell beantwortet. In den meisten Moscheen ist es ein Feierabendjob mit kargem Salär von rund 500 Euro, ausgeübt von Laien, die ihre Kenntnisse nebenbei erwerben. Es können Gemüsehändler oder Informatiker sein. Der Widerstand gegen eine moderate Auslegung des Korans wundert da wenig. Viele Imame kommen mit historisch-kritischen Methoden nie in Berührung.

Die große Ausnahme sind die sogenannten Import-Imame der Ditib, des größten deutschen Islamverbandes, der neunhundert der rund 2500 Moscheen in Deutschland betreibt. Die Ditib, die der türkischen Religionsbehörde Diyanet untersteht, zahlt einen monatlichen Auslandsaufschlag von 1800 Euro plus Heimatgehalt. Ditib-Imame sind Beamte des türkischen Staates. Die staatliche Abhängigkeit ist nicht das einzige Problem. In der Türkei ausgebildet, kennen Ditib-Imame weder Kultur noch Sprache ihres Gastlandes und müssen, wenn sie erste Kontakte geknüpft haben, schon wieder die Koffer packen. Oft finden sie nur schwer Zugang zu ihren Gemeinden, besonders zu den nicht mehr türkischsprachigen Jugendlichen der dritten und vierten Generation. Anders als in ihrer Heimat, wo sie sich ausschließlich religiösen Aufgaben widmen, erwarten sie in Deutschland auch viele seelsorgerische Tätigkeiten, bei Ehekrisen, Jugendarbeitslosigkeit, Erziehungsproblemen, den typischen Begleiterscheinungen der Migration. Dass sich die Diskussion an den Import-Imamen entzündet, ist daher verständlich und trotzdem nur zur Hälfte be-

rechtigt. Ditib-Imame sind die am besten ausgebildeten und am strengsten geprüften Vertreter ihres Fachs.

Doch wer prüft sie? Aufschluss gab die Erklärung des Ditib-Vorstands Zekeriya Altug, der anlässlich der Armenien-Resolution des Deutschen Bundestags zu Protokoll gab, sein Verband fühle sich von den türkischstämmigen Abgeordneten, die für die Resolution gestimmt hatten, nicht mehr vertreten. Die Frankfurter Islamforscherin Susanne Schröter, die eine ausführliche Studie über Wiesbadener Moscheegemeinden durchführte und dabei auf eingeschränktes Entgegenkommen der Ditib stieß, hält den Verband für ein finanzielles und ideologisches Anhängsel des türkischen Staates, einen Transmissionsriemen des zunehmend islamistischen Kurses von Erdogan. Die in Ankara ausgebildeten Imame seien Missionare der türkischen Staatstheologie. Tatsächlich hat die Diyanet Vertreter in allen wichtigen Ditib-Gremien. Über Kontakte einzelner Ditib-Moscheen zu Dschihadisten und Salafisten wurde mehrfach berichtet.

Ein eigenes Bild lässt sich nur über Umwege machen. Der Imam der Frankfurter Merkez-Moschee ist des Deutschen nicht mächtig und lehnt den Gesprächswunsch ab. Der Vorstand, ein energisch fuchtelnder Geschäftsmann, verweist an den Religionsattaché der Diyanet, der alle Gesprächswünsche absegnen muss. Man hört's mit Erstaunen: War nicht die Emanzipation vom türkischen Einfluss Voraussetzung für die Kooperation beim hessischen Islamunterricht?

Der Attaché vermittelt Hasan Agirbas von der Ditib-Moschee im hessischen Idstein, einen intellektuell aufgeschlossenen, mehrsprachigen Vorzeige-Imam, der theologisch auf breiter Basis steht. Der eloquente Agirbas hat Fernseh- und Interviewroutine und gibt sich als Vertreter einer historisch-kritischen Koranlesart zu erkennen, macht aus seiner Sympathie für die gegenwärtige politische Entwicklung in der Türkei aber keinen Hehl.

Sein Beispiel ist, nicht nur für die Ditib, von begrenzter Aussagekraft. Denn im Unterschied zu den übrigen Moscheeverbänden verfügt die Ditib über Finanzquellen aus der Türkei. Die politische Forderung nach in Deutschland ausgebildeten Imamen ist eine Phantomdebatte. Es gibt dafür bis heute kein Konzept. Auf Initiative der Islamkonferenz sollte 2010 ein Modell eingerichtet werden. Daraus entstanden aber lediglich lokale Initiativen zur landeskundlichen und sprachlichen Weiterbildung. Ehrenwerte Maßnahmen, aber nichts davon bereitet die Imame auf ihre eigentliche Tätigkeit vor: Koranrezitation,

Predigen, Gemeindepastoral.

Die Universitäten betrachten dies trotz vielfacher Forderung nicht als ihre Aufgabe und beschränken sich auf die landeskundliche Weiterbildung. „Nicht die große Lösung“, sagt der Osnabrücker Theologe Rauf Ceylan. Zumal von den Imamen der Ditib, die den größten Integrationsbedarf hätten, nur wenige nach Osnabrück kämen. Schmerzlich vermisst werden Ausbildungsstätten, die Imame auf ihre Gemeindegemeinschaft vorbereiten. Katholisch gesprochen: Priesterseminare. Schon aus finanziellen Gründen wird sich das so bald nicht ändern. Würden die Imame in Deutschland ausgebildet, müssten die Moscheegemeinden dafür aufkommen. Die meisten sind jedoch finanzschwach und haben genug zu tun, die laufenden Kosten ihrer Moscheen zu bezahlen, von denen, so Ceylan, nicht wenige wieder schließen, wenn die ersten Stromrechnungen kämen.

Für die Ditib, den einzigen finanzkräftigen Akteur, gibt es bisher keinen Anreiz, sich in Deutschland ausgebildete Imame zuweisen zu lassen. Diese Haltung scheint sich etwas zu ändern. Im Rahmen eines internationalen Programms schickt der Verband seit 2006 deutsche Schulabsolventen in die Türkei und lässt sie dort zu Predigern für deutsche Moscheen ausbilden. Im Grundsatz hält die Ditib aber am Import-Modell fest. In den ärmeren Moscheegemeinden wird Imam ohnehin eine Laientätigkeit bleiben, falls nicht ein ganz neues Modell gefunden wird.

Der Staat kann hier nur eine Nebenrolle spielen, denn sein Aktionsradius ist schon durch das Recht der Verbände zur Auswahl ihrer Geistlichen beschränkt. Die Ditib lehnt staatliche Einmischung ab. Delikat an der staatlichen Kooperation wäre auch die Finanzierung. Die Verbände, die eher ethnische als religiöse Gebilde sind, müssten als Religionsgemeinschaften anerkannt werden. Auch unter den sehr heterogenen Verbänden ist strittig, ob man sich für die Anerkennung als Religionsgemeinschaft stärker engagieren soll. „Es gibt darüber bis heute keine systematische Diskussion, weder zwischen den Verbänden noch mit dem Staat“, sagt Rauf Ceylan.

Hypothetisch konkurrieren zwei Modelle. Nach dem ersten soll die Imam-Ausbildung über eine Moscheesteuer finanziert werden. Die Ditib lehnt das bisher ab. Dagegen steht ein lokaler Ansatz: Die Moscheegemeinden sollen attraktive Imam-Gehälter durch höhere Mitgliedsbeiträge finanzieren. Ein Teil davon sei an die Verbände zu überweisen, für den Aufbau professioneller Ausbildungsstätten. Der freiwillige Mitgliedsbeitrag liegt

in Idstein heute bei knapp zehn Euro im Monat. Wie sollen die islamischen Gemeinden das nötige Geld aufbringen, wenn den meisten schon der Unterhalt ihrer Moscheen schwerfällt? Und sind die religiös konservativen Verbände geeigne-

te Kandidaten für die Ausbildung der Imame? Dem Ziel eines in der westlichen Gesellschaft verwurzelten Islams käme man nur durch verstärkte Integration der Universitäten näher. Der Forderung nach einem „deutschen Imam“ fehlt noch der Unterbau.
THOMAS THIEL

Kölner Stadtanzeiger vom 08.07.2016 , S. 5

Länder bekommen sieben Milliarden mehr

Alle Seiten zufrieden nach äußerst harten Verhandlungen über Kosten der Integration

Berlin. Bund und Länder haben ihren monatelangen Streit über die Kosten für die Integration der Flüchtlinge beigelegt. Die Länder bekommen vom Bund in den Jahren 2016 bis 2018 insgesamt sieben Milliarden Euro zusätzlich. Darauf einigten sich Kanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Wolfgang Schäuble (beide CDU) am Donnerstag bei einem Spitzentreffen im Kanzleramt mit den 16 Länderregierungschefs. Der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) sprach von einem „sensationellen Ergebnis“.

Der Bund stellt den Ländern für 2016 bis 2018 eine jährliche Integrationspauschale in Höhe von jeweils zwei Milliarden Euro zur Verfügung. Über die Verwendung können die Länder frei entschei-

„Das ist ein sehr
gutes Ergebnis

Stanislav Tillich

den. Die von Schäuble verlangten Belege für die Verwendung sind damit vom Tisch.

Zudem zahlt der Bund den Ländern die im Integrationskonzept für den Wohnungsbau in Aussicht gestellten Gelder in Höhe von jeweils 500 Millionen Euro für 2017 und 2018. Die Länder sollen dann wie bereits vereinbart über die Verwendung der Gelder für den Wohnungsbau berichten.

Die Integrationspauschale wird zusätzlich zur bereits vereinbarten Übernahme der flüchtlingsbedingten Mehrkosten für die Unterkunft gezahlt. Das waren 2,6 Milliarden Euro für 2016 bis 2018. Bis Mitte 2018 soll es unter Berücksichtigung der weiteren Entwicklung der Flüchtlingslage eine Anschlussregelung geben.

Der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Reiner Haseloff (CDU), zeigte sich zufrieden. Mit Blick auf die Prognose der Flüchtlingszahlen betonte er jedoch: „Wir sind sicherlich noch nicht auf einer Ideallinie angekommen.“ Man stehe jetzt aber deutlich besser da als vor den Gesprächen.

Seehofer sagte, es sei wichtig gewesen, dass alle 16 Länder zusammengehalten und das Ergebnis durch „kluge Verhandlungen“ erreicht hätten. „Das passt für die drei kommenden Jahre“, sagte er. Er schränkte jedoch ein: „Das ist noch nicht die Lösung für alle Zeit.“ Die Verhandlungen mit Schäuble seien „immer eisenhart“. Der Bund könne sich die zusätzlichen Gelder leisten, ohne die soliden Finanzen zu gefährden.

Sachsens Ministerpräsident Stanislav Tillich (CDU) sagte, er sei rundum zufrieden. „Das ist ein sehr gutes Ergebnis, sowohl für den Bund als auch die Länder.“

Der Bund hatte den Ländern

schon vorher angeboten, für drei Jahre die Kosten der Kommunen für die Unterkunft anerkannter Flüchtlinge zu übernehmen. Er war auch bereit, für Minderjährige ohne Begleitung die Mittel auf rund eine Milliarde pro Jahr aufzustoßen. Die Länder hatten dagegen eine Integrationspauschale gefordert, wie sie nun kommt. (dpa)

Gesetz verabschiedet

Der Bundestag hat mit den

Stimmen der Koalition erstmals ein Gesetz für eine bessere Integration von Flüchtlingen verabschiedet. Migranten sollen stärker gefördert werden und leichteren Zugang zum Arbeitsmarkt sowie zu Integrations- und Deutschkursen erhalten. Auf der anderen Seite drohen ihnen Leistungskürzungen, wenn sie Integrationsmaßnahmen ohne wichtigen Grund ablehnen.

Die Bundesländer erhalten mit dem Gesetz die Möglichkeit, anerkannten Flüchtlingen einen Wohnort zuzuweisen. Damit soll die Entstehung von sozialen Brennpunkten verhindert werden. Eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis nach fünf Jahren soll künftig nicht mehr automatisch erteilt werden, sondern unter anderem von Deutschkenntnissen abhängen. (rtr)

**Kölner
Stadtanzeiger
vom 08.07.2016,
S. 28**

Land erhöht Pauschalen für Kitas

BETREUUNG Die
Opposition im Landtag
kritisiert den Schritt als
unzureichend

Düsseldorf. Die Kindertagesstätten in Nordrhein-Westfalen bekommen ab August mehr Geld. Die Pauschalen für die betreuten Kinder steigen in den kommenden drei Kita-Jahren doppelt so stark wie bisher geplant. Der Landtag hat am Donnerstag mit den Stimmen von SPD und Grünen beschlossen, die jährliche Erhöhung der Pauschalen von 1,5 Prozent auf 3,0 Prozent anzuheben. Zusammen mit den Kommunen Sorge das Land dafür, dass die Kitas entlastet und die Kostensteigerungen aufgefangen werden, sagte Familienministerin Christina Kampmann (SPD).

Die Opposition nannte die Änderung völlig unzureichend. Damit werde der „Kita-Kollaps“ nicht verhindert, kritisierte die CDU. Die FDP sprach von einem „Tropfen auf den heißen Stein“. Das große Finanzierungsproblem werde mit einem vorübergehenden Plus nicht gelöst, sondern nur um drei Jahre vertagt.

Rot-Grün will ein neues Kita-Gesetz mit einem reformiertem Finanzierungssystem vorlegen – allerdings erst in der nächsten Legislaturperiode, also nach der Landtagswahl im Mai 2017. Die Piraten nannten es „verantwortungslos“, dass die Regierung bei einem so gravierenden Thema nicht schneller arbeite. (dpa)

Express vom 08.07.2016, S. 6

Stoppen solche Schilder die Brücken-Idioten?



So könnte die Höhenbegrenzung aussehen – das Bild ist eine Fotomontage. Ist das wirklich die beste Lösung?

Montage: EXPRESS; Fotos: dpa, Carsten Rust

Leverkusen – „Das Maß ist voll!“ Sagt NRW-Verkehrsminister Michael Groschek (59). Der SPD-Politiker will Lastwagen jetzt mit „technischen Zwangsmaßnahmen“ daran hindern, weiterhin über die marode Autobahnbrücke bei Leverkusen zu donnern. Geprüft wird, ob man Höhenbegrenzungen (3,5 Meter) verankern kann und die Fahrspuren mit Pollern auf eine Breite von 2,20 Meter verengt. Der ADAC hält das für den falschen Ansatz. Provozieren die Lastwagen-Sperren so nur neue Staus?

 VON GERHARD VOOGT
gerhard.voogt@express.de

Trotz des Durchfahrtsverbots für Lastwagen, die schwerer als 3,5 Tonnen sind, fahren täglich rund 150 Brummis über die Brücke. Sie verursachen starke Vibrationen, die das Bauwerk weiter

zerbröseln lassen. Nachdem jetzt ein neuer 400-Millimeter-Riss festgestellt wurde, muss die Brücke im August für die Dauer der Reparatur voll gesperrt werden. Ein Alptraum für Pendler.

Roman Suthold (44) leitet die Abteilung Verkehr beim ADAC Nordrhein. Der Experte

hält wenig von den Plänen des NRW Verkehrsministers: „Bauliche Maßnahmen führen nur zu mehr Staus. Wenn Lastwagen unter Höhenbegrenzungen oder an seitlichen Pollern hängen bleiben, dauert es Stunden, ehe die Fahrbahn wieder frei ist. Den Autofahrern ist das Problem ja von der sogenannten »Idiotenbrücke« auf der Inneren Kanalstraße in Köln bekannt.“

Suthold ist davon überzeugt, dass verstärkte Polizeikontrollen die beste Lösung wären. „Die müssen rund um die Uhr stattfinden, und zwar vor der letzten Abfahrt, damit man die Lastzüge noch rechtzeitig ab-

leiten kann. Der Verkehrsminister sollte das Thema mit dem Innenminister besprechen, damit der die nötige Zahl an Beamten bereitstellt. Polizei-Kontrollen sind zwar personalintensiv, aber hochwirksam.“

Klaus Vossemer (45), verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag, sieht das ähnlich: „Die Wahrheit über den Zustand der Brücke kommt nur scheinbarweise ans Licht. Wegen einiger unverbesserlicher Brummifahrer, will er nun den gesamten Verkehr rund ums Leverkusener Kreuz ausbremsen. Es braucht endlich wirksame Po-

lizeikontrollen. Wenn für die Showveranstaltung Blitzermarathon Personal zur Verfügung steht, muss das erst Recht für die Überwachung eines so wichtigen Verkehrsknotenpunkts der Fall sein.“

Christof Rasche (54), Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Landtagsfraktion: „Verkehrsminister Groschek macht die Lkw-Branche zum Sündenbock, um von eigenen Fehlern abzulenken. Er hat die Schäden und deren Folgen völlig unterschätzt. Die wenigen Lkw, die jetzt ohne Erlaubnis die Brücke befahren, können nicht für die Risse verantwortlich sein.“

Kölnische Rundschau vom 08.07.2016 , S. 32

Rheinbrücke: Sorge vor Totalausfall

Nach Riss in Tragseilen prüft Land Maßnahmen gegen illegalen Lkw-Verkehr

VON KLAUS MÜLLER

KÖLN/LEVERKUSEN. Die Sorge vor einem Totalausfall der maroden Leverkusener Rheinbrücke der Autobahn 1 geht um, seit am Mittwoch bekannt wurde, dass in einer der acht Seilverankerungen ein neuer, rund 40 Zentimeter langer Riss entdeckt wurde. NRW-Verkehrsminister Michael Groschek kündigte eine harte Bestrafung für „skrupellose Lastwagenfahrer an, die sich über das geltende Fahrverbot und Blitzeranlagen hinwegsetzen“ und so selbst die eingeschränkte Funktionsfähigkeit der Brücke gefährdeten. Dies soll über eine Bundesratsinitiative erreicht werden. In enger Abstimmung mit Innenminister Ralf Jäger will er außerdem ein ganzes Maßnahmenbündel für die A 1-Brücke schnüren. Angedacht sind auch bauliche Veränderungen, wobei Staus vermieden werden sollen.

Speditionsbranche sieht sich zu Unrecht kritisiert

Ursache des Schadens ist der illegale Schwerlastverkehr, denn obwohl die Brücke für Fahrzeuge über 3,5 Tonnen Gesamtgewicht seit zwei Jah-

ren gesperrt ist, setzten sich täglich mehr als 150 Brummifahrer darüber hinweg. Zur Reparatur des Risses soll die Rheinbrücke im August voll gesperrt werden. Wann genau und für wie lange steht noch nicht fest, sagte Dr. Markus Hamme, Ingenieur bei Straßen.NRW, gestern der Rundschau. Dies soll in einem Sanierungskonzept erst dann festgelegt werden, wenn auch die sieben übrigen Seilverankerungen nochmals geprüft worden sind. Er schätzt zwei Tage. Die Sperrung sei unvermeidlich.

Für die Schweißarbeiten müsse die Brücke erschütterungs- und schwingungsfrei sein. „Wir müssen sicher sein, dass das auch gelingt. Viele Chancen haben wir dafür nicht“, sagte Dr. Hamme. Er verglich die Arbeiten mit einer Herzoperation bei einem Patienten mit sehr schlechtem Allgemeinzustand. Die Tragfähigkeit der Brücke sei ernsthaft gefährdet.

Während der Landesbetrieb Millionen aufwendet, um die marode Rheinbrücke zu erhalten, läuft parallel das Planstellungsverfahren für einen Neubau. In dieser Woche ist der Er-

örterungstermin für die eingegangenen Bedenken. Das neue, zweiteilige Bauwerk könnte bis 2023 fertig sein. Der erste Teil soll bereits ab 2020 befahrbar sein, bis dahin soll die alte Brücke betriebsfähig erhalten bleiben. Diskutiert wird auch eine polizeiliche Kontrolle rund um die Uhr und an sieben Tagen in der Woche. Die Kölner Polizei sieht derzeit dazu aber weder die personelle, noch die logistische Möglichkeit. Seitdem Gewichtsblietzer installiert wurden, sei die Zahl der Verstöße von 1300 am tag auf nunmehr 150 deutlich zurückgegangen. Schon im weiten Umkreis würden Lkw-Fahrer auf die Sperrung hingewiesen. Eine Überprüfung aller potenziell zu schweren Fahrzeuge vor der Brücke käme schon einer Vollsperrung gleich, sagte Polizeisprecher Dirk Weber. Dazu seien täglich 24 Beamte notwendig.

Der Verband Spedition und Logistik wehrte sich gestern in einer Pressemitteilung gegen die Vorwürfe und sieht sich als Opfer einer „Hetzkampagne“. Die Behauptung, dass täglich 150 Lkw die Brücke illegal be-

fahren würden, sei aus der Luft gegriffen, damit wollten die Behörden vom eigenen Versagen ablenken, weil sie zu spät mit der Sanierung der Brücke begonnen hätten, sagte Vorsitzender Wolfgang Stromps. Es seien vielmehr schwere Wohnmobile, die das Durchfahrverbot missachteten.

Die Stadt Leverkusen, die die Brückenseite in Richtung Köln überwacht, hat im Juni 2597 Gewichtsverstöße gezählt, durchschnittlich 87 pro Tag. In Richtung Dortmund waren es nach Angaben der Stadt Köln von Januar bis Ende April 5900 Verstöße, knapp 49 am Tag. In der Regel werden 150 Euro Bußgeld fällig. Ein Wiederholungstäter wurde mit einem Fahrverbot belegt. Seit der Installation der Gewichtsblietzer seien die Verstöße aber sehr zurückgegangen, so Engelbert Rummel, Leiter des Kölner Ordnungsamtes: von Juni bis Dezember 2014 waren es 44 500, 2015 im gesamten Jahr 36 700. Die Bußgelder aus Radar- und Gewichtüberwachung summierten sich seither auf mehr als sechs Millionen Euro für die Stadt Köln.

Kölner Stadtanzeiger vom 08.07.2016, S. 3

Schranken und harte Kontrollen

NRW-Minister Jäger und Groschek planen ein Maßnahmenbündel – Schiersteiner Brücke könnte als Vorbild dienen

VON PETER BERGER

Köln/Leverkusen. Mit Empörung hat der Verband der Spediteure in NRW auf die Kritik von NRW-Verkehrsminister Michael Groschek reagiert, dass Lkw-Fahrer, die illegal über die Rheinbrücke fahren, für deren Schäden verantwortlich sind. „Die erneut gestartete Hetzkampagne gegen das Straßengüterverkehrsgewerbe soll nur von eigenem Versagen ablenken“, sagte Wolfgang Stromps, Vorsitzender des Verbandes. Die Branche toleriere in keiner Weise das illegale Passieren der Brücke und fordere die Ordnungsbehörden auf, dies konsequent zu verfolgen. Die Behauptung, täglich würden bis zu 150 Lkw illegal über die Brücke fahren, „ist aus der Luft gegriffen und absurd. Wir sollten in einen vernünftigen Dialog treten, um schnellstmöglich Abhilfe zu schaffen, anstatt immer neue völlig haltlose Beschimpfungen der Branche vorzunehmen“.

Doch wie geht es jetzt weiter? Das sind die wichtigsten Fragen zur Leverkusener Brücke.

➔ Wie ernst ist die Lage an der Leverkusener Rheinbrücke wirklich?

Die Ingenieure, die das Bauwerk täglich beobachten, sind mit ihren Äußerungen sehr zurückhaltend. Der frisch entdeckte 40 Zentimeter lange Riss an einer der acht Seilverankerungen ist ein Alarm-signal. Weil das Bauwerk noch mindestens bis Ende 2020 durchhalten muss, kann es jetzt nur noch darum gehen, es möglichst zu entlasten. Jeder Schwerlast, der illegal über die Brücke fährt, ist einer zu viel. Den ursprünglichen Plan, das Bauwerk zumindest für Lkw bis 7,5 Tonnen freigegeben zu können, hat der Landesbetrieb Straßen NRW inzwischen aufgegeben. Jetzt geht es nur noch darum, die Brücke wenigstens für Pkw offen zu halten.

➔ Wann sind die Prüfungen aller acht Seilverankerungen abgeschlossen?

Noch diesen Monat. Im August soll die Sanierung beginnen.

➔ Wie lange dauert das?

Das hängt vom Umfang der Schäden ab. Straßen NRW ist bestrebt, die Brücke nur an Samstagen und Sonntagen zu sperren.

➔ Was kann man noch tun, um den illegalen Schwerlastverkehr fernzuhalten?

Mit Schranken und Einbauten zur Einschränkung der Fahrbahnbreite wäre das möglich. Allerdings geht das nur, wenn die Polizei 24 Stunden am Tag kontrolliert.

➔ Hat es so etwas schon einmal gegeben?

Ja. Im vergangenen Jahr an der Schiersteiner Brücke, die Wiesbaden und Mainz über den Rhein hinweg verbindet. Sie musste gesperrt werden, nachdem sich am 10. Februar 2015 auf der Mainzer Seite bei Bauarbeiten ein Brückenpfeiler verschoben hatte und die Fahrbahn um bis zu 30 Zentimeter abgesackt war. Bis Ende 2015 durften nur Fahrzeuge bis 3,5 Tonnen die Brücke passieren.

➔ Welche Maßnahmen hat man dort ergriffen?

Neben einer umfangreichen Beschilderung und frühzeitigen Hinweisen auf den Autobahnen A 60 und A 643 wurde ein mehrstufiges Warn- und Sperrsystem zur automatischen Zufahrtsabsicherung der Brücke eingesetzt. Ziel dabei war es, schon im Vorfeld der Brücke die zu schweren Fahrzeuge von der Autobahn zu leiten.

➔ Wie hat das funktioniert?

Die Fahrspuren, die zur Brücke führen, wurden auf 2,40 Meter ver-

engt und nur für Fahrzeuge bis 3,5 Tonnen freigegeben. Das geschah mit Betonschwellen. Da passt normalerweise kein Lkw mehr durch. In Einzelfällen haben das Lkw-Fahrer aber doch noch versucht.

➔ Und das hat schon gereicht?

Nein. Alle Fahrzeuge, die auf die Brücke zufuhren, wurden automatisch kontrolliert. Und zwar doppelt: auf das zulässige Maximalgewicht, sowie Höhe und Breite. Dazu kamen zwei Messgeräte zum Einsatz – eine Fahrzeugwaage und ein Laserscanner. Sobald ein Schwerlast an der Kontrolle vorbeifuhr, gingen automatisch Warnleuchten an. Der Fahrer hatte dann noch die Chance, die Autobahn vor der Brücke zu verlassen. Technisch ist es kein Problem, das Gewicht eines Lkw während der Fahrt zu kontrollieren.

➔ Haben Lkw-Fahrer diese Warnungen ignoriert?

Ja. Die Lkw sind dann noch einmal an einer zweiten Stelle auf Gewicht und Fahrzeugmaß überprüft worden. Wer trotzdem weiterfuhr, wurde durch eine Schranken-Anlage gestoppt.

➔ Und dann?

Die Schranken wurden rund um die Uhr von der Polizei kontrolliert, der Lkw abgeleitet und der Fahrer wegen vorsätzlichen Fehlverhaltens mit einem doppelten Bußgeld belegt.

➔ Lässt sich das Schiersteiner Modell auf die Leverkusener Rheinbrücke übertragen?

Theoretisch schon. Allerdings ist das wesentlich komplizierter. Bei der Schiersteiner Brücke standen in Richtung Wiesbaden nur eine Fahrspur, in Richtung Mainz zwei Fahrstreifen zur Verfügung. Bei der Leverkusener Brücke sind pro Richtung drei Fahrspuren frei. Au-

ßerdem ist eine permanente Kontrolle durch die Polizei zwingend nötig, weil Lkw, die vor einer geschlossenen Schranke landen, abgeleitet werden müssen, um keine Megastaus zu verursachen.

➔ Wie geht es im Fall Leverkusen jetzt weiter?

Das Verkehrs- und das Innenministerium wollen laut Verkehrsminister Michael Groschek ein ganzes Maßnahmenbündel schnüren. Dieses könnte dem Schiersteiner Modell schon ziemlich nahe kommen.

Sperrung im August

Rund 150 Schwerlast fahren trotz des Verbots immer noch täglich über die Leverkusener Rheinbrücke. Im August muss sie zumindest an einem Wochenende voll gesperrt werden, um die Schäden zu reparieren, die durch die Erschütterungen an den Seilkammern entstehen. NRW-Verkehrsminister Michael Groschek (SPD) will das nicht länger hinnehmen und kündigt „technische Zwangsmaßnahmen an“, um das zu unterbinden. Dazu fänden Gespräche mit dem Innenministerium statt. „Eine Minderheit von skrupellosen Lastwagenfahrern setzt sich über Fahrverbot und Blitzeranlagen hinweg und gefährdet die eingeschränkte Funktionsfähigkeit der Brücke“, sagte Groschek. „Die Polizei hat ihr Abschreckungspotenzial ausgeschöpft, indem sie die Lkw-Fahrer mit einem doppelten Ordnungsgeld bestraft.“

Sollte es zu Einbauten kommen, die das Befahren für Schwerlast unmöglich machen, wäre das mit Einschränkungen für den allgemeinen Autoverkehr verbunden. (kla)

Kölner Stadtanzeiger vom 08.07.2016 , S. 3

Diagnose: Schwere Schäden an einer der Seilkammern

Seit vier Jahren ist die Leverkusener Brücke ein ständiges Problem – Eine Chronologie

VON PETER BERGER

August 2012: NRW-Verkehrsminister Michael Groschek sieht sich die Leverkusener Brücke an. Fazit: Sie muss erneuert werden, dürfte aber noch ein paar Jahre halten.

30. November 2012: Groschek teilt nach erneutem Ortstermin und Krisentreffen mit: Die Brücke müsse aufgrund von Rissen in Quer- und Hauptträgern für Fahrzeuge über 3,5 Tonnen gesperrt werden. NRW erwarte vom Bundesverkehrsminister, dass der Neubau deutlich vorgezogen wird.

1. Dezember 2012: Fahrverbot für Lkw über 3,5 Tonnen.

4. Dezember: Die Oberbürgermeister von Köln, Bonn und Leverkusen schreiben an Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer

(CSU): „Köln droht als einer der wichtigsten Verkehrsknoten im Stau zu ersticken. Der Logistikstandort und Tausende Arbeitsplätze sind bedroht.“

Ende Januar 2013: Trotz Fahrverbots rollen täglich bis zu 3000 Schwerlastler über die Brücke. Die Polizei verstärkt die Kontrollen.

3. März 2013: Die Brücke wird für Lkw bis 44 Tonnen wieder freigegeben – zweispurig mit Tempolimit 60.

4. Mai 2013: Wieder drei Spuren frei.

August 2013: Weil sich fast 80 Prozent der Autofahrer nicht an das Tempolimit halten, fordert der Bezirksregierung, Radaranlagen zu installieren.

Mitte Februar 2014: Die Blitzer gehen in Betrieb. In den ersten fünf Tagen werden knapp 7600 Temposünder geblitzt.

März 2014: Schärfere Kontrollen des 44-Tonnen-Limits für Lkw.

Juni 2014: Die Rheinbrücke wird wegen neuer Schäden wieder für Lkw mit einem Gesamtgewicht

über 3,5 Tonnen gesperrt. NRW-Verkehrsminister Groschek kündigt an, das Verbot durch Gewichtskontrollen per Radar zu überwachen. Der Landesbetrieb Straßen NRW richtet auf beiden Seiten der Brücke eigene Abbiegespuren für Lkw ein.

Juli 2014: Die Stadt Leverkusen stellt die Blitzer auf der Brücke um. Neben der Geschwindigkeit wird jetzt auch das Gewicht der Fahrzeuge überwacht. Dennoch ignorieren bis zu 1500 Lkw pro Tag das Fahrverbot. Die Polizei verschärft die Kontrollen.

August 2014: Bundesverkehrsminister Dobrindt (CSU) kündigt an, den Neubau der Brücke durch ein „Planungsbeschleunigungsge-
setz“ zügig voranzutreiben.

Oktober 2014: Der Gesetzentwurf für den schnelleren Brückenbau wird auf den Weg gebracht.

November 2014: Wegen neuer Schäden kann die Brücke nicht wie geplant zum Ende des Jahres für Lkw wieder freigegeben werden.

Man geht davon aus, dass das nicht vor Juni 2015 der Fall sein wird.

Dezember 2014: Der Landesbetrieb Straßen NRW will keinen neuen Termin mehr für die Lkw-Freigabe nennen.

Januar 2015: In beiden Richtungen wird auf der Brücke eine dritte Fahrspur für den Verkehr freigegeben.

April 2015: Die Brücken-Ingenieure befürchten, dass die Freigabe für Lkw auf der alten Brücke nicht mehr möglich sein wird.

Oktober 2015: Nach neuen Untersuchungen bestätigt sich die Befürchtung. Die Brücke bleibt für Lkw über 3,5 Tonnen gesperrt.

Februar 2016: Bei Routinekontrollen werden neue Risse entdeckt, die an einem Wochenende repariert werden.

Juli 2016: Erneut werden schwere Schäden an einer der Seilkammern der Brücke entdeckt.

Deshalb muss Straßen NRW auch auf die Sanierung der Richtungsfahrbahn nach Koblenz verzichten.

Neue Rhein Zeitung vom 08.07.2016, S. 1

Bahn geht an Rhein und Ruhr leer aus

Staatsunternehmen verliert Ausschreibung. Neuer Takt und neue Anbieter ab 2019

Von Michael Minholz

An Rhein und Ruhr. Der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) sorgt bei der Neuvergabe der wichtigsten S-Bahnnetze in der Region für ein verkehrspolitisches Erdbeben: Nach dem Aus beim Rhein-Ruhr-Express geht die bislang marktführende Deutsche Bahn beim nächsten Millionenprojekt überraschend leer aus. Den Zuschlag bei der europaweiten Ausschreibung erhalten die Anbieter Abellio und Keolis (siehe Kasten), teilte der VRR gestern mit.

Ab dem Dezember 2019 werden die meisten S-Bahnlinien an Rhein und Ruhr somit für zwölf Jahre von Tochterfirmen ausländischer Konzerne betrieben. Die Züge sollen im Ruhrgebiet in den Stoßzeiten in einem 15-Minuten-Takt fahren, abends und frühmorgens in einem 30-Minuten-Takt, sagte eine VRR-Sprecherin. Im Raum Düsseldorf werde dagegen der aktuelle 20-Minuten-Takt beibehalten.

Auf einigen Linien werden neue Fahrzeuge unterwegs sein. Sie bie-

ten breitere Türen, niedrigere Einstiege, Toiletten und bequemere Sitze. Die Fahrgäste müssen sich zudem an neue Farben gewöhnen. Statt in Rot werden die Triebwagen in einem grau-grünen Anstrich an Rhein und Ruhr umherfahren.

Im Einzelnen geht es bei der Vergabe um die Linien S1 und S4, für die Keolis den Zuschlag erhielt. Den Betrieb der S2, S3, S9, RB3, RB40 und RB41 sicherte sich Abellio. Dem Vernehmen geht es um 11,9 Millionen Zugkilometer – und um jährliche Umsätze in Höhe von etwa 80 Millionen Euro. VRR-Chef Martin Husmann betonte, die Anbieter mit „wirtschaftlichen und verlässlichen Angeboten“ hätten sich durchgesetzt.

DB Regiochef Heinrich Brüggemann sprach von einem „herben Schlag“ für die Deutsche Bahn. „Zwei Drittel unseres S-Bahnbetriebes im Rhein-Ruhr-Gebiet gehen mit dieser Entscheidung verloren.“ Und: „Wir haben in den vergangenen 15 Jahren noch nie so

scharf kalkuliert wie für diese Ausschreibung.“ – dennoch hätten die kalkulierten Kosten für Personal und Energie nicht ausgereicht, den Zuschlag zu erhalten. Betroffen sind 250 Lokführer und Zugbegleiter; der VRR versprach, den Personalübergang zum neuen Anbieter zu moderieren. Die Bahn sucht nach neuen Betätigungsfeldern, etwa als Dienstleister beim Beschwerdemanagement oder bei der Instandhaltung. *NRZ/Klartext S.2*

DAS SIND DIE SIEGER DER AUSSCHREIBUNG

Keolis ist eine Tochterfirma der französischen Bahngesellschaft SNCF, die deutsche Filiale sitzt in Düsseldorf. Ihre Züge fahren unter dem Namen „Eurobahn“, z.B. auf der RE 3 (Hamm - Düsseldorf)

Abellio ist eine Tochter der niederländischen Staatsbahn. In NRW betreibt sie bereits u.a. den Bocholter von Wesel nach Bocholt.

**Neue Rhein Zeitung
vom 08.07.2016, S. 2**

Harter Schlag

Niederlagenserie für die Bahn

Von Michael Minholz (m.minholz@nrz)

Der Niedergang der Bahn in den regionalen Verkehrsmärkten geht weiter: Der jüngste Vergabebeschluss des VRR für die S-Bahnen in unserer Region bedeutet für den Schienenriesen hohe Millionenverluste. Unerwartet kommt die Pleite nicht. Seit Jahren fährt der Verbund einen Ausschreibungskurs, der auf Wettbewerb setzt und bei dem DB Regio oft leer ausging. Zu hohe Kosten sind dabei das eine Problem. Die Erfahrung der Auftraggeber, dass die Bahn – trotz zuletzt leichter Leistungsverbesserung – oft zu träge auf Probleme reagiert und ihrem Fahrplan hinterher bummelt, das andere. Immerhin orientiert sich die Bahn nach der Niederlagenserie neu und sucht nach anderen Aufgaben in der Region. Es wird höchste Eisenbahn, denn es geht nicht zuletzt um viele Arbeitsplätze.

Rheinische Post vom 08.07.2016, S. B9

Deutsche Bahn verliert S-Bahn-Ausschreibung in NRW

DÜSSELDORF (maxi) Die Bahn muss einen weiteren Rückschlag im bevölkerungsreichsten Bundesland hinnehmen. Nachdem der Staatskonzern in NRW bereits bei der Ausschreibung für das prestigeträchtige Zukunftsprojekt Rhein-Ruhr-Express (RRX) das Nachsehen hatte, wird die Bahn ab Dezember 2019 auch nicht mehr für den Betrieb eines Großteils der S-Bahn Rhein-Ruhr zuständig sein. Wie der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) gestern mitteilte, wird der französische Bahnbetreiber Keolis, zu dem die Eurobahn gehört, ab Dezember 2019 die Linien S1 (Dortmund-Solingen) und S4 (Dortmund-Unna) betreiben. Die Linien S2 (Dortmund-Essen/Recklinghausen), S3 (Oberhausen-Hattingen), S9 (Hagen-Recklinghausen/Haltern), RB3 (Duisburg-Dortmund), RB40 (Ha-

gen-Essen) und RB41 (Wesel-Wuppertal) gehen dann an den niederländischen Verkehrsbetrieb Abellio. Bei der Bahn verbleiben die Linien S5, S6, S8 und S11.

„Wir haben hart gekämpft und uns gute Chancen ausgerechnet“, sagte ein enttäuschter DB-Regio-Chef Heinrich Brüggemann unserer Redaktion. Die Entscheidung sei ein herber Schlag für DB Regio NRW. „Damit werden wir ab 2019 nur noch ein Drittel unserer bisherigen Fahrleistung für die S-Bahn Rhein-Ruhr anbieten.“ Der Marktanteil in NRW von derzeit 70 Prozent werde künftig um die 40 Prozent liegen.

Brüggemann kündigte an, das Geschäftsmodell von DB Regio NRW müsse geändert werden: „Natürlich bleibt weiterhin das Gewinnen von Verkehrsverträgen mit einem breiten Leistungsspektrum unser

Hauptaugenmerk. Aber wir müssen uns nun noch stärker zu einem Dienstleister rund um die Schiene entwickeln.“ Das bedeute, nicht nur die Instandhaltung für andere Betreiber zu übernehmen, sondern auch Angebote für Transportleitung, Leitstellen, Reisendeninformation oder Notfalldienste zu unterbreiten.

Noch haben die unterlegenen Unternehmen – dem Vernehmen nach neben DB Regio auch Transnet und National Express – zehn Tage Zeit, um Widerspruch gegen die VRR-Entscheidung einzulegen. „Sobald uns etwas Schriftliches vom VRR vorliegt, werden wir wie allgemein üblich die Einspruchsfrist nutzen, um verantwortungsvoll zu prüfen, ob es Ansatzpunkte für eine Vergabebeschwerde gibt. Das sind wir auch unseren Mitarbeitern schuldig“, sagte Brüggemann.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 08.07.2016, S. 19

Union: Hendricks betreibt „Klima-Planwirtschaft“

Stellvertretende Fraktionschefs von CDU und CSU beschwerten sich bei Kanzleramtsminister Altmaier. Droht ein neuer Koalitionskonflikt?

ami. BERLIN, 7. Juli. Einflussreiche Unionspolitiker lehnen den von Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) vorgelegten „Klimaschutzplan 2050“ ab. Das Konzept sei „grundsätzlich falsch gestrickt“, es habe „massive Auswirkungen auf die künftige Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland“ und sei geeignet, „Wirtschaft, Wohlstand und sozialen Frieden in unserem Land zu gefährden“, heißt es in einem Brief von vier stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden aus CDU und CSU an Kanzleramtsminister Peter Altmaier (CDU).

Das Kanzleramt prüft derzeit Hendricks' Plan vorab, bevor er dann in die Abstimmung der Ressorts geht. Im Herbst will das Kabinett den „Plan“ beschließen. Er soll eine Art Fahrplan für die deutsche Klimapolitik der nächsten Jahrzehnte sein und regelmäßig fortgeschrieben werden. Bis 2050 soll Deutschland weitgehend ohne die Emission von Kohlendioxid auskommen. Dazu soll schrittweise aus der Kohleverstromung ausgestiegen, der Autoverkehr ab 2030 möglichst auf Elektromobilität umgestellt, Gas- und Ölbrenner dann in Neubauten verboten, das Fahrradfahren und die Ökolandwirtschaft gefördert, der Fleischkonsum bis 2050 um mindestens die Hälfte reduziert und bei der Steuererhebung die ökologischen Folgen stärker beachtet werden (F.A.Z. vom 30. Juni).

Hendricks' 67-seitiges Papier werfe schon nach einer ersten Durchsicht weitreichende Fragen und grundsätzliche Be-

denken auf, schreiben die vier Politiker Georg Nüßlein (CSU), Gitta Conemann, Michael Fuchs und Arnold Vaatz (alle CDU) in dem dieser Zeitung bekannt gewordenen Brief. Darin werfen sie der Ministerin vor, sie betreibe anders als behauptet nicht eine auf Markt, Innovation und Wettbewerb zielende Politik, „sondern zeichnet faktisch den Weg in eine ‚Klima-Planwirtschaft‘ vor“. Die damit einhergehende Abkehr vom Grundsatz der Technologieoffenheit sei aber nicht akzeptabel.

Technologiesprünge im Klimaschutz bis zum Jahr 2050 könne man heute ebenso wenig überblicken, wie man die Digitalisierung vor 30 Jahren hätte erahnen können. Trotzdem „zimmere“ das SPDgeführte Umweltministerium an einer Zukunftsvision für 2050. Ein Beleg für die „fast planwirtschaftliche Herangehensweise“ seien die Pläne für den Verkehrssektor. Hier gebe es konkrete Zeiträume und Vorgaben zur Dekarbonisierung und zur Marktdurchdringung mit neuen Technologien. Dazu gehört unter anderem eine auf Ökostrom basierende Umrüstung der Autoflotte auf Elektromobilität.

Zwar würden in dem Papier „wie selbstverständlich“ Chancen für die Industrie und das Land infolge des Umbaus behauptet. Doch bleiben die damit verbundenen „Lernkosten“ im internationalen Wettbewerb unerwähnt. „Eine detaillierte Prüfung der einzelnen Vorschläge sowie eine Folgekostenabschätzung der Maßnahmen sind zwingend geboten und unterblieben bislang vollkommen“, heißt es weiter. Keinesfalls könne man Systembrüche in Kauf nehmen, warnen die Autoren. Beispielsweise nennen sie die Landwirtschaft. Würden die Pläne des Umweltministeri-

ums hier Realität, „so würden alle unsere Bemühungen, auch in Zukunft in Deutschland eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft zu haben, konterkariert.“

Die Autoren beklagen ferner, dass in dem Plan zu wenig auf die internationale und europäische Klimapolitik eingegangen werde. „Dabei vermag die deutsche Klimapolitik allein und ohne einen internationalen Schulterchluss kaum etwas auszurichten.“ Der Klimaschutzplan dürfe nicht dazu führen, dass eingegangene Verpflichtungen verschärft würden.

Alarmiert zeigen sie sich darüber, dass „potentiell sehr weitreichende Weichenstellungen am Parlament vorbei erfolgen sollen“. Stattdessen sollten neue Kommissionen und Gremien eingerichtet werden. Klimaschutz ohne demokratische Legitimation führe aber in die Sackgasse.

Auffällig ist, dass in dem Brief anders als Verkehr und Landwirtschaft die ebenfalls im „Klimaschutzplan“ adressierten Sektoren Bau, Wirtschaft und Energie nicht direkt erwähnt werden. Umweltgruppen und Grüne hatten sich darüber beklagt, dass der „Klimaschutzplan“ im Vergleich mit einem vorherigen Entwurf „entkernt“ worden sei. In der Energiebranche hatte man sich erfreut darüber geäußert, dass konkrete Ziele und Daten für den Ausstieg aus der als besonders klimaschädlich geltenden Kohleverstromung aus dem „Plan“ eliminiert worden waren.

Bevor das Papier ins Bundeskanzleramt ging, hatte Hendricks es mit ihrem Parteivorsitzenden Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) abgestimmt. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), der Klimaschutz auch ein persönliches Anliegen ist, hatte dieser Tage eine Bewertung unter Bezug auf die laufende Abstimmung in der Regierung verweigert.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 08.07.2016, S. 20

Städte erwarten mehr Flüchtlinge und mehr Schulden

Größere Kommunen rechnen mit 733 000 Flüchtlingen in diesem Jahr. Ihre Unterbringung bleibt eine Herausforderung.

Jh. FRANKFURT, 7. Juli. Auch wenn mittlerweile weniger Flüchtlinge nach Deutschland kommen, wappnen sich die Kommunen hierzulande für die Unterbringung von weiteren Hunderttausenden Asylbewerbern. Die Städte rechnen im Zeitraum von Mai bis Ende des Jahres mit 370 000 Flüchtlingen und sorgen sich um den dafür benötigten Wohnraum, den sie seit einem Jahr schon deutlich ausbauen. Im September vergangenen Jahres verfügten die Städte und Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern zusammen über Kapazitäten zur Aufnahme von einer halbe Million Menschen. Anschließend haben sie bis Ende April weiteren Wohnraum für 340 000 Flüchtlinge aufgebaut und beherbergen damit 836 000 Menschen.

Insgesamt erwarten die Kommunen in diesem Jahr die Aufnahme von 733 000 Flüchtlingen. Das sind Ergebnisse einer Umfrage unter deutschen Städten, die die Prüfungs- und Beratungsgesellschaft EY im Mai durchgeführt und am Donnerstag veröffentlicht hat. Für die Studie „Flüchtlingsintegration: Herausforderungen für deutsche Kommunen“ gaben 300 deutsche Kommunen mit mehr als 10 000 Einwohnern Auskunft und damit etwa jede fünfte Kommune dieser Größenordnung. In Deutschland gibt es 1554 Städte und Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern. In der Studie tauchen hingegen nicht Kommunen mit einer Bevölkerungszahl von höchstens 10 000 Personen auf. Da auch in diesen Flüchtlinge leben, fehlt ein Teil für das kommunale Gesamtbild.

Der Großteil der Städte muss für die Flüchtlingsunterbringung nicht zusätzlich Schulden aufnehmen. 29 Prozent der befragten Kommunen rechnen allerdings mit einem höheren Schuldenstand durch die Aufnahme, Unterbringung und Betreuung in diesem Jahr. Nach ihren Angaben steigen die Schulden der Kommunen mit mehr als 10 000 Einwohnern dieses Jahr um 1,1 Milliarden Euro durch die Flüchtlinge und im kommenden Jahr um 670 Millionen Euro. Das spiegelt die unterschiedliche Finanzlage der Kommunen wider. Die Bundesregierung zahlt 670 Euro je Asylbewerber im Monat an die Bundesländer, aber die Finanzierung der Kommu-

nen variiert zwischen den Ländern. Manches Bundesland wie Bayern rechnet deren Ausgaben ab, andere Länder zahlen Pauschalen für die Flüchtlinge. Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen und in Niedersachsen rechnen häufiger als der Durchschnitt mit höheren Schulden durch die Flüchtlinge.

Manche Kommune kommt mit dem Geld des Bundeslandes aus, aber manche auch nicht: Gerade in Großstädten mit hohen Immobilienkosten dürften die Zahlungen nicht ausreichen, während die Ausgaben auf dem Land mit häufig leerstehenden Wohnungen geringer sind. Hinzu kommen höhere Personalausgaben durch zusätzliche Mitarbeiter in der Verwaltung oder der Ausbau der Kinderbetreuung. Manche Kommune dürfte hierfür auch andere Ausgaben kürzen, um sich nicht zusätzlich zu verschulden. „Vor allem in den Ballungszentren übersteigt die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum das Angebot deutlich – und gerade in diese Regionen zieht es viele Flüchtlinge“, sagte Dietmar Fischer, Partner der EY-Immobilienabteilung Real Estate. Er sieht zumindest in größeren Städten einen erheblichen Bedarf an Wohnraum. Nach ihrer Einschätzung fehlte Ende April schon Wohnraum

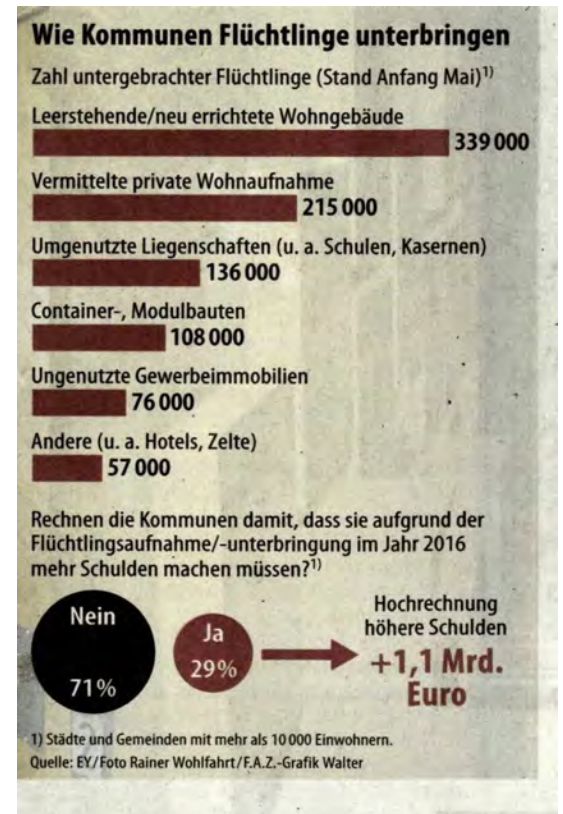
für 95 000 Flüchtlinge in den Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern, weswegen durch Behelfsmaßnahmen wohl mehr Personen in den Unterkünften untergebracht seien als vorgesehen. Nach den EY-Berechnungen steigt der fehlende Wohnraum bei unveränderten Kapazitäten bis Jahresende auf 464 000 Plätze. „Der Zustrom nach Deutschland wird sich in den kommenden Monaten fortsetzen – und darauf ist der deutsche Wohnungsmarkt derzeit nicht vollumfänglich vorbereitet.“

Vier von fünf Kommunen wollen die Flüchtlinge in den kommenden Jahren in vorhandenen Gebäuden unterbringen. Vier von zehn Kommunen wollen auch Wohngebäude neu errichten. Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen erwarten den höchsten Zuzug mit der Ankunft von 191 000 Flüchtlingen in diesem Jahr, wovon die Hälfte bis Ende April schon angekommen war. Nach der Hochrechnung nehmen dieses Jahr, bezogen auf die Bevölkerung, die bayerischen, hessischen und niedersächsischen Kommunen die meisten Flüchtlinge auf: Hier kommt ein Flüchtling auf hundert Einwohner.

Als Schwierigkeit für die Unterbringung geben 72 Prozent der Kommunen die fehlende Prognose der Flüchtlingszah-

len an, 61 Prozent den Mangel an geeigneten Räumlichkeiten und 28 Prozent fehlende Personalressourcen. „Die Kommunen haben das Stadium der Improvisation beim Umgang mit ankommenden Flüchtlingen beeindruckend schnell überwunden, sie haben in erheblichem Umfang neuen Wohnraum organisiert und Prozesse und Routinen in der Verwaltung etabliert“, sagte EY-Partner Bernhard Lorenz, der die Abteilung für die Regierung und den öffentlichen Sektor im deutschsprachigen Raum leitet.

Im Herbst des vergangenen Jahres hatten 78 Städte Wohnraum für mindestens tausend Flüchtlinge. Inzwischen sind dies 187 Städte. Zur Unterbringung nutzen Kommunen vor allem leerstehende oder neu errichtete Wohngebäude: Dort sind 339 000 Flüchtlinge untergebracht, und dies soll bis Jahresende auf 473 000 Personen steigen. 215 000 Flüchtlinge leben in privat vermittelten Unterkünften (300 000 Personen bis Jahresende). In zuvor ungenutzten Liegenschaften wie ehemaligen Schulen und Kasernen sind 136 000 Flüchtlinge untergebracht (190 000 Personen bis Jahresende) und in Wohncontainern 108 000 Flüchtlinge (151 000 Personen bis Jahresende).



**Kölner
Stadtanzeiger
vom 08.07.2016,
S. 28**

Monheim legt Moscheeplan auf Eis

BAUPLÄNE Stadtrat
vertagt Entscheidung
zur Überlassung von
Grundstücken

Köln. Der Rat der Stadt Monheim hat die Pläne des Bürgermeisters auf Eis gelegt, Grundstücke gratis an zwei muslimische Gemeinden zu übergeben. In einer Sitzung am Mittwoch beschloss das Gremium einstimmig, dass die Glaubensgemeinschaften zunächst einen Finanzierungsplan für den Bau ihrer Moscheen vorlegen sollen. Darüber hinaus wurde die Verwaltung beauftragt, eine genaue „Bedarfsanalyse“ zum Raumbedarf zu erstellen. Im Gegenzug hat der Rat den Gemeinden „eine wohlwollende Prüfung ihrer Anliegen im Verhältnis zur Förderung vergleichbarer Gruppen“ zugesagt.

Gegenwind für Bürgermeister

Um die kostenlose Vergabe der beiden Grundstücke mit einem Gesamtwert von 850 000 Euro hatte es zuvor reichlich Wirbel gegeben. Bürgermeister Daniel Zimmermann hatte versucht, die Überlassung der Grundstücke in einem Schnellverfahren zum Abschluss zu bringen. Die Öffentlichkeit informierte er erst am 16. Juni über seine Pläne. Daraufhin gab es eine Welle des Protests auch in einer Bürgerversammlung. (ccp)

Aachener Nachrichten vom 08.07.2016, S. 9

Das Ende der Dauerbaustelle im Nationalpark

Die frühere NS-Ordensburg Vogelsang wird nach jahrelanger Umbauzeit im September wiedereröffnet

Schleiden/Aachen. Nach fast vier-einhalb Jahren Umbauzeit kann Burg Vogelsang im Nationalpark Eifel am 10. September wiedereröffnet werden. Das beschloss diese Woche der Aufsichtsrat, wie die Vogelsang GmbH gestern bestätigte. Ein Festakt zur offiziellen Wiedereröffnung der einstigen NS-Ordensburg und ein entsprechendes Rahmenprogramm seien in Vorbereitung, teilte die Vogelsang GmbH weiter mit.

Bis zu 300 000 Besucher pro Jahr

Zentrum der umgestalteten Anlage ist das 1800 Quadratmeter große Besucherzentrum im Adlerhof. Zudem sei die Ausstellung „Herren-mensch – NS-Ordensburgen zwi-

sehen Faszination und Verbre-chen“ fertiggestellt, die auf eben-falls bis zu 1800 Quadratmetern zu sehen sein wird. Auch der Natio-nalpark Eifel erhält eine zentrale Anlaufstelle auf dem Vogelsang-Areal. Unter anderem wird dort auf 2000 Quadratmetern die Ausstel-lung „Wildnis(t)räume“ gezeigt.

Bei den Bauarbeiten auf Vogel-sang, die 2012 begannen ist auch aufgrund der alten Bausubstanz der Anlage nicht alles rundgelaufen. Die Kosten stiegen von 35 Mil-lionen auf knapp 45 Millionen Euro, und trotzdem fehlte am Ende

Geld, um alle Bauvorhaben umset-zen zu können. Überdies verlän-gerte sich die Bauzeit um fast drei

Jahre. Zwischendurch ermittelte die Aachener Staatsanwaltschaft gegen drei Vogelsang-Verantwort-liche wegen Subventionsbetruges, das Verfahren wurde jedoch aus Mangel an Beweisen wieder einge-stellt.

Zur Wiedereröffnung am 10. September erwarten die Vogel-sang-Verantwortlichen nach eige-ner Aussage die nordrhein-westfä-lische Kulturministerin Christina Kampmann (SPD), NRW-Umwelt-minister Johannes Rimmel (Grüne) und einen Vertreter des Bundesbeauftragten für Kultur und Medien. Nach Prognosen der Verantwortlichen sollen künftig bis zu 300 000 Besucher pro Jahr nach Vogelsang kommen. (gego)

Blick aktuell online vom 08.07.2016 , S. 1

Die Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler schließt in der Umzugsdebatte die Reihen

„Wir weichen nicht zurück!“

Bonn. Im Juni vor genau 25 Jahren hat der Deutsche Bundestag mit 338 zu 320 Stimmen beschlossen, den Sitz des Parlaments und Teile der Regierungsfunktionen nach Berlin zu verlagern. Dies löste einen Prozess des strukturellen Wandels in der Stadt und in dem eng mit Bonn verflochtenen Rhein-Sieg-Kreis und den Kreisen Ahrweiler sowie Neuwied aus. Bereits wenige Wochen nach dem Umzugsbeschluss konnten die regionalen Akteure mit dem sogenannten „Fünf-Säulen-Modell“ erste Ideen für eine neue regionale Zukunftsstrategie präsentieren, mit dem die Region auf eine breitere Basis gestellt wurde: Säule 1 „Bonn als Bundesstadt“, Säule 2 „Zentrum für internationale Zusammenarbeit“, Säule 3 „Region der Wissenschaft und Forschung“, Säule 4 „Region zukunftsorientierter Wirtschaftsstruktur“ und Säule 5 „Modell einer umweltgerechten Städtelandschaft und Kulturregion“. Dieser strategische Ansatz wurde durch entsprechende Formulierungen im Berlin-Bonn-Gesetz im Jahr 1994 festgeschrieben. Bereits in Paragraph 4 des Gesetzes zur Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 zur Vollendung der Einheit Deutschlands, heißt es, dass der „größte Teil der Arbeitsplätze der Bundesministerien“ in Bonn bleiben soll. Mit den Bundesministerien für Verteidigung, für Gesundheit, für Umwelt, für wirtschaftliche Zusammenarbeit, für Landwirtschaft sowie für Bildung und Forschung behielten sechs der 14 Bundesministerien ihren Hauptsitz in Bonn, die übrigen acht unterhalten dort Nebenstellen. Mittlerweile sind aber 11.500 der Arbeitsplätze in Berlin und nur noch 6500 in Bonn, was einer Verteilung von 64 zu 36 Prozent entspricht.

Bestrebungen, alle Ministerien vom Rhein an die Spree zu verlegen, sind seit längerem im Gange. Nun soll die „Umzugsbeauftragte“ der Bundesregierung, Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) nach der Sommerpause einen sogenannten „Statusbericht zur Arbeitsteilung“ zwischen den beiden Regierungsstandorten vorlegen. In der Region ist man angesichts der erneut hochkochenden Berlin-Bonn-Debatte alarmiert. Auf Einladung des Bonner Oberbürgermeisters Ashok Sridharan hat eine 45-köpfige Arbeitsgruppe aus Vertretern der Kreise, der Landesregierungen sowie aus Landtags-, Bundestags- und Europaabgeordneten der Region das Papier „Bundesstadt Bonn – Kompetenzzentrum für Deutschland, Position der Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler“ seit dem Frühjahr erarbeitet und auf einem dritten Treffen im alten Rathaus von Bonn abschließend beraten. Und das Signal in Richtung Berlin ist eindeutig, wie auf der anschließenden Pressekonferenz deutlich wurde.

Bonn als bundespolitisches Zentrum erhalten

„Die Bundesstadt Bonn, der Rhein-Sieg-Kreis und der Kreis Ahrweiler erwarten, dass der Bund weiterhin zum Standort Bonn als einem von zwei bundespolitischen Zentren steht: im bundesstaatlichen Interesse, im Interesse der beiden Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, im Interesse der Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler sowie des gesamten Köln-Bonner Raumes!“, so das Fazit des 14-seitigen Positionspapiers, mit dem sich die Region über alle Parteigrenzen hinweg gegen eine weitere Aushöhlung des Berlin-Bonn-Gesetzes durch schleichende Stellenverlagerungen oder gar mögliche Umzugspläne zusammenschließt.

„Ich bin froh, dass es überregional gelungen ist, dieses Papier zu erarbeiten. Dabei war es allen Beteiligten wichtig, eine einheitliche Meinung zu entwickeln“, hob Ashok Sridharan das einstimmige Ergebnis ohne eine einzige Enthaltung hervor. „Damit senden wir ein starkes Maß an Geschlossenheit!“ Man habe intensiv auch mit Unterstützung der Universität an dem Papier gearbeitet, aus dem klar hervorgehe, dass die dort aufgelisteten Forderungen nicht nur für die Stadt oder die Region ein Gewinn seien, sondern auch für die gesamte Bundesrepublik. „Wir haben hier in den zurückliegenden Jahrzehnten einzigartige Kompetenzbereiche in den Bereichen Kultur sowie Bildung, Wissenschaft und Forschung oder auch Telekommunikation, Cyber-Sicherheit und Datendienste aufgebaut, die über weit die Region hinausstrahlen und die eine große Bedeutung für ganz Deutschland darstellen“, so der Oberbürgermeister.

Entsprechend richtet sich eine Forderung auch an den Ausbau dieser Kompetenzzentren, zu denen noch die Bereiche Internationale Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung, Umwelt, Gesundheit, Landwirtschaft und Ernährung zählen. Für diese Weiterentwicklung sei es unabdingbar, dass die politisch, fachlich und thematisch korrespondierenden Bundesministerien ihren ersten Dienstsitz in Bonn behalten würden. Gleiches gelte für den zweiten Dienstsitz von Bundespräsident und Bundeskanzler. Außerdem soll

Bonn als deutsche UN-Stadt weiter ausgebaut werden, etwa durch eine weitere Ansiedlung von Institutionen der Vereinten Nationen, eine Verbesserung der Bedingungen für internationale Organisationen und durch die verstärkte Anwerbung internationaler Tagungen und Kongresse.

Klare Aussage aus Berlin gefordert

„Wir brauchen endlich Verlässlichkeit und erwarten aus Berlin eine klare Aussage, dass das Berlin-Bonn-Gesetz nicht weiter ausgehöhlt wird“, so Jürgen Pföhler (CDU), der Landrat des Ahrkreises. Diese Region sei elementar eingebunden, nicht nur angesichts von über 10.000 Pendlern. Schließlich kämen auch 85 Prozent der Ahrthalbesucher aus Nordrhein-Westfalen. Nur wenn die Forderungen erfüllt würden, könne die Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler im nationalen Interesse als Kompetenzzentrum gewinnbringend ausgebaut werden.

„Dieses Papier ist ein vorzeigbares Produkt. Die Region hat sich aufgestellt, die Reihen sind geschlossen“, so Pföhlers Siegburger Kollege Sebastian Schuster (CDU). Er erwarte, dass sich Ministerin Hendricks an ihre Zusage halte, mit den Vertretern der Region zu sprechen, bevor sie ihren Bericht dem Kabinett vorlege. „Wir werden nicht zulassen, dass der Bund einseitig Vereinbarungen aufkündigt. Die deutsche Geschichte hat gezeigt, dass föderative Strukturen in vielen Regionen Wohlstand und Wachstum sicherstellen“, so der Christdemokrat.

Ein Jahr vor Bundestagswahlen habe es eine solche Geschlossenheit in der Region noch nie gegeben, hob der Vizepräsident des nordrhein-westfälischen Landtags, Gerhard Papke (FDP), hervor. „Es ist noch nie so nachvollziehbar und überzeugend begründet worden, warum die Vereinbarungen des vor 25 Jahren beschlossenen Gesetzes eingehalten werden müssen. Wir weichen davon nicht zurück!“, zeigte sich auch der Liberale kämpferisch.

Das Papier sei ein immens wichtiges Signal nach Berlin, so auch die Bundestagsabgeordnete Katja Dörner von Bündnis 90/Die Grünen. „Mit ihm machen wir deutlich, welchen Mehrwert die Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler für die ganze Bundesrepublik hat“, erklärte sie. Am Berlin-Bonn-Gesetz dürfe auch keinen Deut gerüttelt werden, unterstrich auch die CDU-Bundestagsabgeordnete Claudia Lücking-Michel. Der Grund: „Hier ist etwas gewachsen, das man nicht schwächen darf. Deshalb sind wir auch nicht etwa die Nörgler aus Bonn. Vielmehr wollen wir, dass die gute Arbeit in den hier vorhandene Netzwerken im Sinne aller gestärkt wird“, hob sie hervor. Dies unterstrich auch Ulrich Kelber (SPD), der vor einem verstärkten „Rutschbahneffekt“ warnte. Eine Verlegung der Bonner Ministerien nach Berlin würde nicht nur bedeuten, dass Beamte vom Rhein an die Spree ziehen würden, auch viele andere Arbeitsplätze wären von einem solchen Schritt betroffen, so der Sozialdemokrat. Auf die Frage, welche „Verhandlungsmasse“ man denn dem Bund anbieten werde, antwortete Kelber: „Wir sind nicht auf einem Basar. Es ist einfach an der Zeit, dass wir endlich zu einer verbindlichen Absicherung kommen!“

Beschlussvorlage soll erarbeitet werden

Dem stimmte Gerhard Papke zu. Es gehe in dem Papier nicht um Angebote an den Bund, sondern um eine Absicherung der Bestände sowie deren weiteren Ausbau. Man werde an dem Papier weiterarbeiten, das Beschlussvorlage für die Landtage sein soll. „Ich habe keinen Zweifel, dass es in Düsseldorf Zustimmung finden wird“, erklärte er. Das sah auch Sebastian Schuster so, obwohl noch vor einigen Wochen eine entsprechende gemeinsame Resolution im nordrhein-westfälischen Landtag am Widerstand der CDU gescheitert war. „Das Papier ist mit den Parteien im Landtag eng abgestimmt, und ich habe auch mit dem CDU-Landesvorsitzenden Armin Laschet ein entsprechendes Gespräch geführt“, zeigte sich der Landrat zuversichtlich, dass es einen gemeinsamen Landtagsbeschluss geben werde. „Außerdem hört diese Runde nicht auf zu arbeiten. Nach den Sommerferien werden wir uns erneut treffen, um weitere Argumente zu sammeln, die belegen, warum es gut ist, so wie es ist“, schloss Ashok Sridharan die Pressekonferenz.

**Kölner
Stadtanzeiger
vom
08.07.2016, S.
28**

WETTBEWERB

**Nümbrecht und
Ruppichteroth in
der Endrunde**

Bonn. Am heutigen Freitag fällt die Entscheidung, am Donnerstag war die Bundesjury unterwegs: Im Finale des Wettbewerbs „Unser Dorf hat Zukunft“ sind unter den 33 Landessiegern auch die Gemeinde Ruppichteroth (Rhein-Sieg-Kreis) mit ihrem Hauptort und Benroth in der Gemeinde Nümbrecht (Oberbergischer Kreis).

Mehr als 2400 deutsche Dörfer hatten sich insgesamt an diesem Wettbewerb beteiligt, der in diesem Jahr zum 25. Mal stattfindet. Zwölf Juroren aus Fachverbänden und Institutionen, die den Wettbewerb schultern, sind durch alle Dörfer gereist und besuchten auch Ruppichteroth und Benroth für mehrere Stunden, um die beiden Orte in vier Kategorien zu bewerten. (höh)

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 08.07.2016, S. 3

Wer solche Freunde hat

Neckisch geht es bei der letzten großen Debatte im Bundestag zwischen den Koalitionspartnern zu. Doch dahinter verbirgt sich bitterer Ernst. Die SPD, heißt es, sei außer Rand und Band.

Von Günter Bannas

BERLIN. 7. Juli

Eine ganz und gar freundliche, an die Interessen der mutmaßlichen Mehrheit des Hauses erinnernde Mahnung des Hausherrn hat es gegeben. Neun Uhr früh im Bundestag. Beginn der Sitzung. „Ich bitte dann jetzt schon für den Ablauf unserer Tagesordnung darauf zu achten, dass wir bei den vereinbarten jeweiligen Debattenzeiten auch diese möglichst konsequent einhalten wollen“, sagte Norbert Lammert. An sich ist der Bundestagspräsident ein Freund einer lebendigen Debattenkultur. Lammert mag Widerspruch und streitige Aussprachen, manchmal sogar zum Entsetzen der auf Ordnung bedachten Geschäftsführer der Fraktionen. Außer an diesem Donnerstag. Lammert erinnerte – mit nur wenig Ironie – daran, dass es am Abend auch noch anderes gebe. Um 21 Uhr, in Marseille. Also die Bitte an die Abgeordneten, ihren „ansonsten natürlich außerordentlich sympathischen Ehrgeiz“ zu zügeln, durch Zwischenfragen, sogenannte Kurzinterventionen „und andere phantasievolle Erweiterungsmöglichkeiten“ den Debattentag zu verlängern. Zustimmunges Gemurmel aus den Reihen der Abgeordneten. Gut gefüllt war der Plenarsaal. Eine Regierungserklärung der Bundeskanzlerin stand an: Gipfeltreffen der Nato in Warschau. Angela Merkel tat ihre Pflicht: Sicherheit in Europa sei nur mit und nicht gegen Russland zu erreichen.

Nach den ursprünglichen Planungen hätte es ein harter, zu Teilen schwer erträglicher und vor allem langer Tag im Bundestag werden sollen. Bis in den frühen Morgen des Freitags hätte er gedauert. Um zehn Minuten vor vier Uhr wäre der Tagesordnungspunkt 32 aufgerufen worden: Verabschiedung eines Gesetzes in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit. Eigentlich.

„Es ist so wie immer“, hatte Michael Grosse-Brömer, der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion,

Tage zuvor vorausgesagt. Wie immer heißt: Tagesordnungspunkte werden abgesetzt, weil eigentlich keine Eile besteht; Reden werden nicht vorgelesen, sondern zu Protokoll gegeben. Reihenweise sollen Abgeordnete bei ihren Geschäftsführern vorstellig geworden sein. Gerne würden sie an diesem letzten großen Debattentag reden wollen. Aber nicht nach 21 Uhr. Fraktionsübergreifend hatten die Bemühungen Erfolg. Ende der Aussprache: gegen neun Uhr am Abend – „aus den bekannten Gründen“, wie Lammert das genannt hatte.

Solcher Gründe wegen gab es Wortspiele zuhauf. Jürgen Hardt etwa, CDU-Sicherheitspolitiker und letzter Redner zu Merkels Nato-Regierungserklärung, rief den Nato-Staaten ein „28 Freunde müsst ihr sein“ zu. Gemeint war die Türkei, die jüngst eine Gruppe von Bundestagsabgeordneten nicht einreisen lassen wollte, die den deutschen Stützpunkt nahe Syrien besuchen wollte. Oder am Montag, als die SPD-Fraktion den Reigen der Sommerfeste dieser Woche eröffnete. Thomas Oppermann, ihr Vorsitzender, kündigte seinen Gästen von der CDU eine harte Zeit an. „Entschieden wird am Ende“, rief er in den sonnigen Abend – die schlimmen Umfragewerte seiner Partei und die Bundestagswahl 2017 im Blick. Wie im Fußball sei das. „Beim Elfmeterschießen hauen wir euch die Bude voll.“ Es wurde gegrinst. „Ihr habt ja nicht einmal einen Torwart“, sagte Grosse-Brömer von der CDU zu Oppermann. Hinter der Neckerei scheint sich bitterer Ernst zu verbergen. In der Unionsfraktion sagen Leute, die SPD sei „außer Rand und Band“. Sigmar Gabriel auch. Nichts gehe mehr.

Volker Kauder, der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende, hatte sich für die Aussprache gut präpariert. Er verteidigte Wolfgang Schäuble, den CDU-Finanzminister, gegen Angriffe aus der SPD („absolut nicht in Ordnung“), sprach Oppermann in diesem Falle aber von Schuld frei. Vor allem hatte Kauder ein Zitat gefunden, ein Hin und Her der SPD, schwankend zwischen Populismus und Solidarität, zu belegen. Kauder begann kryptisch. Zu einer Aussage „Wir wollen keine neuen Schulden machen, sondern wir wollen das in Europa anders organisieren“ könne er nur sagen: „Es war auch eine Stimme aus der SPD, die damals im Zusammenhang mit Griechenland formuliert hat, der deutsche Arbeiter könne mit seinen Steuergeldern nicht die Renten in Athen bezahlen. Auch daran muss ich einmal erinnern.“ Die Leute murmelten, welcher Sozialdemokrat gemeint sei: Ga-

brüel, der SPD-Vorsitzende. Der saß auf der Regierungsbank. Gabriels „Der Wahlkampf hat begonnen“ war zu hören. „Nein, Herr Gabriel. Das hat nichts mit Wahlkampf zu tun, sondern mit der Realität, die ich jetzt abgebildet habe.“ Und: „Außerdem dürfen Sie von der Regierungsbank gar nicht dazwischenrufen.“ Die Unionsabgeordneten freuten sich. Ein Zwischenruf von Christine Lambrecht, der Parlamentarischen Geschäftsführerin der SPD-Fraktion, wurde protokolliert: „Sigmar Gabriel darf alles!“

Kauder und Oppermann gingen an diesem Tag halbwegs freundlich miteinander um – fast so, wie sie es beim Sommerfest getan hatten. „Ich bin froh, dass ich in diesen Zeiten Volker Kauder an meiner Seite habe“, hatte Oppermann gerufen, und Kauder dankte dem „lieben Thomas Oppermann“ für die „vertrauensvolle und gute Zusammenarbeit“. Im Bundestag folgte Oppermann Kauders Ratschlag, die SPD solle aufhören, über ihre Vergangenheit mit Bundeskanzler Gerhard Schröder schlecht zu reden. Stolz sei die SPD, rief Oppermann, dass sich Schröder damals am Irak-Krieg, der „Koalition der Willigen“, nicht beteiligt habe. Oppermann tat seine Pflicht. Er verteidigte Frank-Walter Steinmeier, den Außenminister von der SPD, gegen die Vorwürfe aus der Union, mit seinen Warnungen vor „Säbelrasseln der Nato“ gegen Bündnisloyalitäten verstoßen zu haben. Ein „Wir sollten froh sein, dass Steinmeier Außenminister ist“, rief Oppermann aus. Und: „Lieber Volker, du bist doch eigentlich auch froh.“ Der wiederum plauderte später mit Steinmeier an der Regierungsbank. Seine Kritik am Koalitionspartner, die SPD habe Schwierigkeiten mit ihrer Vergangenheit als Regierungspartei, bezog er an diesem Tag nicht auf Schröder und die Agenda-2010-Politik, sondern auf Helmut Schmidt und den Nato-Doppelbeschluss vor mehr als 30 Jahren – als sei Merkels Bemerkung, Abschreckung und Dialog mit Russland seien keine Gegensätze, sondern ergänzten einander, eine Fortsetzung von Schmidts Politik.

Den Zorn und auch das Entsetzen der übrigen Fraktionen zog an diesem Tag Sahra Wagenknecht, die Ko-Vorsitzende der Linksfraktion, auf sich. Sie schimpfte auf die Nato, die ihre Grenze nach Osten verschiebe, was ihr Zwischenrufe eintrug, Russland habe seine Grenze verschoben – nach Westen, gegen die Ukraine. Wagenknecht kritisierte die EU-Kommission. Sie kritisierte das Freihandelsabkommen mit Kanada und den Umstand, dass dieses womöglich vorläufig in Kraft gesetzt werden könne – ehe in Deutschland Bundestag und Bundesrat zugestimmt hätten. „Ich hätte von der Bundesregierung

schon gerne gehört, wie sie zu dieser erneuten Unverschämtheit unserer Brüsseler Antidemokraten steht“, rief Wagenknecht. Damit habe Wagenknecht erstmals im Bundestag „den Sprachgebrauch der AfD eingeführt“, war die Antwort Oppermanns. Ein „unglaubliches Ausmaß an politischer Desorientierung und Verwirrung“ warf der Sozialdemokrat der Vorrednerin vor. Beifall kam von SPD, CDU, CSU und auch von den Grünen. Deren Ko-Vorsitzender, Anton Hofreiter, versicherte, seine Fraktion halte „Ceta für grundfalsch“. Der Fraktion der Linkspartei rief Hofreiter zu: „Aber eine falsche Entscheidung, die von einer Mehrheit gedeckt ist, ist nicht deshalb antidemokratisch, nur weil ich oder die Linksfraktion sie für falsch halten. Vielmehr muss man

dann halt für andere Mehrheiten kämpfen und darf nicht davon reden, dass diese Entscheidungen antidemokratisch wären.“ Der Beifall auch aus der Union wurde im Protokoll festgehalten.

Hofreiter hielt eine Rede, als wolle er ein – noch vorhandenes – Urteil in den Unionsparteien widerlegen, der linke Flügel der Grünen könnte ein schwarz-grünes Bündnis an außen- und sicherheitspolitischen Differenzen scheitern lassen. „Mit der Annexion der Krim und mit den Aktionen in der Ostukraine hat Russland, hat Putin die Friedensordnung in Europa auf den Kopf gestellt“, rief er. Und: „Man muss ganz klar sagen: Es ist eine besondere Tragik, dass mit der Ukraine das erste Land weltweit, das frei-

willig seine Atomwaffen komplett abgegeben hat, von seiner eigenen Garantiemacht überfallen worden ist.“ Putins Vorgehen sei nicht hinnehmbar. „Deshalb war die Reaktion der EU und war die Reaktion der Nato richtig und wichtig.“ Auch sei es „völlig verständlich und nachvollziehbar“, dass die östlichen Staaten der Nato jetzt größere Sicherheitsbedürfnisse und Bedenken hätten. „Das liegt doch auf der Hand.“ Notwendig und richtig sei es, „dass das Bündnis zusammenstehen muss“. Immer wieder haben die Abgeordneten aus den Reihen von CDU und CDU geklatscht. Volker Kauder auch. Merkel hatte schon vorher das Gespräch mit Hofreiter gesucht – während Sahra Wagenknechts Rede.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 08.07.2016, S. 3

Schwarzfahrer Schäuble

Die CSU ärgert sich über einen einstigen Verbündeten / Von Albert Schäffer

MÜNCHEN, 7. Juli. Wolfgang Schäuble wird in der kommenden Woche im bayerischen Dillingen an der Donau mit dem St.-Ulrichs-Preis für seine Verdienste um die Einheit Europas ausgezeichnet. Als Laudator ist nicht Horst Seehofer, sondern der Münchner Kardinal Reinhard Marx vorgesehen. Es dürfte eine kluge Wahl sein, denn das Verhältnis der CSU zum Bundesfinanzminister war schon einmal besser. Viel besser: Die CSU stand zu Schäuble in der CDU-Spendenaffäre – und sie schob Schäuble nach vorne, als es um die Nachfolge des Bundespräsidenten Johannes Rau ging. Von Erfolg war die Unterstützung zwar nicht gekrönt: Schäuble kostete die Spendenaffäre seine Ämter als Partei- und Fraktionsvorsitzender – und Bundespräsident wurde er nach dem Ausscheiden Raus auch nicht. Aber unter den CDU-Granden stand Schäuble der CSU nahe, sehr nahe.

Im Ringen um die Verteilung der Kosten für die Flüchtlingsaufnahme zwischen Bund und Ländern war in den vergangenen Tagen nichts mehr zu spüren. Seehofer schäumte in der CSU-Landtagsfraktion über die Forderung des Bundesfinanzministers, die Länder sollten doch ihre Aufwendungen für die Flüchtlinge belegen. Schäuble hatte, ein wenig ruppig, wie es seine Art ist, moniert, dass die Zahlen aus den Ländern mit seriösen Schätzungen teilweise wenig

zu tun hätten. Zornig konterte Seehofer, Bayern sei kein hochverschuldetes südeuropäisches Land, mit dem so umgesprungen werden könne. Wer wollte, konnte das als späte Solidarisierung Münchens mit Athen verstehen; immerhin regierte einmal ein bayerischer König in Griechenland. Und Seehofer prägte das geflügelte Wort, er fahre nicht ständig nach Berlin, wenn nichts dabei rauskomme: „Ich bin doch kein Reiseonkel.“

Der bayerische Finanzminister Markus Söder blieb am Donnerstag, wie sollte es anders sein in diesen fußballseligen Tagen, am Ball – natürlich in Schäubles Strafraum. Nach den Beratungen der Unionsspitzen im Kanzleramt und vor dem Treffen der Kanzlerin mit den Ministerpräsidenten, bei dem die Frage der Flüchtlingskosten in die Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern eingebettet werden sollte, zeichnete er im Bayerischen Rundfunk ein Charakterbild Schäubles. Der CDU-Politiker sei ein Pokerspieler, der einfach behaupte, die Zahlen der Länder stimmten nicht – in der Hoffnung, am Ende nichts zahlen zu müssen. Geographisch griff Söder, immer darauf bedacht, Seehofer zu übertreffen, noch weiter aus: Man lasse sich von Schäuble nicht wie ein „Bananenstaat“ behandeln.

Bayern müsse in diesem und im kommenden Jahr 4,5 Milliarden Euro für die

Betreuung aufwenden, rechnete Söder vor. Wer wollte, konnte am Donnerstag schon vor dem Treffen der Kanzlerin mit den Ministerpräsidenten das Fazit ziehen, dass nur die jeweiligen Rollenerwartungen erfüllt wurden. An Schäuble als Bundesfinanzminister, der den Verzicht auf neue Schulden im Bundeshaushalt nicht gefährden will – und an Seehofer und Söder, die nicht zulassen wollen, dass ihr finanzstarkes Land die Hauptlast der Flüchtlingspolitik tragen muss. Für die CSU ist Schäuble ein flüchtlingspolitischer Schwarzfahrer, der andere zahlen lassen will. Es könne nicht sein, dass der Bund nur sieben Prozent der Kosten je Flüchtling ersetze, obwohl er „für hundert Prozent den Zugang für Deutschland regelt“, sagte Söder.

Der Ärger über Schäuble sitzt in der CSU tief. Unvergessen ist, dass es Schäuble war, der in dem unionsinternen Streit über die Flüchtlingspolitik der CSU die alleinige Schuld zuschieben wollte. Mit der unfreundlichen Aufforderung des Bundesfinanzministers, doch Belege für die Flüchtlingskosten einzureichen, ist für die CSU der Friedensschluss von Potsdam auch schon wieder Geschichte. „Das Spektakel geht trotz Potsdam weiter“, rief ein erzürnter Seehofer seinen Landtagsabgeordneten zu. Dazu könnte auch gehören, dass sich die CSU, sollte Schäuble nochmals Helfer für einen Umzug ins Schloss Bellevue suchen, taub stellen wird.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 08.07.2016 , S. 2

Zurück auf Los

Unter Ronald Pofalla kehrt der „Petersburger Dialog“ an seinen Gründungsort zurück / Von Majid Sattar

BERLIN, 7. Juli. Dass Dialogbereitschaft gegenüber Russland nicht mit Leisetreterei zu verwechseln ist, diesen Beweis will Ronald Pofalla, der Ko-Vorsitzende des Petersburger Dialogs, antreten. Vor dem diesjährigen Treffen des Gesprächsforums zwischen den Zivilgesellschaften Ende kommender Woche in Sankt Petersburg sagte der Bahnvorstand am Donnerstag in Berlin, das deutsch-russische Verhältnis sei so schwierig wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr.

Grund dafür seien die völkerrechtswidrige Annexion der Krim, der „Krieg in der Ostukraine“ und die Gängelung der Nichtregierungsorganisationen in Russland. Trotz allem dürfe Deutschland nicht vergessen, dass es Russland eine Menge zu verdanken habe: die Befreiung vom NS-Regime ebenso wie die deutsche Einheit. Er glaube, dass Deutsche und Russen immer noch mehr eine als trenne. Der frühere CDU-Politiker und Kanzleramtsminister sagte zudem, es bestehe die Chance, dass sich in den nächsten Monaten etwas zum Positiven wandle. Ohne auf Details der Minsker Verhandlungen einzugehen, verwies er darauf, dass die Waffen in der Ostukraine immer noch nicht schwiegen.

Die Aggression in dem Konflikt sei einseitig von Russland ausgegangen. Heute sei es zwar so, dass auch die ukrainische Seite den Waffenstillstand breche, doch käme es ohne die Separatisten gar nicht dazu. Ursache und Wirkung seien also bei der Bewertung der Lage zu beachten. „Russland hat es in der Hand“, sagte Pofalla. Und Moskau wisse dies auch. Die Sanktionen zeigten durchaus Wirkung. Mit der geschlossenen Reaktion des Westens – sowohl was die Sanktionen als auch was die Verlegung von Streitkräften an die Ostgrenze der Nato angehe – habe Moskau nicht gerechnet.

Erstmals seit seiner Gründung 2001 kehrt das Forum an seinen Ursprungsort zurück. Und erstmals seit vier Jahren tagt man wieder in Russland. Bis zum Ausbruch des russisch-ukrainischen Konflikts kam der Petersburger Dialog stets parallel zu den deutsch-russischen Regierungskonsultationen zusammen. Diese sind jedoch seither ausgesetzt. Die Zusammenkunft in der kommenden Woche wird mit 300 Teilnehmern die bisher größte sein. Der Petersburger Dialog – einst von Gerhard Schröder und Wladimir Putin ins Leben gerufen – wird neben Pofalla von Wiktor Subkow, dem Aufsichtsratsvorsitzenden des

staatlich kontrollierten Gasprom-Konzerns, geführt.

Der sogenannte zivilgesellschaftliche Dialog geriet in den vergangenen Jahren mehr und mehr in die Kritik, weil die russischen Teilnehmer sehr staatsnah waren und dem bisherigen deutschen Ko-Vorsitzenden, Lothar de Maizière mangelnde Distanz zur russischen Regierung vorgeworfen wurde. Nach Beginn des russisch-ukrainischen Konflikts stiegen mehrere Teilnehmer, darunter Amnesty International und die Körber-Stiftung, aus. Auf Druck des Kanzleramtes (und gegen den anfänglichen Widerstand des Auswärtigen Amtes) löste Pofalla de Maizière ab.

Merkels langjähriger Vertrauter Pofalla reformierte das Format: Die Teilnehmerzahl wurde von 25 auf 61 erhöht und der Lenkungsausschuss, der über die Aufnahme neuer Mitglieder entschied, abgeschafft. Die Veranstaltung soll tatsächlich zivilgesellschaftlich ausgerichtet sein. Auf russischer Seite nehmen an dem Treffen in Sankt Petersburg fünf Nichtregierungsorganisationen teil, von denen vier in Russland als „ausländische Agenten“ eingestuft werden. Dass dies möglich sei, hält Pofalla für ein kleines Öffnungssignal.

Süddeutsche Zeitung vom 08.07.2016, S. 6

„Populismus bis in höchste Regierungskreise hinein“

EVP-Fraktionschef Manfred Weber macht die Hauptstädte für die Krise der EU verantwortlich – das gelte auch für Berlin

Eine Welle ungerechter und unehrlicher Kritik aus den Hauptstädten an den EU-Institutionen sieht der CSU-Vizevorsitzende Manfred Weber. Er ist Fraktionschef der Europäischen Volkspartei (EVP) im Europäischen Parlament.

SZ: Tut die EU-Kommission nicht genügend, um die EU aus der Krise zu holen?

Manfred Weber: Die EU-Kommission unter Jean-Claude Juncker hat wesentliche Vorschläge gemacht, um offene Fragen in Europa zu beantworten. Sie hat vernünftige Vorschläge zur Lösung der beiden größten Probleme, der Migrationskrise und der Arbeitslosigkeit, vorgelegt.

Finanzminister Wolfgang Schäuble scheint das anders zu sehen. Er hat gesagt, einzelne Mitgliedstaaten müssten vorgehen, wenn die Kommission nicht mitzieht. Verbünden sich die Mitgliedstaaten gerade gegen die EU-Kommission?

Wolfgang Schäuble ist ein starker und überzeugter Europäer. Umso überraschter war ich, dass er jetzt der EU-Kommission den Schwarzen Peter zuschiebt. Der unverbindliche zwischenstaatliche Ansatz war zuletzt oft eine Geschichte des Scheiterns. Drei Beispiele: Die Menschen warten schon lange darauf, dass die Steuerschlupflöcher gestopft werden. Da sehen wir kaum Fortschritte. Nach jedem Terroranschlag erleben wir, dass die Innenminister versprechen, enger zusammenzuarbeiten – und dann passiert fast nichts. In der Flüchtlingsfrage hat die EU-Kommission schon vor geraumer Zeit umfassende Vorschläge vorgelegt, auch eine Quote zur Verteilung der Flüchtlinge. Gescheitert ist das am Egoismus der Nationalstaaten. Das Zwischenstaatliche ist nicht der Weisheit letzter Schluss.

Trifft Schäuble nicht ziemlich genau die Stimmung in der Bevölkerung?

Generell ist es so, dass manche nationalen Regierungen ein unehrliches Spiel spielen. Dabei braucht Europa gerade jetzt Staatsmänner, die erklären und die Verantwortung übernehmen. Ich plädiere für eine neue Kultur der Verantwortung. Nehmen Sie das britische Beispiel. Das Problem ist nicht durch den klassischen Populisten Nigel Farage entstanden. Es ist entstanden, weil Premierminister David Cameron und auch Boris Johnson die Sprache von Farage übernommen und jahrelang Politik gegen Europa gemacht haben. Cameron hat erst in den letzten drei Monaten für den Verbleib in der EU geworben. Das war nicht glaubwürdig. Wir erleben, dass sich der Po-

pulismus bis in höchste Regierungskreise einnistet.

Sie sehen Populismus bis in die Bundesregierung hinein?

So ist es. Ich bin schon überrascht, wenn Außenminister Frank-Walter Steinmeier mit dem Ende der Russland-Sanktionen liebäugelt und zeitgleich sein ihm direkt unterstellter Botschafter in Brüssel für die Verlängerung der Sanktionen stimmt. Diese Sanktionen werden einstimmig beschlossen. Ein einziges Land könnte sie aufhalten.

„Wir müssen aufpassen, dass wir nicht weltweit Vertrauen einbüßen.“

Also alles eine Frage der Kommunikation?

Ich erwarte auch von Politikern in den Hauptstädten, dass sie es ihren Bürgern zu Hause erklären, wenn und warum sie in der EU einer Entscheidung zustimmen. Das gilt übrigens auch für die Reformpolitik. Die Sozialdemokraten machen sich einen schlanken Fuß. Italiens Premierminister Matteo Renzi kritisiert in Rom die Beschlüsse, denen sein Finanzminister in Brüssel zustimmt. Das ist unehrlich, aber Alltag in Europa.

Die europäischen Institutionen trifft keine Schuld?

Europa ist nicht perfekt und auch wir machen natürlich Fehler. Wir brauchen eine Reflexionsphase, in der wir uns fragen, wo wir besser werden können. Das Hauptproblem ist aber, dass wir auf nationaler Ebene einen Verlust an Verantwortungsbewusstsein für Europa erleben. Die jetzige Politikergeneration ist dabei, das zu verspielen, was vorherige Generationen mit Mut und Weitsicht aufgebaut haben.

Die Sorge, dass sich zu viel Macht in Brüssel konzentrieren könnte, ist also unbegründet?

Ich bin offen für einen Aufgabencheck. Die EU ist kein Staat, sie ist ein Staatenverbund. In Berlin und den anderen Hauptstädten muss entschieden werden, für welche Themen Europa zuständig ist. Ich kann mir auch eine Rückverlagerung von Aufgaben vorstellen. Wenn aber entschieden ist, dass Europa sich kümmern soll, dann muss das Europäische Parlament der Ort der Entscheidung sein. Die Kommission sollte auch das Recht bekommen, Beschlüsse exekutiv durchzusetzen. Wir brauchen eine klare Zuordnung von Verantwortlichkeiten in der Europäischen Union.

Passiert nicht gerade das Gegenteil? Die EU-Kommission muss auf ihrem ureigensten Feld, der Handelspolitik, nachgeben und auch die nationalen Parlamente über das Ceta-Abkommen mit Kanada abstimmen lassen.

Ihre Rechtsauffassung war eine andere, aber die Kommission hat auf den Wunsch der Mitgliedstaaten Rücksicht genommen und politisch entschieden. Das war ein Zeichen des Miteinanders. Richtig ist aber, dass die Handlungsfähigkeit der EU dadurch eingeschränkt wird. Wir müssen aufpassen, dass wir nicht weltweit Vertrauen einbüßen.

Hat Juncker beim Thema Ceta nicht ursprünglich jedes Gespür für die Stimmung der Mitgliedstaaten vermissen lassen?

Juncker hat die Rechtsposition der Kommission zu Ceta dargestellt. Das muss ein Kommissionspräsident machen dürfen. Ob der Zeitpunkt besonders glücklich war, ist eine andere Frage.

Erwarten Sie, dass Juncker bis zum Ende seiner Amtszeit Kommissionspräsident bleibt?

Das steht außer Frage. Jean-Claude Juncker führt die Kommission erfolgreich. Seine Politik passt nicht jedem. Aber er führt die EU mit enormer Erfahrung. Ich bin froh, dass wir ihn haben.

Wollen Sie wie Parlamentspräsident Martin Schulz aus der EU-Kommission eine richtige Regierung machen?

Die Bürger haben kein Verständnis für weitere Theoriedebatten wie diese. Sie wollen, dass wir in der Sache jetzt liefern. Die Staats- und Regierungschefs müssen in den großen Fragen endlich zu gemeinsamen Positionen kommen. Wenn sie sich bei dem Themen Migration und Wachstum zusammenraufen, werden die Menschen Europa auch wieder etwas zutrauen. Wer jetzt das Chaos in Großbritannien sieht, versteht auch, dass man mit der Mitgliedschaft in der EU nicht leichtfertig umgehen kann. Es gibt kein Reserve-Europa. Wir müssen Europa besser machen, aber wir dürfen es nicht zerstören.

INTERVIEW: DANIEL BRÖSSLER

Manfred Weber, 44, ist seit 2014 Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei. Der studierte Ingenieur sitzt seit 2004 für die CSU im Europäischen Parlament.

FOTO: PATRICK SEEGER/DPA

Berliner Zeitung vom 08.07.2016, S. 4

Nicht mehr so willkommen

Die Skepsis gegenüber Zuwanderern in Deutschland wächst, wie eine aktuelle Studie belegt

Was für ein weltoffenes, großzügiges Land! Da applaudieren Menschen an Bahnhöfen Flüchtlingen, die aus den Zügen kommen. Sie drücken Kindern aus Kriegsgebieten Spielzeug in die Hand. Diese Szenen aus dem September 2015 erinnern an die Stimmung, die bei der Fußball-WM 2006 in Deutschland herrschte. Deren Slogan lautete: „Die Welt zu Gast bei Freunden.“ Doch liefern diese Szenen ein realistisches Bild von der Haltung der Gesamtbevölkerung? Oder ist nicht gerade durch die Flüchtlingskrise die Skepsis gegenüber Fremden wieder gewachsen?

Letzteres ist offenkundig der Fall. Die Willkommenskultur hat im Verlauf der vergangenen beiden Jahre abgenommen – und zwar sowohl unter den Menschen in Deutschland insgesamt als auch unter denen, die selbst eine Migrationsgeschichte haben. Das ist das Ergebnis einer Studie des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld, die von der Mercator-Stiftung gefördert wurde. Für sie wurden Ende 2013/Anfang 2014 und Ende 2015/2016 jeweils mehr als 1 500 Menschen in einer Zufallsauswahl befragt. Die Ergebnisse sind repräsentativ.

Eindeutige Trends

„Die Verhältnisse kippen“, warnt der Sozialpsychologe und Studienautor Andreas Zick. Dass eine kulturell vielfältige Gesellschaft weniger geschätzt werde, müsse Sorgen bereiten, sagte die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Staatsministerin Aydan Özoguz (SPD), die

bei der Vorstellung der Studie zugegen war.

Die Zahlen lassen zwar keine katastrophale Entwicklung erkennen, aber doch eindeutige Trends. Vor zwei Jahren gaben noch 36 Prozent der Menschen an, eine stärkere Willkommenskultur würde sie freuen. 31 Prozent lehnten dies ab, der Rest war unentschieden. Jetzt wünschen sich nur noch rund 28 Prozent eine stärkere Willkommenskultur im Land, während fast 37 Prozent diese ablehnen.

Dieser Unterschied lässt sich teils sicher auch darauf zurückführen, dass es vor zwei Jahren in mancherlei Hinsicht leichter war, sich für eine offene Haltung gegenüber Migranten auszusprechen. Damals dachten viele bei Neuankömmlingen auch stark an Ingenieure und Facharbeiter. Heute denkt jeder an Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan oder von anderswo.

Dass sich ablehnende Haltungen gegenüber Einwanderern und Flüchtlingen verstärken, lässt sich allerdings an zahlreichen Indikatoren festmachen. Die Grundbotschaft dabei lautet: Immer mehr Alteingesessene in der Gesellschaft pochen auf ihre Vorrechte. „Der sollte sich hinten anstellen, wenn es nicht für alle reicht“: Das ist ein Satz, dem in Bezug auf neu hinzukommende Migranten vor zwei Jahren knapp 17 Prozent der Menschen zustimmten. Jetzt sind es rund 26 Prozent. „Der sollte auf keinen Fall Forderungen stellen oder Ansprüche erheben“: Dieser Forderung schlossen sich bei der ersten Befragung knapp 20 Prozent der Bürger

an, heute sind es mehr als 32 Prozent.

Im Verdrängungswettbewerb

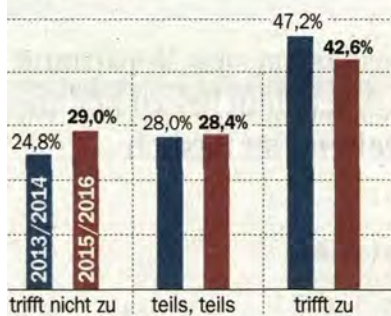
Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass sich hier Menschen mit Migrationshintergrund, die schon länger im Land sind, nicht vom Rest der Gesamtbevölkerung unterscheiden. Auch sie finden in zunehmender Zahl: Die Bedürfnisse derjenigen, die neu dazukommen, müssen im Zweifel erst mal zurückstehen.

Wie genau es zu dieser Haltung kommt, haben die Forscher nicht untersucht. Eine mögliche Erklärung ist, dass ein Teil der Migranten einen sozialen Verdrängungswettbewerb fürchtet. Eine andere mag sein, dass mancher fürchtet, durch die vielen Flüchtlinge verändere sich die Stimmung im Land auch zu den eigenen Ungunsten.

Staatsministerin Özoguz glaubt, dass ein Teil der Menschen, die vor Jahrzehnten eingewandert sind, sich womöglich auch an eigene Schwierigkeiten in den Anfangsjahren in Deutschland erinnere und sich sage: Warum sollen die es einfacher haben? „Manch einer hat in diesem Land Jahrzehnte überhaupt dafür kämpfen müssen, auch mal eine Unterstützung zu bekommen“, erklärt sie. Dass diese Menschen es jetzt neuen Einwanderern nicht nur leicht machten, sei „fast schon ein sehr großer Schritt der Integration“, sagt die SPD-Politikerin. Denn letztlich glichen hier die ehemaligen Migranten ihre Einstellungen an diejenigen der Menschen im Rest der Gesellschaft an.

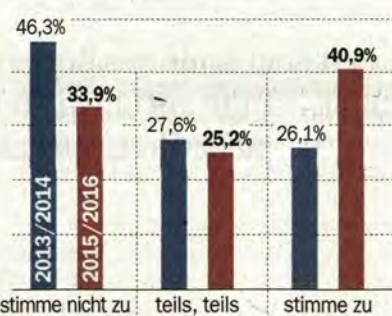
Willkommenskultur

„Ich freue mich darauf, dass Deutschland noch vielfältiger und bunter wird.“



Junge Migranten

„Wir sollten vor allem jüngere Migranten häufiger in ihre Schranken weisen.“



BERLINER ZEITUNG/ANJA KÖHL; QUELLE: STIFTUNG MERCATOR

Die Welt vom 08.07.2016, S. 3

Ziemlich erwachsen

ALAN POSENER



Zuerst die gute Nachricht: Das Sein bestimmt doch das Bewusstsein. Jedenfalls bei den Deutschen. Wie der Deutschlandtrend ergab, halten 80 Prozent unsere EU-Mitgliedschaft für ökonomisch nützlich, drei Viertel wünschen sich sogar mehr Zusammenarbeit zwischen den Ländern des Klubs. Mag man am westlichen Rand des Kontinents den Sprung ins Ungewisse wagen, bei uns weiß man es zu schätzen, dass man von Freunden umgeben ist.

Angesichts des in Großbritannien vom Wahlvolk angerichteten Scherbenhaufens ist auch das Mittel der Volksabstimmung ein wenig in Verruf geraten. Man traut Stimmungen zu Recht nicht so ganz über den Weg und weiß eine ruhige Hand zu schätzen. So sind die Zustimmungswerte für Kanzlerin Angela Merkel gestiegen, während die AfD, die auf Europaskepsis und Volksabstimmungen setzt, an Popularität eingebüßt hat. Freilich darf man die Widersprüche und Warnsignale nicht

übersehen. Die Deutschen wünschen sich einerseits mehr Zusammenarbeit in der Flüchtlingspolitik, andererseits meint eine Mehrheit, die EU mische sich zu sehr in nationale Belange ein. Böse gesagt: Wenn die EU uns Flüchtlinge abnimmt und anderen Ländern aufdrängt, ist das „Zusammenarbeit“ – aber wenn wir finanzielle Garantien für andere Länder übernehmen sollen, ist das „Einmischung“. Anderswo sieht man das naturgemäß anders.

Auch in Sachen Außenpolitik zeigen die Deutschen wenig Bereitschaft zu Solidarität. Die angesichts russischer Aggressivität von den baltischen Staaten und Polen dringend gewünschte Stationierung von Nato-Truppen wird abgelehnt; eine Mehrheit befürwortet sogar die Lockerung oder Aufhebung der Sanktionen gegen Moskau.

So sehr man sich also freuen darf über die Zurückweisung populistischer Europaskepsis und Elitenfeindlichkeit; zum politischen Erwachsensein gehört auch, Verantwortung dort zu übernehmen, wo sie nicht nur Vorteile bringt. Wenn es um die Freiheit und Einheit Europas geht, ist die Nato mindestens so wichtig wie die EU. Da hinkt das deutsche Bewusstsein noch dem Sein hinterher.

alan.posener@welt.de

Bild vom 08.07.2016, S. 2

Sinn! WIE DIE SPD-LANDESMUTTER DEN CHINESEN AUF DEN LEIM GING

Mainz - **Hot Rheinland-Pfalz aus dem Skandal um den Nürburgring gar nichts gelernt?**

Wie schon bei der Investoren-Affäre um den Nürburgring (330 Mio. Euro Schaden) ist die regierende SPD beim Verkauf des landeseigenen Flughafens Hahn in Hunsrück auf einen unseriösen Investor reingefallen. Für angeblich 16 Mio. Euro wollte die chinesische Firma SYT den wirtschaftlichen Flughafen (17,4 Mio. Minus/Jahr) kaufen, am

6. Juni präsentierte Innenminister Roger Lewentz (53, SPD) feierlich den Vorvertrag. ABER:

Der Vertragsunterzeichner entpuppte sich als Bernsteinhändler aus Idar-Oberstein – ein Strohmann der Chinesen, der gestern nur mitteilte, er rede „mit niemandem mehr“.

Der vermeintliche Geldgeber für den Deal, die Shanghai Guo Qing Investment Company, hielt

Zahlungsfristen nicht ein, angeblich, weil die chinesische Regierung das Geschäft freigeben müsse. Bei der Firmenadresse in Shanghai sitzt ein

Reifenhändler.

Ein flugs entsandter Staatssekretär prüfte die Angaben der SYT in Shanghai. Ergebnis: Bei Chinas Regie-

rung wurde nie eine Genehmigung beantragt.

Mittwoch erklärte die Landesregierung den Verkauf offiziell für geplatzt. Ministerpräsidentin Malu Dreyer (55, SPD) gestern im Landtag: „Bitter, dass dieser schlimme Fehler passiert ist.“ Jetzt wolle man Strafanzeige wegen arglistiger Täuschung gegen den chinesischen Käufer stellen.

CDU-Landeschefin Julia Klöckner hat für

nächsten Donnerstag einen Misstrauensantrag gegen Dreyer angekündigt.

Lewentz gab gestern bekannt, dass Teile des Flughafens an die deutsch-chinesische ADC GmbH übereignet wurden. Deren Geschäftsführer Siegfried Englert war früher SPD-Staatssekretär im Wirtschaftsministerium von Rheinland-Pfalz und will den Flughafen (samt Schulden und 315 Mitarbeitern) kaufen. Für den Preis von einem Euro. (h/v)



Hier soll die Shanghai Guo Qing Investment Company sitzen



Berliner Zeitung vom 08.07.2016, S. 8

Alternative für Baden-Württemberg

Der Schaukampf, den die sich als Alternative zur herkömmlichen Politik anbietende AfD in Baden-Württemberg seit ein paar Tagen liefert, lässt sich auch als Farce eines gewöhnlichen Machtpokers beobachten. Für Reiner Ruf von der *Stuttgarter Zeitung* haben die Chaostage im Ländle auch etwas Entlarvendes: „Böten die von der AfD so geschmähten ‚Kartellparteien‘ ein solches Spektakel: Jörg Meuthen und seine innerparteilichen Freunde respektive Feinde kübelten Geifer und Häme über die Konkurrenz. Voller Pathos stellten sie sich vor den Steuerzahler, der nun zwei Fraktionen aushalten müsse: mit erhöhten Diäten für das doppelte Führungspersonal, Dienstwagen, Fahrer etc. Nun werden die Populisten Opfer ihrer eigenen Polemik. Auch erhebt sich die Frage, welche der beiden Fraktionen nun eigentlich für die AfD als Partei steht. Und schließlich sei davor gewarnt, fortan zwischen einer radikalen und einer gemäßigten Fraktion zu unterscheiden. Beide bieten ausreichend querulatorisches Potenzial für neue

AfD
im
Cliché

Überraschungen.“

Jasper von Altenbockum rechnet in der FAZ die Stuttgarter Szenen auf die Bundes-AfD um: „Auf die Spitzenkandidatur für die Bundestagswahl wird sich Petry nach ihrem Stuttgarter Ausflug nicht mehr allzu große Hoffnung machen dürfen. Auch Meuthen ist allerdings beschädigt. Er wird alle Mühe haben zu verhindern, dass der Spaltpilz aus der Fraktion auf den Landesverband überspringt. Sein neues Markenzeichen, nach den radikalen Tönen des Stuttgarter Bundesparteitags vom Mai die kleinen und großen Gedeons der Partei in die Schranken zu weisen, hat nicht gerade an Strahlkraft gewonnen.“

Für Mike Schier vom *Münchner Merkur* fügen sich alles zu einem Gesamtbild der Doppelmoral populistischer Politiker. „Es geht auch um die Frage, wie die Rechtspopulisten zu Menschen stehen, die den Holocaust relativieren. In Stuttgart hat die halbe Fraktion damit kein Problem. Ohne diesen ernstesten Hintergrund könnte man Meuthens Gründung einer ‚Alternative für Baden-Württemberg‘ einfach nur rasend komisch finden. Politische Realsatire. Nach Monaten des Höhenflugs macht sich rund um die Populisten Ernüchterung breit. Der überstürzte Abgang der Brexit-Wortführer Boris Johnson und Nigel Farage (...) lässt auch in anderen Ländern Fragen aufkommen, ob ein Politikmodell Zukunft hat, das allein auf Protest ausgerichtet ist. Die mühevollen Kleinarbeit, den Austritt nun in die Realität umzusetzen, überlassen sie lieber den alten, angeblich so korrupten Politprofis. Wie es wohl in den USA würde, wenn Donald Trump im November die Wahl gewänne? (...) Vielleicht bleibt der Welt wenigstens dieser Feldversuch erspart.“ *Harry Nutt*

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 08.07.2016, S. 1

Dreyer: Bitter, dass dieser schlimme Fehler passiert ist

Debatte zum gescheiterten Flughafen-Verkauf / CDU-Fraktion stellt Misstrauensantrag

tifr. MAINZ, 7. Juli. Die rheinland-pfälzische CDU-Fraktion hat am Donnerstag einen Misstrauensantrag gegen Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) eingebracht. Grund seien die „skandalösen Vorgänge“ um den geplatzten Verkauf des Flughafens Hahn an die chinesische Firma SYT. In der nächsten Woche soll über den Antrag abgestimmt werden. In einer Sondersitzung des Landtags hatte zuvor die CDU-Fraktionsvorsitzende Julia Klöckner Dreyer vorgeworfen, sie habe die Wähler vor der Landtagswahl im März getäuscht. Ihr Ziel sei es gewesen, sich am Hahn Zeit zu kaufen, um „über die Wahl zu kommen“. Entgegen ihrer Zusicherung „maximaler Transparenz“ sei Dreyer „maximal intransparent“ vorgegangen. Auf die Argumentati-

on der Landesregierung, man habe nach EU-Recht die Pflicht gehabt, den Flughafen an den Meistbietenden zu veräußern, sagte Klöckner: „Ich kenne kein EU-Recht, das vorschreibt, mit Betrügern Verträge zu schließen.“

Dreyer sagte: „Das ist bitter, dass dieser schlimme Fehler passiert ist.“ Sie wahrte sich gegen den Vorwurf, die Landesregierung versuche, die Schuld auf KPMG abzuschieben. Gleichwohl sei die Rolle der Wirtschaftsprüfer, die an dem Verkauf beteiligt waren, zu untersuchen. Sie werde sich auch dafür einsetzen, den Prüfauftrag öffentlich zu machen. In Bezug auf die Frage, wer für das einstweilige Scheitern des Flughafenverkaufs verantwortlich sei, sagte sie, das Innenministerium habe „in eigener Ressortzustän-

digkeit gehandelt“. Der SYT warf sie „kriminelle Absichten“ vor.

Die Landesregierung will Strafanzeige gegen den chinesischen Käufer stellen. „Wir kündigen den Vertrag wegen arglistiger Täuschung“, sagte Dreyer am Donnerstagabend dem SWR. Laut Regierungssprecherin Andrea Bähler war ein Liquiditätsnachweis gefälscht gewesen. Eine geplante Überweisung hätte wegen fehlender Genehmigung gar nicht stattfinden können. Zuvor hatte der für den Verkauf zuständige Innenminister Roger Lewentz (SPD) gesagt, am Mittwochabend sei ein Kaufvertrag mit einem der anderen Bieter, dem Deidesheimer Immobilienentwickler ADC, über Grundstücke am Hahn abgeschlossen worden. *(Kommentar Seite 8.)*

Chefsache Hahn

Das dem Land Rheinland-Pfalz durch den gescheiterten Verkauf des Hunsrück-Flugplatzes Hahn kein wirtschaftlicher Schaden entstanden sei, ist die mittlerweile letzte Verteidigungslinie, welche die Regierung Dreyer noch glaubt halten zu können. Doch nicht einmal die hält einer näheren Prüfung stand. Denn das Honorar, das die Unternehmensberatung KPMG für

ihre „Begleitung“ erhalten hat, dürfte ebenso verloren sein wie das Geld, mit dem der defizitäre Flughafen fürs Erste weiter subventioniert werden muss. Nicht in Euro, aber in politischer Münze zu beziffern ist indes der Flurschaden, den die alten Regierungsparteien SPD und Grüne angerichtet haben. Vor der Landtagswahl am 14. März und während der Koalitionsverhandlungen

mit der FDP schien alles auf bestem Wege zu sein. Jetzt fühlt man sich in der Staatskanzlei betrogen. Doch wie meist im Leben gehören auch dazu immer zwei. Hätte die CDU-Opposition Mumm, würde sie es nicht bei einem Misstrauensvotum belassen, sondern der Chefsache Hahn mit einem Untersuchungsausschuss im Landtag auf den Grund gehen. D.D.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 08.07.2016 , S. 1

Die verspätete Partei

Von Jasper von Altenbockum

Die Wahlerfolge der AfD hinterlassen ähnliche Spuren wie das britische Referendum über den Austritt aus der Europäischen Union. Die neue Partei macht nicht den Eindruck, dass sie mit der Macht, die sie in den Landtagen bekommen hat, etwas anfangen kann. Sie macht nicht einmal den Eindruck, dass sie einen Plan dafür hat. Der Unterschied ist, dass sich ihre Politiker, anders als die Populisten auf der Insel, nicht aus der Verantwortung stehlen. Aber was sie unter Verantwortung verstehen, ob es zu mehr reicht, als gegen das „System“, gegen den Euro, gegen die EU, gegen den Islam, gegen das „versifft“ Deutschland und gegen die „Kanzler-Diktatur“ zu polemisieren, wird dadurch nicht klarer.

Was sich in Stuttgart in den vergangenen Wochen abspielte, hat seinen Grund in dieser verantwortungslosen Verantwortung. Einen Abgeordneten, über dessen antisemitisches Bramarbasieren kein Zweifel bestehen kann, aus der Fraktion auszuschließen ist für viele AfD-Politiker und Parteimitglieder offenbar schon zu viel der politischen Korrektheit. Das war von Beginn an der wunde Punkt der „Alternative“. Zwar sollte der Name der Partei signalisieren, dass es sehr wohl andere Möglichkeiten gibt als die „alternativlose“ Politik der „Altparteien“ (gemeint war vor allem die Kanzlerpartei, die CDU). Verstanden wurde sie von den AfD-Anhängern aber auch als Widerstandsbewegung gegen die „Alternativen“ der siebziger und achtziger Jahre, die beim Marsch durch die Institutionen Deutschland verändert haben. Das ist nicht mehr das „bürgerliche“ Deutschland der AfD, sondern ein angeblich degeneriertes Deutschland, das Spielregeln vorschreibt, denen sie sich nicht unterwerfen will.

Diesem Deutschland Zugeständnisse zu machen, dessen Politik, Parteien und Presse aus ihrer Sicht zum Reich der Andersgläubigen, dem der „Lüge“

und des „Systems“, gehören, ist vielen Ideologen der AfD Ausdruck von Schwäche. Dadurch ergeben sich Überschneidungen zu Pegida, zu Radikalen und Extremisten, die sich nicht erst seit gestern aus der repräsentativen Demokratie verabschiedet haben und sich eine „Volksdemokratie“ wünschen. Bis heute haben AfD-Politiker in der Parteispitze vermieden, diesen Konstruktionsfehler der Partei zu korrigieren. Es hätte ja bedeutet, den eigenen Anspruch zu verletzen, auf Tabuzonen und „Redeverbote“ keine Rücksicht zu nehmen. Es würde jetzt zudem bedeuten, die linken AfD-Kritiker zu bestätigen, die sie auf völkische Abwege reduzieren. Es würde vor allem bedeuten, nicht mehr den ganz großen Protest einsammeln zu können.

Schon Bernd Lucke ist an diesen Widersprüchen gescheitert. Jetzt auch Jörg Meuthen? Er beteuert, eine klare Grenze zum Extremismus ziehen zu wollen, und will damit die Aktivisten und Mitglieder halten oder gar zurückgewinnen, die sich vor Jahren aus konservativ-liberaler Gesinnung enttäuscht vom „Establishment“ abgewendet hatten und zu den Mitbegründern der AfD gehörten. Unterstützung bekommt Meuthen vom Bundesvorstand und von Politikern wie Alexander Gauland oder Björn Höcke, von denen man es gar nicht erwartet hätte. Gewartet haben sie damit aber bis nach den Landtagswahlen und bis nach dem Stuttgarter Bundesparteitag, auf dem ein Grundsatzprogramm verabschiedet wurde. Dort wurde zwar die Gelegenheit ergriffen, sich gegen Rassismus im saarländischen Landesverband abzugrenzen. Doch der Mitgliederparteitag, angestachelt von „legitimer Islamkritik“ aus der Bundesspitze, lief aus dem Ruder und hinterließ den Eindruck, Radikale seien durchaus

Das Stuttgarter Schauspiel der AfD zeigt, wie wenig

die Partei auf den Alltag der Politik vorbereitet ist.

willkommen. Kommt die Korrektur jetzt zu spät? War und ist alles nur Taktik? Wird Antisemitismus nur geprügelt, um Frauke Petry zu treffen?

Auf dem Papier ist die AfD noch immer eine Partei, der es vor allem um den Euroaustritt Deutschlands geht; durch die Einwanderungs- und Asylpolitik ist ein zweites Standbein hinzugekommen, auf dem weit mehr lastet. Es zwingt die Partei, sich darüber klarzuwerden, was unter Gesellschaft, Staat, Volk und Nation zu verstehen ist. Aus dem Programm spricht die Auffassung, es gebe eine „natürliche“ Entwicklung der Gesellschaft, die vor „fremden“ Verformungen zu schützen sei. In Stuttgart ließ sich jetzt wieder einmal studieren, wie weit ein Politikbegriff, der hehre Naturgesetze von Gesellschaft und Kultur formuliert, von der täglichen Erfahrung entfernt ist, die AfD-Politiker im Umgang mit Parteifreunden sammeln. Nichts davon ist „natürlich“, sondern allenfalls menschlich, also Gegenstand von Interessen und Konflikten, zu deren Austragung es nicht „alternative“ Politik, sondern bewährte Institutionen braucht.

Die AfD-Führung nimmt auf diese Institutionen – weil sie Teil der „Elite“ sind? – nicht allzu große Rücksicht. Den Landtag von Baden-Württemberg betrachtet sie offenbar als Filiale ihrer Parteizentrale; die Bundesvorsitzende Frauke Petry dirigiert in eine Landtagsfraktion hinein, als seien Abgeordnete ihre Parteitagsdelegierten; zwei Fraktionen berufen sich auf ein und dieselbe Partei, ohne dass ersichtlich wäre, dass es dafür andere Gründe gäbe als politische Eitelkeit. Den Wählerauftrag ertränkt die AfD auf diese Weise in einer Selbstherrlichkeit, die gewiss größer ist als die von ihr gescholtene Arroganz der Macht der „Altparteien“. Damit schließt sich der Kreis zum britischen Populismus.

Rheinische Post vom 08.07.2016 , S. B11

Die große Blamage am Flughafen Hahn

Mit dem Verkauf an einen chinesischen Investor wollte die Landesregierung in Rheinland-Pfalz einen Befreiungsschlag landen. Der defizitäre Regionalflughafen sollte eine neue Chance bekommen. Doch dann kam alles anders.

VON GISELA KIRSCHSTEIN

UND FLORIAN RINKE

MAINZ Als Roger Lewentz Anfang Juni zur Pressekonferenz am Flughafen Hahn einlud, war die Welt noch in Ordnung. „Mit der Übernahme durch einen Privatinvestor beginnt ein neues Kapitel für Hahn, das für weiteren Schub bei der Entwicklung des Flughafens sorgen wird“, sagte der Innenminister von Rheinland-Pfalz. Es war eine Art Befreiungsschlag, endlich würde das Land den Flughafen loswerden, der immer mehr zur Belastung geworden war. Stattdessen: ein chinesischer Investor, Flüge aus Fernost, vielleicht sogar ein wirtschaftlicher Impuls für die ganze Region.

Einen Monat später ist alles anders: Der Verkauf ist geplatzt, der Investor offenbar alles andere als die große Lösung, als den ihn die Landesregierung präsentiert hatte. Aus dem Befreiungsschlag wurde eine peinliche Posse, bei der nicht nur die Landesregierung, sondern auch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG blamiert dasteht, die den Verkauf organisieren sollte.

Gestern kam es im Mainzer Landtag bei einer Sondersitzung zur Aussprache. Denn nach dem Scheitern des Verkaufs des Flughafens an die Shanghai Yiqian Trading Company (SYT) steht Ministerpräsidentin

Malu Dreyer (SPD) nun auch persönlich immer mehr unter Druck. „Ihr Käufer war doch von Anfang an unseriös“, warf Oppositions-Chefin Julia Klöckner (CDU) der Regierung vor: Die Adressen kaum mehr als Briefkästen, „Hinterhofbilder“ statt seriöser Geschäftsräume, größtenteils wahnwitzig auftretende Bieter – „das ist abenteuerlich“. Die Regierung hätte dem Ziel, den Flughafen zu verkaufen, alles untergeordnet.

Dreyer persönlich, aber auch Innenminister Lewentz (SPD) räumten in der von der CDU beantragten Sondersitzung Fehler ein: Es sei „bitter, dass dieser schlimme Fehler passiert ist“, sagte Dreyer. „Der zum Zuge gekommene Bieter hatte kriminelle Absichten.“ Das ergaben offenbar die Recherchen des am Montag spontan nach China gereisten Innen-Staatssekretärs **Randolf Stich**, der erst gestern gegen acht Uhr wieder in Frankfurt landete. Was der Staatssekretär in China erfuhr, ließ die Ministerpräsidentin von „kriminell“ sprechen, den Innenminister gar von „Betrug“ – die gesammelten Erkenntnisse, hieß es am Mittag aus der Staatskanzlei, sollten nun aber erst einmal ausgewertet werden.

Für Rheinland-Pfalz wiederholt sich gerade ein wenig die Geschichte. Schon der Verkauf des Nürburg-rings sorgte für Schlagzeilen. Die frühere SPD-Regierung unter Ex-Ministerpräsident Kurt Beck hatte dort einen zu großen Freizeitpark bauen lassen, der später Insolvenz anmelden musste. Bis zu einer halben Milliarde Euro an Steuergeld gilt als verloren. Der Versuch der Privatfinanzierung scheiterte 2009, auch da hatte man einen Investor an der Hand, der nicht bezahlte.

Die Landesregierung will nun den Schaden begrenzen. Das soll offenbar durch einen möglichst schnel-

len Verkauf an die pfälzisch-chinesische Firma ADC geschehen. Quasi über Nacht verkaufte die Regierung die eigentlich SYT zugesagte Housing Area und das Schulungszentrum in Hahn. Lewentz bestätigte, der Kaufvertrag sei unterschrieben, der Kaufpreis – 3,4 Millionen Euro sollen es sein – auf ein Notarkonto überwiesen worden.

Die Koalitionspartner Grüne und FDP erfuhren von dem Deal aus der Zeitung. Trotzdem verteidigten sie gestern das Regierungshandeln und forderten, es müsse jetzt alles getan werden, um den Verkauf zu realisieren und den Flughafen zu retten.

Süddeutsche Zeitung vom 08.07.2016, S. 6

Luftnummer

Nach dem gescheiterten Verkauf des Regionalflughafens Hahn in Rheinland-Pfalz erhöht die CDU den Druck auf SPD-Ministerpräsidentin Malu Dreyer. Diese spricht in einer Krisensitzung von einem „schlimmen Fehler“

VON SUSANNE HÖLL

Mainz – Das waren vielleicht die drei bittersten Stunden, die die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer im Mainzer Landtag zu überstehen hatte. Der chaotische und inzwischen geplatzte Verkauf des Flughafens Hahn bescherte der Regierungschefin mitsamt ihrer SPD ein parlamentarisches Scherbengericht.

Die CDU, die größte Oppositionspartei, hatte die Sitzung beantragt. Deren Chef Julia Klöckner hielt sich nicht lange mit Innenminister Roger Lewentz (SPD) auf, der für diese Privatisierung zuständig ist. Sie griff sofort die Regierungschefin an: „Sie haben die Marschrichtung vorgegeben.“ Und erinnerte mehrmals daran, dass Dreyer nach verschiedenen SPD-Debakeln am Nürburgring versprochen hatte, mit ihr als Ministerpräsidentin werde es keine großen Fehler bei großen landeseigenen Projekten mehr geben.

Dreyer und Lewentz ließen die Kritik über sich ergehen, mit gesenkten Köpfen und zumeist regungslosen Mienen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten ruckelten auf den Stühlen und wünschten sich wahrscheinlich, diese Schreckens-Sitzung möge schnell vorübergehen. „Wir können hier nichts gewinnen“, seufzte einer aus den roten Reihen.

Wer schuld an der Blamage um den – inzwischen gestoppten Verkauf – des Airports ist, konnte auch in der Sitzung nicht geklärt werden. Lewentz verlas so schnell und leise er irgend konnte eine Erklärung. Auf die zahlreichen Irrungen und Wirrungen in den Verhandlungen mit einem windigen chinesischen Investor ging er nicht näher ein. SPD-Fraktionschef Alexander Schweitzer räumte zumindest ein, dass die Verantwortung für die Privatisierung des

Flughafens Hahn bei den Sozialdemokraten liegt. Dreyer, die ursprünglich nicht das Wort ergreifen wollte, sprach dann doch. Sie wies Klöckners Vorwürfe zurück. Erhellendes in der Sache trug sie nicht bei. Man sei auf einen Bieter mit „kriminellen Absichten“ hereingefallen, sagte sie. Und fügte hinzu: „Das ist bitter, dass dieser schlimme Fehler passiert ist.“

Findet sich kein Käufer, muss die Regierung den Airport in die Insolvenz schicken

Es ist mehr als bitter. Die rheinland-pfälzische Ampelregierung steckt inmitten einer schweren Vertrauenskrise, aus der es im Moment keinen Ausweg gibt. Der Flughafen, das steht fest, muss abgestoßen werden, weil er Jahr für Jahr rote Zahlen schreibt. Allerdings gibt es kaum Interessenten aus der Branche. Lewentz soll und muss jetzt mit zwei anderen früheren Bietern verhandeln, deren Angebote noch vor ein paar Monaten als unzureichend zurückgewiesen worden waren. Eines davon ist das deutsch-chinesische Unternehmen ACD in der Pfalz. Dessen Gesellschafter, der frühere rheinland-pfälzische Wirtschaftsstaatssekretär Siegfried Englert, bietet einen Euro. Ein Grundstück am Flughafen hat die Firma, die sich laut Handelsregister um Industrieparkentwicklung und Golfplatzinvestment kümmert, am Mittwochabend bereits erworben. Der Mann ist in Mainz bekannt und gilt als seriös. Aber für einen Euro wollen namhafte Regierungsvertreter den Airport keineswegs hergeben. Der zweite Interessent ist ein chinesisch-amerikanisches Unternehmen, dem in Regierungskreisen aber kein

sonderlich guter Ruf attestiert wird.

Findet sich kein Käufer, muss die Regierung den Flughafen in die Insolvenz schicken, eine Notlösung, die die SPD bislang mit aller Macht verhindern wollte. Der äußerst diffizile Verkaufsprozess liegt weiter in den Händen von Lewentz. Auf dessen politische Zukunft wollen inzwischen weder Sozialdemokraten noch Grüne und Liberale wetten. Irgendwie müsse der Innenminister das Hahn-Problem lösen und dann wahrscheinlich abtreten, sagen Vertreter der Regierungsparteien übereinstimmend. Die Stimmung in der Koalition ist gedrückt.

FDP und Grüne fühlen sich spürbar unwohl in der zum Start so gerühmten Ampelkoalition. Mit dem Verkaufschau wollen sie keinesfalls in Verbindung gebracht werden. Aber sie sehen keine Alternative zu einer Fortführung des Bündnisses. Verlassen sie die Koalition, müsste die SPD die Klöckner-CDU als Juniorpartnerin für eine rot-schwarze Koalition gewinnen. Das ist wenig wahrscheinlich. Andere Mehrheiten – ohne die AfD – sind rechnerisch nicht möglich. Eine Neuwahl scheuen alle drei Regierungsparteien; keiner kann einschätzen, wie diese ausginge.

Das Hahn-Drama könnte sich also lange hinziehen. Einer aus den Koalitionsreihen sagt, man werde wohl den Rest des Jahres mit dieser Frage beschäftigt sein. Mit anderen politischen Themen werde man bis Weihnachten dann kaum durchdringen. Dafür wird natürlich auch die CDU sorgen. Sie kündigte ein Misstrauensvotum gegen die Regierung Dreyer an. Es könnte nächste Woche im Landtag stattfinden, wird aber wohl scheitern.

Hinweis vom 08.07.2016 , S. 1

HINWEIS

Die nächste Presseschau erscheint am

1.08.2016.

Allen Lesern wünschen wir eine

Schöne Ferienzeit!